

Beteiligungsberichte
der Stadt Schmöln
nach § 75 a ThürKO

für das Jahr
2022

- envia Mitteldeutsche Energie AG
- KEBT - Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (Entwurf)
- Stadtwerke Schmöln GmbH
- Neue Energie Schmöln GmbH
- Wohnungsverwaltung Schmöln GmbH
- KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH

Geschäftsbericht
der envia Mitteldeutsche Energie AG
zum 31. Dezember 2022

Inhalt

Bericht des Aufsichtsrates 4

Mitglieder des Aufsichtsrates 8

Der Beirat 10

Lagebericht 13

Grundlagen des Unternehmens 14

Wirtschaftsbericht 15

Chancen- und Risikomanagement 35

Prognosebericht 42

Erklärung zur Unternehmensführung 48

Jahresabschluss 53

Bilanz 54

Gewinn- und Verlustrechnung 57

Anhang 58

Bestätigungsvermerk 85

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er ist vom Vorstand regelmäßig schriftlich und mündlich über den Gang der Geschäfte, die beabsichtigte Geschäftspolitik und die relevanten Geschäftsvorfälle informiert worden. Der Aufsichtsrat hat hierüber mit dem Vorstand beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft anhand der Berichte des Vorstandes überwacht.

Im Geschäftsjahr 2022 fanden sechs Sitzungen des Aufsichtsrates statt. Der Aufsichtsrat fasste des Weiteren zwei Beschlüsse außerhalb von Sitzungen des Aufsichtsrates.

In seinen Beratungen befasste sich der Aufsichtsrat regelmäßig mit der wirtschaftlichen Lage und der Entwicklung der Gesellschaft, wobei insbesondere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg – einschließlich der Vorbereitung auf eine mögliche Gasmangellage und im Geschäftsfeld Vertrieb hinsichtlich der Beschaffung- und des Absatzes von elektrischer Energie und Gas – sowie die Entwicklungen in den Geschäftsfeldern Erzeugung/Erneuerbare Energien, Telekommunikation und der Beteiligungsgesellschaften sowie die Rentabilitätsentwicklungen bei den Netzgesellschaften eingehend erörtert wurden.

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich des Weiteren schwerpunktmäßig mit

- dem Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2021,
- der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2023,
- der Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre bis 2025,
- der Bereitstellung unterjähriger Investitionsmittel,
- der wirtschaftlichen Lage, der Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften und dem daraus resultierenden Beteiligungsergebnis,
- der Übernahme von Garantien für Gesellschaften im enviaM-Konzern,
- außergewöhnlichen Investitionsvorhaben in Beteiligungsgesellschaften,
- Akquisitions- und Desinvestitionsvorhaben,
- dem Risikomanagement unter Berücksichtigung der Aktivitäten im Rahmen der Back-to-Back-Handelsgeschäfte und den Entwicklungen an den Absatzmärkten,
- das Fraud-Management und das Compliance-Management
- der Beendigung einer langjährigen Rechtsstreitigkeit,
- der Festlegung von Zielquoten für Frauen im Aufsichtsrat und im Vorstand der Gesellschaft.

Auch außerhalb der Sitzungen erörterte der Aufsichtsratsvorsitzende mit dem Vorstand bedeutsame Einzelvorgänge, beispielsweise das Verhalten der Gesellschaft infolge der Situation an den Beschaffungs- und Absatzmärkten, sowie insbesondere die Unternehmensstrategie und die Unternehmensplanung. Die besondere Situation an den Beschaffungsmärkten sowie die gesetzgeberischen Initiativen zum Umgang mit dieser Sondersituation standen im Fokus regelmäßiger Informationen der Mitglieder des Aufsichtsrates außerhalb von Sitzungen durch den Vorstand.

Des Weiteren beriet sich der Vorstand regelmäßig mit den Vertretern der kommunalen Anteilseigner und mit den Vertretern der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.

Der Personalausschuss trat im Berichtszeitraum zu vier Sitzungen zusammen.

Der Ausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG ist nicht tätig geworden.

Der vom Vorstand nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch die Hauptversammlung am 5. Mai 2022 gewählten und auf Grund des Beschlusses des Aufsichtsrates vom gleichen Tag beauftragten Abschlussprüfer, der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, Niederlassung Leipzig, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Abschlussprüfer hat außerdem festgestellt, dass die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten wurden und die für die Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“ und „Gasverteilung“ für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 aufgestellten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Der Bericht des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht ist den Mitgliedern des Aufsichtsrates im Auftrag des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Vorstand der Gesellschaft rechtzeitig vor der Bilanzsitzung ausgehändigt worden, er wurde in die Aussprache und Prüfung des Jahresabschlusses einbezogen. Der Abschlussprüfer hat an der Beratung des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilgenommen, über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet und zu weiteren Auskünften zur Verfügung gestanden.

Der Aufsichtsrat hat vom Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen. Er hat seinerseits den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, den Lagebericht und die Tätigkeitsabschlüsse geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben.

Im Ergebnis dessen hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie die Tätigkeitsabschlüsse zum 31. Dezember 2022 gebilligt, der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns schließt sich der Aufsichtsrat an.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Der Abschlussprüfer hat diesen Bericht geprüft und folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war."

Der Bericht des Vorstandes und der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, betreffend die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen, sind den Mitgliedern des Aufsichtsrates rechtzeitig vor der Bilanzsitzung zur Verfügung gestellt worden. Der Aufsichtsrat hat vom Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers zustimmend Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die am Schluss des Berichtes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen abgegebene Erklärung des Vorstandes.

Auf Grund gesonderter Beauftragung hat der gewählte Abschlussprüfer die Einhaltung der Vorgaben der Festlegungen der Bundesnetzagentur (BK8-19/00002-A und BK9-19/613-1) nach § 6b Abs. 6 i. V. m. § 29 EnWG auf der Grundlage der im IDW PS 611 Abschnitt 4 festgelegten Prüfungshandlungen im Hinblick auf die von der Festlegung der Bundesnetzagentur geforderten Angaben für das Geschäftsjahr 2022 nachgelagert zur Jahresabschlussprüfung zu prüfen und zu den daraus gewonnenen Prüfungsfeststellungen an die Gesellschaft, insbesondere zur Einreichung bei der Bundesnetzagentur, zu berichten.

Zum 31. Dezember 2022 endete die Bestellung von Dr. Andreas Auerbach als Mitglied des Vorstandes. Herr Dr. Auerbach schied zu diesem Zeitpunkt aus der envia Mitteldeutsche Energie AG aus. Der Aufsichtsrat hat in seiner konstituierenden Sitzung am 5. Mai 2022 der Bestellung von Herrn Patrick Kather zum Mitglied des Vorstandes ab dem 1. Oktober 2022 zugestimmt. Der Aufsichtsrat dankte Herrn Dr. Auerbach für die langjährige erfolgreiche Tätigkeit als Mitglied des Vorstandes der envia Mitteldeutsche Energie AG.

Mit Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung am 5. Mai 2022 endete die Amtszeit des Aufsichtsrates.

Die Hauptversammlung am 5. Mai 2022 wählte Herrn Bernd Böddeling, Frau Nadia Jakobi, die Herren Thomas König, Bernward Küper, Frau Astrid Münster und die Herren Dr. Joachim Schneider und Karsten Schütze als Aufsichtsratsmitglieder.

Die Herren Mike Ruckh und Thomas Zenker wurden durch die KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia und Herr Detlef Hillebrand durch die KBM Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia Mitteldeutsche Energie AG in Ausübung ihrer satzungsmäßigen Rechte in den Aufsichtsrat entsandt.

Durch die Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat gehörten ab Beendigung der Hauptversammlung am 5. Mai 2022 auch die Herren Sven Bartz, Steffen Felsner, Heiko Heinze, Frau Ute Liebsch, Herr Stefan Najda, Frau Nadine Pfordte, die Herren René Pöhls, Gerald Voigt und Dominik Wirth (Ersatzmitglied Dr. Sebastian Haubold) und Frau Birgit Zielke (Ersatzmitglied Marcel Mario Kuhnert) an. Herr Dominik Wirth ist zum 31. Dezember 2022 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. An seiner Stelle gehört Herr Dr. Sebastian Haubold seit dem 1. Januar 2023 dem Aufsichtsrat an. Den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern, den Herren Holger Bittner, Thomas Kröber, Hanns-Christoph Zippel, Marcus Borck und Dominik Wirth, dankte der Aufsichtsrat für die zum Teil langjährige engagierte und konstruktive Mitarbeit im Aufsichtsrat zum Wohle des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Leistung im abgelaufenen Geschäftsjahr. Mit ihrem Einsatz und ihrer Kompetenz haben sie maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens beigetragen.

Chemnitz, 30. März 2023

Der Aufsichtsrat

Bernd Böddeling

Vorsitzender

Mitglieder des Aufsichtsrates

Bernd Böddeling

Senior Vice President
Energy Networks Germany der
E.ON SE
Vorsitzender

René Pöhls

Vorsitzender des gemeinsamen Gesamt-
betriebsrates der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS
stellvertretender Vorsitzender

Thomas Zenker

Bürgermeister der Stadt Großräschen
2. stellvertretender Vorsitzender

Sven Bartz

Vorsitzender des gemeinsamen Betriebsrates
Chemnitz der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS

Holger Bittner

Leiter der Abteilung Planung/
Geschäftssteuerung der enviaM
- bis 5. Mai 2022 -

Marcus Borck

Landesfachbereichsleiter Finanzdienst-
leistungen | Telekommunikation/IT des
ver.di Landesbezirkes Berlin-Brandenburg
- bis 5. Mai 2022 -

Steffen Felsner

Vorsitzender des gemeinsamen Betriebsrates
Brandenburg der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS
- seit 5. Mai 2022 -

Dr. Sebastian Haubold

Leiter Kaufmännische Funktionen der
MITNETZ STROM
- seit 1. Januar 2023 -

Heiko Heinze

Vorsitzender des Betriebsrates der
envia SERVICE GmbH

Detlef Hillebrand

Geschäftsführer der Kommunale
Beteiligungsgesellschaft mbH an der
envia Mitteldeutsche Energie AG

Nadia Jakobi

Senior Vice President Business Controlling &
Customer Solutions der E.ON SE

Thomas Kröber

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der
envia TEL GmbH
- bis 5. Mai 2022 -

Dr. Thomas König

Mitglied des Vorstandes der E.ON SE
Chief Operating Officer Networks

Bernward Küper

Geschäftsführer des Städte- und
Gemeindebundes Sachsen-Anhalt

Ute Liebsch

Bezirksleiterin des Bezirkes Cottbus der
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,
Energie

Astrid Münster

Bürgermeisterin der Stadt Bad Dübén

Stefan Najda

Bundestarifsekretär in der
ver.di-Bundesverwaltung für die
private Energie- und Abfallwirtschaft
- seit 5. Mai 2022 -

Nadine Pfordte

Referentin Prozess-/Systemmanagement der
MITNETZ STROM
- seit 5. Mai 2022 -

Mike Ruckh

Geschäftsführer der KBE Kommunale
Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia

Dr. Joachim Schneider

ehemals Senior Vice President
Energy Networks Technology der E.ON SE

Karsten Schütze

Oberbürgermeister der Stadt Markkleeberg

Gerald Voigt

Bezirksleiter Dresden-Chemnitz der
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,
Energie

-

Dominik Wirth

Leiter der Abteilung Recht
Wettbewerbsbereiche der
enviaM
- vom 5. Mai 2022 bis 31. Dezember 2022 -

Birgit Zielke

Stellvertretende Vorsitzende des gemeinsa-
men Betriebsrates Halle/Kabelsketal der
enviaM, MITGAS, MITNETZ STROM und
MITNETZ GAS

Hanns-Christoph Zippel

Vorsitzender des gemeinsamen Betriebsrates
Sachsen-Anhalt der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS
- bis 5. Mai 2022 –

Der Beirat

Der Beirat setzt sich aus Vertretern von Kommunen, Industrie, Wissenschaft und Verbänden der Region zusammen. Er berät den Vorstand in Fragen der Unternehmens- und Energiepolitik und fördert den gemeinsamen Gedankenaustausch zu wirtschafts- und umweltpolitischen Fragen, insbesondere im Energiebereich.

Der Beirat tagte im Geschäftsjahr 2022 zweimal. Schwerpunkte der Diskussionen waren die Geschehnisse im Rahmen der Energiekrise, die aktuellen Entwicklungen im Strom-, Gas- und Netzgeschäft der enviaM-Gruppe sowie Entwicklungen im kommunalen Produkt- und Dienstleistungsbereich.

2022 haben einige Veränderungen im Beirat stattgefunden. Diese waren hauptsächlich in beruflichen Veränderungen, wie z. B. Wechsel der Tätigkeit oder Übergang in den Ruhestand, der Beiratsmitglieder begründet. Neben zahlreichen Neuzugängen wurde die Position des Beiratsvorsitzenden zum 1. Januar 2022 mit Mike Ruckh neu besetzt.

Mike Ruckh

Geschäftsführer der KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia
Vorsitzender

Dr. Armin Eichholz

Vorsitzender der Geschäftsführung
der Mitteldeutsche
Braunkohlengesellschaft mbH

Bernd Hauschild

Oberbürgermeister der Stadt Köthen (Anhalt)
stellvertretender Vorsitzender

Thomas Eulenberger

ehemaliger 2. stellvertretender Vorsitzender
des Aufsichtsrates der enviaM
- vom 1. April 2022 -

Michael Bedla

Bürgermeister der Stadt Leuna
- vom 1. November 2022 -

Jens Graf

Geschäftsführer
des Städte- und Gemeindebundes
Brandenburg e.V.

Andreas Buchheim

Bürgermeister der Gemeinde Elsteraue
- vom 1. August 2022 -

Gerd Härtig

Oberbürgermeister der Stadt
Limbach-Oberfrohna
- vom 1. Oktober 2022 -

Manfred Deckert

Oberbürgermeister
der Stadt Auerbach/Vogtland
- bis 31. Juli 2022 -

Dr. Dietlind Hagenau

Bürgermeisterin der Stadt Leuna
- bis 31. Juli 2022 -

Jana Dost

Geschäftsführerin
der IHK Chemnitz,
Regionalkammer Erzgebirge

Prof. Dr. Ludwig Hilmer

Rektor der Hochschule Mittweida

André Jacob

Geschäftsführer
Sächsischer Landkreistag e.V.

Lars Kluge

Oberbürgermeister
der Stadt Hohenstein- Ernstthal

Uwe Kramer

Mitglied des Gemeinsamen Betriebsrates
Chemnitz der enviaM, MITGAS, MITNETZ
STROM und MITNETZ GAS

Andreas Kretschmar

Oberbürgermeister der Stadt Oschatz
- bis 31. Juli 2022 -

Thomas Kröber

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der
envia TEL GmbH
- vom 1. September 2022 -

Steffen Kunnig

Bürgermeister
der Gemeinde Kabelsketal

Carmen Künzel

Bürgermeisterin der Gemeinde Neuensalz

Maik Kunze

Bürgermeister der Stadt Groitzsch
- vom 1. Oktober 2022 -

Thomas Kunzmann

Bürgermeister der Stadt Lauter-Bernsbach
- vom 1. Oktober 2022 -

Hendrik Läbe

Bürgermeister der Gemeinde Nobitz

Dr. Gabriela Lantzsch

Bürgermeisterin der Gemeinde Großpösna
- bis 31. Juli 2022 -

Prof. Dr. Thomas Lenk

Direktor Kompetenzzentrum öffentliche
Wirtschaft und Daseinsvorsorge
der Universität Leipzig

Udo Mänicke

Bürgermeister der Stadt Freyburg/Unstrut

Tobias Meier

Bürgermeister der Stadt Taucha

Toni Meinel

Bürgermeister der Stadt Markneukirchen
- vom 1. Oktober 2022 -

Frank Neumann

stellvertretender Bürgermeister
der Stadt Lübben
- bis 31. Oktober 2022 -

Prof. Dr. Mario Ragwitz

Leiter der Fraunhofer-Einrichtung für
Energieinfrastrukturen und Geothermie IEG

Corina Reifenstein

Präsidentin der Handwerkskammer Cottbus
- vom 1. Mai 2022 -

Ralf Rettig

Bürgermeister der Gemeinde Südharz
- bis 30. Juni 2022 -

Joachim Rudler

Bürgermeister der Stadt Grünhain-Beierfeld
- bis 31. Juli 2022 -

Prof. Dr. Ina Schieferdecker

Leiterin der Abteilung 5 (Forschung für
Digitalisierung und Innovation) im Bundes-
ministerium für Bildung und Forschung

Enrico Schilling

Bürgermeister
der Stadt Gräfenhainichen

David Schmidt

Oberbürgermeister der Stadt Oschatz
- vom 1. Oktober 2022 -

Holger Schulz

Bürgermeister der Stadt Zwenkau

Dr. Lothar Stahl

Ortsbürgermeister von Reuden,
Gemeinde Elsteraue

Werner Suchner

Bürgermeister der Stadt Calau

Uwe Weigelt

Bürgermeister
der Gemeinde Lossatal

Mischa Woitscheck

Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und
Gemeindetages e. V.

André Wolf

Bürgermeister der Stadt Penig

Maik Zedschack

Bürgermeister der Stadt Thale
- vom 1. Juli 2022 -

Lagebericht

zum 31. Dezember 2022

envia Mitteldeutsche Energie AG,

Chemnitz

Grundlagen des Unternehmens

Unternehmenszweck. Die envia Mitteldeutsche Energie AG mit Sitz in Chemnitz (im Folgenden auch kurz „enviaM“ oder „Gesellschaft“ genannt) ist ein vertikal integrierter Energiedienstleister. Die Gesellschaft hält zahlreiche Beteiligungen. enviaM und ihre Beteiligungen nehmen im Wesentlichen die Aufgaben Erzeugung, Verteilung, Handel und Vertrieb von Strom, Gas, Wärme, Telekommunikation und Energiedienstleistungen wahr. Letztere betreffen Dienstleistungen auf den Gebieten der Umwelt, der Energieeffizienz, der Immobilienwirtschaft, der Mobilität, der Digitalisierung sowie der Vermietung von Fahrzeugen und damit eine Vielzahl von Infrastrukturdienstleistungen.

Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft ist der Vertrieb von Energie und den damit verbundenen Dienstleistungen. Zudem ist enviaM Eigentümerin eines Elektrizitätsverteilernetzes und verpachtet dieses im Wesentlichen an die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (im Folgenden auch kurz „MITNETZ STROM“ genannt), an der enviaM 100 % der Anteile hält.

Darüber hinaus hält enviaM ein Beteiligungsportfolio, welches die eigene Wertschöpfungskette ergänzt und u.a. auf die Besetzung strategischer Zukunftsthemen ausgerichtet ist. Dies umfasst z.B. die Energieerzeugung im erneuerbaren und konventionellen Bereich, die Speicherung von Energie sowie Dienstleistungen in den Bereichen der Telekommunikation, Infrastruktur und Kundenabrechnung.

Anteilseignerstruktur. Die E.ON Verwaltungs GmbH, Essen, die mittelbar zu 100 % zur E.ON SE, Essen, gehört, sowie deren mittelbare Beteiligungsgesellschaften E.ON Vermögensverwaltungs GmbH und enviaM Beteiligungsgesellschaft mbH sind mit insgesamt 57,90 % mehrheitlich an enviaM beteiligt. Die verbleibenden Anteile in Höhe von 42,10 % befinden sich in kommunaler Hand.

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Wirtschafts- und Branchenentwicklung

Deutsche Wirtschaft behauptet sich trotz Energiekrise und Inflation. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2022 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 1,9 Prozent höher als im Jahr 2021. Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland war geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine zum Beispiel den extremen Energiepreiserhöhungen. Hinzu kamen verschärfte Material- und Lieferengpässe, massiv steigende Preise beispielsweise für Nahrungsmittel sowie der Fachkräftemangel und die andauernde, wenn auch im Jahresverlauf nachlassende Corona-Pandemie. Trotz dieser nach wie vor schwierigen Bedingungen konnte sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022 insgesamt gut behaupten. Dazu trugen unter anderem gestiegene Konsumausgaben aufgrund der Nachholeffekte nach dem Wegfall der Corona Schutzmaßnahmen bei sowie die Entlastungspakete des Bundes, um den steigenden Energiekosten entgegenzuwirken. Ein robuster Arbeitsmarkt stützte die deutsche Wirtschaft. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2022 um 0,7 % höher. *[Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 13. Januar 2023]*

Stromverbrauch gesunken. Die Stromwirtschaft war 2022 geprägt durch die sich insgesamt abschwächende Konjunktur und eine mildere Witterung, vor allem aber durch die Folgen des Ukraine-Krieges. Diese zeigten sich in drastisch steigenden Energiepreisen an den Großhandelsmärkten und bei den Letztverbrauchern. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) prognostizierte für das Geschäftsjahr 2022 einen Rückgang des Stromverbrauchs um 3,1 %. *[BDEW Jahresbericht 20. Dezember 2022]*

Gesetzlicher Ordnungsrahmen. Im Geschäftsjahr 2022 traten eine Vielzahl energiewirtschaftlicher Gesetzesänderungen von besonderer Bedeutung für enviaM in Kraft. Der Krieg in der Ukraine hat neben Friedens- und Sicherheitspolitik, energiepolitische Themen ganz oben auf die Agenda gehoben. Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie stehen dabei im Fokus.

Aufgrund der drohenden Gasknappheit und der damit stark gestiegenen Großhandelspreise für Strom und Gas standen zunächst die akute Krisensicherung durch die Befüllung der Gasspeicher, die Reaktivierung von Braun- und Steinkohlekraftwerken sowie der Streckbetrieb der Kernkraftwerke zur Erhaltung der Versorgungssicherheit im Mittelpunkt. Auf Basis der Erdgas-Versorgungs-Sicherheitsverordnung (Erdgas-SoS-VO), deren Änderung am 22. Mai 2022 in Kraft trat, wurde das Energiesicherungsgesetz (EnSiG) novelliert. Dieses trat am 21. Mai 2022 in Kraft. Wesentlicher Inhalt ist die Treuhandschaft oder Enteignung von Unternehmen im Krisenfall. Die vereinbarten Maßnahmen dienen der Sicherung der Gasimporteure in Deutschland, die Vorlieferanten für zahlreiche Versorgungsunternehmen und Stadtwerke sind. Damit konnten die Energieflüsse aufrechterhalten werden. Des Weiteren wurden die Weitergabe von Preiserhöhungen über alle Stufen des Gashandels geregelt bzw. die Einführung einer Gasbeschaffungsumlage beschlossen, die jedoch vor Inkrafttreten wieder abgeschafft wurde. Die Maßnahmen des EnSiG sollten verhindern, dass die Preise an den Großhandelsmärkten für Gas und Strom, durch das Eintreten einer physischen Gasmangellage, noch weiter unter Druck geraten.

Ein weiterer wesentlicher Teil der gesetzlichen Neuregelungen befasste sich mit der Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Energiekrise für Industrie und Haushalte. Am 19. November 2022 ist das Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz (EWSG) in Kraft getreten. Einmalig übernimmt die Bundesrepublik Deutschland die Abschlagszahlungen aller Gasstandardlastprofil- und Fernwärmekunden für Dezember 2022. Die sogenannte Soforthilfe soll dazu beitragen, die Bezahlbarkeit von Gas und Fernwärme sicherzustellen.

Das am 24. Dezember 2022 in Kraft getretene Gesetz zur Gaspreisbremse (Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz – EWPBG) regelt die Grundkontingente für leitungsgebundenes Gas und Wärme für Haushalts- und Industriekunden zu festgelegten Preisen. Diese Kontingente gelten vom 1. März 2023 bis zum 31. Dezember 2023, mit der Option diese bis 30. April 2024 zu verlängern, und werden rückwirkend zum 1. Januar 2023 angewendet. Industriekunden soll vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023, mit der Option diese bis 30. April 2024 zu verlängern, eine Entlastung mittels eines garantierten Gas- und Wärme-Nettopreises gewährt werden.

Zudem regelt das am 24. Dezember 2022 in Kraft getretene Gesetz zur Strompreisbremse (Strompreisbremsengesetz – StromPBG) ein Grundkontingent für Haushalte zu festgelegten Preisen vom 1. März 2023 bis zum 30. April 2024. Diese Kontingente gelten rückwirkend zum 1. Januar 2023. Kunden mit einem jährlichen Verbrauch von mehr als 30.000 kWh erhalten hingegen eine Entlastung in Form eines Strom-Grundkontingents zu garantierten Strom-Nettopreisen auf Basis des historischen Verbrauchs bis zum 31. Dezember 2023. Gleichzeitig erfolgt eine Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte auf dem Niveau von 2022.

Zur Finanzierung der Preisbremsen für Gas und Strom sollen Übergewinne von erneuerbaren Energien-Anlagen (inkl. Biogas und Biomasse ausgenommen Biomethan), Braunkohle- und Atomkraftwerken sowie Abfallenergie abgeschöpft werden. Dafür werden rund 90 % der Einnahmen abgeschöpft, welche die gesetzlich festgelegten technologiespezifischen Erlösbergrenzen überschreiten. Berechnungsgrundlage sind die erzeugten Strommengen, die Spotmarktpreise und die Absicherungsgeschäfte, die nach dem 30. November 2022 erzeugt bzw. getätigt wurden. Die Abschöpfung ist im StromPBG verankert und beginnt am 1. März 2023 rückwirkend zum 1. Dezember 2022.

Darüber hinaus setzte die Bundesregierung im sogenannten Osterpaket Maßnahmen zur Beschleunigung der Energiewende um. Das Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor trat in Teilen am 20. Juli 2022 in Kraft. Im Zentrum der in Kraft getretenen Regelungen steht die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Ziel ist es, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf 80 % bzw. 600 TWh bis 2030 zu erhöhen. Dazu wurden die Ausbaupfade für Wind und Photovoltaik sowie die entsprechenden Ausschreibungsmengen angepasst und ein Photovoltaik-Beschleunigungsprogramm auf den Weg gebracht. Mit dem Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (sog. Wind-an-Land-Gesetz) wird ein gesetzlich verpflichtendes Flächenziel von 2 % des Bundesgebietes für Onshore-Windanlagen bis 2032 eingeführt und entsprechend der regionalen Gegebenheiten auf die Bundesländer heruntergebrochen. Zusätzlich wurden die erneuerbaren Energien gesetzlich als überragendes öffentliches Interesse verankert, um auch im Planungs- und Genehmigungsrecht den Weg für beschleunigte Verfahren zu öffnen.

Das EnWG wurde im Lauf des Geschäftsjahres mehrfach überarbeitet. Wesentliche Anpassungen waren Änderungen im Umgang mit der Gasmangellage, Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen und die Ertüchtigung von Kohle- und Ölkraftwerken. Diese sollen kurzfristig und auf Abruf in den Markt zurückkehren können, wenn eine Gasmangellage droht oder vorliegt. Weitere Änderungen betreffen die Aufnahme und Verankerung des Zieles der Treibhausgasneutralität bis 2045 in das EnWG. Die Netzentwicklungsplanung wird um die Berechnung eines Klimaneutralitätsnetzes ergänzt, die unter anderem den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge berücksichtigt. Die Novelle beseitigt zudem rechtliche Unklarheiten bei der Kündigung des Vertrages durch den Energielieferanten in Zeiten steigender Preise. Zudem wurde auch der Netzausbau im Hochspannungsnetz gesetzlich als überragendes öffentliches Interesse verankert.

Entwicklung der Großhandelspreise für Strom. Die Strompreise im Geschäftsjahr 2022 wurden bestimmt durch eine angespannte geopolitische Lage und insbesondere den Krieg in der Ukraine. Bereits Ende 2021 führten die zunehmenden Spannungen zwischen der Ukraine und Russland zu einer Verteuerung der Großhandelspreise für Strom. Seit dem 24. Februar 2022, dem Überfall Russlands auf die Ukraine, setzte an den Energiemärkten eine beispiellose Verteuerung ein. Die Abhängigkeit von russischen Energieimporten in Form von Erdgas und Kohle und deren Verknappung führte zu einem extremen Anstieg der Stromgestehungskosten. So erhöhte sich der Terminmarktpreis für die Megawattstunde (MWh) Grundlaststrom für das Lieferjahr 2023 an der Strombörse European Power Exchange auf durchschnittlich 298,86 € pro MWh (2022: 88,42 € pro MWh). Der Preis für Spitzenlaststrom verteuerte sich im Geschäftsjahr auf durchschnittlich 400,17 € pro MWh (2022: 107,23 € pro MWh). Die Erhöhung des CO₂-Preises 2022 führte zu keinen nennenswerten Preisimpulsen. Rezessions- und Inflations Sorgen deckelten den 2021 vorangegangenen Preisanstieg am Emissionsmarkt.

Geschäftsentwicklung im Jahr 2022

Komplexes Marktumfeld. enviaM agiert in einem im Vergleich zum Vorjahr dramatisch angespannten Marktumfeld. Als Folge der veränderten weltpolitischen Situation und des Ukrainekrieges entstand eine Gemengelage aus stark angestiegenen Gas- und Kohlepreisen, welche extreme Preisentwicklungen am Strommarkt auslöste und zu historisch hohen Preisen führte. Daraus folgend verzeichnete enviaM einen Anstieg des Kundenbestandes innerhalb der von langfristigen Beschaffungsverfahren profitierenden Grundversorgung. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf Kunden zurückzuführen, die bei ihrem bisherigen Versorger kündigten oder von ihm gekündigt worden sind. Die vertriebslich-akquisitorische Aktivität ist bei fast allen Marktteilnehmern im Strommarkt des Jahres 2022 nahezu zum Erliegen gekommen, weil die Preiskalkulation aufgrund der sehr volatilen Beschaffung nahezu unmöglich wurde und zum Teil auch keine Beschaffung vorgenommen werden konnte. So fokussiert sich auch enviaM stark auf die Betreuung der Bestandskunden mit einem besonderen Augenmerk auf die Verpflichtung zur Versorgung der Grundversorgungskunden. Externe Vertriebskanäle wie Vergleichsportale oder der Direktvertrieb wurden im Jahr 2022 nicht bedient. Lediglich auf eigenen Vertriebskanälen (Energiekaufhaus bzw. direkte Anfragen per E-Mail und Telefonie) waren Angebote verfügbar.

Vertriebsgeschehen. Die Kundenzahlen im Segment Privat- und Gewerbekunden (B2C) der enviaM sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr aufgrund dieser Marktsituation gesunken. Die Kundenzugänge im Grundversorgungsgebiet konnten die Kundenverluste im externen Gebiet nicht ausgleichen. In den Segmenten Geschäftskunden und Weiterverteiler des Business-to-Business Vertriebes (B2B) blieb die Wettbewerbssituation gegenüber den Vorjahren weiterhin angespannt bzw. hat sich durch zusätzliche Belastungen der Kunden verschärft.

Produkt- und Dienstleistungspalette. Der Vertrieb von Strom an Privat- und Gewerbekunden, Geschäftskunden sowie Weiterverteiler und Kommunen ist nach wie vor das vertriebliche Hauptgeschäftsfeld von enviaM. Daneben ist enviaM ein anerkannter Partner bei Angeboten zur dezentralen Energieerzeugung. Energiedienstleistungen, wie Angebote zur Vermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien sowie digitale Kundenanwendungen und Konzepte zur Erhöhung der Energieeffizienz, runden die Produkt- und Dienstleistungspalette ab. Mit dem sich deutlich beschleunigenden Rollout neuer Messtechniken rückt die Entwicklung damit verbundener digitaler Dienstleistungen und Mehrwerte noch stärker in den Fokus. Die Vielfalt des Angebotsportfolios konnte trotz der tiefgreifenden Verwerfungen am Energiemarkt erhalten werden.

Entwicklung des Strompreises. Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine und die sich daraus ergebende geopolitische Veränderung prägte das Jahr 2022 und bestimmt weiterhin die tägliche Entwicklung am Energiemarkt. In Folge des Krieges führte eine Verknappung von Energieträgern wie z.B. ausgefallene russischen Gasflüsse oder die stark verteuerten Preise für Kraftwerkskohle zu deutlich höheren Beschaffungskosten. Gegenläufige staatliche Stützungsmaßnahmen wie die Aussetzung der EEG-Umlage zur Jahresmitte konnten die dramatisch gestiegenen Kosten am Beschaffungsmarkt bei weitem nicht kompensieren. Die Dynamik des Energiemarktes und verschiedene staatliche Eingriffe haben unterjährige Preisveränderungen notwendig gemacht.

Zum 1. Juni 2022 wurden die Arbeitspreise in der Grundversorgung und daran angelegter Sonderprodukte im Netzgebiet der MITNETZ STROM erhöht. Die Grundpreise blieben von der Veränderung unberührt.

Zum 1. Juli 2022 erfolgte nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Absenkung der Kostenbelastung durch die EEG-Umlage und zur Weitergabe dieser Absenkung an die Letztverbraucher die Senkung der Arbeitspreise um die zu diesem Zeitpunkt aktuelle EEG-Umlage.

Zum Jahreswechsel 2022/2023 erhöhte enviaM die Verbrauchspreise für Strom für Privat- und Gewerbekunden in der Grundversorgung und daran angelegte Sonderprodukte im Netzgebiet der MITNETZ STROM. Neben weiterhin gestiegenen Beschaffungskosten wurde dies auch durch die Steigerung der Netzentgelte erforderlich. Die Grundpreise blieben auch für diese Preisanpassung unverändert.

Ab 1. Januar 2023 soll die im Gesetz zur Einführung einer Strompreisbremse verankerte Entlastung für Standardlastprofil-Kunden einen Preis von 40 ct/kWh (brutto) für ein Grundkontingent von bis zu 80 % des Vorjahresverbrauchs garantieren. Sollte dies operativ nicht umsetzbar sein, wird die Entlastung zu einem späteren Zeitpunkt rückwirkend zu diesem Datum gewährt. Die Deckelung soll bis zum 30. April 2024 gelten. Nicht-Standardlastprofil-Kunden erhalten hingegen eine Entlastung auf Basis eines garantierten Preises von 13 ct/kWh (netto) für ein Strom-Grundkontingent von 70 %

des historischen Verbrauchs bis zum 31. Dezember 2023. Gleichzeitig erfolgt eine Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte auf dem Niveau von 2022.

Strategie und Zielbild. Die enviaM-Gruppe verfolgt weiterhin das ambitionierte Ziel, 2030 der führende Energie- und Infrastrukturdienstleister Ostdeutschlands¹ zu sein. Als dieser ist sie erster Ansprechpartner für Bürger, Unternehmen und Kommunen in ihrer Region.

In diesem Rahmen fokussiert sich enviaM auf die Sicherung und Transformation des Bestandsgeschäftes sowie neue Wachstumsthemen. Die aus den Treibern Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Dezentralisierung abgeleiteten strategischen Schwerpunkte und wesentlichen Schlüsselthemen dienen enviaM zur Priorisierung von Maßnahmen. Die Erfüllung dieser anspruchsvollen Vision wird von einem steten Kulturwandel über alle Unternehmensbereiche hinweg begleitet.

Nachhaltigkeitsziele und -initiativen. Nachhaltigkeit bedeutet für enviaM, die unternehmerischen Erfolge in Einklang mit den natürlichen Ressourcen, dem weltweiten Klima und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu erreichen. Die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit Umwelt- und Klimaschutz, soziale Belange und nachhaltige Unternehmensführung sind deshalb integraler Bestandteil der Unternehmensstrategie. Als Energiedienstleister stehen besonders der Beitrag zum Klimaschutz und die durch die Geschäftstätigkeit verursachten Treibhausgasemissionen im Fokus. enviaM hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 die im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit anfallenden Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 2019 um 75 % zu senken. Bereits bis 2040 wird Klimaneutralität angestrebt. Auf dieser Basis wurden die Hauptquellen für Treibhausgasemissionen ermittelt und Handlungsfelder zur Senkung der CO₂-Emissionen und Verbesserung der Klimaschutzaktivitäten festgelegt.

Netz. enviaM ist Eigentümerin eines Elektrizitätsverteilernetzes und verpachtet dieses im Wesentlichen an MITNETZ STROM. enviaM trägt die von MITNETZ STROM getätigten Investitionen im Verteilernetz der enviaM. Ostdeutschland ist vom energiewirtschaftlichen Umbauprozess in besonderer Weise betroffen. Der Wandel von konventioneller zu erneuerbarer Energieerzeugung schreitet hier mit hoher Geschwindigkeit voran. Mit einem rechnerischen Anteil der regenerativ erzeugten Energie von rund 117 % am Letztverbraucherabsatz im Netzgebiet von MITNETZ STROM liegt dieser schon heute über der mit 80 % definierten Zielstellung der Bundesregierung für das Jahr 2030. Der Ausbau der erneuerbaren Energien macht für MITNETZ STROM weiterhin umfangreiche Netzanpassungen erforderlich.

Wie in den vergangenen Jahren lag auch im Jahr 2022 ein Investitionsschwerpunkt im Ausbau und in der Verstärkung des Verteilernetzes für die Leistungsaufnahme und den Transport des Stroms aus erneuerbaren Energien. Im gesamten Netzgebiet konnten hierfür wichtige Ausbauprojekte umgesetzt bzw. fortgeführt werden. Neue 110-kV-Transformatoren wurden in mehreren Umspannwerken installiert. Darüber hinaus wurden im Netzgebiet weitere kundeneigene Einspeise-Umspannwerke an das 110-kV-Netz angeschlossen.

Im Mittel- und Niederspannungsnetz passte die MITNETZ STROM ihre Infrastruktur weiter an die steigenden Leistungsanforderungen an und erhöhte dabei den Verkabelungsgrad zur Verbesserung

¹ auf Basis Stromabsatz bzw. -umsatz

der Versorgungszuverlässigkeit der Ortsnetze. Wesentliche Treiber blieben hierbei die stetig steigende Anzahl von Einspeiser erneuerbarer Energien und der anzuschließenden Ladepunkte für die Elektromobilität. Um die Sichtbarkeit und Steuerbarkeit im Mittel- und Niederspannungsnetz zu verbessern, wurde das Programm zur Errichtung von modernen, digitalen Ortsnetzstationen fortgeführt.

Im Hochspannungsnetz wurden unter anderem eine neue 110-kV-Leitung zwischen Großräschen und Altdöbern errichtet und der Ersatzneubau der 110-kV-Leitungen Großräschen - Schwarzheide, Großräschen - Finsterwalde sowie Marke – Piesteritz/Nord fortgeführt. Auch diese Maßnahmen waren auf Grund des Anstieges der Stromeinspeisung aus erneuerbaren Energien erforderlich.

Mehrere Sturmtiefs und Waldbrände brachten besondere Herausforderungen für den Netzbetrieb. Stromausfälle und erhebliche Störungen waren die Folge. Im Februar 2022 waren nach einem Sturm zeitweise bis zu 21.800 Kunden zeitgleich spannungslos. Mit hoher Professionalität und Motivation der Mitarbeitenden sowie der an den Störungsbeseitigungen beteiligten Dienstleister konnten diese außergewöhnlichen Situationen gemeistert werden.

Energiekrise und Auswirkungen auf das Stromnetz. Vor dem Hintergrund einer möglichen Gas-mangellage, welche zu erhöhten Netzbelastungen des Stromnetzes führen könnte, wurden in den gasversorgten Netzgebieten Modellrechnungen mit verschiedenen zusätzlichen Lastszenarien durchgeführt, die regional zu möglichen Überlastungen von Betriebsmitteln führen könnten. Vorsorglich hat sich MITNETZ STROM mit zusätzlichem Verbrauchsmaterial wie Niederspannungs-sicherungen in erhöhter Stückzahl bevorratet. Weiterhin wurde das Betriebspersonal nochmals sensibilisiert und zu Szenarien spezifisch geschult. Die Belastung der Netze und die Einsatzberei-terschaft der Großtechnik werden permanent überwacht.

Digitalisierung Messwesen. Der Rollout moderner Messeinrichtungen und intelligenter Mess-systeme wurde im Jahr 2022 fortgesetzt. Seit dem Rolloutstart wurden über 500.000 moderne Messeinrichtungen und mehr als 16.500 intelligente Messsysteme durch den grundzuständigen Messstellenbetreiber MITNETZ STROM installiert. Damit hat bereits rund ein Drittel der Netzkunden der MITNETZ STROM eine moderne Messeinrichtung. Mit der Rücknahme der „Markter-klärung“ durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und infolge von Liefer-engpässen bei Gateways kam es zu Verzögerungen beim Rollout intelligenter Messsysteme.

Digitalisierung im Konzernverbund. Die Entwicklung und Nutzung gemeinsamer digitaler Lösungen im E.ON-Konzernverbund ermöglicht es, erfolgskritische Ressourcen zu bündeln, Skaleneffekte bei der Nutzung gemeinsamer Technologieplattformen zu generieren und die Einführung moderner Technologien zu fördern. Übergreifende Initiativen mit Schwestergesellschaften auf dem Gebiet der Digitalisierung eröffnen enviaM die Chance, ein umfassendes Spektrum an digitalen Lösungen zu nutzen und Mehrwerte für das Kerngeschäft zu generieren. So führte enviaM das Energieportal als Basisanwendung für digitale Dienstleistungen für Kommunen und Businesspartner ein, welches den Anwendern einen besseren Überblick über die jeweiligen Energieverbräuche und -effizienz verschafft und die Ableitung konkreter Maßnahmen ermöglicht, um Verbräuche, Kosten und CO₂-Emissionen zu reduzieren.

Neben Lösungen zur Erhöhung des Kundennutzens beschleunigt die konzernweite Standardisierung von Geschäftsprozessen die digitale Transformation, ermöglicht Effizienzsteigerungen interner Prozesse durch eine verbesserte gegenseitige Erreichbarkeit und verschafft einen gruppenweiten Technologietransfer. Mit diesen Zielen beteiligt sich enviaM unter anderem bei der Umstellung des ERP Systems als konzernweites Projekt zum Nutzen aller beteiligten Gesellschaften.

Wissenschaft, Forschung und Innovation. Die externen Treiber Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Dezentralisierung stehen für enviaM auch weiterhin im Fokus ihrer Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung.

Die Entwicklung Grüner Energien gewinnt dabei neben ihrem erwarteten Beitrag zur Nachhaltigkeit der Energieversorgung auch aus Gründen der Sicherung der Versorgungssicherheit zunehmend an Bedeutung. Die durch die aktuelle geopolitische Situation veränderte Versorgungslage hinsichtlich der Verfügbarkeit von Energieträgern führt zu einer sprunghaften Wahrnehmung des Potentials Grüner Gase als Speichermedium und Energieträger in allen Sektoren zur Sicherung der industriellen Basis und des Wohlstandes der Gesellschaft. Der gesellschaftliche Konsens zum Ausbau einer Wasserstoffinfrastruktur und zur Bedeutung von Wasserstoff als Schlüssel für die energetische Zukunftsfähigkeit beschleunigen das Markthochlaufen und fordern eine regionale und überregionale Zusammenarbeit der beteiligten Marktpartner. enviaM und ihre Beteiligungsgesellschaften partizipieren in Kooperation mit weiteren Unternehmen sowohl am Ausbau der Wasserstoffherzeugung sowie Wasserstoffinfrastruktur in der mitteldeutschen Region. Die Forschungstätigkeiten der vergangenen Jahre von enviaM und ihren Tochtergesellschaften zum Aufbau einer klimaneutralen Industrie auf Basis einer Wasserstoffinfrastruktur verschaffen einen Wissensvorsprung und beschleunigen die technische Entwicklung und die kommerzielle Nutzung deutlich. Das länderübergreifende Projekt Green Bridge der MITNETZ GAS zum Aufbau einer Wasserstoff-Wertschöpfungskette trägt unter Beteiligung der envia THERM und weiteren Partnern zur Entwicklung einer regionalen Wasserstoffinfrastruktur bei.

Die Digitalagenda der enviaM einschließlich ihrer Tochtergesellschaften ist nachhaltig als dauerhafter, transparenter Prozess etabliert und treibt - unter Einbezug aller Mitarbeiter - digitale Innovationen im Unternehmensverbund konsequent voran. Auch in der vierten Auflage konnten weitere drei Projekte initiiert werden.

Die durch umfassende Digitalisierung entstandenen digitalen Ökosysteme und die zunehmende Zugänglichkeit von Daten und Technologien der Künstlichen Intelligenz verhelfen den Fachbereichen zu niederschweligen Einstiegsmöglichkeiten zur Umsetzung von Automatisierung sowie Daten- und Prozessanalysen. Die erreichten Digitalisierungserfolge schaffen so in wachsender Geschwindigkeit Mehrwerte für alle Geschäftseinheiten.

Es konnte sich unter anderem auf der Grundlage des zentralen digitalisierten Dokumentenverkehrs standortunabhängiges Arbeiten fest etablieren und mittels Künstlicher Intelligenz Effizienzen in den Geschäftsprozessen erschlossen werden. Konsequente funktionale Weiterentwicklungen dieser Infrastruktur unterstützen so auch die Entwicklung digitaler Geschäftsprozesse in den jeweiligen Fachabteilungen.

Konzessionen als Grundlage der Partnerschaft. Gesicherte Konzessionen sind die Basis für das Netzgeschäft und die Partnerschaft von enviaM und den Kommunen. Das Vertrauen der Kommunen in die Leistungsfähigkeit von enviaM zeigt sich in den Neuabschlüssen von Konzessionsverträgen. Im Geschäftsjahr 2022 wurden trotz des anhaltend hohen Wettbewerbs Stromkonzessionsverträge mit einer Reihe von Kommunen abgeschlossen. Unter anderem wurden mit 14 Städten und Gemeinden in Sachsen mit 31.400 versorgten Einwohnern, einer Stadt und eine Gemeinde in Sachsen-Anhalt mit 20.400 versorgten Einwohnern, einer Stadt in Brandenburg mit 8.900 versorgten Einwohnern sowie zwei Städten und einer Gemeinde in Thüringen mit 16.500 versorgten Einwohnern neue Stromkonzessionsverträge abgeschlossen

Geschäftsbetrieb in Corona Krise. Der Krisenregelbetrieb wurde bis zum Mai 2022 fortgeführt. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf dem Schutz der Mitarbeiter und auf der jederzeitigen Aufrechterhaltung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Es wurden für den Fall hoher Krankheitsraten in besonders kritischen Bereichen der gesamten Wertschöpfungskette der enviaM und ausgewählter Beteiligungen verschiedene Worst Case Szenarien vorbereitet, welche im Bedarfsfall automatisch zum Einsatz kommen, um so die Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

Mit der Summe aller ergriffenen Maßnahmen ist es gelungen, Infektionsketten im Unternehmen zu vermeiden und damit jederzeit die volle Leistungsfähigkeit zu erhalten. Der Corona-Krisenstab hat seine Arbeit zum 31. Mai 2022 eingestellt. Aktuell wird die Entwicklung fortlaufend beobachtet, eine Reaktivierung des Krisenstabes wurde seitdem nicht notwendig.

Die Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten hat sich bei den Mitarbeitern fest etabliert und wurde zum Teil der Unternehmenskultur. Diese nachhaltige Veränderung wirkt unterstützend bei dem Umgang mit wiederkehrend aufkommenden Infektionswellen.

Vermögenslage

	31.12.2022		31.12.2021	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva				
Anlagevermögen	2.722,9	86,8	2.729,2	90,1
Vorräte	19,4	0,6	11,8	0,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	394,6	12,6	285,6	9,4
Flüssige Mittel	0,3	0,0	0,2	0,0
Übrige Aktiva	0,7	0,0	2,0	0,1
	3.137,9	100,0	3.028,8	100,0
Passiva				
Betriebswirtschaftliches Eigenkapital¹⁾	1.765,8	56,3	1.793,2	59,2
Fremdkapital				
lang- und mittelfristig	291,9	9,3	287,6	9,5
kurzfristig	1.080,2	34,4	948,0	31,3
	3.137,9	100,0	3.028,8	100,0

1) Eigenkapital abzüglich geplante Ausschüttung zuzüglich 70 % des Sonderpostens und der Baukostenzuschüsse

Die Bilanzkennzahlen entwickelten sich wie folgt:

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung
		%		%	%-Punkte
Verschuldungskoeffizient ¹⁾		77,7		68,9	8,8
Anlagendeckungsgrad ²⁾		77,3		81,8	-4,5

1) Verhältnis Fremdkapital zum betriebswirtschaftlichen Eigenkapital

2) Verhältnis betriebswirtschaftliches Eigenkapital zum Anlagevermögen, ohne Wertpapiere des Anlagevermögens

Das Gesamtvermögen der enviaM hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 109,1 Mio. € erhöht. Wesentliche Ursache dafür ist der Anstieg der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die Erhöhung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen zurückzuführen und betrifft hauptsächlich den Cash-Pool-Vertrag mit der E.ON SE. Darüber hinaus hat sich das Sachanlagevermögen hauptsächlich aufgrund der getätigten Investitionen in das Stromnetz erhöht. Gegenläufig wirkt die auf den Verkauf und die Abschreibung von Spezialfonds zurückzuführende Verminderung des Finanzanlagevermögens.

Der Anstieg des kurzfristigen Fremdkapitals betrifft hauptsächlich Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Cash-Pool-Verbindlichkeiten gegenüber der MITNETZ STROM.

Unter Berücksichtigung der geplanten Ausschüttung und der Entnahme aus den Gewinnrücklagen ist das betriebswirtschaftliche Eigenkapital von 1.793,2 Mio. € im Vorjahr auf 1.765,8 Mio. € im Berichtsjahr gesunken. Damit ist der Verschuldungskoeffizient um 8,8 Prozentpunkte gestiegen. Demzufolge verringert sich der Anlagendeckungsgrad um 4,5 Prozentpunkte.

Finanzlage

Kapitalflussrechnung

	2022	2021
	Mio. €	Mio. €
Jahresüberschuss	139,3	139,5
Abschreibungen des Anlagevermögens	139,7	96,9
Zuschreibungen des Anlagevermögens	-0,6	-0,9
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-28,6	-16,8
Gewinne/Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen	-6,0	-10,6
Zinsaufwendungen/Zinserträge	7,4	11,9
Sonstige Beteiligungserträge und -aufwendungen	-86,7	50,4
Veränderungen der Rückstellungen	7,7	-22,2
Veränderungen bei sonstigen Bilanzposten (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)		
Vorräte, Forderungen sowie andere Aktiva	-0,4	-61,3
Verbindlichkeiten sowie andere Passiva	5,7	52,0
Ertragsteueraufwand/-ertrag	79,0	16,4
Ertragsteuerzahlungen	-70,8	-32,9
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	185,7	222,4
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	0,3	0,1
Einzahlungen/Rückzahlungen von Hausanschlusskosten und Baukostenzuschüssen	0,2	0,3
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	1,4	0,8
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-23,2	-19,9
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	8,0	7,2
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-135,6	-128,4
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	121,4	252,4
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-99,2	-135,3
Saldo der Ein- bzw. Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (Cash-Management)	183,8	-101,8
Ein- und Auszahlungen aus Ergebnisabführungsverträgen	-74,3	26,9
Erhaltene Zinsen	1,5	4,3
Erhaltene Dividenden	22,4	31,9
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	6,7	-61,5
Auszahlungen an Anteilseigner	-191,1	-161,3
gezahlte /erhaltene Zinsen	-1,2	0,3
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-192,3	-161,0
Veränderung des Finanzmittelbestandes	0,1	-0,1
Finanzmittelbestand zum Jahresanfang	0,2	0,3
Finanzmittelbestand zum Jahresende	0,3	0,2

Die Kapitalflussrechnung wird in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 21 erstellt.

Der Saldo aus Ergebnisabführungsverträgen wird im Cashflow aus Investitionstätigkeit ausgewiesen.

Kumulativ zu dem ausgewiesenen Finanzmittelbestand zum Jahresende sind noch die im Anlagevermögen langfristig gehaltenen, kurzfristig veräußerbaren Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 438,1 Mio. € (im Vorjahr: 537,9 Mio. €) abzüglich des zum Bilanzstichtag bestehenden negativen Saldos aus Cash-Pool-Forderungen und Cash-Pool-Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt 423,0 Mio. € (im Vorjahr: 310,5 Mio. €) zu berücksichtigen. Damit ergibt sich eine zusätzliche Liquiditätsreserve von 15,1 Mio. € (im Vorjahr: 227,4 Mio. €).

enviaM ist in das Cash-Management-System der E.ON SE eingebunden. Es besteht hieraus eine Kreditlinie in Höhe von 120 Mio. €, welche zum 31. Dezember 2022 nicht in Anspruch genommen ist. Demgegenüber hat enviaM ihrerseits an verschiedene Tochtergesellschaften Cash-Pool-Kreditlinien in Höhe von insgesamt 39,0 Mio. € ausgereicht, die am 31. Dezember 2022 mit 1,0 Mio. € in Anspruch genommen wurden.

Ertragslage

	2022		2021	
	Mio €	%	Mio €	%
Umsatzerlöse	2.547,9	96,2	2.148,8	95,0
Andere betriebliche Erträge	99,4	3,8	112,4	5,0
Betriebliche Erträge	2.647,3	100,0	2.261,2	100,0
Materialaufwand	-2.173,6	-82,1	-1.774,5	-78,5
Personalaufwand	-79,6	-3,0	-67,0	-3,0
Abschreibungen	-94,4	-3,6	-96,9	-4,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-128,4	-4,9	-133,2	-5,9
Betriebliche Aufwendungen	-2.476,0	-93,5	-2.071,6	-91,6
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit	171,3	6,5	189,6	8,4
Ergebnis Finanzanlagen	100,3	3,8	-21,3	-0,9
Zinsergebnis	-7,4	-0,3	-11,9	-0,5
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-45,3	-1,7	0,0	0,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	218,9	8,3	156,4	6,9
Steuern	-79,0	-3,0	-16,4	-0,7
Sonstige Steuern	-0,6	0,0	-0,5	0,0
Jahresüberschuss	139,3	5,3	139,5	6,2

(rundungsbedingte %-Abweichungen möglich)

Ergebnis. Der Jahresüberschuss liegt mit insgesamt 139,3 Mio. € auf Vorjahresniveau (im Vorjahr: 139,5 Mio. €).

In der Sparte Strom belaufen sich die Umsatzerlöse vor Stromsteuer auf 2.094,4 Mio. € (im Vorjahr: 1.774,0 Mio. €). Insbesondere im Segment Weiterverteiler/Vertriebshandel haben sich die Umsatzerlöse trotz geringerer Absatzmengen nach erfolgter Weitergabe gestiegener Großhandelspreise erhöht. Während im Segment Privat- und Gewerbekunden die Absatzmengen und die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben sind, ergeben sich im Segment Geschäftskunden geringere Umsatzerlöse infolge rückläufiger Absatzmengen.

Die Erhöhung der Umsatzerlöse vor Energiesteuer in der Sparte Gas auf 79,7 Mio. € (im Vorjahr: 36,5 Mio. €) ist hauptsächlich auf einen höheren Anteil des Weiterverkaufs von BEHG-

Zertifikaten (+34,7 Mio.€) zurückzuführen. Darüber hinaus wirkt in allen Kundensegmenten die Weitergabe höherer Gasgroßhandelspreise.

Es wurden sonstige Umsatzerlöse in Höhe von 452,9 Mio. € (im Vorjahr: 428,2 Mio. €) erzielt. Die Erhöhung um 24,7 Mio. € ist insbesondere auf gestiegene Erlöse aus

- dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten und
- der Verpachtung des Stromnetzes

zurückzuführen. Dem entgegen wirken geringere Erlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen.

Die anderen betrieblichen Erträge beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge, die Bestandsveränderung und die anderen aktivierten Eigenleistungen. Sie summieren sich auf 99,4 Mio. € (im Vorjahr: 112,4 Mio. €). Der Rückgang um 13,0 Mio. € resultiert mit 9,0 Mio. € aus Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Erhöhung des Materialaufwandes um 399,1 Mio. € ist hauptsächlich auf höhere Strom- und Gasbeschaffungskosten infolge deutlich gestiegener Großhandelspreise zurückzuführen. Ferner trug der gestiegene Bezug von CO₂-Zertifikaten und BEHG-Zertifikaten wesentlich zur Erhöhung des Materialaufwandes bei.

Der Anstieg des Personalaufwandes um 12,6 Mio. € resultiert hauptsächlich aus höheren Aufwendungen für Altersversorgung. Gegenläufig sind die Aufwendungen für Löhne und Gehälter infolge der Verringerung der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter gesunken.

Die Abschreibungen des Berichtsjahres liegen mit 2,5 Mio. € unter den Abschreibungen des Vorjahres. Während im Berichtsjahr keine außerplanmäßigen Abschreibungen erforderlich waren, wurden im Vorjahr Sachanlagen in Höhe von 2,6 Mio. € außerplanmäßig abgeschrieben.

Die Verminderung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 4,8 Mio. € liegt unter anderem in geringeren Aufwendungen für Provisionen begründet.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen ist vor Berücksichtigung der Abschreibungen auf Finanzanlagen um 121,6 Mio. € gestiegen. Dieser Anstieg resultiert maßgeblich aus höheren Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen und betrifft im Wesentlichen den Gewinnabführungsvertrag mit MITNETZ STROM.

Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 45,3 Mio. € (im Vorjahr: 0,0 Mio. €) vorgenommen.

Der Steueraufwand ist insbesondere aufgrund eines höheren steuerlichen Ergebnisses sowie periodenfremder Effekte in Höhe von 10,8 Mio. € (im Vorjahr: Ertrag 20,7 Mio. €) um 62,6 Mio. € gestiegen.

Stromaufkommen und -abgabe

Stromaufkommen. Das Stromaufkommen betrug im Berichtsjahr 11.851 GWh (im Vorjahr: 15.955 GWh) und wurde vollständig aus Fremdstrombezügen gedeckt. Größter Fremdstrombezugspartner war dabei die E.ON Portfolio Solutions GmbH, München.

In der Position „Sonstige“ in Höhe von 7.101 GWh (im Vorjahr 7.474 GWh) sind der Bezug von der envia THERM GmbH, Bitterfeld-Wolfen, der Vattenfall Energy Trading GmbH, Hamburg, der Bezug über die Strombörse European Energy Exchange, Leipzig, Vertriebshandelsgeschäfte mit Dritten, Kraftwerksstrom von Dritten sowie Bezug aus EEG-Anlagen von Dritten im Rahmen der EEG-Direktvermarktung zusammengefasst.

Stromaufkommen

	2022 GWh	2021 GWh
E.ON Portfolio Solutions GmbH/E.ON Energie Deutschland GmbH	4.750	8.481
Sonstige	7.101	7.474
	11.851	15.955

Stromabgabe. Im Berichtszeitraum betrug die nutzbare Stromabgabe 11.842 GWh (im Vorjahr: 15.946 GWh). Ursache des Rückgangs im Vorjahresvergleich sind vor allem Absatzrückgänge in den Segmenten Weiterverteiler/Vertriebshandel sowie Geschäftskunden. Der Rückgang im Segment Weiterverteiler/Vertriebshandel resultiert im Wesentlichen aus einer geringeren Auslastung der Rahmenverträge mit Weiterverteilern sowie geringeren Absatzmengen im Vertriebshandel. Beide Entwicklungen sind u.a. auf stark gestiegene Großhandelspreise zurückzuführen.

Die Summe der Absätze an Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden betrug im Geschäftsjahr 4.929 GWh (im Vorjahr: 5.656 GWh). Der Rückgang resultiert überwiegend aus Absatzrückgängen im Segment Geschäftskunden. Hier konnten höhere Kundenverluste durch Akquisen nicht vollständig kompensiert werden. Weiterhin trugen auch auslaufende Verträge bei KeyAccount-Kunden zum niedrigeren Absatz im Segment Geschäftskunden bei. In der Planung für das Geschäftsjahr 2022 war enviaM von einem Stromabsatz für Privat-, Gewerbe-, Geschäftskunden von rund 4.706 GWh ausgegangen. Im Vergleich zur Planung ergibt sich somit hierfür ein Anstieg im Stromabsatz für das Geschäftsjahr 2022 um ca. 5 %, welcher aus dem Segment Privat- und Gewerbekunden resultiert.

Stromabgabe¹⁾

	2022 GWh	2021 GWh
Privat- und Gewerbekunden	2.906	2.905
Geschäftskunden	2.023	2.751
Weiterverteiler/Vertriebshandel	6.913	10.290
	11.842	15.946

¹⁾ ohne Betriebsverbrauch

Investitionen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen 158,7 Mio. € (im Vorjahr: 148,3 Mio. €). Insbesondere wurden erneut umfangreiche Investitionsmaßnahmen in die Netzinfrastruktur durchgeführt, um die Aufnahme von Strom aus erneuerbaren Energien sicherzustellen und jederzeit eine zuverlässige Energieversorgung zu gewährleisten. Darüber hinaus bildeten der Ersatzneubau und die Fortführung des Neubaus von 110 kV-Leitungen Schwerpunkte der Maßnahmen im Hochspannungsleitungsnetz. Die Investitionen lagen damit unter der Prognose für 2022 (169,0 Mio. €).

Finanzinvestitionen. Die Finanzinvestitionen in Höhe von 99,2 Mio. € (im Vorjahr: 162,4 Mio. €) betrafen mit 3,8 Mio. € (im Vorjahr: 37,9 Mio. €) Anteile an verbundenen Unternehmen, mit 89,4 Mio. € (im Vorjahr: 119,7 Mio. €) Ausleihungen an verbundene Unternehmen, mit 3,6 Mio. € (im Vorjahr: 4,9 Mio. €) Beteiligungen, mit 1,2 Mio. € (im Vorjahr: 0,0 Mio. €) Ausleihungen an Beteiligungen und mit 1,2 Mio. € (im Vorjahr: 0,0 Mio. €) sonstige Ausleihungen.

Beteiligungen

Zum 31. Dezember 2022 ist enviaM an 68 Gesellschaften in direkter Form beteiligt. Daneben bestehen mittelbare Beteiligungen.

Entwicklung des Beteiligungsportfolios. enviaM ist als Energiedienstleister mit wachsenden Herausforderungen hinsichtlich der Komplexität und Diversität ihrer Wertschöpfungsprozesse konfrontiert. Der Veränderungsdruck erfordert es, permanent neue Geschäftschancen zu identifizieren und zu erschließen, um damit das Kerngeschäft stetig zu erweitern und zu stärken.

Die strategische Entwicklung des Beteiligungsportfolios leistet einen Beitrag zur zunehmenden Diversifikation und ermöglicht es, Opportunitäten aus diesen Entwicklungen zu nutzen, um damit neue Kompetenzen aufzubauen und eine stetige Erweiterung des Dienstleistungsspektrums vorzunehmen. Durch neue Partnerschaften werden die bestehenden Fähigkeiten von enviaM und Ihren Beteiligungen erweitert und neue Geschäftsfelder kommerziell erschlossen.

So erweist sich die Strategie der vergangenen Jahre als zielgenau, das Beteiligungsportfolio zunehmend auf die Wachstumsmärkte der Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie auf Telekommunikationsdienstleistungen auszurichten. Die Beteiligungsunternehmen leisten inzwischen einen bedeutenden und zunehmenden Wertbeitrag und tragen zur Diversifikation des Geschäftes bei.

Zwischen der BASF Schwarzheide GmbH und enviaM wurde im Rahmen eines Joint Venture die Gesellschaft BASF enviaM Solarpark Schwarzheide GmbH gegründet. enviaM ist an der Gesellschaft mit 49 % beteiligt. Durch dieses Gemeinschaftsunternehmen zum Bau und Betrieb eines gemeinsamen Solarparks in Schwarzheide fördert enviaM eine nachhaltige und klimaneutrale Chemieproduktion und leistet damit gemeinsam mit BASF einen Beitrag zum Strukturwandel in der Lausitz.

In Kooperation mit der LEAG engagiert sich enviaM für weitere Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien in der Lausitz. Hierzu wurde die EEL Management GmbH als Komplementärgesellschaft für

die EEL Erneuerbare Energien Lausitz GmbH & Co. KG (vormals EES Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG) gegründet. enviaM ist an der Komplementärgesellschaft mit 100 % beteiligt. Die ersten Solar- und Windparks dieser Kooperation sollen vorrangig Potentiale von Bergbaufolgefächern für die Erzeugung erneuerbarer Energien erschließen.

Ferner hat sich enviaM mit 83 % der Anteile an der BSA Elsteraue GmbH beteiligt. Der Erwerb dieser Beteiligung ist ein Schritt in das Geschäftsfeld der Energiespeicherung und erweitert die Wertschöpfungskette von enviaM. Gemeinsam mit dem Partner Upside Group soll durch diese Gesellschaft ein Batteriespeicher errichtet und betrieben werden.

Im Bereich der erneuerbaren Energien konnte bei der stetigen Erweiterung des Beteiligungsportfolios an Gesellschaften zur Erzeugung erneuerbarer Energien auf die fachliche Expertise der envia THERM zur Betriebsführung aufgebaut werden. Gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen dehnt enviaM so ihr Engagement in den Aufbau einer nachhaltigen Energieerzeugung aus und trägt zum Gelingen der Energiewende bei. Mit der Aufnahme des Betriebes eines Solarparks in Borau durch envia THERM auf Konversionsflächen trägt enviaM so zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt bei.

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Neuausrichtung der Kooperation zwischen enviaM und der Stadt Stollberg in einem abschließenden Schritt die Komplementärgesellschaft Stollberg Netz Verwaltungs GmbH an die Stollberg Netz GmbH & Co. KG veräußert.

Weiterhin wurde die bestehende Beteiligung an der NetzWeltFabrik GmbH ausgebaut, um die für den Netzausbau der enviaM-Gruppe erforderlichen Kapazitäten im Tiefbau strategisch zu sichern.

Im Markt für Telekommunikationsdienstleistungen partizipiert enviaM über ihre Beteiligung envia TEL so u.a. am geförderten Breitbandausbau im Privatkundenbereich, der Errichtung, des Betriebes sowie der Vermarktung von Datacenter und Leistungen im Bereich der Internetinfrastruktur wie bei der Ansiedlung des Internet-Netzknosens DE-CIX Leipzig.

Festigung der Partnerschaft mit kommunalen EVU. Im Rahmen einer Kooperation zum Aufbau eines gemeinsamen Netzbetreibers der Hochspannungsebene zwischen enviaM und der Stadtwerke Leipzig GmbH sowie Netz Leipzig GmbH erfolgt in einem ersten Schritt zum 1. Januar 2023 der Verkauf der Stromleitungen der eingemeindeten Ortsteile der Stadt Leipzig seitens enviaM an die Stadtwerke Leipzig GmbH, sowie die Pacht aller Hochspannungsanlagen durch enviaM von der Stadtwerke Leipzig GmbH.

Weitere bereits in den Vorjahren etablierten Partnerschaftsmodelle konnten im Geschäftsjahr fortgesetzt werden.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren. Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt enviaM verschiedene Kennzahlen. Als wesentliche Steuerungsgrößen im finanzbezogenen Bereich werden das betriebliche Ergebnis nach IFRS und die Höhe der Investitionen verwendet.

Betriebliches Ergebnis nach IFRS. Der Jahresüberschuss nach HGB wird wie folgt auf das betriebliche Ergebnis nach IFRS übergeleitet:

	2022 Mio. €	2021 Mio. €
Jahresüberschuss (HGB)	139,3	139,5
Sonstige Steuern (HGB)	0,6	0,5
Ergebnis nach Steuern (HGB)	139,9	140,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (HGB)	79,0	16,4
Finanzergebnis ^{*)} (HGB)	39,1	-17,3
Betriebliches Ergebnis / EBIT (HGB)	258,0	139,1
Überleitung (HGB / IFRS)	13,1	38,0
Betriebliches Ergebnis / EBIT (IFRS)	271,1	177,1

*) Das Finanzergebnis enthält Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, Abschreibungen auf Finanzanlagen, Zinsen und ähnliche Aufwendungen.

Die Überleitung des betrieblichen Ergebnisses nach HGB zum betrieblichen Ergebnis nach IFRS resultiert im Wesentlichen aus den Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen (13,2 Mio. €), der Auflösung der Sonderposten (-6,0 Mio. €) sowie aus der unterschiedlichen Bewertung von Rückstellungen (8,0 Mio. €).

In der Prognose für das Geschäftsjahr 2022 war enviaM von einem betrieblichen Ergebnis/EBIT (IFRS) von rund 303 Mio. € ausgegangen.

Gegenüber dem Vorjahr ist das betriebliche Ergebnis (IFRS) um 94,0 Mio. € gestiegen. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf den Anstieg des Ergebnisses aus Gewinnabführungsverträgen zurückzuführen.

Investitionen. Das Netzgeschäft des Unternehmens ist anlagenintensiv. Die optimale Höhe an Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bildet daher eine weitere Zielgröße bei enviaM. Die Entwicklung der Investitionen ist im Abschnitt „Investitionen“ dargestellt.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Zur Steuerung des nicht finanzbezogenen Bereichs von enviaM stellen die Kennzahlen Kundenzufriedenheitsindex und Stromabsatz wichtige unternehmerische Messgrößen dar.

Kundenzufriedenheitsindex. Die Zufriedenheit der Kunden mit den Produkten und Dienstleistungen von enviaM ist auch zukünftig eine wesentliche Grundlage für den vertrieblichen Erfolg. Die Kundenzufriedenheit basiert dabei auf realen Kundeneinschätzungen, die über eine jährliche Kundenumfrage ermittelt werden. Als Maßzahl fasst der Kundenzufriedenheitsindex alle abgegebenen Meinungen auf einer Skala von 0 bis 100 zusammen. So können mithilfe des Index Idealvorstellungen der Kunden (Soll) mit der tatsächlich wahrgenommenen Unternehmensleistung (Ist) über einen definierten Zeitraum miteinander verglichen werden.

Der Kundenzufriedenheitsindex (KZI) der Privatkunden lag im Geschäftsjahr bei 78 Punkten (2021: 78 Punkte). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zufriedenheit der Privatkunden aufgrund weiterhin hoher Sensibilität zum Energiemarktgeschehen auf konstantem Niveau. Die erreichte Kontinuität ist insbesondere vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch die Auswirkungen der Energiepreisentwicklung auf den Kundenservice zu würdigen. Der Planung des Geschäftsjahres 2022 lag ein KZI von 80 zugrunde. enviaM optimiert die Serviceleistungen und erweitert das Produkt- und Dienstleistungsportfolio einschließlich digitaler Dienstleistungen kontinuierlich, um die Kundenzufriedenheit wieder auf mindestens 80 Punkte zu erhöhen.

Stromabsatz. Eine weitere wesentliche Steuerungsgröße im Vertrieb sind die Absatzziele. Maßgeblich hierfür ist der Stromabsatz an Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden gemessen in Gigawattstunden. Dafür werden jährlich Ziele im Mittelfristplanungszeitraum von drei Jahren festgelegt. Die Entwicklung des Stromabsatzes ist im Abschnitt „Stromaufkommen und -abgabe“ dargestellt.

Mitarbeiter

Personalbestand. Der Personalbestand zum 31. Dezember 2022 setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2022	31.12.2021
Beschäftigte	639	658
davon Teilzeit	(102)	(101)
Mitarbeiteräquivalente	622	639

Die berufliche Erstausbildung und die Weiterbildung der Mitarbeiter wird durch Tochtergesellschaften der enviaM vorgenommen.

Modernisierung AVEU Manteltarifvertrag. enviaM hat als Mitglied des Arbeitgeberverbandes der energie- und versorgungswirtschaftlichen Unternehmen e. V. die Modernisierung der Tarifverträge aktiv mitgestaltet. Die Tarifvertragslandschaft konnte an entscheidenden Stellen so angepasst werden, dass sie auch in Zukunft ein ausgewogenes Verhältnis zwischen wirtschaftlicher und administrativer Attraktivität darstellt. Hervorzuheben ist die Möglichkeit, dass es für Beschäftigte ab 2023 möglich sein wird, Teile ihres Entgelts in Freizeit umzuwandeln.

Vielfalt und Inklusion fördern. Vielfalt und Inklusion ist für enviaM als modernen und offenen Arbeitgeber eine Selbstverständlichkeit. Im Jahr 2022 wurde daher die Arbeitsgruppe Vielfalt und Inklusion mit vielfältig interessierten und freiwillig engagierten Mitarbeitenden ins Leben gerufen.

Das durch die Arbeitsgruppe erarbeitete Konzept bietet langfristige Orientierung für weitere Maßnahmen. Ein Eckpfeiler des Konzeptes ist das klare Bekenntnis zu Vielfaltigkeit, d.h. die Anerkennung von Menschen und Lebensformen vor dem Hintergrund individueller oder gruppenbezogener Merkmale. enviaM hat sich daher auch für eine Mitgliedschaft in der "Charta der Vielfalt" entschieden und ist damit die Selbstverpflichtung eingegangen, sich für ein vorurteilsfreies Arbeitsumfeld einzusetzen. Inklusion bedeutet, ein vielfältiges, barrierefreies und wertschätzendes Unternehmen zu gestalten, in der jeder Mensch mit seinen individuellen Fähigkeiten und Wünschen arbeiten kann. Es werden Strukturen geschaffen, die es jedem Menschen – auch Menschen mit Behinderung – ermöglichen, ein gleichberechtigter und wertgeschätzter Teil der Arbeitswelt zu sein. enviaM unterstützt aktiv die Integration von Menschen mit Behinderung. Integrität, Offenheit und gegenseitiger Respekt sind Bestandteile der Unternehmenskultur. Menschen mit Behinderung leisten wichtige und wertvolle Arbeit, auf die enviaM nicht verzichten kann und will.

Resilienz stärken. Die gegenwärtige Situation fordert den Mitarbeitenden sowohl beruflich als auch privat sehr viel ab. Daher wurden im Jahr 2022 die bestehenden vielfältigen resilienzfördernden Angebote fortgesetzt und weiter ausgebaut. Neben Kurzimpulsen und Workshops mit anschließenden Peergroups können Mitarbeitende zudem individuelle Coachings in Anspruch nehmen. Dabei ist es wichtig, praxisnahe Trainingsschritte zu erlernen, um der zunehmenden Komplexität und dem Beschleunigungsdruck ein Gegengewicht entgegenzusetzen.

Perspektivwechsel. Führungskräfte und Spezialisten konnten im Berichtsjahr vielfältige Perspektivwechsel in Form von Rotationen oder Hospitationen im gesamten E.ON Konzern erfahren. Stationen waren dabei USA, Schweden sowie verschiedene deutsche Konzernstandorte. Damit sollen unterschiedliche Einflüsse, Ideen sowie ein übergreifendes Netzwerk genutzt werden, um eigene Initiativen zur Umsetzung des Unternehmenszielbildes enviaM2030 zu entwickeln. Ein besonderer Fokus ist dabei das Kennenlernen, Verstehen und Reflektieren unterschiedlicher Unternehmens- und regionaler Kulturen sowie Denk- und Verhaltensweisen.

Demografie. Demografischer Wandel sowie Veränderungen von Anforderungen und Erwartungen von Bewerbenden für Fach- und Führungsaufgaben waren Schwerpunkte im zurückliegenden Jahr. Um die Besetzung freier Stellen sicherzustellen, wurde die Wahrnehmung von enviaM als attraktiven Arbeitgeber weiter forciert. Insbesondere die Präsenz in den sozialen Netzwerken (z.B. LinkedIn) wurden seitens des Unternehmens sowie deren Mitarbeitenden deutlich verstärkt. Ferner wurde die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern zur Gewinnung von Fach- und Führungskräften intensiviert.

Digitalisierung in der Ausbildung. Bereits im letzten Jahr wurden alle Auszubildenden mit Notebooks und Smartphones ausgestattet. Im Bereich der kaufmännischen Ausbildung wurden nunmehr rund 80 % der Lehrinhalte in digitale Lernformate überführt. Durch den Einsatz der virtuellen Muffenmontage in der gewerblichen Ausbildung wurde das Portfolio bereits bestehender Virtual Reality und Augmented Reality Trainings nochmals erweitert.

Ausgezeichnete Ausbildung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die berufliche Erstausbildung in der enviaM-Gruppe zweifach ausgezeichnet. Zum einem wurde das Gütesiegel „Best Place To Learn“ verliehen, einer Zertifizierung die im Ergebnis von Befragungen unter anderem sehr hohe Fachkompetenz der Ausbilder sowie einen guten Onboardingprozess bescheinigt. Damit zählt die

enviaM-Gruppe deutschlandweit mit zu den besten Ausbildungsunternehmen. Zum anderen wurden mit der Auszeichnung „HR Energy Award“ - stellvertretend für die Gruppe an die enviaM AG verliehen - die Aktivitäten rund um die Digitalisierung in der Ausbildung honoriert.

Um- und Neubau Ausbildungszentrum Halle (Saale). Das Ausbildungszentrum in Halle (Saale) wurde aufgrund der steigenden Nachfrage an Ausbildungsplätzen beginnend ab dem Frühjahr 2022 umgebaut. Die IT-Ausbildung, die kaufmännische Ausbildung sowie Teile der elektrotechnischen Ausbildung starteten bereits in den neuen Räumen im Ausbildungsjahr 2022/2023. Im Herbst 2022 begann der Neubau zweier Mechatroniker-Werkstätten, welche Raum für virtuelle Schulungsumgebungen bieten werden.

Arbeiten 4.0. Die in 2020 begonnenen Maßnahmen zur Gestaltung eines mobilen Arbeitsumfeldes inklusive der Einführung von Desk-Sharing wurde in 2022 mit dem Start zweier Pilotprojekte fortgeführt. Am Standort in Halle steht die neue Arbeitsumgebung seit April und in Teilen des Standortes Markkleeberg seit November 2022 zur Verfügung. So können die im Pilotprojekt gewonnenen Erkenntnisse bei der Umsetzung in anderen Standorten berücksichtigt werden. Die geplanten Modernisierungen der Büroflächen konnten trotz der angespannten Lage auf dem Markt für Baudienstleistungen umgesetzt werden.

Die Realisierung erfolgte in enger Abstimmung mit der Mitbestimmung sowie Beteiligung der Mitarbeitenden während des gesamten Realisierungszeitraumes in Form von Workshops im Vorfeld der Veränderung und lessons learned nach erfolgter Umsetzung. Darüber hinaus wurde die Durchführung von einer umfangreichen Kommunikation begleitet.

Gesammelte Erfahrungen zu Arbeit 4.0 sowie dem mobilen Arbeiten wurden in einer neuen Konzernbetriebsvereinbarung zwischen Unternehmen und Mitbestimmung vereinbart. Alle Mitarbeitenden der enviaM können grundsätzlich von zu Hause oder anderen Orten arbeiten. Dabei soll – unter Berücksichtigung von betrieblichen Belangen und der Zusammenarbeit in den Organisationseinheiten – ein Wechsel zwischen selbstgewähltem Arbeitsort und der Betriebsstätte in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Bestandteil der Neuregelung zum Mobilien Arbeiten ist auch die Möglichkeit, bis zu 20 Tage pro Jahr in einem Land der Europäischen Union zu arbeiten.

Kulturwandel. Ausgehend von der Verankerung der Kultur- und Veränderungsthemen in der Strategie, setzt enviaM auch 2022 ihr Hauptaugenmerk auf die Themen Führung und Zusammenarbeit. Mit #DubistKulturwandel baut enviaM ihre Maßnahmen in den drei Schwerpunkten „Flexibles Arbeiten stärken“, „Neues Führungsverständnis leben“ und „Kundenzentrierung/Unternehmertum in den Mittelpunkt stellen“ in der Unternehmensgruppe sichtbar aus und arbeitet methodisch an der Umsetzung dieser Themen.

Arbeits- Gesundheits- und Umweltschutz. In 2022 wurde im Rahmen des Integrierten Managementsystems ein Rezertifizierungsaudit nach DIN ISO 45001 (Arbeits- und Gesundheitsschutz), DIN EN ISO 14001 (Umweltmanagement) und nach DIN ISO 50001 (Energiemanagement) durch einen externen Auditor durchgeführt. Dieser hat die Wirksamkeit und Vollständigkeit sowie die Anforderungsgerechtigkeit des bestehenden Managementsystems bescheinigt.

Rechnungsmäßiges Unbundling

Auf der Grundlage des § 6b Abs. 3 EnWG vom 7. Juli 2005 sowie des § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG vom 29. August 2016 führt enviaM getrennte Konten in den Tätigkeitsbereichen „Elektrizitätsverteilung“, „andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“, „Gasverteilung“, „andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors“, „andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“ und „grundzuständiger Messstellenbetrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme“. Zusätzliche Bestimmungen für die Erstellung und Prüfung von Jahres- und Tätigkeitsabschlüssen ergeben sich aus den Beschlüssen BK8-19/00006-A sowie BK9-19/613-1 der Bundesnetzagentur vom 25. November 2019. Für die Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung hat enviaM gemäß § 6b Abs. 3 EnWG Tätigkeitsabschlüsse erstellt.

Im Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentums am Elektrizitätsverteilungsnetz von enviaM im Zusammenhang stehen. Dies umfasst neben der Verpachtung des Elektrizitätsverteilungsnetzes auch die Erbringung energiespezifischer Dienstleistungen gemäß dem oben genannten Beschluss BK8-19/00006-A der Bundesnetzagentur.

Im Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentums am Gasverteilungsnetz von enviaM im Zusammenhang stehen. Dies umfasst neben der Verpachtung des Gasverteilungsnetzes auch die Erbringung energiespezifischer Dienstleistungen gemäß dem oben genannten Beschluss BK9-19/613-1 der Bundesnetzagentur.

Den Tätigkeitsabschlüssen liegt der Jahresabschluss der enviaM unmittelbar zu Grunde. Die auf Ebene des Gesamtunternehmens angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden kommen deshalb durchgängig auch für die Tätigkeitsabschlüsse zur Anwendung. Auf Basis der Kostenrechnung der enviaM wurden wesentliche Aufwendungen und Erträge direkt den Tätigkeitsbereichen zugeordnet. In den Fällen, in denen dies nicht möglich war oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel. In der Bilanz erfolgte eine direkte Zuordnung wesentlicher Aktiv- und Passivpositionen. In den Fällen, in denen dies nicht möglich war oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel.

Bericht nach § 312 AktG über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand hat einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen im Berichtszeitraum nach Paragraph 312 Aktiengesetz (AktG) erstellt und mit folgender Schlussklärung versehen:

„Wir erklären, dass die envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz, bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt der Vornahme der Rechtsgeschäfte bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Andere Maßnahmen im Sinne von § 312 AktG sind weder getroffen noch unterlassen worden.“

Chancen- und Risikomanagement

Chancen- und Risikomanagement-System. Im Rahmen der zahlreichen unternehmerischen Tätigkeiten ist enviaM auch einer Vielzahl unterschiedlicher Risiken ausgesetzt. Ein ganzheitlich organisiertes Risikomanagement-System ist daher fester Bestandteil der Unternehmensführung. Dabei werden neben Einzelrisiken – weit unterhalb der Gefahr einer potenziellen Existenzgefährdung – und adäquaten Maßnahmen zur Risikosteuerung auch entsprechende Chancenpotentiale analysiert.

In das Chancen- und Risikomanagement werden alle direkten Mehrheitsbeteiligungen von enviaM einbezogen, die operativ tätig sind sowie die fünf hinsichtlich ihres Buchwerts größten Minderheitsbeteiligungen. Dabei besteht das primäre Ziel darin, möglichst frühzeitig Informationen über Risiko- und Chancenpotenziale und damit verbundene finanzielle Auswirkungen zu gewinnen. Gewonnene Erkenntnisse fließen in die unternehmerischen Entscheidungsprozesse ein und unterstützen damit einen langfristigen Unternehmenserfolg von enviaM und ihren Mehrheitsbeteiligungen.

Durch bestehende Ergebnisabführungsverträge werden wesentliche Risiken von Beteiligungsgesellschaften, vor allem im Netz- und Erzeugungsbereich, bei enviaM wirksam. Die zahlreichen Einzelrisiken lassen sich wie folgt systematisieren.

Umfeldrisiken. Die Risikosituation wird durch den anhaltenden Wandel der Rahmenbedingungen im rechtlichen und regulatorischen Umfeld und insbesondere durch die Veränderungen des energiepolitischen Ordnungsrahmens beeinflusst. Im Kontext von Energiepreiskrise und Ukrainekrieg kommt es hinsichtlich Umsetzungsgeschwindigkeit und Wirkungsbreite zu bisher nicht gekannten Entwicklungen, was auch ein schnelles, adaptives Treffen von Entscheidungen impliziert. Aufgrund der geopolitischen Krisen sind hier neben den Auswirkungen umfassender Regulierungstätigkeiten der Bundesnetzagentur und der Anreizregulierungsverordnung sowie Novellierungen in der Energiegesetzgebung weitere Handlungsfelder wie Sicherung der Füllstände in den Gasspeichern, Energieeinsparziele, Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas, Zuteilung von Energie in Mangelsituationen, Preisbegrenzungen, Ausgestaltung und Umsetzung von Notfallplänen zu berücksichtigen.

Marktrisiken. Die Preistrends von 2021 haben sich durch die aktuellen geopolitischen Anspannungen im Berichtsjahr nicht nur fortgesetzt, sondern extrem verstärkt. Die Beschaffungsmärkte zeigten und zeigen aufgrund drohender Gasknappheit und abgeleitet auch im Stromkontext bisher ungekannte Preise und Preisschwankungen. Unter anderem aus diesen Gründen war die Marktliquidität im Geschäftsjahr zum Teil stark eingeschränkt. Die engmaschige Bewertung der einzelnen Beschaffungspositionen im Rahmen des Risikocontrollings sowie das kurzfristige Treffen von notwendigen Entscheidungen hatten daher zur Mitigation der Risiken eine besondere Bedeutung.

Marktrisiken begegnet enviaM darüber hinaus unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, kundenorientierte und innovative Produkte sowie Dienstleistungen und mit einer absatzorientierten bzw. langfristigen Beschaffung nebst effektivem Kostenmanagement. Nichtsdestotrotz führen die genannten Marktpreisentwicklungen auch zu einer Zunahme von Anpassungsenergiekostenrisiken,

die immer auftreten, wenn der tatsächliche Kundenbedarf vom erwarteten Kundenbedarf abweicht, was durch die ungeplante Zunahme von Kunden in der Grund- und Ersatzversorgung verstärkt wird.

Zudem besteht ein Risiko von Kunden und entsprechenden Rohertrags- sowie Rückvermarktungsverlusten, wenn B2C-Kunden mit langfristig beschafften Mengen bei sinkenden Marktpreisen kündigen und zu anderen Versorgern wechseln

Weiterhin ergeben sich Marktrisiken und -chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen.

Betriebsrisiken. Betriebsrisiken bzw. operative Risiken umfassen negative Effekte aus der spezifischen inhaltlichen und prozessualen Geschäftstätigkeit. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Kraftwerks-, IT- oder administrativen Bereich. Dem Schutz kritischer Infrastruktur kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

enviaM betreibt ein Information Security Management System (ISMS) und ist in die Cyber Security Organisation des E.ON-Konzerns eingebunden. Gemeinsam mit den IT-Dienstleistern GISA, E.ON Digital Technology (EDT) und Weiteren verfügt enviaM über umfangreiche technische Systeme zur Vorsorge, Erkennung und Abwehr von Cyberangriffen. Integraler Bestandteil des ISMS sind regelmäßige Awareness-Maßnahmen (z. B. Unterweisungen, Phishing Tests, Vorträge), um die Sensibilität der Mitarbeitenden zu trainieren. enviaM lässt auch durch qualifizierte Dienstleister die technische Sicherheit der IT-Systeme mittels fingierter Angriffe („Penetration Test“) prüfen und leitet aus den Ergebnissen Maßnahmen zur Schließung potenzieller Sicherheitslücken ein. Innerhalb der enviaM-Gruppe besteht eine enge Zusammenarbeit der Informationssicherheits- und BCM (Business Continuity Management) Verantwortlichen. In diesem Kontext wird auch die Vernetzung mit den Sicherheitsbehörden der Bundesländer im Netzgebiet gepflegt und ausgebaut.

Finanzrisiken. Im Rahmen des unternehmerischen Handelns entstehen sowohl Risiken als auch Chancen aus Kurs-, Zins-, Kredit- und Preisänderungen. Ursachen dafür können beispielsweise Veränderungen der Erwartungsbildung an Aktien- und Anleihemärkten hinsichtlich der absoluten oder relativen Gewinnentwicklung, die Zinsentwicklung sowie die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik sein, was sich in entsprechenden, aktuell hohen Volatilitäten zeigt. Mit einem zielgerichteten Portfoliomanagement, geringer Risikoneigung und konservativen Anlagestrategien trägt enviaM diesen Sachverhalten Rechnung.

Da Kunden ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgemäß nachkommen, sind mit Vertriebsgeschäften grundsätzlich auch Risiken verbunden. In Form möglicher Forderungsverluste generieren sich diese aus zwei Teileffekten: Bei unveränderter kundenseitiger Bonität wachsen sie linear mit steigenden Rechnungsvolumina, die sich durch notwendige Energiepreisanpassungen zum Teil vervielfacht haben. Zudem ist zu erwarten, dass mit allgemein wachsendem Kostendruck infolge von Inflation und Reallohnverlusten sowie erhöhter wirtschaftlicher Anspannung die Bonität der Kunden sinkt, was eine verminderte Zahlungsfähigkeit und -willigkeit zur Folge hat. Auf Basis von kundenindividuellen Bonitätsprüfungen begrenzt enviaM die Kreditrisiken unter anderem durch eine entsprechende Gestaltung von Lieferverträgen und Zahlungsbedingungen, durch die Vergabe von Kreditlimiten sowie mit einem stringenten Forderungsmanagement.

Bei jedem Kauf bzw. Verkauf von Strom, Gas oder Umwelt-Zertifikaten entstehen auch Commodity-Positionen. Eigenerzeugung sowie der Brennstoffbedarf von Kraftwerken der Mehrheitsbeteiligungen von enviaM stellen ebenfalls Commodity-Positionen dar. Die Bewertung der jeweiligen Positionen hängt unmittelbar von den zum Teil hochvolatilen Marktpreisen für Strom, Gas, Öl sowie CO₂-Zertifikaten ab und unterliegen dadurch selbst hohen Schwankungen. Daher werden diese Positionen auf Grundlage einer bestehenden Richtlinie in Systemen erfasst und sowohl einzeln als auch im Gesamtportfolio fortlaufend überwacht und bewertet. Grundsätzlich dürfen offene Positionen nur im Rahmen genehmigter Limite gehalten werden, wodurch mögliche Risiken entsprechend begrenzt werden.

Zum 1. Januar 2022 ist die unmittelbare Zusammenarbeit mit dem Portfoliomanagement der E.ON Portfolio Solutions GmbH ausgelaufen und die gemeinsame Bewirtschaftung des Gruppenportfolios wurde beendet. Somit werden Aufgaben wie z.B. die Strukturierung der Vertriebslastbedarfe, welche bisher im Rahmen dieser Zusammenarbeit durch das Portfoliomanagement der E.ON durchgeführt wurden, unmittelbar durch das Portfoliomanagement der enviaM wahr genommen.

Im Berichtsjahr war enviaM mit besonderen Wiedereindeckungsrisiken aufgrund möglicher Lieferantenausfälle konfrontiert, welche durch politische Maßnahmen der Bundesregierung bisher verhindert werden konnten.

Werthaltigkeit der Beteiligungen. Das Beteiligungsmanagement der enviaM stellt sicher, dass wesentliche Risiken im Beteiligungsportfolio frühzeitig erkannt werden. Regelmäßig werden sog. Impairmenttests (Werthaltigkeitstests) durchgeführt, um mögliche Abschreibungs- bzw. auch Zuschreibungsbedarfe bei den Beteiligungsbuchwerten von enviaM-Beteiligungen zu ermitteln.

Risiko-Portfolio. Im Berichtszeitraum gerieten zunehmend geopolitische Risiken mit ihren kohärenten Auswirkungen auf weitere Risikoklassen in den Fokus der Betrachtung. Das Management dieser unter Berücksichtigung nationaler wie internationaler politischer Interventionen sowie sozialpolitischer Maßnahmen hochkomplexen Risiken war und ist eine besondere Herausforderung. Es galt neuartige sowie auch unternehmensübergreifende Risikosituationen mit verschiedenen Wechselwirkungen zeitnah zu bewerten und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Bewältigung dieser Situation stellte die Wirksamkeit des Risikomanagements unter Beweis. Unser folgend dargestelltes Risikoportfolio kann daher als beherrschbar bezeichnet werden, was auch für die Vielzahl der geringer quantifizierten Einzelrisiken im internen Risikoatlas der enviaM/der enviaM-Gruppe gilt.

Im folgend dargestellten Risiko-Portfolio sind die als wesentlich eingestuften Risiken ablesbar. Die Matrix-Darstellung besteht aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in %) und erwartete Schadenshöhe (in Mio. €). Die Wesentlichkeitsgrenze für Risiken wurde für enviaM bzw. die enviaM-Gruppe mit 25 Mio. € pro Jahr² festgelegt, wobei gleichzeitig eine abgeschätzte Eintrittswahrscheinlichkeit von mindestens 10 % vorliegen muss. Grundsätzlich werden in diesem Portfolio nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung abgebildet noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen oder entsprechende Versicherungen berücksichtigt worden sind.

² Das entspricht in etwa 10 % des langjährigen durchschnittlichen Ergebnisses nach Steuern (ErgnS)

Die folgende Tabelle skizziert die Darstellungsweise im Risiko-Portfolio:

Schadenshöhe

existenzbedrohend	>= 50 % vom Eigenkapital				
kritisch	> 50 % - 100 % des ErgnS				
schwerwiegend	> 20 % - 50 % des ErgnS				
mittel	> 10 % - 20 % des ErgnS		(1)		
gering	bis 10 % des ErgnS				
		niedrig (>= 1 % bis 10 %)	mittel (> 10 % bis 20 %)	hoch (> 20 % bis 50 %)	sehr hoch (> 50 % bis 100 %)

Eintrittswahrscheinlichkeit

akuter Handlungsbedarf
Beobachten, ggf. Handeln
Überwachen

Im Berichtsjahr wurde ein Risiko (1) als wesentlich eingestuft, da dieses bzgl. 2023 die vorgenannten Kriterien erfüllt. Es handelt sich dabei um das „Risiko sinkender Netzerlöse wg. Mindermengen Strom“, dessen wirtschaftliche Auswirkungen über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag bei enviaM wirksam wird. Bei der Kalkulation der Netzentgelte müssen Annahmen für das Einspeise- und Entnahmeverhalten der Kunden getroffen werden. Die Abweichung zwischen diesen Annahmen und den tatsächlichen Ist-Werten führt zu entsprechenden EBIT-Abweichungen. Ursachen sind Abhängigkeiten von konjunktureller Entwicklung, von Erzeugungsstrategien nachgelagerter Netzbetreiber sowie vom auch wetterabhängigen Einspeise- und Entnahmeverhalten der Kunden, hervorzuheben sind im Kontext die national angestrebten Energieeinsparmaßnahmen, die verstärkt durch die aktuellen Preisentwicklungen, zu signifikanten, über die bisherigen Planungsansätze hinausgehenden Absatzrückgängen führen dürften.

Risikokorrelation. Im Rahmen der Risiko-Identifikation wird auf eine zutreffende Ermittlung und klare Abgrenzung des Wirkungszusammenhangs von Risikoursache und Risikoeintritt bzw. Schaden geachtet: Mehrere Schäden, die von derselben Risikoursache abhängen (Korrelation), werden auf Basis eines Szenarios bewertet und zu einer Risikoposition zusammengefasst. Sonst besteht die Gefahr, dass eine mögliche Kumulation mehrerer kleiner Schäden infolge des Eintritts nur einer Risikoursache übersehen und das Risikopotenzial insgesamt unterschätzt wird. Auch einzeln nicht meldepflichtige Risiken können gegebenenfalls einheitenübergreifend in Zusammenfassung die entsprechenden Melde- bzw. Wesentlichkeitsgrenzen überschreiten.

Organisation des Risikomanagements. Das bestehende Chancen- und Risikomanagement-System wird stetig weiterentwickelt und von konkreten Sensibilisierungen sowie bei Bedarf durch Schulungen begleitet. So werden die Mitarbeitenden entsprechend informiert und Entwicklungen, die den Fortbestand bzw. die Ergebnislage oder auch die Liquidität der Gesellschaft möglicherweise gefährden oder stark beeinflussen, können frühzeitig erkannt werden. Wesentliche Risikopositionen werden intern sowohl stichtagsbezogen als auch z. T. laufend überwacht und bei Überschreiten festgelegter Meldegrenzen auch mittels unverzüglichem Einzelfallreporting an den Risiko-

management-Ausschuss kommuniziert, damit adäquate Maßnahmen eingeleitet werden können. Darüber hinaus besteht bei enviaM ein Compliance-Management-System zur Sicherstellung regelkonformen Verhaltens mit Schwerpunkt auf Korruptionsbekämpfung bei allen geschäftlichen Aktivitäten.

Gesamtrisikolage. Weder durch Einzelrisiken noch durch entsprechend aggregierte Positionen bestanden für enviaM im Berichtszeitraum Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährdeten. Derartige Risiken sind auch für das Geschäftsjahr 2023 aktuell nicht erkennbar.

Zusätzliche Chancen. Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil des strategischen Handelns von enviaM. Die Mitarbeitenden und Führungskräfte von enviaM werden in diesen Prozess durch verschiedene Initiativen aktiv eingebunden.

Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der stetigen und übergreifenden Geschäftsfeldentwicklung mit dem Fokus auf innovativen und kundenorientierten Produkten und Dienstleistungen unter Nutzung von Synergien und Effizienzen eines aktiv gestalteten Beteiligungsportfolios.

Die zunehmende Komplexität der Energiewirtschaft hinsichtlich Technologie, Märkten und Kunden verbunden mit der Dynamik an Veränderungen, welche sich aus der aktuellen geopolitischen Lage und der damit einher gehenden Marktanpassungen ergeben, führt zu einer fortschreitenden Anpassung der Wertschöpfung der Energieversorgung über die bestehenden disruptiven Veränderungen infolge datengetriebener und digitaler Geschäftsmodelle hinaus.

Ein frühzeitiges Ausrichten auf diese Trends durch Weiterentwicklung eigener Fähigkeiten innerhalb des Unternehmens sowie die strategische Diversifizierung des Beteiligungsportfolios zum Aufbau erfolgskritischer Kompetenzen und Kapazitäten verschaffen eine Ausgangslage, aufkommende Opportunitäten aus diesen Entwicklungen zu nutzen und neue Märkte frühzeitig zu besetzen.

Die Investitionen der vergangenen Jahre in die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, in den Aufbau der erforderlichen digitalen Infrastruktur sowie das Begründen neuer strategischer Partnerschaften ermöglichen es enviaM, sich aus diesem Veränderungsprozess heraus erfolgreich weiterzuentwickeln.

Insbesondere Geschäftsmodelle im Bereich der dezentralen und regenerativen Energieversorgung erhalten infolge der Veränderungen auf den Energiemärkten eine neue Dynamik und eröffnen nachhaltige unternehmerische Chancen. Mit fortgesetzten Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien können auch künftig Wachstums- und Ergebnischancen realisiert werden, insbesondere im Bereich der Windkraftnutzung auf dem Festland sowie der Photovoltaik. Zudem ergeben sich Chancen aus der wachsenden Bedeutung von Wasserstoff als zentrales Element zur Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung und einer dekarbonisierten Industrie.

Im Commodity-Bereich gewinnen aufgrund der stark gestiegenen Energiepreise die Themen Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz an Bedeutung. Der Energieversorger ist dabei ein wesentlicher Ansprechpartner und eine wichtige Informationsquelle. Vor allem die Online-Kommunikation in der Kundenansprache ist relevant und kann ausgebaut werden.

Mit dem gestiegenen Kundeninteresse ergeben sich neue Chancen, innovative Produkt- und Serviceangebote für mehr Transparenz zum Energieverbrauch zu platzieren und effiziente, zukunftsfähige Technologien weiterzuentwickeln. Sicherheit, Stabilität und Zuverlässigkeit spielen wieder eine größere Rolle, so dass mehr Kunden in die Grundversorgung wechseln und die Bedeutung des regionalen Grundversorgers enviaM zunimmt, was zur Sicherung des Grundversorgerstatus beiträgt. Zur Umsetzung der regelmäßigen erforderlichen Kundeninformationen werden Aktivitäten zur Digitalisierung und Automatisierung noch wichtiger, um Effizienzen zu steigern und Vertriebskosten zu senken.

Außerdem ergeben sich auch im Non-Commodity Bereich aus der stark gestiegenen Nachfrage nach Energy+ Dienstleistungen neue Chancen. Mit der stark veränderten Marktsituation, insbesondere im Bereich Wärme, werden der Bedarf an fachlichen Informationsangeboten und die Nachfrage von Energielösungen wie z.B. Wärmepumpe stark ansteigen. Eine ähnlich zunehmende Nachfrage ist auch bei Solardienstleistungen und Elektromobilitätslösungen weiterhin zu erwarten.

Neue gesetzliche Anforderungen schaffen zusätzliche Märkte zur Bereitstellung von Submetering-Dienstleistungen im wohnungswirtschaftlichen Umfeld wie z.B. die Wartung von Brandschutzmeldern. Mit derartigen Angeboten soll das Dienstleistungsportfolio abgerundet und zusätzlicher Kundennutzen generiert werden. Die Gatewayadministration (GWA) und die Messdatenbereitstellung sowie der Verkauf von intelligenten Messsystemen und modernen Messeinrichtungen entwickelt sich im Netzdienstleistungsgeschäft zunehmend zum Grundpfeiler für weitere zukünftige Dienstleistungen rund um das Smart Meter Gateway.

Der anhaltende Bedarf an schnellen Datenübertragungsmöglichkeiten bietet ferner Chancen im weiteren Auf- und Ausbau von leistungsfähiger digitaler Infrastruktur im Bereich der Glasfasernetze, des Mobilfunks und von Data Centern. enviaM hat in Kooperation mit Tochterunternehmen diese Geschäftsfelder weiter ausgebaut und fest etabliert. Dazu gehören neben der Beteiligung von Tochterunternehmen an öffentlichen Ausschreibungen zum geförderten Breitbandausbau auch die Errichtung und die Vermarktung eines Data Center sowie deren Errichtung zentraler Internetinfrastruktur wie den Internet-Netzknoten DE-CIX Leipzig.

Potential neuer Geschäftschancen ergeben sich des Weiteren aus der Nutzung von Synergien durch eine gesellschaftsübergreifende Entwicklung und Vermarktung von Mobilfunkinfrastruktur.

Die frühzeitige Diversifikation der Beteiligungen der enviaM auf diese innovativen Märkte verschafft eine Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung und weiteres Wachstum.

Konzernweite Technologiestandards fördern das erforderliche Wachstum innovativer Konzepte durch deren übergreifende Nutzung und verschaffen eine schnellere Realisierung und Produktreife. Insbesondere bei der Entwicklung von Plattformtechnologien zur übergreifenden Bereitstellung von datengetriebenen Geschäftsmodellen werden so erforderliche Skaleneffekte erreicht.

Die im aktuellen Umfeld wachsende Nachfrage nach Konzepten zur Kopplung des Strom- mit dem Wärme- und Verkehrssektors ermöglicht es, vorhandene Kompetenzen für neue Beratungsleistungen einzusetzen und daraus neue Geschäftsideen zu generieren.

Prognosebericht

Konjunktureller Ausblick. Die Bundesregierung erwartet für das laufende Jahr eine Abkühlung der Konjunktur infolge des Energiepreisschocks und der Zinswende, rechnet in Summe aber mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 0,2 Prozent. [*Jahreswirtschaftsbericht 2023, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 25. Januar 2023*]. Die weitere Entwicklung der Erdgaspreise ist in hohem Maße vom weiteren Temperaturverlauf des Winters 2022/23 abhängig. Ein kalter Winterausgang oder Störungen in den Energieflüssen können dazu führen, dass die Energiepreise wieder stark steigen. Im Extremfall könnte es zu einer Gasmangellage kommen. Weitreichende Produktionsausfälle und ein starker Anstieg der Betriebsaufgaben könnten die Folge sein.

Rahmenbedingungen. Die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energiekrise stellt die Themen Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit ganz oben auf die politische Agenda in Europa und Deutschland. Zugleich zählen Klimaschutz und Energiewende zu den wichtigsten Themen unserer Zeit.

Die Bundesregierung hat zum Jahresende eine Gas-, Strom- und Wärmepreisbremse für Haushalte und Industrie beschlossen, um diese zu entlasten und zugleich Planungssicherheit zu geben. Diese soll auch zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und zur Standortsicherung von Industriearbeitsplätzen beitragen. Die beschlossenen Kontingente haben eine Laufzeit bis maximal 30. April 2024 und sollen zugleich Anreize zum Energiesparen setzen. Zur Finanzierung der Energiepreisbremsen soll die Abschöpfung der Überschusserlöse bzw. Zufallsgewinne im Bereich der Energieerzeugung beitragen. Diese Abschöpfung soll rückwirkend ab 1. Dezember 2022 erfolgen und betrifft u.a. Anlagen aus erneuerbaren Energien, Braunkohle, Atomkraft und Abfallenergie. In diesem Zusammenhang fallen administrative Aufgaben bei den Verteilnetzbetreibern an.

Um die Versorgungssicherheit kurzfristig zu gewährleisten, wurden einerseits Kohlekraftwerke aus der Reserve wieder ans Netz genommen und ein Streckbetrieb für die drei noch am Netz befindlichen Atomkraftwerke bis zum Frühjahr 2023 eingeleitet. Damit steht dem Markt mehr Angebot zur Verfügung, was auch dazu beiträgt die Handelspreise zu senken.

Zentrales Element zum Erreichen der Klimaschutz- und Energiewendeziele ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Dies ist ein wesentlicher Beitrag, die Abhängigkeit von Energieimporten zu überwinden und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die im Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor verankerten Ausbaupfade und Ausschreibungsmengen insbesondere für Photovoltaik und Wind an Land sollen den Weg für diese Zielsetzung bereiten. Für Photovoltaik wird ein Zubau von 22 GW pro Jahr und eine installierte Solarleistung von 215 GW bis 2030 angestrebt. Für Wind an Land wird ein Zubau von 10 GW pro Jahr und eine installierte Windleistung bis 2030 von 115 GW angestrebt. Damit verbunden sind Chancen beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Verteilnetze. Hierzu müssen jedoch Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Ausbau der Netze deutlich beschleunigt werden. Sowohl der Ausbau der erneuerbaren Energien als auch der Hochspannungs- und Verteilnetze liegt nunmehr, verankert durch das EEG und EnWG, im überragenden öffentlichen Interesse. Dieses muss in die entsprechenden Fachgesetze des Umwelt-, Natur-, Emissionsschutzes sowie in Raumordnung und Planungsrecht überführt werden.

Der anstehende Netzausbau erfordert eine angemessene Verzinsung der Netzinvestitionen auch im Verteilnetz, die die aktuelle Zinsentwicklung berücksichtigt. Hierzu muss kurzfristig die regulatorische Fremdkapitalverzinsung³ für Verteilnetzbetreiber für die 4. Regulierungsperiode angepasst werden, um eine Unterdeckung bei der Aufnahme von Fremdkapital zu verhindern. Aber auch im Eigenkapital muss sich die Zinswende zeitnah widerspiegeln, um ausreichend Eigenmittel für Netzinvestitionen zu gewinnen.

Für beides ist nach einer Entscheidung des EuGH aus dem September 2021 zukünftig noch stärker die Bundesnetzagentur (BNetzA) verantwortlich, die durch das Urteil in ihrer Unabhängigkeit gestärkt worden ist. Dafür soll 2023 der Rechtsrahmen im EnWG überarbeitet werden. Die Weiterentwicklung der für Stromnetzbetreiber essenziellen Verordnungen, zum Beispiel ARegV, StromNEV oder StromNZV fallen dann in die Zuständigkeit der BNetzA. Diese hat aber angekündigt, an der momentan gültigen Regulierungslogik weitestgehend festzuhalten. Auf Grund stark steigender Fremdkapitalzinsen hat das BMWK die BNetzA darüber hinaus mit einer Verordnungsermächtigung zur Anpassung des sog. Eigenkapitalzinssatzes II nach § 10a Abs. 7 ARegV für Verteilnetzbetreiber im Rahmen des Strompreisbremsengesetzes ausgestattet. Die BNetzA hat damit das Instrumentarium, auch kurzfristig auf die steigenden Fremdkapitalzinsen zu reagieren und muss nicht auf die Neuregelung ihrer Verantwortlichkeit im EnWG warten. Auch mit der Ausgestaltung des §14a EnWG (steuerbare Verbrauchseinrichtungen) hat das BMWK die BNetzA im Rahmen ihrer neuen Verantwortlichkeit bereits ermächtigt. Das BMWK plant zudem eine Novelle des Messstellenbetriebesgesetzes im ersten Quartal 2023. Zielstellung ist es, den Rollout zu beschleunigen und die Kosten der intelligenten Messsysteme für die Kunden zu reduzieren.

Um das Thema Energieeffizienz weiter voranzutreiben, beabsichtigt die Bundesregierung im Kontext der europäischen Bemühungen zu Energieeinsparungen ein Energieeffizienzgesetz zu verabschieden. Ziel ist es, mindestens 9 % des Primärenergieverbrauchs einzusparen. Unternehmen mit einem Energieverbrauch von mehr als 10 GWh pro Jahr werden verpflichtet, Energiemanagementsysteme einzuführen und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen umzusetzen. Zudem sollen Unternehmen mit mehr als 2,5 GWh verpflichtend Energieaudits durchführen.

Zum Erreichen der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene hat das BMWK einen Diskussionsprozess zu einer verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung angestoßen. Kommunen mit mehr als zehntausend Einwohnern sollen dabei innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes ein detailliertes und verbindliches Konzept beschließen, wie die Dekarbonisierung ihrer kommunalen Wärmeversorgung bis 2045 erfolgen soll. Die Kommunen sollen bei diesem Prozess von Bund und Ländern inhaltlich, organisatorisch und finanziell begleitet werden. Ob das dafür zu schaffende Instrumentarium auch kleineren Kommunen, welche kommunale Wärmepläne auf freiwilliger Basis erstellen wollen, zugänglich gemacht wird, ist noch unklar. enviaM arbeitet an Produkten, welche die Kommunen bei der Erstellung der Ist-Analyse, der Erarbeitung von Szenarien und Maßnahmenplänen unterstützt.

Flankiert wird die kommunale Wärmeplanung 2023 durch eine Überarbeitung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Im Zentrum dieser GEG-Novelle wird ein verpflichtender Mindestanteil von

³ Die Verzinsung von Fremdkapital wird in der Anreizregulierung durch den sog. Eigenkapitalzinssatz II festgelegt. Die Verzinsung des eigentlichen Eigenkapitals richtet sich hingegen nach dem sog. Eigenkapitalzinssatz I.

65 % an erneuerbaren Energien in neu einzubauenden Heizungsanlagen ab 2024 stehen. Dies soll sowohl Neu- als auch Altbauten betreffen. Systeme, in deren Kern sich eine Gasbrennwertheizung befindet, werden dies nicht leisten können. Die Umsetzung dieses ambitionierten Vorhabens wird gerade diskutiert und 2023 vom Bundesgesetzgeber konkretisiert.

Auf europäischer Ebene wird die Überarbeitung der Erneuerbaren Energien Richtlinie (RED) als auch der Energieeffizienzrichtlinie (EED) erwartet. Daraus werden sich Konsequenzen für die nationale Gesetzgebung, zum Beispiel für die Ziele des Energieeffizienzgesetzes oder das EEG, ergeben. Auch das europäische Handelssystem für Emissionen (ETS) wird gerade novelliert. Dabei steht eine deutliche Verschärfung des jährlichen Reduktionspfades sowie die Einbeziehung des Schifffverkehrs auf der Agenda. Individualverkehr und Gebäudewärme sollen zusätzlich in einem separaten ETS 2 erfasst werden, welches aber erst 2025 wirken soll.

Darüber hinaus gestaltet die EU den Regulierungsrahmen für den Wasserstoffhochlauf. Dabei sind die Charakteristika von grünem Wasserstoff nach wie vor Gegenstand von Diskussionen. Aber auch das von der Kommission vorgeschlagene eigentumsrechtliche Unbundling zwischen Gas- und Wasserstoff-Netzen stößt gerade in Deutschland auf Kritik und wird verhandelt.

Nach den Marktturbulenzen des Sommers 2022 ist auch das Strommarktdesign sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene wieder in den Fokus geraten. Mit Spannung wird ein Bericht des BMWK zum Status Quo erwartet, aus welchem sich Handlungsbedarf ableiten könnte. Diskutiert werden unter anderem Themen wie der Grenzpreismechanismus im Spot Markt, die Gestaltung der Preiszonen sowie die Einführung von Märkten für gesicherte Leistung oder Flexibilitäten.

Vertrieb. enviaM strebt auch in 2023 den Erhalt der Marktführerschaft⁴ unter den regionalen Energiedienstleistern in Ostdeutschland an. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die hohe Zufriedenheit der Kunden aufrechtzuerhalten. Demzufolge gilt für das Geschäftsjahr 2023 die vertriebliche Zielstellung, wieder einen Kundenzufriedenheitsindex für Privatkunden von über 80 zu erreichen.

Die Komplexität des Energiegeschäftes wird im Zuge der voranschreitenden Energiewende weiter zunehmen. enviaM erwartet für das Geschäftsjahr 2023 wegen des Trends zur zunehmenden Eigenversorgung durch erneuerbare Energien und dem verschärften Wettbewerb bei Geschäftskunden und Weiterverteilern rückläufige leitungsgebundene Energiebezüge ihrer Kunden. Wachstumspotenzial sieht das Unternehmen weiterhin im Bereich der Dienstleistungserbringung. Die Digitalisierung gibt hierzu entscheidende Impulse. In Kooperationen mit innovativen Partnern wird enviaM verstärkt die Entwicklung digitaler Anwendungen für verschiedene Kundenbedürfnisse fortführen. Darüber hinaus stehen für unsere Kunden weiterhin dezentrale Versorgungslösungen, Angebote zur Eigenerzeugung, Beratungsleistungen bei Auditierungs- und Zertifizierungsanforderungen im Fokus. Im Zusammenhang mit der Einführung moderner Messeinrichtungen und intelligenter Messsysteme werden neue Produkte und Dienstleistungen auf Basis zeit- und lastvariabler Tarife für den Einstieg unserer Kunden in die digitale Energiewelt entwickelt.

⁴ auf Basis Stromabsatz bzw. -umsatz

enviaM setzt ihre Entwicklung vom reinen Stromlieferanten zum ganzheitlichen Energiedienstleister konsequent fort. Einen Schwerpunkt bildet weiterhin die Vermarktung von Strom aus regenerativen Energien. Von anhaltend hohem Interesse für alle Kundengruppen sind Energieeffizienzmaßnahmen, um steigenden Energiekosten zu begegnen. Weiterhin werden von enviaM und ihren Mehrheitsbeteiligungen Wachstumschancen in der infrastrukturbasierten Breitbandversorgung von Geschäfts- und Privatkunden gesehen.

Neue Geschäftsfelder. Weiterhin stehen smarte Infrastruktur und darauf aufbauende Plattformen und Ökosysteme als neue Geschäftsfelder im Fokus.

Die stark wachsende Nachfrage nach energieeffizienten Lösungen beschleunigt die Marktdurchdringung von etablierten Technologien wie Wärmepumpen und Speicherlösungen. enviaM baut Kompetenzen in diesen Bereichen auf und beabsichtigt damit an diesem Wachstumsmarkt zu partizipieren.

Der Bedarf zur nachhaltigen Nutzung von Energie und an individuellen Konzepten führt zur Nachfrage von Leistungen zur Entwicklung und Unterstützung spezieller energetischer Lösungen. Erfolgreiche Projekte in dem Bereich der Wärmerückgewinnung von Data Center bzw. der Entwicklung kommunaler Wärmekonzepte durch Bereitstellung technologischer Expertise bzw. digitaler Technologien zur Visualisierung versprechen zunehmendes Marktpotential.

Über die Beteiligung am Start Up-Inkubator SpinLab werden kontinuierlich Erfolg versprechende Geschäftsideen gesichtet und bewertet. Dies ermöglicht durch eine frühzeitige Identifikation von innovativen Lösungsansätzen eine kontinuierliche Ergänzung des Dienstleistungsspektrums.

enviaM beteiligt sich mit ihren Tochterunternehmen aktiv beim Aufbau und dem Betrieb der Datenplattform iPEN innerhalb des E.ON-Konzerns. Die Plattform ist ein wichtiger Baustein in der Digitalstrategie und skaliert und vermarktet digitale Lösungen. Mit zunehmendem Ausbau und wachsenden Erfahrungen ergeben sich vielfältige Szenarien mit Potential zu digitalen Kundenanwendungen oder zur Steigerung von Effizienzen im Kerngeschäft.

Die Forschungsaktivitäten im Wasserstofftestfeld der MITNETZ GAS im Chemiepark Bitterfeld Wolfen werden im Jahr 2023 mit den Partnern DBI Gas- und Umwelttechnik GmbH und der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig fortgeführt. Die gemeinsame Forschungstätigkeit trägt maßgeblich zur Entwicklung einer künftigen Wasserstoffinfrastruktur bei, ist Ausgangsbasis und Grundlage neuer Geschäftsfelder in diesem Bereich und beschleunigt eine künftige kommerzielle Nutzung dieser Technologien.

Aus den Weiterentwicklungen eigener Geschäftsprozesse heraus – wie die autonome Drohnenbefliegung von Hochspannungsfreileitungen mit Bildauswertung durch künstliche Intelligenz zur Reduktion des Instandhaltungsaufwandes – werden neue Marktchancen für Dienstleistungen gegenüber Dritten eröffnet. So wird diese Technologie z.B. auch für Angebote in weiteren Anwendungsfeldern im forstwirtschaftlichen Bereich genutzt.

Die Investitionen von enviaM über ihre Tochtergesellschaften in den Ausbau digitaler Infrastrukturen, wie beispielsweise Breitband, Funknetze, IoT und Edge Data Center schaffen Zugang zu neuen Geschäftsfeldern und Wachstum in neuen Märkten wie Dienstleistungen im Bereich Security für kritische Infrastrukturen.

Elektromobilität. In Deutschland sollen bis 2030 insgesamt eine Million Ladepunkte zur Verfügung stehen. enviaM unterstützt gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen die Entwicklung der Elektromobilität in Ostdeutschland vordergründig zur Integration öffentlicher Ladesäulen in die Netzinfrastruktur.

Mit einem stark wachsenden Anteil von Elektrofahrzeugen am PKW-Bestand partizipiert enviaM am nachhaltigen Trend zur Elektromobilität.

Der Trend zur Elektrifizierung führt zu wachsenden Herausforderungen hinsichtlich der Netzintegration der Ladeinfrastruktur. Die Ergebnisse aus den Forschungsprojekten zum Lademanagement und zur netzdienlichen Integration von Elektrofahrzeugen ins Niederspannungsnetz können bei den richtigen Rahmenbedingungen zur Lösung dieser Herausforderungen beitragen.

Die übergreifenden Kompetenzen von enviaM einschließlich ihrer Mehrheitsbeteiligungen ermöglichen das Angebot komplexer Infrastrukturprojekte von der Planung, über die Errichtung, den Betrieb und die Abrechnung von Ladeinfrastruktur einschließlich der Integration technischer Netzdienstleistungen. Mit der Bereitstellung neuester Backend- und Energiemanagementsysteme stehen sie für eine vernetzte Ladeinfrastruktur der Zukunft und partizipieren umfassend an dieser Entwicklung.

Netz. Wesentlicher Investitionsschwerpunkt wird auch weiterhin der Ausbau und die Verstärkung des Verteilernetzes für die Leistungsaufnahme und den Transport erneuerbarer Energien sein. Gleichzeitig wird die Anzahl der anzuschließenden Ladepunkte für die Elektromobilität steigen.

Dabei werden zunehmend intelligente Netztechnologien zur Laststeuerung und Spannungsregelung eingesetzt. Zudem wird der Einbau intelligenter Messsysteme und moderner Messeinrichtungen fortgesetzt. Für die Zukunftsfähigkeit der Tochtergesellschaft MITNETZ STROM ist die Weiterentwicklung des Verteilernetzes zu einem leistungsstarken und intelligenten Netz essentiell.

Auf der Grundlage der Hinweise der BNetzA für die Entgeltbildung zum 15. Oktober 2022 und der vom vorgelagerten Netzbetreiber angezeigten Preisentwicklung wurden die vorläufigen Netzentgelte für das Jahr 2023 kalkuliert und im Internet veröffentlicht. Danach steigen die Netzentgelte im Vergleich zu 2022 für Haushaltskunden um durchschnittlich 25,4 % und für Industriekunden in Mittelspannung um durchschnittlich 23,8 %. Die Steigerung der Netzentgelte der MITNETZ STROM resultiert im Wesentlichen aus den deutlich gestiegenen Strompreisen für die Beschaffung der Netzverluste und des bilanziellen Ausgleiches bei Redispatchmaßnahmen sowie den hohen Investitionen in die für die Energiewende notwendige Netzinfrastruktur.

Im Jahr 2023 erfolgt planmäßig die Festlegung der Erlösobergrenzen, des Produktivitätsfaktors sowie des Effizienzwertes für die 4. Regulierungsperiode von 2024 bis 2028 durch die Bundesnetzagentur.

Konzessionen. Die Intensität des Wettbewerbs um Konzessionen ist konstant hoch, wird sich allerdings in den kommenden Jahren leicht abschwächen. Über ein etabliertes Konzessions- und Kommunalmanagement strebt enviaM die Sicherung der Konzessionsverträge an.

Beteiligungen. Die dauerhafte Optimierung des Beteiligungsportfolios bleibt auch weiterhin ein wesentliches Aufgabenfeld von enviaM. Darüber hinaus wird enviaM die Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern weiter ausbauen, um Wachstumschancen im Zuge der Energiewende und Nachhaltigkeit gemeinsam zu nutzen.

Personal. Ein wichtiger Bestandteil der Personalarbeit wird die Gewinnung von geeigneten Fach- und Führungskräften sowie Auszubildenden werden. Neben einer erfolgreichen Marktbearbeitung wird ein wesentliches Element dabei die zielgruppenspezifische Kommunikation der Arbeitgebermarke (Employer Branding) sein. Zur Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber tragen ferner der Ausbau von Arbeit 4.0 sowie Angebote wie Job-Rotationen und -Hospitationen bei. Diese werden ebenso wie weitere resilienzfördernde Angebote ausgeweitet.

Prognose 2023. Für das folgende Jahr erwartet enviaM einen sinkenden Kundenbestand bei den Privat- und Gewerbekunden. In den Bereichen Vertriebshandel, Geschäftskunden und Weiterverteiler werden aufgrund der intensiven Wettbewerbssituation rückläufige Absätze erwartet. Der Gesamtabsatz für Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden im Geschäftsjahr 2023 wird mit rund 3.932 GWh (2022: 4.929 GWh) geplant.

Das unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen stabile Kerngeschäft ist Grundlage für eine nachhaltige Ergebnisentwicklung. Die Steigerung der Prognose 2023 gegenüber dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2022 resultiert aus dem Anstieg des Beteiligungsergebnisses, was sich im Wesentlichen aus dem Entfall vorjähriger Vorsorgemaßnahmen im Zusammenhang mit bestehenden Unsicherheiten in den Energiemärkten ergibt. Unter Berücksichtigung dieser Effekte prognostiziert das Unternehmen für 2023 ein betriebliches Ergebnis / EBIT nach IFRS über dem Niveau von 2022 in der Größenordnung von rund 346,8 Mio. €.

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen werden mit rund 227 Mio. € veranschlagt. Damit liegen diese bereinigt um die Aktivierung nachträglicher Herstellungskosten ca. 39 % über dem Niveau von 2022. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bildet weiterhin das Stromverteilernetz.

Der Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung von enviaM. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn der Vorstand davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund der Vielzahl von internen und externen Faktoren hiervon abweichen.

Erklärung zur Unternehmensführung

Frauen in Führungspositionen. Auf Basis des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat der Aufsichtsrat der enviaM im Geschäftsjahr 2017 die Zielquoten des Frauenanteils für den am 1. Juli 2017 beginnenden Erfüllungszeitraum mit einer Dauer bis zum 30. Juni 2022 festgelegt. Dieser beträgt für den Frauenanteil im Aufsichtsrat 25,0 % und für den Vorstand 33,3 %.

Zum Zielstichtag 30. Juni 2022 konnte die Zielgröße im Aufsichtsrat mit 25,0 % erreicht werden. Die Zielgröße im Vorstand hat enviaM mit 33,3 % ebenso erfüllt.

Das Unternehmen strebte selbstverpflichtend an, in der ersten und zweiten Führungsebene je einen Frauenanteil von 30 % bis zum 30. Juni 2022 zu erreichen. Zum Zielstichtag 30. Juni 2022 betrug der Anteil an Frauen in der ersten Führungsebene 23,1 % und in der zweiten Führungsebene 44,4 %.

enviaM hat in den letzten Jahren verschiedene Aktivitäten unternommen, um Frauen zu fördern und auf dem Weg in eine Führungsaufgabe zu begleiten. Hierzu zählen das Potenzialträgerprogramm der enviaM Gruppe, Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie wie z.B. die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle, die Teilnahme am konzernweiten Female Mentoring Programm, sowie die Unterstützung des enviaM-Frauennetzwerks und dessen Einbindung in das konzernweite Frauennetzwerk.

Durch die Gesamtheit dieser Maßnahmen konnte aufgrund des Umfangs an nachzubesetzenden Stellen und der eingeschränkten Verfügbarkeit geeigneter Anwärterinnen dennoch die Quote für die erste Führungsebene nicht erreicht werden.

Mit dem Auslaufen der Ziele zum 30. Juni 2022 hat der Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2022 neue verbindliche Zielquoten für den Erfüllungszeitraum 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2027 beschlossen. Die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat wurde mit 30 % und für den Vorstand mit 33,33 % festgelegt. Darüber hinaus wurde von enviaM für den Erfüllungszeitraum 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2027 beschlossen, einen Frauenanteil in der ersten Führungsebene von 31,25 % und in der zweiten Führungsebene von 50,00 % anzustreben.

**Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit
der envia Mitteldeutsche Energie AG
für den Berichtszeitraum 2017 bis 2021**

nach § 21 Entgelt-Transparenzgesetz (EntgTanspG)

Gemäß § 21 EntgTranspG in Verbindung mit § 25 Abs. 4 EntgTranspG ist für den in § 22 definierten Berichtszeitraum dem Lagebericht ein Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit beizufügen. Dieser Verpflichtung kommt enviaM im Folgenden nach:

Maßnahmen zur Herstellung der Entgeltgleichheit für Frauen und Männer

Das Unternehmen wendet aufgrund von § 4 TVG einen Vergütungs- und Manteltarifvertrag an, in denen die Vergütungsgrundsätze vereinbart sind. Dies sind die Tarifverträge für die Arbeitnehmer/-innen der Mitgliedsunternehmen der Tarifgruppe Energie des Arbeitgeberverbandes energie- und versorgungswirtschaftlicher Unternehmen e.V. vom 2. September 2010, welche mit ver.di und IG BCE abgeschlossen wurden.

Das Unternehmen vergütet außertarifliche Mitarbeiter aufgrund einer mit dem Betriebsrat vereinbarten Kollektivregelung (Betriebsvereinbarung § 77 Absatz 3 BetrVG), welche die Vergütungsgrundsätze und den der Höhe nach definiertem Abstand zu den tarifvertraglichen Vergütungsgrundsätzen regelt. Durch diese Regelungen wird die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen insbesondere mit Blick auf § 80 Absatz 1 Ziffer 2. BetrVG gewährleistet.

Das Unternehmen vergütet die Leistungen von Frauen und Männern gleich. Es unterscheidet bei der Entgeltfindung nicht nach dem Geschlecht. Die Festlegung der Vergütung erfolgt ausschließlich nach geschlechtsneutralen und objektiven Kriterien (z.B. Qualifikation, Verantwortung, Erfahrung und Führung). Im Unternehmen besteht eine Kollektivvereinbarung, welche die Verbesserung der Qualifikation und den beruflichen Aufstieg für Frauen und Männer gleichermaßen fördert.

Durchschnittliche Beschäftigte 2021 (2016)

	weiblich		männlich		Gesamtanzahl	
	2021	2016	2021	2016	2021	2016
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Teilzeit	84	68	10	8	94	76
Vollzeit	264	305	285	331	549	636
	348	373	295	339	643	712

Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und deren Wirkung

enviaM setzt eine Vielzahl von Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern um. Die Anwendung der Gleitzeit sowie die Förderung von befristeter Teilzeit ermöglicht es allen Mitarbeitenden, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. enviaM forciert darüber hinaus weiterhin den Anteil weiblicher Beschäftigter in Führungs- und Leitungspositionen sowie den Anteil weiblicher Auszubildender in Berufen zu erhöhen, in denen weibliche Beschäftigte unterrepräsentiert sind. Außerdem führt enviaM ein Potenzialträgerprogramm durch, um Frauen und Männer zu identifizieren, die für die Übernahme besonders verantwortungsvoller Aufgaben, Projekte und Führungspositionen geeignet sind. Diese werden auf Basis von Managementdiagnostik

individuell und bedarfsgerecht gefördert. Weitere Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sind bspw. die Anwendung flexibler Arbeitszeitmodelle, die Teilnahme am konzernweiten Female Mentoring Programm sowie die Unterstützung des enviaM-Frauen-netzwerkes und dessen Einbindung in das konzernweite Frauennetzwerk.

Das Unternehmen hat zudem wiederholt das Zertifikat audit berufundfamilie von der beruf und familie gGmbH (Hertie-Stiftung) für die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhalten. Dabei wurde der Bestand der Angebote begutachtet und weiterführende Ziele einer familienbewussten Personalpolitik definiert.

Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2022
envia Mitteldeutsche Energie AG,
Chemnitz

Bilanz

Aktiva	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	2.032	2.237
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	39.366	34.532
Geleistete Anzahlungen	2.507	0
	43.905	36.769
Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	84.876	86.306
Technische Anlagen und Maschinen	933.175	893.460
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.609	19.248
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	31.056	15.092
	1.067.716	1.014.106
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	738.193	734.852
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	303.028	286.045
Beteiligungen	118.845	115.892
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.118	3.718
Wertpapiere des Anlagevermögens	438.087	537.859
Sonstige Ausleihungen	10.038	0
	1.611.309	1.678.366
	2.722.930	2.729.241
Umlaufvermögen		
Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	17.262	10.526
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.741	736
Fertige Erzeugnisse und Waren	425	436
Geleistete Anzahlungen	5	85
	19.433	11.783
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	79.485	117.061
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	253.335	102.100
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.149	5.778
Sonstige Vermögensgegenstände	54.606	60.641
	394.575	285.580
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	344	208
	414.352	297.571
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	661	2.023
	3.137.943	3.028.835

Passiva	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	635.187	635.187
Kapitalrücklage	20.565	20.565
Gewinnrücklagen	1.086.091	1.108.491
Bilanzgewinn	161.716	191.075
	1.903.559	1.955.318
Sonderposten		
Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen	3.531	3.795
Sonderposten mit Rücklageanteil	23.950	30.026
	27.481	33.821
Rückstellungen		
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	190.249	175.707
Steuerrückstellungen	16.359	12.658
Sonstige Rückstellungen	130.980	137.831
	337.588	326.196
Verbindlichkeiten		
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6.473	6.371
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	105.847	98.831
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	701.053	549.360
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.218	8.272
Sonstige Verbindlichkeiten	43.910	41.766
davon aus Steuern	(6.935)	(5.601)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(300)	(28)
	862.501	704.600
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	6.814	8.900
	3.137.943	3.028.835

Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021
	T€	T€
Umsatzerlöse inkl. Strom- bzw. Energiesteuer	2.627.035	2.238.695
Strom- bzw. Energiesteuer	-79.118	-89.859
Umsatzerlöse	2.547.917	2.148.836
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1.005	195
Andere aktivierte Eigenleistungen	1.074	1.188
Sonstige betriebliche Erträge	97.321	111.008
Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.670.605	-1.258.928
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-503.018	-515.525
	-2.173.623	-1.774.453
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	-51.238	-54.106
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-28.340	-12.942
davon für Altersversorgung	(-19.926)	(-4.233)
	-79.578	-67.048
Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-94.366	-96.871
	-94.366	-96.871
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-128.478	-133.162
Erträge aus Beteiligungen	14.133	23.852
davon aus verbundenen Unternehmen	(2.683)	(9.357)
Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen		
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	87.188	19.300
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-14.602	-93.595
	72.586	-74.295
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	13.597	29.072
davon aus verbundenen Unternehmen	(2.251)	(2.623)
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.270	3.503
davon aus verbundenen Unternehmen	(93)	(429)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	-45.335	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-8.623	-15.401
davon an verbundene Unternehmen	(-1.434)	(1.900)
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-78.957	-16.378
Ergebnis nach Steuern	139.943	140.046
Sonstige Steuern	-649	-530
Jahresüberschuss	139.294	139.516
Gewinnvortrag	22	11.359
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	22.400	40.200
Bilanzgewinn	161.716	191.075

Anhang

Allgemeines

Die wirtschaftliche Tätigkeit der envia Mitteldeutsche Energie AG mit Sitz in Chemnitz (im Folgenden auch kurz „enviaM“ genannt) erstreckt sich im Wesentlichen auf die Beschaffung und die gewerbliche Nutzung von Energie und Energieanlagen sowie auf die Versorgung mit elektrischer Energie, Gas und Wärme.

enviaM ist eine große Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 3 und 4 HGB und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Chemnitz unter der Nummer HRB 19751 eingetragen.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 wurden die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften – unter Beachtung der Regelungen des AktG, des EnWG und des DMBilG – angewendet.

Soweit Angaben wahlweise in der Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang vorgenommen werden können, erfolgen diese Angaben grundsätzlich in der Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung. Der Jahresabschluss wird in Euro (€) aufgestellt. Die Beträge werden in Tausend Euro (T€) angegeben. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

enviaM und ihre Tochtergesellschaften werden analog dem Vorjahr in den Konzernabschluss der E.ON SE, Essen, einbezogen. Dieser Konzernabschluss wird gleichzeitig für den kleinsten und größten Konsolidierungskreis aufgestellt. Der Konzernabschluss wird nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt. Konzernabschluss und Konzernlagebericht der E.ON SE werden beim Betreiber des Bundesanzeigers elektronisch eingereicht und bekannt gemacht (www.bundesanzeiger.de). Ein Antrag von Minderheitsgesellschaftern zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes nach § 291 Abs. 3 Nr. 2 HGB wurde nicht gestellt. Aus diesem Grund ist enviaM unter Beachtung von § 291 HGB von der Verpflichtung befreit, einen eigenen Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufzustellen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

enviaM macht von dem Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 HGB Gebrauch, selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände zu aktivieren. Sie werden zu Herstellungskosten aktiviert, sofern zum Abschlussstichtag zumindest eine hohe Wahrscheinlichkeit der tatsächlichen Entstehung eines Vermögensgegenstandes besteht. Zu den Herstellungskosten zählen die der Entwicklung direkt zurechenbaren Kosten durch den Verbrauch von Gütern, die Inanspruchnahme von Diensten und den Einsatz von Personal sowie angemessene Teile der Fertigungs- und Verwaltungsgemeinkosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst.

Selbst geschaffene und entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer – im Zu- und Abgangsjahr zeitanteilig - linear abgeschrieben.

Zugänge zu den Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Der Umfang der Anschaffungskosten entspricht § 255 Abs. 1 HGB. Die Herstellungskosten umfassen Einzelkosten für Material und Personal, den auf die Herstellung entfallenden Werteverzehr des Anlagevermögens sowie angemessene Teile der Material-, Fertigungs- und Verwaltungsgemeinkosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen werden mit dem Nennbetrag bewertet.

Die Abschreibungen erfolgen auf der Grundlage der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Bezogen auf den überwiegenden Anteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden den planmäßigen Abschreibungen folgende Nutzungsdauern zugrunde gelegt:

	Jahre
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Selbsterstellte immaterielle Vermögensgegenstände	5 - 10
Software, Lizenzen	2 - 20
Sonstige Rechte	3 - 20
Dienstbarkeiten	20 - 40
Gebäude	12 - 50
Technische Anlagen	
Stromnetze	8 - 45
Umspann- und Schaltanlagen	10 - 25
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 - 20

Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden mit Ausnahme abnutzbarer beweglicher Sachanlagen, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten mehr als 250,00 € und nicht mehr als 800,00 € betragen, seit dem 1. Januar 2021 nach der linearen Methode abgeschrieben.

Sonderabschreibungen nach dem FördergebietsG wurden in den Vorjahren vorgenommen und als Sonderposten mit Rücklageanteil ausgewiesen. Die entsprechenden Sachanlagen werden linear abgeschrieben.

Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten mehr als 250,00 € und nicht mehr als 800,00 € betragen, werden mit Ausnahme der Zähler im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Abgang gezeigt.

Geringwertige Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zu 250,00 € werden im Jahr der Anschaffung grundsätzlich aufwandswirksam erfasst.

Darüber hinaus werden außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen vorgenommen, soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände voraussichtlich dauerhaft unter dem Buchwert liegen. Im Falle des Wegfalls der Gründe für außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen Zuschreibungen, die bei abnutzbaren Vermögensgegenständen des Anlagevermögens unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen ermittelt werden.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens sind zu Anschaffungskosten, verzinsliche Ausleihungen zum Nennwert bewertet. Ist der beizulegende Wert aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung niedriger, wurde dieser angesetzt.

Vorräte sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bewertet. Alle erkennbaren Einzelrisiken wurden durch angemessene Abschläge berücksichtigt. Innerhalb der Forderungen aus Strom- und Gaslieferungen sind erhaltene Abschlagszahlungen mit dem abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch der Kunden verrechnet. Sofern es sich bei Vermögensgegenständen um Deckungsvermögen zur Absicherung von Pensionsverpflichtungen handelt, erfolgt gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB eine Saldierung mit den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert angesetzt.

Als aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für Folgejahre darstellen.

Bestehende Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen werden, führen sowohl zu aktiven als auch zu passiven latenten Steuern, die saldiert werden. Eine Nutzung des Wahlrechtes gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB erfolgt nicht, so dass nach Saldierung keine Aktivierung von latenten Steuern vorgenommen wird.

Passiva

Das Eigenkapital ist zum Nennwert bilanziert.

Steuerpflichtige Zuschüsse der öffentlichen Hand für Investitionen sind als Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen passiviert und werden über die Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände zugunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

In Vorjahren vorgenommene steuerrechtliche Sonderabschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 4 FördergebietsG sowie Übertragungen gemäß § 6b EStG wurden bis zum 31. Dezember 2009 in den Sonderposten mit Rücklageanteil eingestellt. Der Sonderposten mit Rücklageanteil wurde bei erstmaliger Anwendung der Vorschriften des BilMoG am 1. Januar 2010 gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehalten. Die Auflösung zugunsten der sonstigen betrieblichen Erträge erfolgt konform zu den Nutzungsdauern der betroffenen Sachanlagen.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen. Der Wertansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Kostensteigerungen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die sonstigen Rückstellungen für Vorruhestand, Altersteilzeit, Jubiläen und Sterbegeld wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen unter Berücksichtigung der Heubeck-Richttafeln 2018 G - die eine generationenabhängige Lebenserwartung berücksichtigen - nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode) bewertet.

Der Rückstellung für Vorruhestand liegt der Personalentwicklungsplan der enviaM bis 2028 zugrunde. Soweit das Austrittsdatum noch nicht feststeht, wurde ein durchschnittliches Austrittsdatum angenommen.

Soweit Deckungsvermögen gemäß § 246 Abs. 2 HGB vorliegt, ergibt sich die Rückstellung aus dem Saldo des versicherungsmathematischen Barwertes der Verpflichtung und des beizulegenden Zeitwertes des Deckungsvermögens. Der beizulegende Zeitwert entspricht grundsätzlich dem Marktwert des verrechneten Deckungsvermögens. Ergebnisauswirkungen aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes, Zeitwertänderungen und laufende Erträge des Deckungsvermögens werden nach Verrechnung in den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen bzw. Zinsen und ähnlichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Pensionsrückstellungen wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, abgezinst. Zwischen dem 10-Jahresdurchschnittszinssatz zum 31. Dezember 2022 (1,78 %; im Vorjahr: 1,87 %) und dem 7-Jahresdurchschnittszinssatz zum 31. Dezember 2022 (1,44 %; im Vorjahr: 1,35 %) ergibt sich bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 10.269 T€ (im Vorjahr: 15.425 T€), der grundsätzlich ausschüttungsgesperrt ist.

Die für die Pensionsrückstellungen zugrunde gelegten Lohn- und Gehaltsteigerungen lagen zwischen 0,00 % und 2,75 % (im Vorjahr: zwischen 0,00 % und 2,35 %). Für Renten wurden Steigerungsraten zwischen 0,00 % und 2,00 % (im Vorjahr: zwischen 0,00 % und 1,60 %) angenommen.

Das Wahlrecht nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde nicht in Anspruch genommen. Alle mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurden in Höhe ihrer Unterdeckung bilanziert. Dabei wurde das Kassenvermögen der Unterstützungskasse vom Verpflichtungswert abgesetzt.

Die mittel- und langfristigen sonstigen Rückstellungen wurden entsprechend ihrer Restlaufzeit mit dem von der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 2022 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 Satz 1 HGB). Zur Anwendung kamen Zinssätze zwischen 0,43 % und 1,44 % (im Vorjahr: zwischen 0,30 % und 1,35 %). Erwartete künftige Kostensteigerungen wurden berücksichtigt.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag und erhaltene Anzahlungen mit dem Nennwert passiviert. Innerhalb der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Zahlungsverpflichtungen aus abgegrenzten noch nicht abgelesenen Netznutzungen mit den geleisteten Abschlagszahlungen verrechnet. Die Wertansätze der Eventualverbindlichkeiten entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für Folgejahre darstellen.

Vereinnahmte Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten werden im passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und rätierlich über einen Gesamtzeitraum von 20 Jahren zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Abweichend vom Einzelbewertungsgrundsatz werden schwebende Energieverträge für Zwecke der Bewertung zu Portfolios zusammengefasst. Dabei handelt es sich bei den schwebenden Beschaffungsgeschäften um physisch zu erfüllende Warentermingeschäfte, die zur Marktpreisicherung für zukünftige Strom- und Gaslieferverträge dienen. Die Zusammenfassung der Portfolios richtet sich dabei nach den Vorgaben des Risikomanagements. Im Segment Geschäftskunden werden Energiebezugpreise durch eine bedarfsgerechte Back-to-Back-Beschaffung abgesichert. Für Energielieferungen im Segment Privat- und Geschäftskunden sowie Weiterverteiler (mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen) erfolgt eine strukturierte Beschaffung (Tranchenmodell), wobei auch Prognosedaten für Energielieferungen in branchenüblichen Zeiträumen (maximal bis 2025) berücksichtigt werden.

Es erfolgt eine portfoliobezogene Deckungsbeitragsrechnung, in der die Portfolios sachgerecht voneinander abgegrenzt und gesteuert werden. Die Energiebezugsaufwendungen werden dabei mittels Transferpreismodell zugeordnet. Das ermöglicht eine zukunfts- und vergangenheitsorientierte Betrachtung. Die Ergebnisse der Deckungsbeitragsrechnung können auf die Gewinn- und Verlustrechnung übergeleitet werden. Drohverlustrückstellungen waren gemäß Deckungsbeitragsrechnung zum Bilanzstichtag nicht zu bilden.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Buchwerte

	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	2.032	2.237
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	39.366	34.532
Geleistete Anzahlungen	2.507	0
	43.905	36.769
Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	84.876	86.306
Technische Anlagen und Maschinen	933.175	893.460
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.609	19.248
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	31.056	15.092
	1.067.716	1.014.106
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	738.193	734.852
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	303.028	286.045
Beteiligungen	118.845	115.892
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.118	3.718
Wertpapiere des Anlagevermögens	438.087	537.859
Sonstige Ausleihungen	10.038	0
	1.611.309	1.678.366
Anlagevermögen	2.722.930	2.729.241

Anschaffungs- oder Herstellungskosten

	Vortrag zum 01.01.2022 T€	Zugänge T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2022 T€
	3.499	624	0	-9	4.114
	85.805	20.036	0	-4.347	101.494
	0	2.507	0	0	2.507
	89.304	23.167	0	-4.356	108.115
	229.444	3.232	267	-1.742	231.201
	3.757.830	102.063	8.622	-14.033	3.854.482
	64.758	4.954	261	-4.081	65.892
	15.092	25.330	-9.150	-216	31.056
	4.067.124	135.579	0	-20.072	4.182.631
	734.852	3.771	0	-430	738.193
	286.045	89.388	-8.791	-63.614	303.028
	116.245	3.579	0	-562	119.262
	3.718	1.225	0	-1.825	3.118
	537.859	0	0	-54.501	483.358
	0	1.247	8.791	0	10.038
	1.678.719	99.210	0	-120.932	1.656.997
	5.835.147	257.956	0	-145.360	5.947.743

Kumulierte Abschreibungen

	Vortrag zum 01.01.2022 T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	1.262
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	51.273
Geleistete Anzahlungen	0
	52.535
Sachanlagen	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	143.138
Technische Anlagen und Maschinen	2.864.370
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	45.510
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0
	3.053.018
Finanzanlagen	
Anteile an verbundenen Unternehmen	0
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0
Beteiligungen	353
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	0
Sonstige Ausleihungen	0
	353
Anlagevermögen	3.105.906

Abschreibungen T€	Zuschreibungen T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2022 T€
823	0	0	-3	2.082
14.295	0	0	-3.440	62.128
0	0	0	0	0
15.118	0	0	-3.443	64.210
4.652	-625	0	-840	146.325
68.851	0	0	-11.914	2.921.307
5.745	0	0	-3.972	47.283
0	0	0	0	0
79.248	-625	0	-16.726	3.114.915
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
64	0	0	0	417
0	0	0	0	0
45.271	0	0	0	45.271
0	0	0	0	0
45.335	0	0	0	45.688
139.701	-625	0	-20.169	3.224.813

An nachstehend aufgeführten Unternehmen ist enviaM gemäß § 16 AktG beteiligt (Angabe gemäß § 285 Nr. 11 HGB).

Die folgenden verbundenen Unternehmen werden davon in den Konzernabschluss der E.ON SE einbezogen:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung %	mittelbare Beteiligung %	Eigenkapital zum 31.12.2022 T€	Ergebnis 2022 T€
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale) 1)	100,00		294.837	0
envia THERM GmbH, Bitterfeld-Wolfen 1)	100,00		69.510	0
enviaM Beteiligungsgesellschaft Chemnitz GmbH, Chemnitz 1)	100,00		56.366	0
envia TEL GmbH, Markkleeberg	100,00		29.741	-153
EVIP GmbH, Bitterfeld-Wolfen 1)	100,00		11.347	0
envia SERVICE GmbH, Cottbus	100,00		7.968	5.177
Verteilnetz Plauen GmbH, Plauen 1)	100,00		25	0
MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH, Halle (Saale)	75,40		172.912	42.450
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH, Halle (Saale) 1)		100,00	25	0

1 Gewinnabführungsvertrag mit dem Mehrheitsgesellschafter

Die folgenden verbundenen Unternehmen werden nicht in den Konzernabschluss der E.ON SE einbezogen:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung %	mittelbare Beteiligung %	Eigenkapital zum 31.12.2021 T€	Ergebnis 2021 T€
WEK Windenergie Kolkwitz GmbH & Co. KG, Kolkwitz	100,00		5.291	226
SEW Solarenergie Weißenfels GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		3.711	-4
SPG Solarpark Guben GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		3.505	-5
NetzWeltFabrik GmbH, Machern (bisher: Macherner Bau- und Elektrogesellschaft mbH, Machern)	100,00		2.620	258
Windpark Lützen GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		1.446	814
Ackermann & Knorr Ingenieur GmbH, Chemnitz	100,00		243	-60
NRF Neue Regionale Fortbildung GmbH, Halle (Saale)	100,00		161	19
GKB Gesellschaft für Kraftwerksbeteiligungen mbH, Cottbus	100,00		85	-16
Windpark Verwaltungsgesellschaft mbH, Lützen	100,00		69	8
Windenergie Frehne Management GmbH, Lützen	100,00		44	1
enviaM Neue Energie Management GmbH, Lützen	100,00		36	1
enviaM Zweite Neue Energie Management GmbH, Lützen	100,00		34	4
WKH Windkraft Hochheim Management GmbH, Lützen	100,00		29	1
SEG Solarenergie Guben Management GmbH, Lützen	100,00		29	1
WPB Windpark Börnicke GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		17	-7
EES Erneuerbare Energien Schnaudertal GmbH & Co. KG, Meuselwitz (bisher: WPK Windpark Kraasa GmbH & Co. KG, Lützen)	100,00		16	-5
WET Windenergie Trampe GmbH & Co. KG, Lützen	100,00		15	-7
EEL Erneuerbare Energien Lausitz GmbH & Co. KG, Cottbus (bisher: EE2 Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Lützen)	100,00		14	-3
Windkraft Hochheim GmbH & Co. KG, Lützen	90,00		3.942	229
BSA Elsteraue GmbH, Bitterfeld-Wolfen 3)	83,00		-	-
Crimmitschau-Lichtenstein Netz GmbH & Co. KG, Crimmitschau	81,00		30.359	-7
WGK Windenergie Großkorbetha GmbH & Co. KG, Lützen	75,00		6.568	268
Lößnitz Netz GmbH & Co. KG, Lößnitz	74,90		5.503	153
Oschatz Netz GmbH & Co. KG, Oschatz	74,90		973	198
bildungszentrum energie GmbH, Halle (Saale)	74,50	25,50	903	394
SEN Solarenergie Nienburg GmbH & Co. KG, Lützen	50,00		2.981	73
A/V/E GmbH, Halle (Saale)	25,90	25,10	2.277	523
E.ON TowerCo GmbH, Markkleeberg		100,00	2.905	-95
Lößnitz Netz Verwaltungs GmbH, Lößnitz 1)		100,00	27	0
Oschatz Netz Verwaltungs GmbH, Oschatz 1)		100,00	26	0
Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas HD mbH, Halle (Saale) 1)2)		100,00	25	0
Crimmitschau-Lichtenstein Netz Verwaltungs GmbH, Crimmitschau 1)		100,00	24	-1
Mitteldeutsche Netzgesellschaft mbH, Chemnitz		100,00	18	-1
EEL Management GmbH, Cottbus 3)		100,00	-	-

1) Gewinnabführungsvertrag mit dem Mehrheitsgesellschafter

2) Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

3) Gründung in 2022

Darüber hinaus werden folgende Beteiligungen gehalten:

Name und Sitz der Gesellschaft	unmittelbare Beteiligung	mittelbare Beteiligung	Eigenkapital zum 31.12.2021	Ergebnis 2021
	%	%	T€	T€
Fernwärmeversorgung Zwönitz GmbH (FVZ), Zwönitz	50,00		5.615	1.349
Stollberg Netz GmbH & Co. KG, Stollberg	49,00		10.594	-7
Stadtwerke - Strom Plauen GmbH & Co. KG, Plauen	49,00		7.964	1.290
Netzgesellschaft Grimma GmbH & Co. KG, Grimma	49,00		7.670	279
Energieversorgung Marienberg GmbH, Marienberg 1)	49,00		4.208	620
Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH, Dessau-Roßlau	49,00		1.605	425
Wärmeversorgung Mücheln GmbH, Mücheln (Geiseltal)	49,00		958	138
Wärmeversorgung Wachau GmbH, Markkleeberg	49,00		292	72
BASF enviaM Solarpark Schwarzheide GmbH, Schwarzheide 3)	49,00		-	-
Technische Werke Naumburg GmbH, Naumburg (Saale) 1)	47,00		11.875	0
Stadtwerke Bernburg GmbH, Bernburg (Saale) 1)	45,00		32.759	0
Energieversorgung Guben GmbH, Guben	45,00		17.558	869
Windenergie Frehne GmbH & Co. KG, Lützen	41,03		3.727	66
Stadtwerke Merseburg GmbH, Merseburg 1)	40,00		26.401	0
Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH, Bitterfeld-Wolfen 1)	40,00		21.039	300
Heizkraftwerk Zwickau Süd GmbH & Co. KG, Zwickau	40,00		1.000	681
Städtische Werke Borna GmbH, Borna	36,75		3.985	-940
Stadtwerke Aschersleben GmbH, Aschersleben	35,00		17.650	2.215
Windenergie Briesensee GmbH, Neu Zauche	31,48		1.582	-37
Freiberger Stromversorgung GmbH (FSG), Freiberg	30,00		12.542	1.013
Sandersdorf-Brehna Netz GmbH & Co. KG, Sandersdorf-Brehna	27,60	21,40	4.826	561
Stadtwerke Schwarzenberg GmbH, Schwarzenberg/Erzgeb.	27,54		15.250	1.108
Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau 1)	27,00		45.360	0
Windkraft Jerichow-Mangelsdorf I GmbH & Co. KG, Burg	25,10		4.167	653
SEG Solarenergie Guben GmbH & Co. KG, Guben	25,10		2.192	84
Stadtwerke Zeitz GmbH, Zeitz	24,75		21.114	2.610
Stadtwerke Weißenfels GmbH, Weißenfels	24,50		23.425	2.202
Stadtwerke Aue - Bad Schlema GmbH, Aue-Bad Schlema	24,50		14.684	2.203
Stadtwerke Meerane GmbH, Meerane	24,50		14.533	1.234
Stadtwerke Reichenbach/Vogtland GmbH, Reichenbach im Vogtland	24,50		14.412	1.460
GISA GmbH, Halle (Saale) 2)	23,90		13.644	500
eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Chemnitz		9,15	468.577	70.366
VEM Neue Energie Muldentale GmbH & Co. KG, Markkleeberg		50,00	367	23
Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig		50,00	208	7

1) Gewinnabführungsvertrag mit dem Mehrheitsgesellschafter

2) Eigenkapital zum 31.03.2022, Ergebnis für das Rumpfgeschäftsjahr 1.1.2022 bis 31.03.2022

3) Gründung in 2022

Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens handelt es sich um Fondsanteile an einem Spezialfonds:

Spezialfondsart	Buchwert 31.12.2022 T€	Marktwert 31.12.2022 T€	Abweichung 31.12.2022 T€	Ausschüttung 2022 T€	Tägliche Rückgabe
Mischfonds	438.087	438.087	0	11.144	möglich

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen vor allem Ansprüche aus Verbrauchsabgrenzungen für Strom- und Gaslieferungen an Endkunden mit rollierender Verbrauchsablesung in Höhe von insgesamt 19.254 T€ (im Vorjahr: 78.853 T€). Den Forderungen aus Verbrauchsabgrenzungen in Höhe von 503.124 T€ (im Vorjahr: 543.147 T€) stehen erhaltene Anzahlungen von 483.870 T€ (im Vorjahr: 464.294 T€) gegenüber.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€
Finanzforderungen	193.572	74.250
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	44.008	7.835
Sonstige Forderungen	15.755	20.015
	253.335	102.100

Alle gleichartigen Forderungen und Verbindlichkeiten gegen bzw. gegenüber verbundenen Unternehmen, bei denen Gläubiger und Schuldner identisch sind und die die gleiche Fristigkeit aufweisen, werden saldiert ausgewiesen.

Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.353	3.176
Sonstige Forderungen	2.796	2.602
	7.149	5.778

Innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände sind analog dem Vorjahr keine Forderungen enthalten, die rechtlich erst nach dem Stichtag entstehen.

Von den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen haben 6 T€ (im Vorjahr: 9 T€) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Sie betreffen mit 1 T€ (im Vorjahr: 1 T€) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und mit 5 T€ (im Vorjahr: 8 T€) sonstige Vermögensgegenstände.

Eigenkapital

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals sind nachfolgender Übersicht zu entnehmen:

	Vortrag zum 01.01.2022	Gewinn- ausschüttung	Entnahme aus den Rücklagen	Einstellung aus dem Jahres- überschuss	Stand am 31.12.2022
	T€	T€	T€	T€	T€
Gezeichnetes Kapital	635.187	0	0	0	635.187
Kapitalrücklage	20.565	0	0	0	20.565
Gewinnrücklagen					
Gesetzliche Rücklage					
gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG	114.659	0	0	0	114.659
davon zugleich i.S.d. § 150 Abs. 2 AktG	(114.659)	(0)	(0)	(0)	(114.659)
Andere Gewinnrücklagen	993.832	0	-22.400	0	971.432
	1.108.491	0	-22.400	0	1.086.091
Bilanzgewinn	191.075	191.053	22.400	139.294	161.716
davon Gewinnvortrag	(11.359)	(0)	(0)	(0)	(22)
	1.955.318	191.053	0	139.294	1.903.559

Die Anteilseigner der enviaM zum Bilanzstichtag sind:

Aktionär	Anteilsverhältnis %	Aktien Stück
E.ON Vermögensverwaltungs GmbH, Essen	37,91	94.080.044
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz	22,57	56.007.286
enviaM Beteiligungsgesellschaft mbH, Essen	19,99	49.588.590
KBM Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia Mitteldeutsche Energie AG, Hohenmölsen	15,45	38.329.134
Städte, Gemeinden, Stadtwerke	4,08	10.114.945
E.ON SE, Essen	0,00	1
	100,00	248.120.000

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) ist in 248.120.000 auf den Namen lautende Stückaktien (Stammaktien) eingeteilt.

Der E.ON Verwaltungs GmbH, Essen, (bis 1. September 2022: innogy SE, Essen) gehört mittelbar über die E.ON International Participations N.V., Essen, (bis 3. Januar 2022: innogy International Participations N.V., Essen) und die E.ON Vermögensverwaltungs GmbH, Essen, sowie vermittelt durch die E.ON Vermögensverwaltungs GmbH, Essen, und die RL Beteiligungsverwaltung mit beschränkter Haftung OHG, Essen, über die enviaM Beteiligungsgesellschaft mbH, Essen, die Mehrheit der Anteile an der enviaM. Die Mehrheit der Anteile an der E.ON Verwaltungs GmbH hält die E.ON Beteiligungen

GmbH, Essen. Die Mehrheit der Anteile an der E.ON Beteiligungen GmbH hält die E.ON SE, Essen. Sowohl der E.ON SE als auch der E.ON Beteiligungen GmbH und der E.ON Verwaltungs GmbH sind damit gemäß § 20 Abs. 4 i.V.m. § 16 Abs. 1 AktG die Mehrheit der Anteile an enviaM zuzurechnen. Über diese Beteiligungsverhältnisse wurde enviaM letztmalig mit Schreiben vom 30. April 2021 informiert.

Sonderposten mit Rücklageanteil

	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€
Sonderposten mit Rücklageanteil		
Steuerrechtliche Sonderabschreibungen		
gemäß § 4 FördergebietsG	19.125	25.111
gemäß § 6b EStG	4.825	4.915
	23.950	30.026

Rückstellungen

Nachstehend aufgeführte Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, wurden gemäß § 246 Abs. 2 HGB mit diesen Schulden verrechnet; entsprechend wurde mit den zugehörigen Aufwendungen und Erträgen verfahren:

	31.12.2022	31.12.2021
	T€	T€
Unmittelbare Pensionsverpflichtungen aus deferred compensation		
Verrechnete Schulden		
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus deferred compensation		
Erfüllungsbetrag vor Verrechnung	1.138	1.170
Verrechnete Vermögensgegenstände		
Sonstige Vermögensgegenstände aus verpfändeten Rückdeckungsversicherungen		
Anschaffungskosten	1.138	1.170
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens vor Verrechnung	1.138	1.170

Die Anschaffungskosten und die beizulegenden Zeitwerte wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen ermittelt.

Ferner wurden Zinserträge in Höhe von 26 T€ (im Vorjahr: 38 T€) mit Zinsaufwendungen in Höhe von 26 T€ (im Vorjahr: 38 T€) verrechnet.

Die Steuerrückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Körperschaft- und Gewerbesteuer für die Veranlagungszeiträume 2013 bis 2016 und 2020 bis 2022.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen eingegangene Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmern im Zusammenhang mit den Betriebsvereinbarungen zum Vorruhestand, ausstehende Eingangsrechnungen, Zinszahlungsverpflichtungen sowie andere ungewisse Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten

	31.12.2022		31.12.2021			
	T€	Restlaufzeit ≤ 1 Jahr T€	Restlaufzeit > 1 Jahr T€	T€	Restlaufzeit ≤ 1 Jahr T€	Restlaufzeit > 1 Jahr T€
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	6.473	6.473	0	6.371	6.371	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	105.847	105.847	0	98.831	98.831	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	701.053	701.053	0	549.360	549.360	0
davon aus Finanzierung	(616.537)	(616.537)	(0)	(384.843)	(384.843)	(0)
davon aus erhaltenen Anzahlungen	(18.078)	(18.078)	(0)	(19.883)	(19.883)	(0)
davon aus Lieferungen und Leistungen	(51.836)	(51.836)	(0)	(51.039)	(51.039)	(0)
davon Sonstige Verbindlichkeiten	(14.602)	(14.602)	(0)	(93.595)	(93.595)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.218	5.218	0	8.272	8.272	0
davon aus erhaltenen Anzahlungen	(4.499)	(4.499)	(0)	(7.770)	(7.770)	(0)
davon aus Lieferungen und Leistungen	(719)	(719)	(0)	(502)	(502)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	43.910	43.910	0	41.766	41.766	0
davon aus Steuern	(6.935)	(6.935)	(0)	(5.601)	(5.601)	(0)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(300)	(300)	(0)	(28)	(28)	(0)
	862.501	862.501	0	704.600	704.600	0

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit 59.746 T€ (im Vorjahr: 41.535 T€) Abgrenzungen aus Verbindlichkeiten aus Netznutzungsentgelten enthalten, welche mit geleisteten Anzahlungen in Höhe von 36.209 T€ (im Vorjahr: 35.145 T€) verrechnet wurden.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind mit 6.102 T€ (im Vorjahr: 7.703 T€) Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten bilanziert.

Ferner werden mit 712 T€ (im Vorjahr: 1.197 T€) sonstige Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Latente Steuern

Zwischen enviaM und fünf Organgesellschaften besteht jeweils ein Gewinnabführungsvertrag und damit eine körperschaftsteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft. Die Ermittlung und ein ggf. erforderlicher Ansatz latenter Steuern erfolgt bei enviaM als Organträger.

Bei der Ermittlung der latenten Steuern wurde analog dem Vorjahr ein unternehmensindividueller Steuersatz von 29,83 % zugrunde gelegt. Insgesamt übersteigen die aktiven latenten Steuern die passiven latenten Steuern, wodurch sich eine zukünftige Steuerentlastung ergibt, die nicht bilanziert wird.

Die aktiven latenten Steuern resultieren hauptsächlich aus Ansatz- bzw. Bewertungsunterschieden bei Rückstellungen. Die passiven latenten Steuern betreffen ausschließlich Bewertungsunterschiede bei Sachanlagen.

	01.01.2022	Veränderung	31.12.2022
	T€	T€	T€
Aktive latente Steuern	86.611	13.283	99.894
Passive latente Steuern	-42.611	-7.415	-50.026
	44.000	5.868	49.868

Haftungsverhältnisse, sonstige finanzielle Verpflichtungen und außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 251 bzw. § 285 Nr. 3 und Nr. 3a HGB

Die zugunsten anderer Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen in Form von Bürgschaften und Garantien gegenüber Dritten in Höhe von 22.840 T€ (im Vorjahr: 31.467 T€) - davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 22.650 T€ (im Vorjahr: 31.277 T€); davon gegenüber assoziierten Unternehmen: 190 T€ (im Vorjahr: 190 T€) - sind nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten aus den Erkenntnissen der Vergangenheit voraussichtlich auch in Zukunft durch die Unternehmen erfüllt werden können und daher nicht mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist.

Ferner hat enviaM drei verbundenen Unternehmen die Zusage erteilt, auf deren Anforderung Bürgschaften zur Absicherung der Vertragserfüllung gegenüber den Geschäftspartnern der verbundenen Unternehmen bis zu einer maximalen Höhe von insgesamt 70.000 T€ (im Vorjahr: 70.000 T€) zu übernehmen. Bis zum 31. Dezember 2022 wurden im Umfang von 14.667 T€ (im Vorjahr: 11.123 T€) Bürgschaften zugunsten dieser verbundenen Unternehmen durch enviaM übernommen. Ob die Restbeträge bis zum Ende der Laufzeit der Vereinbarungen am 31. Dezember 2023 bzw. am

31. Dezember 2025 noch in Anspruch genommen werden, ist nicht beurteilbar. Von einer Inanspruchnahme der enviaM aus diesen Bürgschaften ist nicht auszugehen, da bei den Bürgschaftnehmern eine stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vorliegt.

Darüber hinaus ist enviaM gegenüber einem Beteiligungsunternehmen bis zum 30. Dezember 2033 verpflichtet, das Strom- und Gasnetz dieser Gesellschaft zu einem Kaufpreis von 9.000 T€ zu erwerben, sofern das Beteiligungsunternehmen seinen Verbindlichkeiten aus einem Darlehensvertrag gegenüber Dritten nicht nachkommt. Eine Inanspruchnahme der enviaM aus dieser Verpflichtung ist derzeit nicht wahrscheinlich, da das Beteiligungsunternehmen seinen Zahlungsverpflichtungen in der Vergangenheit stets nachgekommen ist und keine Anzeichen dafür vorliegen, dass es diesbezüglich in der Zukunft eine Änderung geben könnte.

Außerdem bestehen Verpflichtungen aus der gesamtschuldnerischen Haftung für Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern in Höhe von 391 T€ (im Vorjahr: 340 T€). Eine Inanspruchnahme der enviaM aus dieser Verpflichtung ist nicht wahrscheinlich, da keine Hinweise vorliegen, wonach der Hauptschuldner als nicht zahlungsfähig eingeschätzt wird.

Im Jahr 2017 hat enviaM Anteile an einer Beteiligung verkauft. Sofern infolge weiterer Veräußerungen der Anteil der enviaM am Stammkapital dieser Beteiligung unter 25,1 % fällt, wird der Käuferin eine Put-Option zur Rückübertragung der verkauften Geschäftsanteile eingeräumt. Es wird derzeit nicht davon ausgegangen, dass diese Put-Option in Anspruch genommen werden kann, da Anteilsverkäufe durch enviaM zur Zeit nicht vorgesehen sind.

Ferner wurde den Mitgesellschaftern einer Beteiligung ein Andienungsrecht ihrer Anteile an der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2026 in Höhe von 19,00 % zu einem Kaufpreis von mindestens 703 T€ eingeräumt.

enviaM hat ein verbundenes Unternehmen von den Kreditrisiken aus Handelsgeschäften, die in den Monaten Januar bis März 2023 getätigt werden sollen, mit einem Volumen von insgesamt 370.889 MWh freigestellt. Bei einem Marktpreis von 84,415 €/MWh am letzten Handelstag des Jahres 2022 ergibt sich für enviaM ein Kreditrisiko in Höhe von 31.309 T€. Mit einer Inanspruchnahme der enviaM aus dieser Zusage ist nicht zu rechnen, da die Geschäftspartner in der Vergangenheit ihren Zahlungsverpflichtungen stets nachgekommen sind und auch keine Anzeichen für eine abweichende Vorgehensweise erkennbar sind.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2022	Restlaufzeit			31.12.2021
	T€	< 1 Jahr T€	1 bis 5 Jahre T€	> 5 Jahre T€	T€
Dienstleistungsverträge	79.952	53.570	26.382	0	134.577
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(50.513)	(24.131)	(26.382)	(0)	(76.517)
davon gegenüber assoziierten Unternehmen	(29.439)	(29.439)	(0)	(0)	(58.060)
Strombeschaffungsverträge	1.577.273	1.051.051	526.222	0	889.503
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(120.052)	(81.529)	(38.523)	(0)	(482.700)
davon gegenüber assoziierten Unternehmen	(6.769)	(6.769)	(0)	(0)	(13.024)
Gasbeschaffungsverträge	39.213	27.782	11.431	0	4.640
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(39.213)	(27.782)	(11.431)	(0)	(4.640)
Miet-, Pacht- und Leasingverträge	15.007	4.453	10.554	0	12.365
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(0)	(0)	(0)	(0)	(12.365)
Bestellobligo aus erteilten Investitionsaufträgen	99.989	99.989	0	0	59.535
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(99.942)	(99.942)	(0)	(0)	(58.883)
Übrige sonstige finanzielle Verpflichtungen	45.479	45.479	0	0	5.094
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(45.479)	(45.479)	(0)	(0)	(5.094)
Summe sonstige finanzielle Verpflichtungen	1.856.913	1.282.324	574.589	0	1.105.714
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	(355.199)	(278.863)	(76.336)	(0)	(640.199)
davon gegenüber assoziierten Unternehmen	(36.208)	(36.208)	(0)	(0)	(71.084)

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2022	2021
	T€	T€
Umsatzerlöse inkl. Strom- bzw. Energiesteuer		
Strom	2.094.394	1.774.010
Gas	79.744	36.532
Sonstige Umsatzerlöse	452.897	428.153
	2.627.035	2.238.695
Strom- bzw. Energiesteuer	-79.118	-89.859
	2.547.917	2.148.836

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse in Höhe von 48.496 T€ (im Vorjahr: 18.701 T€) enthalten, die hauptsächlich aus dem Energiehandel, der Mehr- und Mindermengenabrechnung sowie der Verbrauchshochrechnung resultieren.

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erzielt.

Sonstige betriebliche Erträge

	2022	2021
	T€	T€
Konzessionsabgabe	52.909	59.748
Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	6.076	7.614
davon aus Sonderabschreibungen gemäß § 4 FördergebietsG	(5.987)	(6.971)
davon aus Sonderabschreibungen gemäß § 6b EStG	(89)	(643)
Auflösung von Rückstellungen	12.196	21.149
Wertanpassungen des Umlaufvermögens, ertragswirksame Vereinnahmung von Verbindlichkeiten und Zahlungseingänge auf ausgebuchte Forderungen	1.499	5.255
Abgänge von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	5.208	2.304
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen	604	428
Abgang von Finanzanlagen	1.290	274
Übrige Erträge	17.539	14.236
	97.321	111.008

Aufgrund der bestehenden Konzessionsverträge mit den Kommunen ist enviaM als Konzessionsnehmer verpflichtet, Konzessionsabgaben zu entrichten. Die von der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale), im Rahmen der Netznutzungsentgelte vereinnahmten Konzessionsabgaben werden an enviaM weitergeleitet.

Materialaufwand

Im Materialaufwand sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 50.561 T€ (Vorjahr: 10.195 T€) enthalten, die im Wesentlichen aus energiewirtschaftlichen Abgrenzungen resultieren.

Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen enthalten in Höhe von 0 T€ (im Vorjahr: 2.569 T€) außerplanmäßige Abschreibungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2022 T€	2021 T€
Konzessionsabgabe	-52.909	-59.748
Verluste aus Wertminderungen und Abgängen von Gegenständen des Umlaufvermögens	-9.034	-4.201
Verluste aus Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	-198	-3.872
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	-66.337	-65.341
	-128.478	-133.162

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

In den Zinserträgen von verbundenen Unternehmen sind Negativzinsen aus Cash-Pool-Forderungen in Höhe von 365 T€ (im Vorjahr: 299 T€) enthalten.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten mit 5.623 T€ (im Vorjahr: 15.364 T€) die Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen. In den Zinsaufwendungen von verbundenen Unternehmen sind Negativzinsen aus Cash-Pool-Forderungen in Höhe von 1.543 T€ (im Vorjahr: 2.098 T€) enthalten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Vorauszahlungen an das Finanzamt abzüglich der Erhöhung der Steuerforderungen für Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag zuzüglich der Erhöhung der Rückstellungen für Gewerbesteuer (im Vorjahr abzüglich Steuerforderungen) in Höhe von insgesamt 68.206 T€ (im Vorjahr: 37.120 T€). Darüber hinaus sind periodenfremde Steueraufwendungen (12.426 T€; im Vorjahr: 6.749 T€) und periodenfremde Steuererträge (1.675 T€; im Vorjahr: 27.491 T€) enthalten.

Sonstige Anhangangaben

Geschäfte größeren Umfangs, die mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen getätigt wurden (§ 6b Abs. 2 EnWG)

Im Geschäftsjahr wurden Geschäfte größeren Umfangs, die aus dem Rahmen der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen und für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit verbundenen und assoziierten Unternehmen wie folgt getätigt:

	2022	2021
	T€	T€
Erträge aus der Verpachtung des regulierten Netzes	190.423	181.058
Erträge aus kaufmännischen Dienstleistungen	59.640	64.619
Erträge aus IT-technischen Dienstleistungen	54.230	55.071
Zinserträge aus Darlehensvereinbarungen	2.453	2.860
Zinserträge aus Cash-Pool-Vereinbarungen	130	436
Aufwendungen aus kaufmännischen Dienstleistungen	8.025	6.477
Zinsaufwendungen aus Cash-Pool-Vereinbarungen	1.434	-1.900

Ausschüttungsgesperrter Betrag

Der zum 31. Dezember 2022 gemäß § 253 Abs. 6 und § 268 Abs. 8 HGB gegen Ausschüttung gesperrte Betrag beläuft sich insgesamt auf 11.695 T€ (im Vorjahr: 16.995 T€), der in Höhe von 10.269 T€ (im Vorjahr: 15.425 T€) auf den Unterschiedsbetrag zwischen dem 7-Jahresdurchschnittszinssatz und dem 10-Jahresdurchschnittszinssatz bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen (§ 253 Abs. 6 HGB) und in Höhe von 1.426 T€ (im Vorjahr: 1.570 T€) auf die in der Bilanz ausgewiesenen selbst erstellten immateriellen Vermögensgegenstände (§ 268 Abs. 8 HGB) entfällt, wobei die passiven latenten Steuern abgesetzt wurden. Unter Berücksichtigung der am 31. Dezember 2022 vorhandenen frei verfügbaren Rücklagen kann jedoch der gesamte Bilanzgewinn ausgeschüttet werden.

Sonstige Angaben

Bei enviaM waren im Jahresdurchschnitt die nachfolgend aufgeführten Mitarbeiteräquivalente (MÄ) beschäftigt:

	2022	2021
	MÄ	MÄ
Gewerbliche Arbeitnehmer	5	5
Angestellte	613	638
	618	643

Aufgrund der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwandes liegt das Jahresergebnis um 3,16 % (im Vorjahr: 3,98 %) über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Es erfolgen keine Angaben über das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar, da diese Angaben im Konzernanhang der E.ON SE enthalten sind.

Die im Geschäftsjahr angefallenen Forschungs- und Entwicklungskosten betragen 6.398 T€ (im Vorjahr: 348 T€). Davon entfallen 624 T€ (im Vorjahr: 348 T€) auf selbstgeschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

Die Gesamtvergütung des Vorstandes der enviaM beläuft sich auf insgesamt 1.901 T€ (im Vorjahr: 1.886 T€). In den Bezügen sind 336 T€ (im Vorjahr: 420 T€) aktienbasierte Vergütungen (beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt ihrer Gewährung) enthalten. Diese beinhalten 26.405 Stück (im Vorjahr: 54.920 Stück) eingeräumte virtuelle Aktien aus dem E.ON Performance Plan.

Die Bezüge der ehemaligen Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 1.804 T€ (im Vorjahr: 1.617 T€). Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern sind 9.813 T€ (im Vorjahr: 6.988 T€) zurückgestellt.

Die Vergütung des Aufsichtsrates betrug 296 T€ (im Vorjahr: 275 T€). Dem Beirat wurden 194 T€ (im Vorjahr: 28 T€) vergütet.

Nach Schluss des Berichtszeitraumes sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enviaM eingetreten.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Dr. Stephan Lowis

Vorstandsvorsitzender

Dr. Andreas Auerbach

Vorstand Vertrieb bis 31. Dezember 2022

Sigrid Barbara Nagl

Vorständin Personal

Patrick Kather

Mitglied des Vorstands vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2022

Vorstand Vertrieb seit 1. Januar 2023

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Bernd Böddeling

Senior Vice President
Energy Networks Germany der
E.ON SE
Vorsitzender

René Pöhls

Vorsitzender des gemeinsamen Gesamt-
betriebsrates der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS
stellvertretender Vorsitzender

Thomas Zenker

Bürgermeister der Stadt Großräschen
2. stellvertretender Vorsitzender

Sven Bartz

Vorsitzender des gemeinsamen Betriebsrates
Chemnitz der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS

Holger Bittner

Leiter der Abteilung Planung/
Geschäftssteuerung der enviaM
- bis 5. Mai 2022 -

Marcus Borck

Landesfachbereichsleiter Finanzdienst-
leistungen | Telekommunikation/IT des
ver.di Landesbezirkes Berlin-Brandenburg
- bis 5. Mai 2022 -

Steffen Felsner

Vorsitzender des gemeinsamen Betriebsrates
Brandenburg der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS
- seit 5. Mai 2022 -

Dr. Sebastian Haubold

Leiter Kaufmännische Funktionen der
MITNETZ STROM
- seit 1. Januar 2023 -

Heiko Heinze

Vorsitzender des Betriebsrates der
envia SERVICE GmbH

Detlef Hillebrand

Geschäftsführer der Kommunale
Beteiligungsgesellschaft mbH an der
envia Mitteldeutsche Energie AG

Nadia Jakobi

Senior Vice President Business Controlling &
Customer Solutions der E.ON SE

Thomas Kröber

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der
envia TEL GmbH
- bis 5. Mai 2022 -

Dr. Thomas König

Mitglied des Vorstandes der E.ON SE
Chief Operating Officer Networks

Bernward Küper

Geschäftsführer des Städte- und
Gemeindebundes Sachsen-Anhalt

Ute Liebsch

Bezirksleiterin des Bezirkes Cottbus der
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,
Energie

Astrid Münster

Bürgermeisterin der Stadt Bad Dübren

Stefan Najda

Bundestarifsekretär in der
ver.di-Bundesverwaltung für die
private Energie- und Abfallwirtschaft
- seit 5. Mai 2022 -

Nadine Pfordte

Referentin Prozess-/Systemmanagement der
MITNETZ STROM
- seit 5. Mai 2022 -

Mike Ruckh

Geschäftsführer der KBE Kommunale
Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia

Dr. Joachim Schneider

ehemals Senior Vice President
Energy Networks Technology der E.ON SE

Karsten Schütze

Oberbürgermeister der Stadt Markkleeberg

Gerald Voigt

Bezirksleiter Dresden-Chemnitz der
Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,
Energie

Dominik Wirth

Leiter der Abteilung Recht
Wettbewerbsbereiche der
enviaM
- vom 5. Mai 2022 bis 31. Dezember 2022 -

Birgit Zielke

Stellvertretende Vorsitzende des gemeinsa-
men Betriebsrates Halle/Kabelsketal der
enviaM, MITGAS, MITNETZ STROM und
MITNETZ GAS

Hanns-Christoph Zippel

Vorsitzender des gemeinsamen Betriebsrates
Sachsen-Anhalt der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS
- bis 5. Mai 2022 –

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand legt dem Aufsichtsrat folgenden Vorschlag vor, den er der Hauptversammlung für die
Verwendung des Bilanzgewinns in Höhe von 161.715.807,49 € unterbreiten will:

- | | |
|--|------------------|
| 1. Ausschüttung einer Bardividende von 0,65 € je Stückaktie
auf das Grundkapital von 635.187.200,00 € | 161.278.000,00 € |
| 2. Gewinnvortrag | 437.807,49 € |

Chemnitz, 28. Februar 2023

Der Vorstand

Dr. Stephan Louis

Patrick Kather

Sigrid Barbara Nagl

Bestätigungsvermerk des unabhängigen
Abschlussprüfers
zum 31. Dezember 2022

envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz

Der folgende in Übereinstimmung mit § 322 HGB erteilte Bestätigungsvermerk bezieht sich auf den vollständigen Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang, sowie den Lagebericht und die Tätigkeitsabschlüsse „Elektrizitätsverteilung“ und „Gasverteilung“ der envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022. Die Tätigkeitsabschlüsse sind nicht im Geschäftsbericht abgedruckt. Sie werden zusammen mit dem Jahresabschluss und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der envia Mitteldeutsche Energie AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt „Erklärung zur Unternehmensführung“ des Lageberichts enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), die in Abschnitt „Erklärung zur Unternehmensführung“ des Lageberichts enthalten ist.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten zu dem Schluss gelangen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund

von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“ und „Gasverteilung“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie den als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und

den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG und § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sowie nach § 3 Abs. 4 Satz 2 MsbG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Leipzig, den 28. Februar 2023

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Strom

Wirtschaftsprüfer

gez. Lorenz

Wirtschaftsprüfer

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
ARegV	Anreizregulierungsverordnung
Art.	Artikel
AVEU	Arbeitgeberverband energie- und versorgungswirtschaftlicher Unternehmen e.V.
BCM	Business Continuity Management
BDEW	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
BEHG	Brennstoffemissionshandelsgesetz
BilMoG	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz- BilMoG)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BNetzA	Bundesnetzagentur
bzw.	beziehungsweise
B2B	Business to Business
B2C	Business to Consumer
DIN	Deutsches Institut für Normung
CO2	Kohlenstoffdioxid
DMBilG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz)
DRS	Deutscher Rechnungslegungs Standard
EBIT	earnings before interest, taxes
EED	Energie-Effizienz-Richtlinie
EEG	Gesetz für den Ausbau Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz)
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EnSiG	Energiesicherungsgesetz
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz)
ErgnS	Ergebnis nach Steuern
ERP	Enterprise Resource Planning
ETS	Emissions Trading System
EstG	Einkommensteuergesetz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EWPBG	Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz
EWsG	Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz
FördergebietsG	Fördergebietsgesetz
GEG	Gebäudeenergiegesetzes

ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GW	Gigawatt
GWA	Gatewayadministration
GWh	Gigawattstunde
HGB	Handelsgesetzbuch
HRB	Handelsregister Abteilung B
IFRS	International Financial Reporting Standard
IoT	Internet of Things
ISMS	Informationssicherheitsmanagementsystem
ISO	International Organization for Standardization
IT	Informationstechnik
i.V.m.	in Verbindung mit
kV	Kilovolt
kWh	Kilowattstunde
KZI	Kundenzufriedenheitsindex
MÄ	Mitarbeiteräquivalente
Mio.	Millionen
Mio.€	Millionen Euro
MWh	Megawattstunde
Nr.	Nummer
RED	Erneuerbare-Energien-Richtlinie
SE	Societas Europaea
StromNEV	Stromnetzentgeltverordnung
StromNZV	Stromnetzzugangsverordnung
StromPBG	Strompreisbremsegesetz
T€	Tausend Euro
TWh	Terrawattstunden
u.a.	unter anderem
z. B.	zum Beispiel

Beteiligungsbericht 2023

gemäß § 75 a ThürKO

**über die unmittelbare Beteiligung an der
KEBT Kommunale Energie
Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, Erfurt
(KEBT AG)**

bzw.

**über die unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern,
der die mittelbare Beteiligung an der
TEAG Thüringer Energie AG enthält,
sowie**

**die mittelbare Beteiligung an der
Thüringer Glasfasergesellschaft mbH (TGG)**

im Jahr 2022

Inhaltsübersicht:

Vorwort	3
Unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG	
Gegenstand des Unternehmens KEBT AG, Gründungsdatum, aktuelle Satzung und Stammkapital.....	4
Aktionäre der KEBT AG, Beteiligungsanteil, Abschlussprüfer, Organe der Gesellschaft	5
Vergütung der Organe, Gewinnverwendung, Anzahl der Arbeitnehmer, Grundzüge des Geschäftsverlaufes	6
Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Beteiligungen der KEBT AG	12
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KEBT AG	17
Unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern	
Gegenstand des Unternehmens, Warum KEBT-Konzern, Konsolidierungskreis	18
Aktionärsstruktur des Konzerns, Stammkapital, Beteiligungsanteil, Abschlussprüfer, Organe des KEBT-Konzerns	19
Vergütung der Organe, Anzahl der Arbeitnehmer, Grundzüge des Geschäftsverlaufes	20
Erfüllung des öffentlichen Zwecks	44
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns	45
Beteiligungen des Konzerns	46
Mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG	
Gegenstand des Unternehmens, Aktionäre, Abschlussprüfer, Organe der TEAG	48
Gewinnverwendung, Anzahl der Arbeitnehmer, Grundzüge des Geschäftsverlaufs	50
Erfüllung des öffentlichen Zwecks	52
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TEAG	53
Mittelbare Beteiligung an der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH (TGG)	
Gegenstand des Unternehmens, Kapitalverhältnis, Abschlussprüfer, Organe der TGG	54
Gewinnverwendung, Anzahl der Arbeitnehmer, Grundzüge des Geschäftsverlaufes	55
Erfüllung des öffentlichen Zwecks	60
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TGG	61

Vorwort:

Nach der Wiedervereinigung standen den Gemeinden und Städten in den jungen Bundesländern im Grundsatz 49 % der damals vorhandenen Betriebe und Einrichtungen für die Strom- und Gasversorgung zu. Dieser Anspruch wurde in der Folge gemindert durch die Ausgliederung von neu gegründeten Stadtwerken sowie durch Kapitalerhöhungen. Im Freistaat Thüringen sank damit der Anteil der Gemeinden und Städte an dem damaligen regionalen Stromversorger, TEAG Thüringer Energie AG, auf rd. 27 % und an dem damaligen regionalen Gasversorger, Gasversorgung Thüringen GmbH (GVT), auf rd. 10 %.

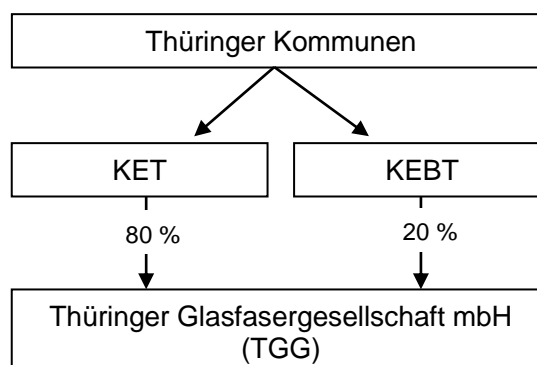
Im Jahr 1999 gelang es der kommunalen Seite, ihre Beteiligungsquote am regionalen Gasversorger GVT auf 49 % anzuheben. Im Jahr 2005 erfolgte die Fusion der TEAG und der GVT zur E.ON Thüringer Energie AG (ETE). Im Zuge dieser Fusion gelang es der kommunalen Seite, ihre Beteiligung am neu geschaffenen regionalen Energieversorgungsunternehmen auf 47 % zu erhöhen. Im kommunalen Energie-Pool, der KEBT Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT AG), haben damals rd. 800 Gemeinden und Städte ihre Beteiligung an der E.ON Thüringer Energie AG gebündelt.

Am 20. November 2012 wurde der Kommunale Energiezweckverband Thüringen (KET) durch die Veröffentlichung der Satzung im Thüringer Staatsanzeiger gegründet. Die grundlegende Aufgabe und somit Gründungszweck des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET) ist der Erwerb von Anteilen an der TEAG Thüringer Energie AG. Durch diesen Schritt konnte der Anteil der Thüringer Gemeinden und Städte an ihrem Energieversorger auf rund 85 % erhöht werden. Zum Stand 31. Dezember 2022 sind 351 stimmberechtigte Mitglieder im KET vertreten.

Mit dem Beitritt zum KET haben die Kommunen ihre Aktien an der KEBT AG auf den KET übertragen. Der KET vertritt demnach rd. 75 % des Grundkapitals der Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT AG).

Gemäß § 75 a der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) hat jede Kommune jährlich zum 30. September einen Beteiligungsbericht über jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie unmittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Aus dieser Vorschrift folgt, dass für die unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG ein entsprechender Beteiligungsbericht zu erstellen ist.

Die KEBT AG hat im Jahr 2017 alle vom KET an der TEAG gehaltenen Aktien erworben und hält im Ergebnis nunmehr 82,15 % der Stimmrechte aus Aktien an der TEAG. Damit ist die KEBT AG verpflichtet, nach § 290 HGB einen Konzernabschluss aufzustellen. Weiterhin hat die KEBT AG im Jahr 2022 eine 20%ige Beteiligung an der Thüringer Glasfaser-gesellschaft Thüringen mbH (TGG) erworben.



Die Gemeinde/Stadt hat nunmehr für die Beteiligung an der KEBT AG bzw. am KEBT-Konzern sowie für die mittelbaren Beteiligungen an der TEAG Thüringer Energie AG und der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH einen entsprechenden Beteiligungsbericht zu erstellen. Die mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG ist u. a. in den Zahlen des KEBT-Konzerns enthalten. Die TEAG Thüringer Energie AG ist im KEBT-Konzernabschluss voll konsolidiert, wird aber in diesem Beteiligungsbericht auch gesondert dargestellt.

Die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT) hat es im Auftrag der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT AG) für das Jahr 2022 übernommen, für die Kommunen mit Aktien an der KEBT AG einen Beteiligungsbericht für die Beteiligung an der KEBT AG zu erstellen. Die im Beteiligungsbericht über die Beteiligung an der KEBT AG aufgeführten Daten sind dem Jahresabschluss der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2022 bzw. dem Konzernabschluss der KEBT für das Geschäftsjahr 2022 entnommen. Die Daten über die mittelbaren Beteiligungen an der TEAG Thüringer Energie AG und der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH sind den jeweiligen Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2022 entnommen.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch Gemeinde/Stadt

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung der KEBT AG vom 14. Juli 2022 wurde im Geschäftsjahr 2022 an die Aktionäre eine Dividende in Höhe von 5,05 Euro (brutto) pro dividendenberechtigte Stückaktie der Aktiengattung A ausgezahlt. Dies entspricht für die Gemeinde/Stadt einer Zahlung in Höhe von [5,05 € x Anzahl der KEBT-Aktien der Gemeinde/Stadt] (brutto).

Unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG

Gegenstand des Unternehmens KEBT AG:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an den Gesellschaften TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) und Thüringer Glasfasergesellschaft mbH (TGG) und ggf. ihren jeweiligen Rechtsnachfolgern („Beteiligungsgesellschaften“) und die Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus diesen Beteiligungen ergeben sowie alle unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Aktionäre bei den Beteiligungsgesellschaften. Die Gesellschaft unterstützt ihre Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Strom-, Gas- und Breitbandversorgung.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich sind. Sie kann Beteiligungen an anderen Unternehmen erwerben, andere Unternehmen übernehmen und/oder errichten.

Gründungsdatum der Gesellschaft

14. Juli 2005 (durch Umwandlung der KGVT Kommunale Gasversorgungsbeteiligungsgesellschaft Thüringen mbH und Umfirmierung der KGVT Gasversorgungsbeteiligungsgesellschaft Thüringen AG entstanden)

Aktuelle Satzung zum 31. Dezember 2022

In der Fassung vom 14. Juli 2022; eingetragen am 08. August 2022 beim Handelsregister des Amtsgerichts Jena unter der Nummer HR B 113190

Stammkapital

2.670.729,64 Euro, eingeteilt in 2.533.891 Stückaktien (2.022.448 Stückaktien der Aktiengattung A und 511.443 Stückaktien der Aktiengattung B)

**Aktionäre der
KEBT AG zum
31. Dezember 2022**

Aktionäre	Stück	%
Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET) A-Aktien	1.389.563	54,84
Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET) B-Aktien	511.443	20,19
Kommunen (Anzahl 249)	361.690	14,27
Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH	143.733	5,67
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V.	429	0,02
Eigene Anteile der KEBT AG	127.033	5,01
Gesamt	2.533.891	100,00

Beteiligungsanteil

Die Gemeinde/Stadt hat im Jahr 2022 unmittelbar einen Anteil von% (..... KEBT-Aktien) an der KEBT AG gehalten. Die KEBT-Aktien haben zum 31. Dezember 2022 einen Anteil am Grundkapital von 1,05 Euro je Aktie. (siehe Datenblatt)

Abschlussprüfer

Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüferin den Jahresabschluss und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2022 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses hat sich dabei auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz erstreckt.

**Organe der
Gesellschaft im
Geschäftsjahr 2022**

Der Aufsichtsrat der KEBT AG, der aus sieben Mitgliedern besteht, setzte sich im Geschäftsjahr 2022 wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Herr Sven Gregor, Bürgermeister Eisfeld

Stellvertretender Vorsitzender:

Herr Thomas Weigelt, Bürgermeister Bad Lobenstein

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Olaf Czernomoriez, Start-up Gründungsberater

Frau Franka Hitzing, 1. Beigeordnete Bleicherode

Herr Ralf Rusch, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen e. V.

Herr Frank Schmidt, Verbandsvorsitzender des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen, Bürgermeister Auma-Weidatal

Herr Marco Seidel, Bürgermeister Tanna

Dem Vorstand der KEBT AG gehörte im Geschäftsjahr 2022 Herr Stefan Reindl an.

Vergütung der Organe	<p>Die Gesamtvergütung aller Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2022 betrug 5.214,00 € (im Vorjahr: 5.214,00 €).</p> <p>Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.</p>
Gewinnverwendung	<p>Die Hauptversammlung der KEBT AG hat am 14. Juli 2022 beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 69.320.768,78 Euro eine Bruttodividende in Höhe von 5,05 Euro pro Stückaktie (netto 4,25 Euro), das sind insgesamt 9.571.845,75 Euro (1.895.415 Stückaktien), an die Aktionäre auszuschütten, 30.000.000,00 Euro in andere Gewinnrücklagen einzustellen und den Restbetrag in Höhe von 29.748.923,03 Euro auf neue Rechnung vorzutragen. Die Ausschüttung der Dividende an die Aktionäre ist am 21. Juli 2022 erfolgt.</p>
Anzahl der Arbeitnehmer	<p>Die KEBT AG beschäftigte im Geschäftsjahr 2022 außer einem Vorstandsmitglied keine Arbeitnehmer. Die Aufgabenerfüllung wurde aufgrund eines Dienstleistungsvertrages durch die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT) übernommen. Die KDGT ist eine 100%ige Tochtergesellschaft des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen e. V.</p>
Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2022)	<p>„...Die KEBT AG ist zum Bilanzstichtag unverändert mit 82,15 % an der TEAG sowie mit 20 % an der TGG beteiligt.</p> <p>An der KEBT AG selber sind zum Bilanzstichtag 252 kommunale Aktionäre beteiligt. Der größte Anteilseigner ist hierbei mit rd. 79 % der Stimmrechtsanteile der Kommunale Energiezweckverband Thüringen - KET -, ein Zusammenschluss von wiederum 351 Gemeinden und Städten.</p> <p>Die TEAG ist ein großer Energieversorger in Thüringen und für die zuverlässige und sichere Versorgung von Privat-, Gewerbe-, Industriekunden sowie von öffentlichen Einrichtungen mit Strom, Erdgas, Wärme und weiteren Dienstleistungen verantwortlich. ...</p> <p>Die KEBT AG bündelt weiterhin die Aktienmehrheit ihrer kommunalen Aktionäre an der TEAG und unterstützt sie bei der Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlichen Interessenvertretung. Weiterhin unterstützt die KEBT AG ihre kommunalen Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und der Darbietung einer sicheren Energie- und Breitbandversorgung. Hierzu hat sich die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 auch an der Thüringer Glasfasergesellschaft beteiligt.</p> <p>Die Gesellschaft ist weiterhin bestrebt, ihre Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG zu halten und durch die Erzielung von Beteiligungserträgen den Kaufpreis schnellstmöglich zurück zu zahlen.</p> <p>Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen haben nur mittelbar über die Beteiligungsgesellschaft TEAG Einfluss auf die Entwicklung der KEBT AG. Die TEAG-Unternehmensgruppe ist ein Energie-Dienstleistungsunternehmen mit Systemverantwortung in Thüringen und zählt mit über 500.000 Kunden bundesweit zu den größten kommunalen Energieversorgern und Infrastrukturdienstleistern. Neben den klassischen Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Netze und Vertrieb umfasst das Geschäftsmodell der TEAG weitere Tätigkeiten wie Telekommunikations-, Mobilitäts-, Mess- und Servicedienstleistungen. Dabei erbringt die TEAG-Unternehmensgruppe ihre Leistungen sowohl auf regulierten als auch auf wettbewerblichen Märkten.</p> <p>Mit rd. 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, verteilt auf 24 Standorte, ist der TEAG-Konzern flächendeckend in Thüringen vertreten. Die regio-</p>

nale Verbundenheit zeigt sich durch die dezentrale Struktur und der damit einhergehenden Kundennähe sowie der kommunalen Eigentümerstruktur. Aktuell sind ca. 620 Thüringer Kommunen mit insgesamt 84,8 Prozent an der TEAG beteiligt.

Der TEAG-Konzern umfasst neben der TEAG als Mutterunternehmen, insgesamt 60 Beteiligungen an Stadtwerken, Energie- und Dienstleistungsunternehmen. Die Geschäftsgrundlage des TEAG-Konzerns bilden die „7 Netze“. Dieser integrierte Ansatz umfasst den Ausbau und Betrieb der Netze für Strom, Erdgas, Glasfaser, 450 MHz-Funknetz, Wärme, Straßenbeleuchtung, Elektromobilität und Wasser (inkl. Dienstleistungen im Rahmen von Betriebsführungen). Der Betrieb der Netze erfolgt durch die TEAG-Tochtergesellschaften TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Thüringer Netkom GmbH und TWS Thüringer Wärme Service GmbH. Aktuell stehen ein rund 40.000 Kilometer (km) langes Strom- und Erdgasnetz sowie ein rund 6.600 km langes und eigenes bzw. angemietetes Glasfasernetz zur Verfügung. Die Länge des Wärmenetzes beträgt 69 km. Die Netze für Straßenbeleuchtung umfassen knapp 9.800 Lichtpunkte in langfristiger Betriebsführung. Im Bereich Elektromobilität ist die TEAG für den Betrieb von mehr als 100 Schnell- sowie 220 Normal-ladepunkte verantwortlich.

Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft wurde insbesondere durch die Auswirkungen der Ukraine- und Energiemarktkrise geprägt. Die anhaltende Corona-Pandemie führte weiterhin zu Verzögerungen in den globalen Lieferketten. Mit den herausfordernden geopolitischen Rahmenbedingungen verkomplizierte sich branchenübergreifend die Situation der - von ihren Außenhandelsbeziehungen stark abhängigen - deutschen Volkswirtschaft. Die hohen Inflationsraten, in Verbindung mit dem extremen Anstieg beim Bezug von Raum- und Prozesswärme sowie der Verknappung energieintensiver Rohstoffe und Vorprodukte, stellten viele Unternehmen vor große Herausforderungen.

Im letzten Quartal des Jahres lag die durchschnittliche Inflationsrate nach Verbraucherpreisindex bei rund 10 Prozent. Mit der Intention, das Inflationswachstum zu stoppen, hob die Europäische Zentralbank ihren Leitzins nach Jahren der Niedrigzinspolitik mehrfach an. Infolge der Zinserhöhungen waren und werden viele Unternehmen von entsprechenden Zinsänderungsrisiken betroffen sein, die Kosten für Unternehmenskredite steigen. Mit dem Ziel, die wirtschaftlichen und sozialen Folgewirkungen der Energiemarktkrise und der hohen Inflation zu begrenzen, beschloss die Politik verschiedene Hilfs- und Entlastungsmaßnahmen für Wirtschaft und Gesellschaft. Für das Geschäftsjahr 2022 geht das ifo-Institut unter Einbeziehung der politischen Konjunkturmaßnahmen, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, von einem Wachstum des deutschen Bruttoinlandsproduktes von +1,8 Prozent aus (Vorjahr: +2,7 Prozent). Die Thüringer Wirtschaft wuchs im Berichtszeitraum um +1,9 Prozent. Die Arbeitslosenquote im Freistaat lag bei 5,3 Prozent (Vorjahr: 5,6 Prozent).

Russland galt lange Zeit als einer der wichtigsten Versorger der EU-Staaten mit fossilen Energieträgern wie Öl, Kohle und Gas. Noch bis vor Kurzem importierte die Bundesrepublik Deutschland einen Großteil ihres jährlichen Primärenergieverbrauches aus Russland. Die Abhängigkeit beim Gas lag dabei ungleich höher als bei Öl oder Kohle; hier beliefen sich die Importmengen auf rund 55 Prozent des Gesamtbedarfs (gegenüber 34 Prozent Öl, 26 Prozent Kohle). Nach Ausbruch des Ukraine-Krieges und Inkrafttreten der Wirtschaftssanktionen gegen Russland, kam es im Jahresverlauf zu einer drastischen Reduktion der Importmengen, insbesondere im Gasbereich. Dies führte, begleitet von weiteren, krisenverschärfenden Effekten (wie etwa einem bereits zum Ende des Vorjahres gehobenen Energiepreisniveau sowie geringeren Einspeisemengen aus norwegischen Wasserkraft- und französischen Atomkraftwerken in den europäischen Binnenmarkt) zu einer in ihrer Dimension historisch

einmaligen und weitreichenden Energiemarktkrise in Deutschland und Europa. Binnen kürzester Zeit vervielfachten sich die Einkaufspreise für Primärenergie und gipfelten, insbesondere im dritten Quartal des Geschäftsjahres, in immer neuen Preisextremen.

Im Geschäftsjahr 2022 haben sich die wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftszweiges deutlich gewandelt, wobei insbesondere die rechtlichen Grundlagen der Energiewirtschaft einer hohen Veränderungsdynamik unterlagen. Die deutschland- und europaweiten Energiemärkte waren starken Volatilitäten und, als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine, auch grundlegenden Veränderungen unterworfen. Zunehmend rückte dabei die Frage nach einer energiepolitischen Unabhängigkeit von Russland in das Zentrum der medialen und politischen Aufmerksamkeit. Zahlreiche energiepolitische Entscheidungen waren außen- und sicherheitspolitisch motiviert. Dort, wo bereits die pandemiebedingten Voraussetzungen des neuen Geschäftsjahres große planerische Hürden und Unwägbarkeiten mit sich geführt hatten, multiplizierten sich die Unsicherheiten mit Ausbruch der Energiemarktkrise um ein Vielfaches.

Neben den direkten Marktveränderungen wurde das Geschäftsjahr v. a. auch durch eine Vielzahl neuer Gesetzesinitiativen und -pakete geprägt. Entlang der gesamten Wertschöpfungskette der TEAG-Unternehmensgruppe nahm die Zahl neuer gesetzlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen erheblich zu; was mitunter detail- und aufwendungsreiche Anpassungsmaßnahmen in allen Geschäftsbereichen erforderte. Besondere Herausforderungen ergaben sich zuweilen aus den teils sehr engen politischen Regelungsintervallen.

Im Verlauf des Geschäftsjahres kam es zu einem eingehenden Wandel zahlreicher wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft in Deutschland und Europa. Zahlreiche Planungsprämissen standen, teils auch unvermittelt, zur Disposition. Die Grundlagen einer erfolgreichen Geschäftsentwicklung der TEAG-Unternehmensgruppe, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Marktumbrüche, liegen dabei auch in der Schaffung eines stabilen und kohärenten ordnungspolitischen Handlungsrahmens.

Der prognostizierte, planmäßige Geschäftsverlauf wurde eingehalten. Für die an der TEAG gehaltene Beteiligung hat die Gesellschaft auch im Berichtszeitraum wieder eine Gewinnausschüttung erhalten.

Die Anzahl der kommunalen Anteilseigner betrug zum Bilanzstichtag unverändert 252 Aktionäre.

An die kommunalen Aktionäre wurde wie schon in den Vorjahren eine Dividende in Höhe von brutto 5,05 € / KEBT-Aktie (in Summe € 9.571.845,75) ausgezahlt.

Die unverändert positive Ertragslage führte im Geschäftsjahr 2022 zu einem erneut leicht gestiegenem Jahresüberschuss von T€ 41.787 (Vorjahr: T€ 41.035). Bedingt durch den Unternehmenszweck ist der Jahresüberschuss wieder im Wesentlichen durch die erfolgte Dividendenausschüttung für 82,15 % der Anteile am Grundkapital der TEAG (T€ 48.615, Vorjahr T€ 48.615) entstanden. Haupteinflussfaktor auf die Ertragslage waren erneut die insbesondere im Rahmen des Gesellschafterdarlehens zu zahlenden Zinsen (T€ 5.975, Vorjahr T€ 6.697). Die Ertragslage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu beurteilen.

Vermögensstruktur	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung
	in T€	in T€	in T€
Langfristige Investitionen	576.111	579.109	-2.998
Kurzfristiges Vermögen	2.832	2.921	-89
Gesamtvermögen	578.943	582.030	-3.087

Kapitalstruktur	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung
Eigenkapital	323.824	291.609	32.215
Langfristiges Fremdkapital	222.742	254.263	-31.521
Kurzfristige Fremdkapital	32.377	36.158	-3.781
Gesamtkapital	578.943	582.030	-3.087

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 3.087 auf T€ 578.943 (Vorjahr: T€ 582.030) verringert.

Die langfristigen Investitionen haben sich im Berichtszeitraum bedingt durch die Beteiligung in Höhe von 20 % an der Thüringer Glasfasergesellschaft (T€ 1.000) und durch die Tilgung des an die TEAG ausgereichten Gesellschafterdarlehens in Höhe von T€ 4.000 in Summe auf T€ 576.111 reduziert. Dieses Gesellschafterdarlehen hat eine Gesamtlaufzeit bis zum Jahr 2029 und zum Bilanzstichtag noch eine Verbindlichkeit in Höhe von T€ 10.000. Die Vergabe dieses Darlehens erfolgt im Jahr 2021 insbesondere vor dem Hintergrund der Vermeidung von Verwarentgelt.

Das kurzfristige Vermögen verringerte sich leicht um T€ 89 im Bereich der flüssigen Mittel auf T€ 2.827 (Vorjahr: T€ 2.916). Dies war bedingt durch eine weitere Sondertilgung des gestundeten Kaufpreises gegenüber des KET in Höhe von T€ 5.000; gegenläufig hat sich die Tilgung in Summe von T€ 4.000 des an die TEAG ausgereichten Gesellschafterdarlehens ausgewirkt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich im Berichtszeitraum durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres (T€ 41.787) auf T€ 323.824. Die Ausschüttung an die kommunalen Aktionäre (T€ 9.572) ist darin enthalten.

Das langfristige Fremdkapital verringerte sich durch die planmäßige Tilgung (T€ 30.784) und die Sondertilgung (T€ 5.000) des durch den Gesellschafter KET gestundeten Kaufpreises für die TEAG-Aktien auf T€ 222.742. Das kurzfristige Fremdkapital reduzierte sich um T€ 3.982. Ursächlich hierfür ist insbesondere, dass für das kommende Geschäftsjahr keine Sondertilgung in Höhe von T€ 5.000 vorgesehen ist.

Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2022 beträgt 56,0 % (Vorjahr 50,1 %).

Zum Bilanzstichtag sind die langfristigen Investitionen (T€ 576.111) mit Eigenkapital (T€ 323.824) sowie lang- und kurzfristigem Fremdkapital (T€ 255.118) finanziert. Darüber hinaus verbleibt eine Kapitalreserve von T€ 2.832.

Die Vermögenslage der KEBT AG ist ebenfalls als gut zu beurteilen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist wie schon im Vorjahr im Wesentlichen gekennzeichnet durch die Einzahlungen der Beteiligungserträge in Höhe von T€ 48.615 sowie Auszahlungen in Höhe von T€ 41.759 im Rahmen der Zins- und Tilgungsleistungen des Gesellschafterdarlehens, das sich wie folgt entwickelt hat:

Darlehenssumme				Restbetrag zum
31.12.2021	Tilgung	Zins	Kapitaldienst	31.12.2022
€	€	€	€	€
290.046.461,53	35.783.849,67	5.974.957,11	41.758.806,78	254.262.611,86

Weiterhin erfolgten im Geschäftsjahr Auszahlungen für Dividenden an die kommunalen Anteilseigner in Höhe von T€ 9.572 und Steuerverpflichtungen in Höhe von T€ 475. Der Finanzmittelfonds (flüssige Mittel) umfasste zum 31. Dezember 2022 T€ 2.827 (Vorjahr T€ 2.916). Die Reduzierung der flüssigen Mittel ist zum einen bedingt durch eine erneute Sondertilgung des Gesellschafterdarlehens in Höhe von T€ 5.000. Gegenläufig hat sich die Tilgung des an die TEAG ausgereichten Gesellschafterdarlehens in Höhe von T€ 4.000 ausgewirkt. Dieses ausgereichte Gesellschafterdarlehn wurde bedingt durch seine Laufzeit bis zum Jahr 2029 den Finanzanlagen (Ausleihungen an verbundene Unternehmen) zugeordnet.

Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und ist ebenfalls zum Prüfungszeitpunkt gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet.

Die KEBT AG verfügt über eine geordnete Finanzlage.

Wichtigster Leistungsindikator der Gesellschaft ist weiterhin das Jahresergebnis, das aufgrund des Tätigkeitsbereichs der Gesellschaft im Wesentlichen von den Beteiligungserträgen geprägt ist. Die im Geschäftsjahr erhaltenen Beteiligungserträge sowie gestiegene Zinserträge und Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens (Gesellschafterdarlehen) haben zu einem verbesserten Finanzergebnis im Vergleich zum Geschäftsjahr 2021 geführt (T€ 42.674, Vorjahr T€ 41.907). Im Berichtszeitraum konnte im Vergleich zum Vorjahr erneut ein leicht verbessertes Jahresergebnis (T€ 41.787, Vorjahr T€ 41.035) erzielt werden.

Das Ergebnis der Gesellschaft hängt weiterhin nahezu ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG ab. Für das laufende Geschäftsjahr geht der Vorstand trotz der anhaltenden Energiemarktkrise wieder von einer Dividende in Höhe von 20 € / TEAG Aktie aus. Dieser Betrag wird der Gesellschaft voraussichtlich im Juni 2023 ausgezahlt. Der wirtschaftliche Erfolg der TEAG ist der Garant für die Einnahmen aus Dividenden. Trotz eines äußerst herausfordernden Geschäftsjahres 2022 hat die TEAG ihr gesetztes Ergebnisziel erreichen können.

Die Geschäftsaktivitäten der TEAG-Gruppe werden zunehmend durch umfassende Marktveränderungen geprägt. Die Folgen einseitiger Abhängigkeiten im Energie- und Technologiebereich haben sich im zurückliegenden Berichtszeitraum insbesondere in der Energiewirtschaft deutlich gezeigt. Das neue Bewusstsein muss zu einem noch engeren Zusammenrücken der Europäer und einem grundlegenden Umbau der europäischen Energiemärkte und auch der deutschen Energieversorgung führen. Die TEAG-Unternehmensgruppe hat sich auf diesen Strukturwandel und die anstehenden, gewaltigen Zukunftsaufgaben durch die konsequente Erweiterung und Diversifizierung ihrer Geschäftsbereiche eingestellt. Das Geschäftsjahr 2023 wird, wie auch die kommenden Jahre, geprägt sein vom Umbau der Energieversorgungsstrukturen. Umfangreiche Projekte in den Bereichen Erzeugung, Netze, Erneuerbare,

Elektromobilität und Glasfaser werden zu realisieren sein. Viele der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen bedingen sich dabei wechselseitig, was sich auch in den einzelnen Geschäftsbereichen der TEAG-Unternehmensgruppe widerspiegelt. So werden Energiewende und Versorgungssicherheit nur durch einen umfassenden Zu-, Um- und Ausbau von Erzeugungsanlagen zu bewältigen sein, welcher einher gehen muss mit einer deutlichen Erweiterung und Sicherung unserer Energieverteilungsstrukturen. Ein geregelter Betrieb bzw. eine planmäßige Steuerung der Netze wiederum kann nur durch eine erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung gelingen. Die Hauptzielpfade der Energiewende, d. h. Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung, wird die TEAG - auch als Antwort auf die Energiemarktkrise - in den kommenden Geschäftsjahren noch zielstrebig beschreiten. Zu diesem Zweck wurde ein Investitionsvolumen auf Rekordniveau beschlossen. Mit diesen Investitionen wird die TEAG-Unternehmensgruppe die notwendigen Weichen stellen für eine nachhaltige Ausrichtung der Energieerzeugungs- und -verteilungsstrukturen. Konkrete Projekte werden geprägt sein u. a. vom zu erwartenden Lastzuwachs im Netz (infolge des Anstieges der Einspeisung aus erneuerbaren Energien), dem Thema IT-Sicherheit und Infrastruktur, dem Rollout der intelligenten Messsysteme und dem Aufbau von leistungsfähigen Ladekapazitäten im Bereich Elektromobilität.

Für das Geschäftsjahr 2023 rechnet die TEAG-Unternehmensgruppe mit einem EBITDA i. H. v. 200 bis 225 Mio. € und einem EBT i. H. v. 90 bis 100 Mio. €. Der Konzernjahresüberschuss wird im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich einen Wert zwischen 60 und 70 Mio. € erreichen. Für das Jahr 2023 sind in der TEAG-Unternehmensgruppe Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt rund 300 Mio. € vorgesehen; dieser Wert wird in den Folgejahren voraussichtlich noch weiter überschritten werden. Der Großteil der Investitionen wird in den Aus- und Umbau der 7 Netze fließen, mit Investitionsschwerpunkten in den Bereichen Strom- und Glasfasernetze, grüne Wärmeversorgung, Elektromobilität und Digitalisierungsprojekte. Wesentlicher Treiber des Investitionsprogrammes sind die energiewendebedingten Netzinvestitionen. Für die anstehenden Umsetzungsaufgaben sind sowohl Eigen- als auch Fremdkapitalfinanzierungen vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2023 erwartet die TEAG ein EBITDA zwischen 180 und 200 Mio. €, ein EBT zwischen 90 und 100 Mio. € sowie einen Jahresüberschuss zwischen 65 und 75 Mio. €. Bei den Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen plant die TEAG mit einem Volumen von rund 160 Mio. €.

In welchem Umfang es zu Abweichungen von der Planung kommen wird, hängt stark vom weiteren Verlauf der Energiemarktkrise und der Entwicklung der globalen Handels- bzw. Lieferketten ab. Planerische Unsicherheiten ergeben sich insbesondere auch durch die anhaltende Preisdynamik an den Beschaffungsmärkten.

Da das Ergebnis der KEBT AG, als reine Beteiligungsgesellschaft, fast ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG abhängig ist, hängen auch hier die möglichen Abweichungen im Vergleich zum Planansatz von den Entwicklungen der weltpolitischen und pandemischen Lage ab. Durch die Prognose beziehungsweise Risikoeinschätzung der TEAG kann auch die KEBT AG im laufenden Geschäftsjahr, wie schon im Berichtsjahr, aus heutiger Sicht einen nahezu konstanten Jahresüberschuss zwischen 38 und 41 Mio. € erwarten. ...“

Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mit berücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Strom, Gas, Wärme und Breitband zu regeln. Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde bzw. Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Zahlreiche Kommunen im Freistaat Thüringen haben sich bei der Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt, entschieden.

Unternehmenszweck der KEBT AG ist unter anderem der Erwerb und die Verwaltung von Aktien an der TEAG Thüringer Energie AG und damit wird der Zweck, die Versorgung der Bevölkerung, der öffentlichen Einrichtungen, von Industrie und Gewerbe mit Strom, Gas, Wärme und Breitband einschließlich der Errichtung und Unterhaltung aller hierzu erforderlichen Versorgungsanlagen erfüllt. Diese mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung.

Weiterhin unterstützt die KEBT AG durch ihre Beteiligung an der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH ihre kommunalen Aktionäre bei der Umsetzung des geförderten Breitbandausbaus und somit beim Auf- und Ausbau eines leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandnetzes.

Beteiligungen der KEBT AG

Anteilsbesitz (Beteiligungsliste)

unmittelbarer Anteilsbesitz

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt	82,15	2022	494.066	70.178
TGG Thüringer Glasfasergesellschaft mbH	20,00	2022	4.769	-206

mittelbarer Anteilsbesitz

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
1. Stadtwerke				
Energieversorgung Apolda GmbH, Apolda	49,00	2021	10.306	0 ¹⁾
Stadtwerke Arnstadt GmbH, Arnstadt	44,00	2021	11.111	0 ¹⁾
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza	40,00	2021	5.780	0 ¹⁾
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB), Eisenach	25,10	2021	13.243	0 ¹⁾
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH, Eisenberg	49,00	2021	385	0 ¹⁾
Netzgesellschaft Eisenberg mbH, Eisenberg	49,00	2021	3.833	0 ¹⁾
SWE Energie GmbH, Erfurt	29,00	2021	47.902	0 ¹⁾
SWE Netz GmbH, Erfurt	29,00	2021	57.545	0 ¹⁾
Stadtwerke Gotha GmbH, Gotha	30,00	2021	17.641	0 ¹⁾
Energieversorgung Greiz GmbH, Greiz	49,00	2021	11.311	1.813
Energieversorgung Inselsberg GmbH, Waltershausen	20,00	2021	10.009	1.876
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis	49,00	2021	3.531	344
Stadtwerke Mühlhausen GmbH, Mühlhausen	23,90	2021	11.644	0 ¹⁾
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH, Neustadt an der Orla	20,00	2021	8.735	831
Energieversorgung Nordhausen GmbH, Nordhausen	40,00	2021	14.568	0 ¹⁾
Energieversorgung Rudolstadt GmbH, Rudolstadt	23,90	2021	10.912	2.101

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts- jahr	Eigenkapit al [in T€]	Ergebnis [in T€]
Stadtwerke Saalfeld GmbH - SWS -, Saalfeld/Saale	16,00	2021	9.206	0 ¹⁾
Stadtwerke Sondershausen GmbH, Sondershausen	23,90	2020/21	15.260	2.479
Stadtwerke Stadtroda GmbH, Stadtroda	24,90	2021	5.448	811
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH, Suhl	44,42	2021	14.191	0 ¹⁾
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH, Weimar	49,00	2021	22.107	0 ¹⁾
Energiewerke Zeulenroda GmbH, Zeulenroda-Triebes	74,00	2021	5.307	756

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts- jahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
2. Sonstige Beteiligungen				
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs- GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00	2021	10	0
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH (EMEG) i.L., Eisenach ²⁾	0,00	2021/22	172	-38
eness GmbH, München	100,00	2021	1.758	784
Innosun GmbH, Sömmerda ³⁾	50,10	2021	1.073	438
Innosun Service GmbH, Sömmerda ⁴⁾	50,00	2021	98	76
KEYWEB AG, Erfurt	25,10	2021	1.111	-57
Neue Energien Bad Salzungen GmbH, Bad Salzungen	40,00	2021	774	53
NGA Netzgesellschaft Altenburger Land mbH, Erfurt	100,00	2021	25	0
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG, Schmalkalden	74,90	2021	4.751	269

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
Solarpark Edersleben GmbH, Nordhausen ⁵⁾	0,00	2021	853	133
Solarpark Wollersleben GmbH & Co.KG, Bleicherode ⁶⁾	0,00	2021	55	0
TEAG Mobil GmbH, Erfurt ⁸⁾	100,00	2021 ⁷⁾	25	0
TEAG Solar GmbH, Erfurt ⁹⁾	100,00	2021	6.113	0
TEAG Solar 1. Projekt GmbH, Erfurt ¹⁰⁾	100,00	2021	25	0
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00	2021	84.663	0 ¹¹⁾
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH, Erfurt	100,00	2021	36	-1
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH, Erfurt	100,00	2021	248	62
TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena	100,00	2021	1.937	188
Thüringer Netkom GmbH, Weimar	100,00	2021	37.651	3.897
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG, Erfurt	30,00	2021	654	-15
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau	74,90	2021	3.624	-280
TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH, Erfurt	50,00	2021	6.097	122
TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt	100,00	2021	10.543	501
TEAG Thüringer Energie Fünfzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2021	25	0
TEAG Thüringer Energie Siebzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2021	25	0
TEAG Thüringer Energie Achtzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt ¹²⁾	100,00	n/a	0	0
TEAG Thüringer Energie Neunzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt ¹³⁾	100,00	n/a	0	0
TEAG Thüringer Energie Zwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt ¹⁴⁾	100,00	n/a	0	0

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
TEAG Thüringer Energie Einundzwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt ¹⁵⁾	100,00	n/a	0	0
Wärmegeellschaft Bad Lobenstein mbH, Erfurt	49,90	2021	91	17
WGS - Wärmegeellschaft mbH Saalfeld, Saalfeld/Saale	24,00	2021	1.420	287
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH, Sollstedt	49,00	2020/21	902	74
Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt	7,14	2021	16.417	1.195
450 MHz Beteiligung GmbH, Erfurt	10,00	2021	17.461	-40

1) Ergebnisabführungsvertrag aufgrund einseitiger Organschaft

2) Liquidation der Gesellschaft zum 31.07.2022 mit Handelsregistereintragung vom 01.12.2022

3) Kauf von Geschäftsanteilen (Kauf- und Abtretungsvertrag vom 16.12.2021) mit Wirkung zum 01.01.2022

4) Kauf von Geschäftsanteilen (Kauf- und Abtretungsvertrag vom 16.12.2021) mit Wirkung zum 01.01.2022

5) Verschmelzung auf TEAG Solar GmbH durch Verschmelzungsvertrag vom 15.07.2022 und Eintragung im Handelsregister vom 02.09.2022

6) Verkauf des Kommanditanteiles (Vertrag über den Verkauf vom 20.12.2022)

7) bei den Angaben für das Geschäftsjahr handelt es sich um vorläufige Werte

8) Umfirmierung der Thüringer Energie Vierzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH mit Handelsregistereintragung am 23.06.2022

9) Umfirmierung der KomSolar Service GmbH mit Handelsregistereintragung am 05.07.2022

10) Umfirmierung der TEAG Thüringer Energie Sechzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH mit Handelsregistereintragung am 22.03.2022

11) Ergebnisabführungsvertrag mit TEAG Thüringer Energie AG

12) Gründung der Gesellschaft mit Handelsregistereintragung am 22.08.2022

13) Gründung der Gesellschaft mit Handelsregistereintragung am 18.08.2022

14) Gründung der Gesellschaft mit Handelsregistereintragung am 18.08.2022

15) Gründung der Gesellschaft mit Handelsregistereintragung am 18.08.2022

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KEBT AG

Auszug aus der **Bilanz** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022:

Angaben in €	31.12.2022	31.12.2021
Aktiva		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	1	1
und ähnliche Rechte		
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	565.109.076	565.109.076
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	10.000.000	14.000.000
Beteiligungen	<u>1.001.392</u>	<u>0</u>
	576.110.468	579.109.076
Umlaufvermögen		
Sonstige Vermögensgegenstände	5.300	4.304
Guthaben bei Kreditinstituten	<u>2.826.641</u>	<u>2.916.409</u>
	2.831.941	2.920.713
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme Aktiva	578.942.409	582.029.789
Passiva		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	2.543.697	2.543.697
Kapitalrücklage	109.744.201	109.744.201
Andere Gewinnrücklagen	140.000.000	110.000.000
Bilanzgewinn/-verlust	<u>71.536.020</u>	<u>69.320.769</u>
	323.823.918	291.608.667
Rückstellungen	53.418	372.082
Verbindlichkeiten	255.065.073	290.049.040
Bilanzsumme Passiva	578.942.409	582.029.789

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss vom 01. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022:

Angaben in €	31.12.2022	31.12.2021
Sonstige betriebliche Erträge	284	98
Personalaufwand	47.402	93.615
Sonstige betriebliche Aufwendungen	364.616	299.525
Erträge aus Beteiligungen	48.615.180	48.615.180
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	14.215	7.136
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22.432	20
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.977.911	6.715.526
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	475.085	478.356
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	41.787.097	41.035.412
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	29.748.923	28.285.357
Bilanzgewinn	71.536.020	69.320.769

Unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern

(im KEBT-Konzern ist die u.a. mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG enthalten)

Gegenstand des Unternehmens KEBT

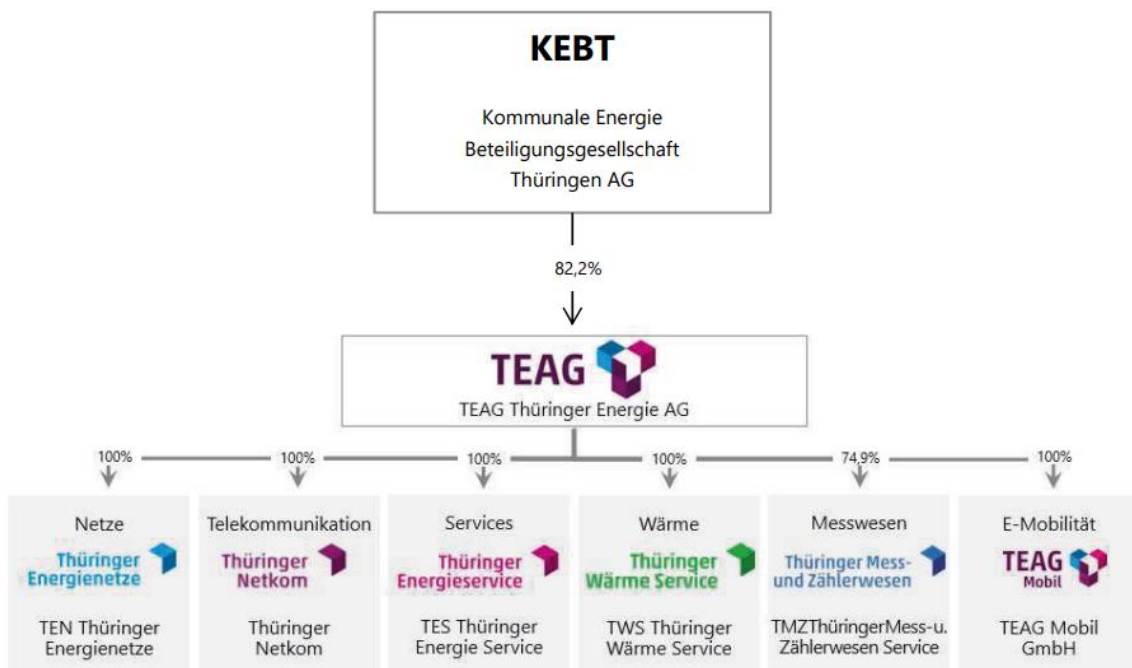
Der Gegenstand der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft, Erfurt (KEBT), ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an den Gesellschaften TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) und Thüringer Glasfasergesellschaft mbH, Erfurt (TGG), incl. der Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus diesen Beteiligungen ergeben. Die KEBT unterstützt ihre Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge sowie der Darbietung einer sicheren und preiswerten Strom-, Gas- und Breitbandversorgung. Hauptaktionär der KEBT ist der Kommunale Energiezweckverband Thüringen, Erfurt (KET), dessen Geschäftszweck der Erwerb, der Besitz und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an der TEAG und der KEBT ist.

Warum KEBT-Konzern

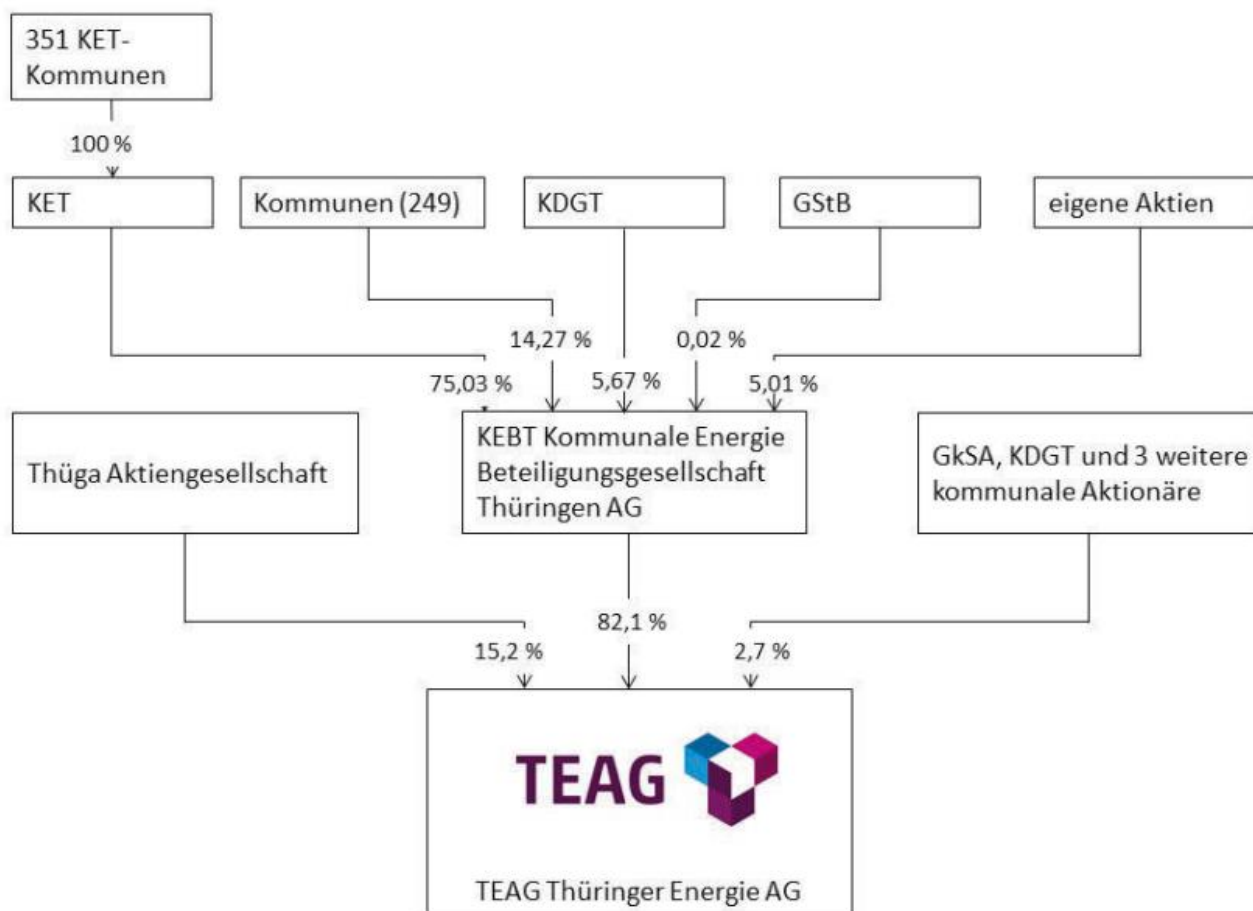
Zum Stichtag 31. Dezember 2022 hält die KEBT AG 82,15 % der Stimmrechte aus Aktien an der TEAG. Damit ist die KEBT AG verpflichtet, nach § 290 HGB einen Konzernabschluss aufzustellen.

Die KEBT AG ist ebenfalls gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises und somit seit dem Rumpfgeschäftsjahr 2017 verpflichtet, einen Konzernabschluss zu erstellen. Gemäß § 299 HGB entspricht das Geschäftsjahr des KEBT-Konzerns dem Geschäftsjahr des Mutterunternehmens.

Konsolidierungskreis des KEBT-Konzerns



**Aktionärsstruktur
des KEBT-Konzerns
zum 31. Dezember 2022**



Stammkapital 2.670.729,64 Euro, eingeteilt in 2.533.891 Stückaktien (2.022.448 Stückaktien der Aktiengattung A und 511.443 Stückaktien der Aktiengattung B)

Beteiligungsanteil Die Gemeinde/Stadt hat zum 31. Dezember 2022 unmittelbar einen Anteil von % (..... KEBT-Aktien) am KEBT-Konzern gehalten. Die KEBT-Aktien haben zum 31. Dezember 2022 einen Anteil am Grundkapital des KEBT-Konzerns von 1,05 Euro je Aktie. (siehe Datenblatt)

Abschlussprüfer Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüferin den Jahresabschluss und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2022 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses hat sich dabei auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz erstreckt.

Organe des KEBT-Konzerns im Geschäftsjahr 2022 Der **Aufsichtsrat** des KEBT-Konzerns, der aus sieben Mitgliedern besteht, setzte sich im Geschäftsjahr 2022 wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Herr Sven Gregor, Bürgermeister Eisfeld

Stellvertretender Vorsitzender:

Herr Thomas Weigelt, Bürgermeister Bad Lobenstein

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Olaf Czernomoriez, Start-up Gründungsberater

Frau Franka Hitzing, 1. Beigeordnete Bleicherode

Herr Ralf Rusch, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen e. V.

Herr Frank Schmidt, Verbandsvorsitzender des KET und Bürgermeister Auma-Weidatal

Herr Marco Seidel, Bürgermeister Tanna

Dem Vorstand der KEBT AG gehörte im Geschäftsjahr 2022 Herr Stefan Reindl an.

Vergütung der Organe

Die Gesamtvergütung aller Mitglieder des KEBT-Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2022 betrug 5.214,00 € (im Vorjahr: 5.214,00 €).

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge der KEBT AG wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Anzahl der Arbeitnehmer

Zum Ende des Geschäftsjahres waren insgesamt 1.906 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb des KEBT-Konzerns beschäftigt, 35 Prozent waren weiblich. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten lag bei rund 45 Jahren. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer im Unternehmen betrug rund 16 Jahre.

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht des Konzernabschlusses der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2022)

„...Die KEBT zählt durch ihre Beteiligung an der TEAG als ein integriertes Energieversorgungs- und Energiedienstleisterunternehmen. Das Angebotspektrum deckt die ganze Bandbreite an energiewirtschaftlichen Leistungen ab: Neben den klassischen Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Netze und Vertrieb, umfasst das Geschäftsmodell weitere Tätigkeiten wie Telekommunikations-, Mobilitäts-, Mess- und Servicedienstleistungen. Die Leistungen werden sowohl auf regulierten als auch auf wettbewerblichen Märkten erbracht.

Insgesamt umfasst der KEBT-Konzern 62 Beteiligungen an Stadtwerken, Energieversorgungs- und Dienstleistungsunternehmen. Der Konsolidierungskreis im Rahmen des Konzernabschlusses umfasst neben der KEBT 7 verbundene, vollkonsolidierte sowie 18 assoziierte, nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen. Auf eine Konsolidierung der übrigen verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen wurde aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns verzichtet.

Zu den verbundenen, vollkonsolidierten Gesellschaften gehören neben der TEAG, die TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt (TEN), die Thüringer Netkom GmbH, Weimar (TNK), die TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena (TES), die TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt (TWS), die TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau (TMZ) sowie die TEAG Mobil GmbH, Erfurt (TMO). ...

Die Geschäftsgrundlage des KEBT-Konzerns bilden die „7 Netze“. Dieser integrierte Ansatz umfasst den Ausbau und Betrieb der Netze für: Strom, Erdgas, Glasfaser/ 450-MHz-Funknetz, Wärme, Straßenbeleuchtung, Elektro-

mobilität sowie Wasser (incl. Dienstleistungen im Rahmen von Betriebsführungen). Die bisherige „5 Netze“-Strategie wird durch den Aufbau eines umfassenden Ladesäulennetzes für E-Fahrzeuge sowie zukünftig auch Betriebsführungsdienstleistungen im Geschäftsfeld Wasser ergänzt.

Der Betrieb der Netze erfolgt durch die TEN, TNK und TWS. Aktuell stehen ein rund 40.000 Kilometer (km) langes Strom- und Erdgasnetz sowie ein rund 6.600 km langes Glasfasernetz zur Verfügung. Die Länge des Wärmenetzes beträgt 69 km. Die Netze für Straßenbeleuchtung umfassen rund 9.800 Lichtpunkte in langfristiger Betriebsführung. Im Bereich Elektromobilität erfolgt der Betrieb von mehr als 100 Schnell- sowie 220 Normalladepunkten.

Die Geschäftstätigkeit als integriertes Energieversorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmen unterteilt sich in die folgenden 8 Bereiche: Energieerzeugung und Wärme, Strom- und Gasnetz, Energievertrieb, Elektromobilität und Ladenetzinfrastruktur, Messwesen, Telekommunikation, Beteiligungen und Sonstiges (Dienstleistungen, incl. Gasspeicher).

Die Nutzung erneuerbarer Energien und effizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) bilden die Grundlage der Geschäftstätigkeit im Bereich Energieerzeugung und Wärme. Im Bereich der konventionellen Energieerzeugung werden moderne, hocheffiziente Erdgaskraftwerke mit KWK betrieben, die wesentlich zur klimaschonenden und nachhaltigen Erzeugung beitragen. Gleichzeitig wird die regionale und überregionale Entwicklung der erneuerbaren Energien gefördert, deren Ausbau in Deutschland zunehmend auch im Hinblick auf das Thema Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit von ausländischen Energieimporten an Bedeutung gewinnt. Neben dem Betrieb von 3 Wasserkraftwerken wird mit verschiedenen Kooperationspartnern daher auch der Ausbau der Photovoltaik (PV) unterstützt. In diesem Geschäftsbereich sind die Innosun GmbH, Erfurt (Innosun), die eness GmbH, München (eness), und die TEAG Solar GmbH, Erfurt (TSO), tätig. Im Berichtszeitraum erfolgte eine Umfirmierung der bisherigen KomSolar Service GmbH, Erfurt (KomSolar) zur TSO, die für die Betreuung von Kunden aus Industrie und Gewerbe, Kommunen und Landwirtschaft, Weiterverteiler und für die TEAG-eigenen Liegenschaften zuständig ist. Im Bereich Windkraft erfolgt über die Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt (WKT), einer Kooperation der TEAG mit 13 Thüringer Stadtwerken und Energieversorgungsunternehmen (EVU), eine Beteiligung an der Errichtung von Windparks sowie Freiflächen-PV-Anlagen.

Über die TEN als regionalem Verteilnetzbetreiber (VNB) wird ein sicherer, effizienter und diskriminierungsfreier Betrieb der Strom- und Gasnetze in Thüringen gesichert. Die TEN als unabhängiger Netzbetreiber gewährleistet die gesetzlich festgelegte Trennung zwischen reguliertem Netzbetrieb und Vertrieb gemäß Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Zu den Verteilnetzen zählen neben dem TEN-eigenen 110-kV-Netz die gepachteten Strom- bzw. Gasnetze der TEAG, der NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG, Schmalkalden, sowie der Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis. Zusätzlich zum Netzbetrieb bietet die TEN verschiedene netzbezogene Dienstleistungen an. Diese beziehen sich beispielsweise auf die Projektierung, den Bau und den Betrieb kundeneigener Anlagen und Straßenbeleuchtungen sowie ein breites Spektrum an Dienstleistungen für andere Netzbetreiber und Stadtwerke. Die TEN fungiert weiterhin als grundzuständiger Messstellenbetreiber (gMSB).

Neben der Erzeugung und dem Netzbetrieb stellt der Energievertrieb ein weiteres, wesentliches Geschäftsfeld des Unternehmens dar. Privat- und Geschäftskunden wird ein breites Angebotsspektrum an Energieprodukten und -lösungen zur Verfügung gestellt. Privat-, Gewerbe- und Industriekunden, Stadtwerke, Kommunen und Weiterverteiler werden mit Strom, Erdgas und Wärme versorgt; zudem wird ein breites Portfolio an Dienstleistungen im Energiebereich angeboten. Zum Produktangebot für Stadtwerke und Kommunen zählen verschiedene spezifische Energielösungen, wie etwa Kooperationen bei der Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Straßenbeleuchtung und Energieeffizienz.

Neben der Tätigkeit in den klassischen Geschäftsbereichen Strom, Gas und Wärme hat insbesondere auch das Thema Elektromobilität weiter stark an Bedeutung gewonnen. Im Berichtszeitraum wurden die Geschäftsaktivitäten mit Ingangsetzung der TMO daher in einer eigenen Tochtergesellschaft gebündelt. Die TMO ist zukünftig für die Planung, die Errichtung sowie den Betrieb von Energieinfrastruktur im Verkehrssektor incl. entsprechender Nebenanlagen verantwortlich. Ein weiterer wesentlicher Geschäftsauftrag des Unternehmens liegt im Vertrieb hiermit zusammenhängender Dienstleistungen und Produkte (so z. B. im Bereich Ladelösungen und -strom). Die operative Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgt zum 1. Januar 2023.

Mit dem Geschäftsfeld Mess- und Zählerwesen werden gezielt die Chancen der Digitalisierung der Energiewende genutzt. Die Kompetenzen im Bereich Messwesen werden durch die TMZ gebündelt. Diese tritt am Markt als Full-Service-Dienstleister für Messstellenbetreiber auf. Für die TEN erbringt sie Messdienstleistungen im Rahmen des konventionellen Messwesens Strom und Gas sowie des Rollouts von modernen Messeinrichtungen (mME) und intelligenten Messsystemen (iMSys). Zudem erbringt die Gesellschaft Dienstleistungen für weitere grundzuständige und wettbewerbliche Messstellenbetreiber, und beteiligt sich so an Entwicklungen in den Bereichen Smart Metering, Smart Home, Smart Grid und Submetering.

Im Geschäftsfeld Telekommunikation werden umfangreiche Infrastruktur- und Telekommunikationsdienstleistungen zur Verfügung gestellt. Durch die stetige Erweiterung des hochmodernen, thüringenweiten Glasfasernetzes im Rahmen von geförderten und eigenwirtschaftlichen Projekten wird die Marktposition kontinuierlich ausgebaut. Die Versorgung von Städten und Gemeinden mit schnellen Internetverbindungen, sowohl in Ballungsgebieten als auch im ländlichen Raum, steht im Fokus der Tätigkeit. Die Vermarktung des stetig wachsenden Angebotes moderner Telekommunikationsprodukte für Privat- und Geschäftskunden erfolgt durch die TNK. Die TGG treibt den geförderten Breitband- bzw. Glasfaserausbau im Auftrag der Thüringer Kommunen voran.

Aktuell hält der KEBT-Konzern Beteiligungen an 42 Unternehmen und 20 Stadtwerken. Dabei liegen die Beteiligungen an den Stadtwerken zwischen 16 und 74 Prozent. Durch diese aktiven Partnerschaften innerhalb der Energiebranche wird auf einen kontinuierlichen Wissenstransfer und auf die Erzielung wichtiger Synergieeffekte gesetzt.

Der Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und seine energiepolitischen Auswirkungen haben die Bedeutung der Energiewende nicht nur als Antwort auf die Folgen des Klimawandels, sondern auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit deutlich vor Augen geführt. Eine Abkehr von den unsicheren Bezugsquellen und Lieferketten fossiler Energieträger muss zu einem noch entschlosseneren und schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland führen. Die Grundvoraussetzung für das Gelingen der Energiewende liegt dabei in einem umfassenden Netzum- und -ausbau auf allen Spannungsstufen, einschließlich der Schaffung der entsprechenden Speicherkapazitäten. Da die anstehenden Aufgabenfelder nur in enger Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen dem Gesetzgeber und den ausbauenden Wirtschaftsunternehmen erfolgreich bewältigt werden können, wird man sich mit dem Bund, mit dem Land Thüringen, mit seinen Anteilseignern, d. h. mehrheitlich den Thüringer Kommunen, und verschiedenen Verbänden noch enger abstimmen und koordinieren. Die Grundlagen für eine nachhaltige und zukunftssichere Erfüllung der Aufgaben in der Energie- und Daseinsvorsorge liegen in einer kooperativen und v. a. auch proaktiven Ausgestaltung der laufenden Transformationsprozesse.

Mit dem Ziel, sich als Vorreiter und zentralen Akteur der Energiewende in Thüringen zu positionieren, wird die Gesellschaft die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Prozesse daher aufmerksam begleiten, und sich den neuen Rahmenbedingungen auch weiterhin frühzeitig stellen. Hierfür wird der Um- und Ausbau der Erzeugungsanlagen zur intensiveren Nutzung

regenerativer Energiequellen weiter forciert und die „7 Netze“-Strategie für die anstehenden Zukunftsaufgaben noch besser gewappnet, getragen v. a. durch den anstehenden Netzum- und -ausbau. Neben der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle in einschlägigen Zukunftsmärkten wie etwa der PV, der Windkraftenergie, dem Glasfaserausbau und dem Messwesen wird man sich dabei ebenso den Veränderungsprozessen und Herausforderungen in den klassischen Geschäftsfeldern stellen. Für die Kunden werden auch hier weiterhin neue, wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungsangebote entwickelt, die für größere Unabhängigkeit von kohlenstoffbasierten Energieträgern und damit für die Energieversorgung der Zukunft stehen.

Die interne Steuerung und Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und Ziele basieren auf einheitlichen Kennzahlen. Zu den wichtigsten Steuerungsgrößen zählen das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA), das Ergebnis vor Steuern (EBT) und der Jahresüberschuss. Zusätzlich zur weiteren Veranschaulichung werden im vorliegenden Lagebericht weitere Kennzahlen präsentiert. Hierzu gehören u. a. folgende finanzielle bzw. nichtfinanzielle Leistungsindikatoren: Cashflow, Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen, Erzeugungs- und Absatzmengen sowie Umwelt- und Arbeitnehmerbelange. ...

Im Geschäftsjahr 2022 haben sich die wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft deutlich gewandelt, wobei insbesondere die rechtlichen Grundlagen einer hohen Veränderungsdynamik unterlagen. Die deutschland- und europaweiten Energiemärkte waren starken Volatilitäten und, als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine, auch grundlegenden Veränderungen unterworfen. Zunehmend rückte dabei die Frage nach einer energiepolitischen Unabhängigkeit von Russland in das Zentrum der medialen und politischen Aufmerksamkeit. Zahlreiche energiepolitische Entscheidungen waren außen- und sicherheitspolitisch motiviert. Dort, wo bereits die pandemiebedingten Voraussetzungen des neuen Geschäftsjahres große planerische Hürden und Unwägbarkeiten mit sich geführt hatten, multiplizierten sich die Unsicherheiten mit Ausbruch der Energiemarktkrise um ein Vielfaches. Neben den direkten Marktveränderungen wurde das Geschäftsjahr v. a. auch durch eine Vielzahl neuer Gesetzesinitiativen und -pakete geprägt. Entlang der gesamten Wertschöpfungskette nahm die Zahl neuer gesetzlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen erheblich zu; was mitunter detail- und aufwendungsreiche Anpassungsmaßnahmen in allen Geschäftsbereichen erforderte. Besondere Herausforderungen ergaben sich zuweilen aus den teils sehr engen politischen Regelungsintervallen. Insbesondere im Vertriebsbereich hatten zahlreiche neue rechtliche Rahmenbedingungen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit. So machte u. a. eine Überarbeitung des EnWG eine Anpassung der bestehenden SLP- und RLM-Lieferverträge notwendig, was eine Änderung der dazugehörigen Vertragsdokumente, Rechnungen sowie der Allgemeinen Geschäftsbedingungen nach sich zog.

Die von der Bundesregierung beschlossene Gas-, Wärme- und Strompreisbremse führte, insbesondere zum Jahresende, zu umfangreichen Umsetzungsaufgaben. Mit dem Gesetz zur temporären Umsatzsteuersenkung auf Gas- und Fernwärmelieferungen erfolgte ferner eine Senkung der Umsatzsteuer für den Zeitraum vom 1. Oktober 2022 bis zum 31. März 2024 auf 7 Prozent. Auch im Netzbereich hatten zahlreiche Neuregelungen Auswirkungen. Neben der EnWG-Novelle kam es u. a. zu einer Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) sowie des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG), was entsprechende Anpassungen bedingte. Auch im Bereich erneuerbare Energien wurden verschiedene, teils richtungsweisende Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht: Als Teil des sog. „Osterpakets“ soll etwa das neue sog. „Wind-an-Land“-Gesetz zukünftig den Onshore-Ausbau von Windkraftanlagen über die Ausweisung ambitionierterer, verbindlicher Flächenziele deutlich beschleunigen. Das Bundesverfassungsgericht setzte zudem ein Teil des sog. „Thüringer Waldgesetzes“ außer Kraft und erklärte das Verbot von Windkraftanlagen in

Thüringer Wäldern für nichtig. Auch der Umsetzungsprozess zum sog. „Redispatch 2.0“ wurde weitergeführt, der die TEN als VNB zu einer tragenden Säule im Engpassmanagement macht. Das neue Energiefinanzierungsgesetz soll, nach dem Wegfall der EEG-Umlage zum 1. Juli 2022, mit Beginn des ersten Quartals des Folgejahres zu einer Neuregelung in der Finanzierung der Förderkosten der erneuerbaren Energien führen. Der Untergrundspeicher in Allmenhausen (UGS Allmenhausen) wurde im dritten Quartal des Jahres vollständig mit Gas befüllt, und damit den Anforderungen des sog. „Gasspeicherbefüllungsgesetzes“ Rechnung getragen.

Im Berichtszeitraum einigten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) zudem auf eine Reform des EU-Emissionshandels: Die Vergabe von CO₂-Zertifikaten soll zukünftig schneller beschränkt werden, als bisher vorgesehen. Kostenlose Emissionsberechtigungen sollen schrittweise auslaufen. Zur Entlastung von Bürgern sprach sich die EU für die Einrichtung eines sog. „Klimasozialfonds“, der Mehrausgaben von Verbrauchern im Zusammenhang mit der Energiewende abfangen soll, sowie für die Einführung einer Art „CO₂-Zolls“ an den europäischen Außengrenzen aus. Dieser soll europäische Unternehmen zukünftig besser vor günstigen, aber klimaschädlichen Importprodukten schützen.

Der sog. „Notfallplan-Gas“ der Bundesregierung wurde bis zum Ende des Geschäftsjahres, auch infolge der Krisenvorkehrungen der EVU, nicht vollständig aktiviert. Die EU-Staaten einigten sich auf eine gemeinsame Einkaufsstrategie im Gasbereich sowie auf die Einführung eines europäischen Gaspreisdeckels; demnach sollen Großhandelspreise an den europäischen Beschaffungsmärkten zukünftig unter bestimmten Umständen gedeckelt werden können. Im vierten Quartal des Jahres beschloss die Bundesregierung zudem ein Soforthilfegesetz für Letztverbraucher von leitungsgebundenem Erdgas und Wärmekunden, das sog. „Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz“. Die gefassten Beschlüsse führten insgesamt auch zu ersten Entspannungssignalen. ...

Im Geschäftsjahr 2022 haben sich die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen rund um den Betrieb konventioneller Heizkraftwerke verändert. Das geringere Angebot an den Beschaffungsmärkten, insbesondere im Gasbereich, hatte beträchtliche Auswirkungen auf das Erzeugungsgeschäft. Daher wurden im Berichtszeitraum auch entsprechende Planungsprämissen überarbeitet.

In Vorbereitung einer möglichen Gasmangellage wurde frühzeitig mit der Ausarbeitung entsprechender Krisenpräventionspläne begonnen. Am Standort des Heizkraftwerkes Rudolstadt/ Schwarza (HKW Schwarza) wurden - angesichts eines möglicherweise eintretenden Gasverstromungsverbotes im Kontext des sog. „Notfallplans Gas“ der Bundesregierung - verschiedene alternative Fahrweisen der Kraftwerksanlagen geprüft. Für den Einsatz von Heizöl wurden sowohl die technischen und operativen als auch die genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Mit einem Lieferanten wurde eine entsprechende Lieferkette vereinbart. Im dritten Quartal erfolgte die Genehmigung des Gesetzgebers, die bisherigen Einschränkungen für eine Ölfahrweise der Anlagen für den Zeitraum einer möglichen Ausrufung der Alarm- und Notfallstufe aufzuheben.

Am Standort des Heizkraftwerkes Jena (HKW Jena) konnten durch die konsequente Fortführung der Erweiterungs- und Modernisierungsarbeiten wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Fertigstellung der hochmodernen und v. a. -effizienten Gasmotorenanlage genommen werden. Gemeinsam mit der TEN und der TMZ erfolgte im dritten Quartal des Jahres eine erste Netzschaltung des neuen 110-kV-Transformators. Im vierten Quartal fand eine erste zeitgleiche Einspeisung aller 5 Gasmotoren in das öffentliche Stromnetz mit einer elektrischen Leistung von insgesamt 63 MW statt. Alle Einspeisungen wurden durch den TÜV begleitet und testiert sowie dem Netzbetreiber TEN angezeigt und durch diesen bestätigt. Die Investition erhöht die Flexibilität und den

Wirkungsgrad der Gasmotorenanlage und senkt deren Emissionswerte signifikant. Insbesondere in Verbindung mit dem neu errichteten Druckwärmespeicher dient sie als ein idealer Komplementär zur Stromerzeugung aus den volatilen erneuerbaren Energien. Mit dem Anwachsen der Energieerzeugung aus schwankenden Quellen wird der Bedarf an hochflexibler, gesicherter Leistung weiter steigen. Die Anlage ist daher ein unverzichtbares Element zur Gewährleistung der Stromnetzstabilität. Im Rahmen der Modernisierungsarbeiten wurden im Berichtszeitraum zudem erste bautechnische Vorbereitungen für den zukünftigen Einsatz von alternativen Betriebsstoffen, wie etwa grünem Wasserstoff, getroffen.

Die Beschaffung von CO₂-Zertifikaten hat weiter an Bedeutung gewonnen. Als Reaktion auf die drastischen Entwicklungen am Energiemarkt, insbesondere auf die stark gestiegenen Bezugspreise, wurde eine vom Gesetzgeber für 2022 geplante Preisanpassung der Zertifikate auf das Jahr 2023 verschoben. Für die Jahre 2024 und 2025 wurden, zur Entlastung von Privathaushalten und Wirtschaft sowie zur Dämpfung der Inflation, geringere Anhebungen beschlossen, als ursprünglich vorgesehen. Der geplante Emissionspreis für eine Tonne CO₂ für die Jahre 2023, 2024 und 2025 liegt bei nunmehr 30 €, 35 € bzw. 45 €. Trotz der komplexen Marktsituation verlief die vierte europäische Emissionshandelsperiode planmäßig. Die langfristige Beschaffungsstrategie hat sich, auch im Hinblick auf die aktuellen Marktturbulenzen, bewährt.

Durch sog. „kalte Nahwärmenetze“ wird Umweltwärme aus der Erde, der Luft oder auch aus Gewässern entzogen und über Verteilnetze an Abnahmestellen, wie etwa Privathaushalte, weitergegeben. Kalte Nahwärmenetze stellen eine besonders innovative und nachhaltige Form der Wärmeversorgung dar und gelten, insbesondere im ländlichen Raum, als eine der besten Möglichkeiten, die Wärmewende schnell und kostengünstig umzusetzen. Die Nutzung von Umweltwärme trägt sowohl bei Neu- als auch bei Bestandsbauten maßgeblich zur Reduktion von klimaschädlichen CO₂-Emissionen bei. Der Ausbau entsprechender Netze gehört daher zu den grundlegenden Zielen der TWS. Im Geschäftsjahr wurden die Arbeiten an Thüringens erstem kaltem Nahwärmenetz in Werther fertiggestellt. Am Standort Werther wird dem Erdboden Wärme auf einem Temperaturniveau von 2° bis 10° C entzogen. Die gewonnene Wärmeenergie wird beim Endverbraucher mittels Wärmepumpen auf ein nutzbares Heizniveau angehoben. Das Projekt hat im Berichtszeitraum den „ZfK-NachhaltigkeitsAWARD“ Gold in der Kategorie Energie erhalten.

Ein weiteres kaltes Nahwärmenetz entsteht derzeit im thüringischen Neumühle/Elster. Das Projekt nutzt im Unterschied zum Standort Werther die Möglichkeiten der sog. „Wasserthermie“: Einem lokalen Flussgewässer wird hierbei ganzjährig Wärme in einem Temperaturspektrum von 2° bis 15° C entzogen und anschließend durch Wärmepumpen auf ein nutzbares Temperaturniveau gebracht. Die so gewonnene Umweltwärme kommt u. a. in verschiedenen kommunalen Gebäuden zum Einsatz. Durch die neue Technologie können in der Gemeinde pro Jahr bis zu 300 t CO₂ eingespart werden.

Weitere kalte Nahwärmenetze bzw. Erschließungspotenziale an verschiedenen Standorten befinden sich in Planung. Über die genannten Projekte hinaus ist die TWS u. a. als Netzwerkpatin für Thüringen im deutschlandweiten Netzwerk „Grüne Fernwärme“ aktiv.

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Kommunen, Stadtwerken und der Wohnungswirtschaft erfolgt eine Umsetzung klimafreundlicher Quartiersprojekte. Hierzu gehört auch der Ausbau der dezentralen Fernwärmeversorgung auf Grundlage erneuerbarer Energien. Im Berichtszeitraum wurde im Rahmen verschiedener Quartiersprojekte u. a. die Errichtung hocheffizienter sog. „innovativer KWK-Systeme“ (iKWK-System) fortgeführt. Als moderne Strom-Wärme-Systeme bestehen diese aus mehreren Einzelkomponenten, die über eine zentrale Steuer- bzw. Regelungseinheit miteinander verbunden sind.

Im Rahmen von Quartiersprojekten wird zudem ein umfassendes und breit gefächertes Dienstleistungspaket aus den Bereichen Telekommunikation, Straßenbeleuchtung und E-Mobilität angeboten.

Im Quartiersprojekt Weida wird die Errichtung eines ersten iKWK-Systems realisiert. Ein Blockheizkraftwerk (BHKW) wird in ein intelligentes Steuerungssystem integriert, über das es mit leistungsfähigen Wärmepumpen, mehreren Erdsonden, einem Elektrokessel sowie entsprechenden Speicherkapazitäten verbunden ist. Neben den verschiedenen Erzeugungsanlagen im Bereich der erneuerbaren Energien wird auch ein Verteilnetz errichtet. Die regenerativen Wärmelösungen basieren im Wesentlichen auf der Nutzung von Luftwärme im Sommer- bzw. auf der Nutzung von Erdwärme im Winterbetrieb. Die Fertigstellung der KWK-Anlage bzw. die Inbetriebnahme des iKWK-Systems ist für 2023 vorgesehen. In Weida werden derzeit rund 1.500 Haushalte mit Fernwärme beliefert, eine Erweiterung des Kundenstammes ist vorgesehen. Die am Standort produzierte und verbrauchte Wärme wird zukünftig zu rund 35 Prozent CO₂-neutral sein.

In Gera-Langenberg ist die Errichtung eines zweiten iKWK-Systems in Form eines hybriden BHKW mit Wärmepumpen und einem Elektrokessel vorgesehen. Ähnlich einer Erdwärmeheizung kommt als regenerative Energiequelle die sog. „Flussthermie“ zum Einsatz: Mittels eines Wärmeübertragers wird einem lokalen Fließgewässer Wärme entzogen und über eine Wärmepumpe auf ein nutzbares Heizniveau gebracht. In Gera-Langenberg werden derzeit rund 1.300 Haushalte mit Fernwärme beliefert.

Neue Marktanforderungen, u. a. im Zusammenhang mit dem Thüringer Klimaschutzgesetz sowie mit einschlägigen Fördermechanismen, führten im Geschäftsjahr zu einem erhöhten Beratungsbedarf bei Kunden. In der Folge kam es zu einer Erweiterung des Dienstleistungsgeschäftes der TWS, u. a. in Form konzeptioneller und ingenieurtechnischer Projektberatungen beispielsweise an den Standorten Eisenach, Neuhaus am Rennweg, Greiz, Schmölnn und Bad Blankenburg. Die Beratungs- und Dienstleistungsangebote richten sich dabei insbesondere auch an kleinere Stadtwerke und Kommunen. Im Geschäftsjahr 2022 hat die TWS ein Qualitätsmanagementsystem (QMS) nach DIN EN ISO 9001 eingeführt. Im zweiten Quartal des Jahres wurde das QMS durch den TÜV erfolgreich zertifiziert.

Im Geschäftsfeld Windkraft erfolgt die Energieerzeugung über WKT, an der die TEAG insgesamt 7,1 Prozent der direkten Anteile hält. Die WKT bündelt Kompetenzen bei der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieprojekten. Im Berichtszeitraum wurde die im Vorjahr beschlossene Erweiterung des Geschäftszwecks um größere PV-Projekte und zugehörige Infrastrukturanlagen incl. entsprechender Speichertechnologien mit ersten konkreten Projektansätzen verfolgt. Zukünftig sind zudem die Entwicklung und Vermarktung von Grünstrom-PPA-Modellen (sog. „Power Purchase Agreements“) geplant. In Nordthüringen verfolgt die WKT, gemeinsam mit weiteren regionalen Partnern und mit Unterstützung der TSO, ein PV-Freiflächenprojekt im Umfang von 20 MWp. Im Berichtszeitraum wurden zudem verschiedene Kooperationsprojekte in strategischen Partnerschaften mit Projektentwicklern weiter vorangetrieben. Ein Windpark mit rund 16 MWp Leistung befindet sich derzeit in der Erwerbsphase. Im Windjahr 2022 führten die Entwicklungen am Strommarkt zu Vergütungs- bzw. Marktwerten oberhalb der EEG-Vergütungssätze.

Da sowohl auf regionaler als auch auf lokaler Ebene kaum Baugenehmigungen zu erhalten sind, kommt der Ausbau von Onshore-Windkraftanlagen weiterhin nur schleppend voran. Zur Realisierung der definierten Flächenziele der Bundesregierung fehlt es nach wie vor an neu ausgewiesenen Flächenpotenzialen. Planungsverfahren zur Ausweisung neuer Windvorranggebiete dauern weiter an. Mit der Veröffentlichung des Entwurfes des Thüringer Landesentwicklungsprogrammes wurden im Berichtszeitraum Maßnahmen eingeleitet, die zur Umsetzung der Energiewende dringend benötigt werden. Das Programm legt neue, ambitionierte Flächenziele für Thüringen fest, mit

denen das sog. „Wind-an-Land“-Gesetz der Bundesregierung umgesetzt werden soll. Die Zielmarke der Flächenausweisung für Thüringen liegt bis Ende 2027 bei insgesamt 1,8 Prozent.

Im Geschäftsfeld PV ist die TSO zuständig für die Betreuung von Industrie- bzw. Gewerbekunden, Kommunen und Stadtwerken. Sie stellt individuelle Lösungen im gewerblichen Umfeld bereit und übernimmt als Full-Service-Dienstleister Beschaffung, Planung und Bau von PV-Anlagen ab 100 kWp in Thüringen und im näheren Umkreis. Die eness ist für die Geschäftstätigkeiten im Privatkundenbereich zuständig und projiziert Solaranlagen bis 30 kWp. Die Innosun bietet deutschlandweit die Entwicklung und Errichtung großer PV-Freiflächenprojekte für Industrie- und Gewerbekunden an. Unter den Projektaktivitäten der TSO befinden sich thüringenweit derzeit mehrere kleinere Anlagen im Bau, mehrere Anlagen mit einer installierten Leistung von jeweils bis zu 2 MWp sind in Planung. Für verschiedene größere Projekte im Umfang von teils mehr als 5 MWp startete die Projektentwicklungsphase. Die Flächensicherung stand dabei im Zentrum der Geschäftsaktivitäten. Zukünftig soll die TSO zudem auch neue nachhaltige Geschäftsfelder erschließen. ...

Der TEN als regionalem VNB in Thüringen kommt eine Schlüsselstellung beim Betrieb der Netzinfrastruktur zu. Das wichtigste Ziel liegt im sicheren Betrieb der Netze und Anlagen unter Einhaltung aller physikalischen und technischen Parameter, um den Schutz der kritischen Infrastruktur jederzeit gewährleisten zu können. Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit und die Energiewende stehen für große Veränderungen in der Erzeugungslandschaft, was in weiten Teilen zu einer Verschiebung der Systemverantwortung auf die Ebene der VNB führt. Mit dem Zuwachs von dezentralen Einspeisern müssen zunehmend auch systemische Herausforderungen, u. a. in den Bereichen Spannungshaltung, Erbringung von Regelleistung, Ausgestaltung der Schutzsysteme und Schwarzstartfähigkeit, neu gedacht bzw. aufgelöst werden. In diesem Kontext stellt sich die Frage nach geeigneten Steuermechanismen, in deren Folge sich die Rolle und Aufgaben der VNB signifikant verändern werden. Im Geschäftsjahr 2022 fand erneut ein Überwachungsaudit zum Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) der TEN statt und wurde erfolgreich abgeschlossen. Im Rahmen des Audits wurden u. a. auch aktuelle Gefährdungslagen und Risiken besprochen, die sich aus der Ukraine-Krise und ihren Folgen ergeben, und ein potentielles Risiko für den Netzbetrieb darstellen könnten. Entsprechende Maßnahmen wurden abgeleitet. ...

Unter Redispatch versteht man die Änderung der Einsatzplanung von konventionellen und regenerativen Erzeugungsanlagen zur Energieversorgung. Durch den sog. „Redispatch 2.0“ soll es zu einem verbesserten, vorausschauenden Engpassmanagement bzw. einer Behebung von Netzengpässen, verursacht durch die fluktuierende Einspeisung erneuerbarer Energien, kommen. Die Netzführung im Zuständigkeitsbereich der TEN wird dabei zunehmend durch den Transformationsprozess von der Netz- hin zur Systemführung gekennzeichnet (sog. „Distribution System Operators 2.0“). Immer mehr Prozesse und Aufgaben, die im Strombereich bisher ausschließlich bei den Übertragungsnetzbetreibern lagen, weiten sich auf die VNBs aus. Der Redispatch 2.0 macht diese zu einer tragenden Säule im Engpassmanagement. Im Geschäftsjahr nahm die TEN, als einer von 2 Pilotnetzbetreibern in Deutschland, am sog. „bilanzierten Redispatchprozess“ teil, durch den der Reifegrad des Prozesses weiter erhöht werden konnte. Durch den angestrebten Zubau von dezentralen Erzeugungsanlagen in die Energieversorgungsinfrastruktur, sowie den Rückbau von Großkraftwerken, wird der überwiegende Großteil aller Erzeugungsanlagen mittelfristig voraussichtlich auf Ebene der Verteilnetze angeschlossen sein. Dies wird zu einer entsprechend umfangreichen Ausweitung der Anforderungen an die VNBs führen.

Die TEN führte im Geschäftsjahr die Arbeiten zur Errichtung des 450-MHz-Funknetzes weiter fort. Der Aufbau eines modernen 450-MHz-Funksystems dient der Gewährleistung der sicheren Informationsübertragung zum Zweck von

Netzsteuerungsprozessen. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Energiemarktkrise und anhaltenden Debatte zur Versorgungssicherheit erweisen sich der zügige und konsequente Auf- und Ausbau dieser neuen Technologie als eine wichtige, zukunftsfähige Entscheidung. Im Geschäftsjahr 2022 wurde die Anzahl von Funkteilnehmern in der netzdienlichen Datenübertragung weiter erhöht, Automatisierungskonzepte wurden entsprechend aktualisiert.

Die TEN bietet ein umfangreiches Netzdienstleistungsangebot im nicht-regulierten Bereich. Im Strombereich umfasst das Leistungsspektrum u. a. die Planung und Errichtung von kundeneigenen Anlagen und deren Instandhaltung sowie umfangreiche Dienstleistungen für Stadtwerke und Netzbetreiber. Im Gasbereich bietet sie verschiedene Dienstleistungen, wie etwa die Planung und Errichtung von entsprechenden gastechnischen Anlagen, an. Einen Großteil ihres Dienstleistungsumsatzes erwirtschaftet die TEN zudem mit dem Bau von Netzanschlusslösungen für Einspeiseanlagen zur Energieerzeugung aus regenerativen Quellen. Im Rahmen von Werkleistungsverträgen erhielt die TEN im Berichtszeitraum in den Bereichen Mittel- und Niederspannung, Gasanlagen sowie Straßenbeleuchtung Aufträge im Wert von insgesamt rund 9,6 Mio. €.

Zum Dienstleistungsangebot der TEN gehört neben der Wartung und Modernisierung von Bestandsanlagen auch die Errichtung neuer Straßenbeleuchtungspunkte auf Grundlage moderner LED-Technologie. Im Auftrag der Thüringer Kommunen erarbeitet der Netzbetreiber TEN hier individuelle Lösungen und sorgt damit für die Schaffung einer maßgeschneiderten, sparsamen und umweltfreundlichen Straßenbeleuchtung. Vor dem Hintergrund der aktuellen Energiemarktkrise und des anhaltend hohen Strompreisniveaus nahmen Anfragen zur Modernisierung von entsprechenden Beleuchtungsanlagen weiter zu. Thüringer Kommunen werden von der TEN aktiv zur Planung und Umsetzung verschiedener Möglichkeiten beraten. Kommunalen Dienstleistungskunden unterbreitet die TEN eine attraktive Komplettlösung (Projektierung, Bau, Betrieb und Wartung) zu einer kalkulierbaren Jahrespauschale. Neben dem Neubau von 596 Lichtpunkten wurde im Geschäftsjahr 2022 die energetische Sanierung von 497 Lichtpunkten weiter vorangetrieben. Die im Eigentum der TEAG befindlichen Straßenbeleuchtungsanlagen sind mittlerweile in 8 Thüringer Kommunen im Einsatz und werden langfristig durch die TEN betrieben. Insgesamt lagen in 2022 langfristige Betriebsführungsverträge für rund 9.822 Lichtpunkte in verschiedenen Betreibermodellen vor.

Im nicht-regulierten Dienstleistungsgeschäft wurde ein Umsatz i. H. v. insgesamt rund 12 Mio. € erzielt, obgleich sich die Rahmenbedingungen zur Abarbeitung von Bau-, Wartungs- und Instandhaltungsverträgen infolge von Personalengpässen und gestörten Lieferketten zunehmend schwieriger gestalten. Besonders häufig wurden die bereits angeführten Anschlusslösungen für Einspeiseanlagen aus erneuerbaren Energien realisiert. Am Standort eines großen Batterieherstellers am Erfurter Kreuz wurden wesentliche Meilensteine zur Errichtung eines neuen, leistungsfähigen Kundenumspannwerkes genommen. ...

In 2022 wurde im Rahmen des Konzessionsmanagements weiter an der Wiedererlangung auslaufender Konzessionsverträge im Gasbereich, den Vorbereitungen bzw. der Geschäftsanbahnung zur anstehenden Ausschreibungsperiode auslaufender Konzessionsverträge sowie der wettbewerblichen Übernahme von Strom- und Gasfremdkonzessionen gearbeitet. Bisher wurden 285 Gas-Konzessionsverträge, und damit rund 93,1 Prozent des früheren Bestandes, wiedererlangt. In 2022 kamen im Gasbereich 6 offene Vergabeverfahren noch nicht zum Abschluss. Im Strombereich lagen zum Ende des Geschäftsjahres unter den Bestandskonzessionen noch 2 offene Vergabeverfahren vor.

Der bereits im Vorjahr begonnene Preisanstieg für Strom und Gas an den Großhandelsmärkten setzte sich im Berichtszeitraum weiter fort. Das Vertriebsgeschäft wurde im Geschäftsjahr 2022 maßgeblich von den Entwick-

lungen an den Beschaffungsmärkten geprägt. Mit den drastischen Preissteigerungen am Beschaffungsmarkt erhöhte sich der Druck auf eine Vielzahl der EVU, was, teils verursacht durch einseitige Kündigungen bestehender Lieferverträge (v. a. durch Energiediscounter), zu einer hohen Kundenaufnahme in der Grund- und Ersatzversorgung der TEAG führte. Für die neuen Kunden musste Energie zu aktuellen Marktpreisen nachbeschafft werden. Das Vertriebsgeschäft, und insbesondere die Preispolitik, ist damit abhängig auch vom Verhalten anderer Wettbewerber. Trotz der großen Herausforderungen an den Beschaffungsmärkten konnten Bestands- und Neukunden auch im Geschäftsjahr 2022 zuverlässig mit Energie versorgt werden.

Im Privatkundengeschäft wurden infolge der Entwicklungen an den Großhandels- und Beschaffungsmärkten Preisanpassungen der Lieferverträge notwendig. Den gegebenen Marktbedingungen entsprechend musste das Angebotsportfolio für Neukunden überarbeitet werden. Die Dezember-Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung sowie die Vorbereitungen zur Umsetzung der Gas-, Wärme- und Strompreisbremse bedingten v. a. zum Jahresende detail- und aufwendungsreiche vertriebliche Organisations- und IT-Prozesse, und führten - vor dem Hintergrund der volatilen Marktsituation und erhöhten Kommunikationserfordernissen, u. a. mit Zulieferern und Kunden - zu einer starken Auslastung der Mitarbeiter.

Das Geschäftskundensegment wurde infolge der Energiepreisentwicklung unterjährig erneut von einer starken Zurückhaltung der Kunden bei Vertragsabschlüssen geprägt. In Anbetracht der hohen Preisvolatilität und der politischen Diskussionen zur Gas-, Wärme- und Strompreisbremse organisierte ein Großteil der Kunden seine Energielieferungen erst gegen Jahresende. Insgesamt setzte sich der Trend zu kurzfristigen Liefermodellen, welche sich zunehmend am Spotmarkt orientieren, fort.

Im Vertriebsgeschäft mit den Stadtwerken und anderen EVUs stand im Berichtszeitraum weniger die Akquise von Neukunden, als vielmehr die Angebotslegung der Bestandskunden im Fokus der vertrieblichen Aktivitäten. Die Kontrahierung ausreichender Strom- und Erdgasmengen für Geschäftspartner stand dabei im Mittelpunkt. Insbesondere gefragt waren Dienstleistungsprodukte, v. a. zum Portfoliomanagement im Strom- und Gasbereich.

Mit intensiven Vorbereitungen für den operativen Start der TEAG Mobil GmbH, Erfurt (TMO) am 1. Januar 2023 wurden im Geschäftsjahr 2022 die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um das Geschäftsfeld Elektromobilität weiter auszubauen und noch besser an den Bedürfnissen der Kunden auszurichten. Die Aufgaben im Bereich Elektromobilität, welche im kommenden Geschäftsjahr von der TMO übernommen werden, wurden im Berichtsjahr weiterhin von der TEAG und der TEN ausgeführt.

In 2022 wurde der Ausbau der Ladenetzinfrastruktur in Thüringen weiter vorangetrieben und der Fokus dabei v. a. auf die Errichtung von Schnellademöglichkeiten gelegt. Im Berichtszeitraum war die TEAG-Unternehmensgruppe für den Betrieb von insgesamt mehr als 100 Schnell- sowie 220 Normalladepunkten in ganz Thüringen und darüber hinaus verantwortlich. Im Bereich der öffentlichen Ladeinfrastruktur sind an 10 Standorten insgesamt 30 neue Schnellladepunkte entstanden, ein Großteil hiervon als sog. „HPC-Ladepunkte“ mit über 150 kW Schnellladeleistung. Diese wurden etwa an Autobahnen bzw. Autobahnkreuzen platziert; so erfolgte eine Erweiterung der Ladeinfrastruktur u. a. in Erfurt-Mittelhausen (A71), in Zella-Mehlis (A71) und in Heidegrund (A9). Im dritten Quartal des Jahres wurde ein Schnellladepark am Schleizer Dreieck (A9) in Betrieb genommen.

Am Standort der TEAG-Hauptverwaltung in Erfurt erfolgt ein Ausbau der dort vorhandenen batteriespeichergestützten Schnellladetechnik. Aufbauend auf einem Pilotprojekt zur Bereitstellung hoher Ladeleistungen auch bei geringer Netzkapazität (im Rahmen von entsprechenden Batteriespeicherlösungen) ist eine Erweiterung der am TEAG-Campus verfügbaren HPC-Ladeinfrastruktur

auf insgesamt 4 Schnellladepunkte mit jeweils bis zu 300 kW Ladeleistung vorgesehen. Die Bauarbeiten hierfür haben im vierten Quartal des Jahres begonnen. Eine Inbetriebnahme des HPC-Umbaus ist im kommenden Jahr geplant. Um die Verfügbarkeit der Ladenetzinfrastruktur in der Nähe der Kunden weiter zu erhöhen, wurden zudem erste Projekte in Wohnquartieren umgesetzt; hierdurch soll Mietern auch ohne eigenen Stellplatz das Laden ihrer Fahrzeuge ermöglicht werden. Neue Quartierslösungen mit entsprechender Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge sind u. a. in Bad Blankenburg und Hildburghausen entstanden. Weitere Kooperationsvereinbarungen wurden geschlossen.

Im Geschäftsjahr nahmen die Gesamtabsatz- und Beschaffungsmengen sowohl im Strom- als auch im Gasbereich zu. Beim Gasabsatz ergab sich im Hinblick auf die einzelnen Kundensegmente folgendes differenziertes Bild: Während bei den Geschäftskunden ein vergleichsweise starker Anstieg der abgesetzten Mengen zu verzeichnen war, gingen die Absatzmengen sowohl im Privatkundengeschäft als auch bei den Weiterverteilern leicht bzw. moderat zurück. Im Strombereich hingegen lag nur die im Privatkundengeschäft abgesetzte Menge geringfügig unter Vorjahresniveau. Beim Stromabsatz an Geschäftskunden und Vertriebspartner war ein Anstieg der Absatzmengen gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

Der Stromabsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um +107,1 GWh auf insgesamt 8.629,6 GWh. ...

Im Bereich der Geschäftskunden erholten sich die Absatzmengen weiter von den Corona-Auswirkungen. Insgesamt wurden im Geschäftskundenbereich 2.621,3 GWh Strom geliefert (+123,8 GWh im Vorjahresvergleich). Der Mengenzuwachs begründet sich v. a. aus der Gewinnung weiterer Großkunden im Vorjahr. Die abgesetzte Strommenge bei den Geschäftskunden entspricht einem Anteil von insgesamt rund 30 Prozent am gesamten Stromabsatz.

Im Privatkundengeschäft hingegen ergab sich ein geringfügiger Rückgang der Gesamtabsatzmenge. Zwar führten Bilanzkreisrückstellungen von Stromversorgern, v. a. im letzten Quartal des Vorjahres, zu einem Anstieg der Kundenzahlen insbesondere in der Grund- und Ersatzversorgung. Jedoch resultierten die im Berichtszeitraum vergleichsweise milden Durchschnittstemperaturen in einem entsprechenden Absatzrückgang beim Heizstromprodukt. Dieser Rückgang konnte durch den Kundenzuwachs nicht vollständig kompensiert werden. Der Stromabsatz im Privatkundengeschäft lag im Berichtszeitraum daher mit insgesamt 1.044,7 GWh Strom geringfügig unter dem Vorjahresniveau. Die abgesetzte Strommenge bei den Privatkunden entspricht einem Anteil von rund 12 Prozent am gesamten Stromabsatz.

Beim Absatz an Vertriebspartner, v. a. an Stadtwerke, wurde im Geschäftsjahr ein Absatz i. H. v. 4.363,0 GWh und damit ein Anstieg um +168,1 GWh verzeichnet. Der Anteil des Stromabsatzes an Vertriebspartner und sonstige Kunden lag bei rund 51 Prozent.

Die Strombeschaffung erfolgte über zahlreiche Händler, Beteiligungsunternehmen sowie über eigene und fremde Kraftwerke. Um den sich verändernden Marktbedingungen zu entsprechen, wird das Händlerportfolio mittel- und langfristig noch weiter diversifiziert.

Der Erdgasabsatz erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um +341,8 GWh auf insgesamt 6.953,8 GWh. ...

Im Bereich der Geschäftskunden wurden 2.770,6 GWh Erdgas geliefert (+503,4 GWh im Vorjahresvergleich) Der Mengenanstieg ist, wie im Strombereich, u. a. auf die Gewinnung weiterer Großkunden zurückzuführen. Der Absatz an Geschäftskunden entspricht einem Anteil von rund 40 Prozent am Gesamterdgasabsatz.

Im Privatkundengeschäft führten die im Berichtszeitraum vergleichsweise milderen Temperaturen zunächst zwar zu einem geringeren Gasabsatz als im Vorjahreszeitraum. Dieser wurde durch einen Anstieg der Kundenzahlen, sowohl in der Grund- und Ersatzversorgung als auch bei den Wettbewerbsprodukten der TEAG, aber fast vollständig kompensiert. Im Berichtszeitraum fiel die Wechselbereitschaft der Kunden aufgrund der rasanten Preisentwicklung am Markt zudem wesentlich niedriger als in den Vorjahren aus. In der Summe verringerte sich der Erdgasabsatz gegenüber dem Vorjahr leicht um -21,9 GWh auf insgesamt 1.711,9 GWh. Damit liegt der Anteil der Privatkunden am gesamten Erdgasabsatz bei rund 25 Prozent.

Beim Erdgasabsatz an Vertriebspartner wurde im Geschäftsjahr mit 2.471,3 GWh einen moderaten Rückgang des Absatzes um rund -5 Prozent verzeichnet. Die abgesetzte Erdgasmenge bei den Vertriebspartnern entspricht einem Anteil von rund 36 Prozent am Gesamtabsatz im Erdgasbereich.

Die Beschaffung erfolgte in Kooperation mit einer Vielzahl von Handelspartnern aus breit diversifizierten Quellen.

Der Wärmeabsatz belief sich im Geschäftsjahr auf insgesamt 1.089,3 GWh (Vorjahr: 1.234,2 GWh). Hiervon entfielen auf die zentralen Wärmeerzeugungsanlagen in Jena und Bad Salzungen 465,9 GWh (Vorjahr: 543,9 GWh) sowie auf die Erzeugungsanlage in Rudolstadt/ Schwarzburg 590,6 GWh (Vorjahr: 655,9 GWh). Im Bereich der dezentralen Wärmeversorgung wurden zum Bilanzstichtag 60 dezentrale Erzeugungsanlagen betrieben, mit einer installierten thermischen Leistung i. H. v. 23,6 MW sowie einer installierten elektrischen Leistung i. H. v. 1,6 MW. Mit Hilfe der dezentralen Erzeugungsanlagen wurden 22 kommunale Kunden (v. a. Rathäuser, Sportzentren und Schulen) versorgt. Im Bereich der Wohnungswirtschaft wurden 23 weitere Abnehmer beliefert. Hier wurde Wärme sowohl für fernwärmeversorgte Kunden als auch für dezentral versorgte Ein- und Mehrfamilienhäuser bereitgestellt. Zudem wurden verschiedene Gewerbekunden, Jugendherbergen, Seniorenheime und Hotels beliefert.

In der TEAG-Unternehmensgruppe ist zunächst die TEN als gMSB für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des Messstellenbetriebsgesetzes verantwortlich. Die TMZ übernimmt da bei als Full-Service-Dienstleister unternehmensintern diese Aufgabe. Die TMZ ist für die komplette Prozesskette des Messstellenbetriebes, vom Einbau der Messeinrichtungen bis hin zur Aufbereitung der Messdaten für Abrechnungszwecke, zuständig. Im Auftrag der TEN betreute die TMZ in diesem Zusammenhang rund 590.000 Strom- sowie rund 110.000 Gaszähler und stattete in deren Netzgebiet 4.726 Messlokationen mit iMSys und 39.873 Messlokationen mit mME aus. Im zweiten Quartal des Jahres hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) die umstrittene Allgemeinverfügung zum Rollout von iMSys, den sog. „Smart Metern“, Anlage I 28 zurückgenommen; gMSB sind daher aktuell nicht mehr verpflichtet, iMSys zu verbauen. Mit der Rücknahme der Allgemeinverfügung entfiel auch die ursprünglich festgelegte Mindestrolloutquote von 10 Prozent einschließlich der entsprechenden Fristen. Gleichwohl wurde durch das BSI unter Bezugnahme auf § 19 Absatz 6 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) festgestellt, dass iMSys weiterhin verbaut und betrieben werden können. Da diese eine Schlüsseltechnologie für die Digitalisierung der Energieversorgungsstrukturen, und damit eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Energiewende, darstellen, setzt die TMZ den iMSys-Rollout weiter fort. Zudem stellen iMSys insbesondere in der aktuellen Energiemarktkrise für Endverbraucher einen wertvollen Beitrag zur effizienten bzw. effektiven Verbrauchserfassung und -steuerung dar.

Als Komplettdienstleister für das intelligente Messwesen richtet die TMZ ihr Leistungsportfolio sowohl an gMSB als auch an wettbewerbliche Anbieter, die auf Basis der Smart-Meter-Infrastruktur ihr Leistungsangebot in der spartenübergreifenden Verbrauchsmessung (sog. „Submetering“) erweitern und ihren Kunden entsprechende Mehrwertdienste anbieten wollen.

Im Geschäftsjahr 2022 konnte die TMZ weitere Großkunden aus dem Bereich der Wohnungswirtschaft gewinnen.

Im Geschäftsjahr wurde in Zusammenarbeit zwischen der TMZ und TWS erfolgreich ein erster Labortest im Bereich „Smart Grid“ durchgeführt; iMSys bieten neben dem Erfassen und Versenden von Messwerten auch eine geeignete technologische Basis für das sichere Steuern von Niederspannungsnetzen. Die Steuerung von Flexibilitäten im Erzeugungsbereich (z. B. von PV-Anlagen oder auch Blockkraftwerken bis 100 kW), aber auch von steuerbaren Verbrauchern (z. B. Wärmepumpen) kann in Verbindung mit iMSys über sog. Steuerboxen erfolgen. Grundsätzlich wäre in diesem Zusammenhang beispielsweise ein stufenweises Schalten von PV-Anlagen von einem zentralen Standpunkt wie der Netzleitstelle aus möglich. Im Rahmen des Innovationsprojektes „Implementierung intelligentes Systemmanagement“ wurden weitere Schritte zur netzdienlichen Steuerung von dezentralen Erzeugungseinheiten umgesetzt. Im Hinblick auf die Energiewende gewinnt das sichere und effiziente Steuern von Flexibilität in Niederspannungsnetzen immer weiter an Bedeutung. Die TMZ setzt sich gemeinsam mit weiteren Projektpartnern u. a. im vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) geförderten Innovationsprojekt „SMGW-forwards“ für die Weiterentwicklung der energierelevanten und netzdienlichen Anwendungsbereiche von iMSys und deren Kommunikationseinheiten, den Smart Meter Gateways (SMGw), ein. Ziel des auf 3 Jahre angelegten Projektes ist es, die weiterentwickelten Funktionalitäten zur Marktreife zu bringen sowie diese für deren Einsatz im Massenmarkt zu optimieren. Vor dem Hintergrund der aktuellen, fachspezifischen Branchendiskussionen zur Fortentwicklung der SMGw-Infrastruktur ist ein kontinuierlicher Austausch mit allen Stakeholdern geplant.

Im Geschäftsjahr 2022 hat die TNK den Glasfaserausbau in Thüringen noch einmal deutlich beschleunigt. Insgesamt wurden so viele Glasfaserprojekte umgesetzt, wie nie zuvor. In insgesamt 17 derzeit geförderten Ausbauprojekten widmet sich die Gesellschaft der Beseitigung der sog. „weißen Flecken“ und sorgt, insbesondere im ländlichen Raum, für einen schnellen Glasfaseranschluss. In den Fördergebieten der TNK wurden im Berichtszeitraum Investitionsprojekte mit einem Auftragsvolumen zwischen 120 T€ und 21 Mio. € vorangetrieben. Insgesamt wurden über die TNK mehr als 50 Mio. € in den Glasfaserausbau investiert, davon flossen Investitionen i. H. v. rund 8,2 Mio. € in eigenwirtschaftliche Ausbauprojekte. Im Rahmen der Tiefbauarbeiten wurden Trassen mit einer Gesamtlänge von mehreren hundert km realisiert. Mit dem Ausbau werden insgesamt mehr als 17.700 Wohneinheiten mit Glasfaser erschlossen. Bereits zum Ende des dritten Quartals konnte durch die TNK nahezu das Gesamtinvestitionsvolumen des vorangegangenen Berichtszeitraumes umgesetzt werden. Investitionen erfolgten u. a. im Unstrut-Hainich-Kreis, im Ilm-Kreis, im Altenburger Land, in Zeulenroda-Triebes, in der Gemeinde Am Ettersberg sowie in Blankenhain, Sonneberg, Feldstein und Bad Tabarz. Die Grundstückseigentümergeklärungsquoten zur Glasfaserschließung lagen im Berichtszeitraum auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau.

Die TNK ist Betreiber des zweitgrößten Glasfasernetzes in Thüringen, das u. a. von großen Internetanbietern, Thüringer Universitäten, ortsansässigen Wirtschaftsunternehmen und Privatkunden zur schnellen Datenübertragung genutzt wird. Darüber hinaus dient ein modernes, hochleistungsfähiges Glasfasernetz der Überwachung und Steuerung des Thüringer Strom- und Erdgasnetzes.

Im Berichtszeitraum wurde die Vermarktung des von der TEAG mit errichteten Rechenzentrums weiter vorangetrieben. Die TNK hat das Rechenzentrum von der TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH, Ilmenau (TRZ), gepachtet, betreibt und vermarktet es. Im Geschäftsjahr 2022 konnten neue Kunden, u. a. aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, der Energiebranche und dem Gesundheitswesen, hinzugewonnen und im Rahmen von langfristigen Serviceverträgen

gebunden werden. Neben der Nutzung von Rechenleistungskapazitäten umfassen die Verträge zum Teil auch Vereinbarungen zur Erschließung der Unternehmensstandorte von Kunden der TEAG-Unternehmensgruppe über leistungsfähige Glasfaseranbindungen.

Zum 31. Dezember 2022 umfasste das Beteiligungsportfolio insgesamt 62 Unternehmen. Zum Stichtag war die KEBT neben der TEAG an 20 Stadtwerken, 11 Energieprojektgesellschaften, 11 Energiedienstleistungsgesellschaften, 5 Netzgesellschaften sowie 14 sonstigen Unternehmen aus den Bereichen Wärmeerzeugung, erneuerbare Energien und energienahe Dienstleistungen beteiligt. Da die Mehrzahl der Stadtwerke ihre Strom- und Gasnetzbetriebe auf Netzgesellschaften übertragen hat, ist die KEBT zudem an 13 Netzgesellschaften mittelbar beteiligt.

Im Geschäftsfeld erneuerbare Energien fand am 1. Januar 2022 eine Anteilsübertragung der Anteile an der Innosun GmbH und der Innosun Service GmbH i. H. v. 50,1 bzw. 50,0 Prozent an Anlage I 31 die TEAG statt. Im dritten Quartal erfolgte eine Umfirmierung der bisherigen KomSolar zur TSO. Die Solarpark Edersleben GmbH, Erfurt, wurde auf die TSO verschmolzen. Die TSO wird zukünftig, in Ergänzung zu den Geschäftsaktivitäten der Innosun und eness, die Aktivitäten im PV-Bereich für Industrie- bzw. Gewerbekunden, Kommunen und Stadtwerke zusammenführen. Mit den genannten Schritten im Bereich der erneuerbaren Energien sollen vorhandene Synergieeffekte weiter gehoben, das Beteiligungsergebnis auch mittel- und langfristig auf einem stabilen Niveau gehalten und zugleich weiteres Wachstum generiert werden. Über die im Geschäftsjahr 2022 erworbene Beteiligung an der TGG i. H. v. 20 Prozent wird den kommunalen KEBT-Aktionären ermöglicht, geförderte Breitbandausbauprojekte im Bereich der Breitband- bzw. Glasfaserversorgung in Thüringen voranzutreiben. Die TGG bündelt alle wesentlichen Prozesse im Rahmen der Förderrichtlinien des Bundes- und Landesbreitbandförderprogrammes (sog. „graue Flecken“-Programm); so u. a. die Durchführung von Markterkundungsverfahren, die Ausschreibung und Vergabe von Planungs- und Bauleistungen, die Pachtaussschreibung und -vergabe der Pacht, die Organisation und Durchführung der Ausbauprojekte sowie die gesamte Fördermittelbeantragung und -abrechnung. Im Berichtszeitraum erhielt die TGG vom Projektträger mehrere Zuwendungsbescheide auf Basis des sog. „Betreibermodells“....

Seit 2006 besteht ein integriertes Managementsystem für Gesundheits-, Arbeits- und Umweltschutzbelange, das seit 2011 erstmalig zertifiziert und seit 2016 durch ein zertifiziertes Energiemanagementsystem nach ISO 50001 ergänzt wurde (HS2E-Management). Hierzu finden regelmäßige Überwachungsaudits statt. Durch dieses System werden konkrete Verhaltensansätze und übergreifende Mindeststandards festgelegt. In 2022 wurde erfolgreich eine Rezertifizierung durchgeführt. ...

Der KEBT-Konzern fühlt sich dem Umweltschutz und dem damit verbundenen sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen verpflichtet. Es ist das Bestreben, mögliche Umweltbelastungen zu vermeiden oder auf ein Minimum zu reduzieren. So war auch das Geschäftsjahr 2022 konzernweit durch unterschiedliche Maßnahmen zur Förderung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit geprägt.

Im Berichtsjahr wurden mit den regenerativen Erzeugungsanlagen insgesamt 12,0 Mio. kWh Strom erzeugt, auf eigene PV-Anlagen entfiel dabei eine Erzeugungsmenge i. H. v. insgesamt 2,9 Mio. kWh Strom (Vorjahr: 2,5 kWh). Mit den Geschäftsaktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien werden Gemeinde und Städte bei ihrem Engagement für eine nachhaltige Energieerzeugung und einen aktiven Klimaschutz unterstützt. Hierfür wurden inzwischen mehr als 100 PV-Anlagen auf Dächern kommunaler Liegenschaften errichtet. Unter Beachtung der allgemeinen Sicherheit und unter Vermeidung von Personen- und Sachschäden wurden im Berichtszeitraum zum Zweck von Energieeinsparungen u. a. die Regelungen der sog. „Verordnung zur Sicherung

der Energieversorgung über kurzfristige Maßnahmen“ umgesetzt. Die Maßnahmen umfassten u. a. eine Begrenzung der Heiztemperaturen von Arbeits- und Gemeinschaftsräumen sowie eine deutliche Reduzierung der Beleuchtungsanlagen. Zur Energieeinsparung wurde für Poolfahrzeuge zudem eine zulässige Höchstgeschwindigkeit eingeführt. Weitere Maßnahmen ergaben sich auf Grundlage des Energiemanagementsystems gemäß ISO 50001. ...

Perspektivisch ist beim Betrieb der Anlage beispielsweise auch der Einsatz von Wasserstoff, und insbesondere grünem Wasserstoff, denkbar. Im Berichtszeitraum wurden Projektpläne zur Umsetzung und Realisierung von Nachhaltigkeits- und Geschäftspotenzialen beim Einsatz dieser neuen Technologie weiter vorangetrieben. Zur Projektbegleitung wurden u. a. auch neue Personalkapazitäten geschaffen.

Seit dem Jahr 2021 besteht das Engagement im Wasserstoffprojekt TH2ECO, das zum Ziel hat, grünen Wasserstoff als Grundlage für eine lokale Wasserstoffwirtschaft herzustellen, und diesen für die Energieversorgung in Thüringen nutzbar zu machen. Im Rahmen des Projekts soll in Nordthüringen gewonnener Windstrom für die Wasserstofferzeugung verwendet werden. Dieser Wasserstoff könnte zukünftig im ehemaligen Erdgasuntergrundspeicher Kirchheilingen (UGS Kirchheilingen) gespeichert und über eine Pipeline nach Erfurt geleitet und für die CO₂-freie Fernwärmeversorgung nutzbar gemacht werden. Im Berichtszeitraum wurde eine Studie zur Realisierbarkeit der Wasserstoffspeicherung im UGS Kirchheilingen in Auftrag gegeben. Bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen ist die Erarbeitung eines Umstellplans angedacht. Im Zuge der Sektorenkopplung könnte grüner Wasserstoff zukünftig zudem auch im Rahmen von klimaneutralen Mobilitätsprojekten Anwendung finden.

Der Ausbau von dezentralen, regenerativen Fernwärmeversorgungsprojekten gehört zu den übergeordneten Zielen der Geschäftstätigkeit im Erzeugungsbereich. Unter anderem über sog. „kalte Nahwärmenetze“ wird die nachhaltige Nutzung von Umweltwärme aus der Erde, der Luft und aus Gewässern gefördert, und dazu beigetragen, die Wärmewende, insbesondere auch im ländlichen Raum, schnell und kostengünstig zu realisieren. Im thüringischen Neumühle/ Elster beispielsweise wurde im Berichtszeitraum ein erstes sog. „Flussthermie“-System errichtet. Der Bau weiterer Flusswärmeübertrager zur klimaneutralen Wärmenutzung ist in Planung. Ziel ist es, langfristig den gesamten Ort mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Ein zusätzlicher, umweltfreundlicher Nebeneffekt der CO₂-neutralen und kostensenkenden Flussthermie besteht darin, dass überhitzten Flüssen im Sommer, zumindest in begrenztem Umfang, Wärme entzogen werden kann.

Auch im Geschäftsjahr 2022 wurde weiter an der Umsetzung klimafreundlicher Quartiersprojekte gearbeitet. So wurden u. a. in Weida und Gera-Langenberg Quartiersprojekte mit hochmodernen iKWK-Systemen weiter vorangetrieben. Ein großer Vorteil der hocheffizienten Systeme liegt in ihrer Flexibilität, da sie individuell auf Schwankungen im Stromnetz reagieren können: Bei geringen Einspeisemengen im Netz trägt der klimaschonend gewonnene Strom zur Netzstabilisierung bei, im Falle von zu hohen Mengen schalten sich elektrische Wärmeverbraucher zu. Durch den Ausbau hochmoderner iKWK-Systeme kann letztlich nicht nur die Stromnetzstabilität gefördert, sondern, insbesondere in Zeiten von Niedriglast, auch eine Abregelung von Wind- und PV-Anlagen ggf. verhindert werden.

Das übergeordnete Ziel im Erzeugungsgeschäft besteht darin, die Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, wie etwa der Windkraft- und Sonnenenergie, weiter deutlich auszubauen und die Geschäftsaktivitäten im Bereich Erneuerbare den konventionellen Erzeugungs- und Vertriebsaktivitäten mittel- bis langfristig mindestens gleichzustellen. Wichtige Ansätze zur Erhöhung der Energieeffizienz ergeben sich auch aus branchenübergreifenden Kooperationen. Die TWS ist daher u. a. im deutschlandweiten Netzwerk „Grüne Fernwärme“ aktiv. Die TWS bringt sich gemeinsam mit weiteren Thüringer Stadt-

werken und Regionalversorgern im Rahmen des sog. „Nationalen Aktionsplanes Energieeffizienz“ zudem in das Energieeffizienz-Netzwerk „EVU Thüringen“ ein. Die zunehmende Nutzung von Elektrofahrzeugen erfordert auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Über den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur im Bereich Elektromobilität wird aktiv die Umsetzung der Verkehrswende vorangetrieben. Im Geschäftsjahr 2022 wurde zudem die Elektrifizierung des unternehmensinternen Fuhrparks fortgeführt: Der Anteil an Elektrofahrzeugen am gesamten Fahrzeugbestand beläuft sich auf insgesamt 27 Prozent.

Die zunehmende Elektrifizierung des Fuhrparks erfordert auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur an den Unternehmensstandorten. Zum Ende des Geschäftsjahres standen den Mitarbeitern thüringenweit über 200 Ladepunkte an verschiedenen Standorten zur Verfügung. Unter dem Mitarbeiter- und Gästeparkplatz der TEAG-Hauptverwaltung in Erfurt befindet sich die größte Geothermie-Anlage Thüringens, die zwei Drittel des Verwaltungskomplexes heizt und kühlt.

Zur Realisierung des Klima- und Umweltschutzes wird der KEBT-Konzern auch in Zukunft konkrete technische und praktische Meilensteine aufstellen und diese auch weiterhin konsequent umsetzen.

Die KEBT konnte im Geschäftsjahr 2022, trotz der schwierigen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen infolge des Ausbruchs der Ukraine- und Energiemarktkrise, der hohen Inflation sowie der anhaltenden Material- und Dienstleisterknappheit, eine stabile Unternehmensentwicklung verzeichnen. Die breite Aufstellung entlang der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette sichert, auch in Krisenzeiten, das Erreichen der gesetzten Ziele und damit die finanzielle Beteiligung der Anteilseigner am Unternehmenserfolg.

Das EBITDA lag mit 241,5 Mio. € (Vorjahr: 230,0 Mio. €) auf Planniveau. Der Anstieg des EBITDA im Vergleich zum Vorjahr um +5,0 Prozent resultiert insbesondere aus der gestiegenen energiewirtschaftlichen Rohmarge. Zudem hat der KEBT-Konzern im Geschäftsjahr ein EBT i. H. v. 72,9 Mio. € (Vorjahr: 78,3 Mio. €) sowie einen Jahresüberschuss i. H. v. 53,4 Mio. € (Vorjahr: 52,3 Mio. €) erwirtschaftet und konnte damit die im letzten Geschäftsjahr gesetzten Ziele, ein EBT zwischen 65 Mio. € und 80 Mio. € sowie einen Konzernjahresüberschuss zwischen 45 Mio. € und 55 Mio. €, erreichen.

Das Rohergebnis liegt mit 509,8 Mio. € deutlich über dem Vorjahresniveau (378,2 Mio. €). Der energiewirtschaftliche Rohüberschuss ist dabei um +14,9 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Die regulierten Sparten und die Erzeugung konnten die negativen Vertriebsentwicklungen mehr als kompensieren. Der weitere Anstieg ist auf einen Sondereffekt aus der Auflösung von Rückstellungen im Rahmen der Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds zurückzuführen, wobei der dazugehörige Dotierungsaufwand im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen ist.

Das Investitionsvolumen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände lag mit insgesamt 182,0 Mio. € unter dem geplanten Niveau von 255,0 Mio. €. Ursächlich hierfür waren u. a. Projektverzögerungen im Breitbandausbau. Durch gezielte Investitionen und die kontinuierliche Optimierung der Strukturen und Prozesse, hat sich der KEBT-Konzern im Berichtszeitraum, trotz der Herausforderungen im energiewirtschaftlichen Marktumfeld, gut behaupten können. Ein stetig steigendes Investitionsniveau stellt die Weichen, zur erfolgreichen Bewältigung der anstehenden Zukunftsaufgaben und Veränderungen. ...

Insgesamt beliefen sich die Investitionen im Geschäftsjahr 2022 auf insgesamt 203,2 Mio. €, die sich auf die Bereiche Erzeugung und Wärme, Stromnetz, Gasnetz, Elektromobilität, Intelligente Messsysteme, Telekommunikation, Finanzanlagen und Ausleihungen sowie Sonstiges (IT, Immobilien, Vertrieb) verteilen. ...

Im Geschäftsjahr wurden im Bereich Erzeugung und Wärme Investitionen i. H. v. insgesamt 19,9 Mio. € getätigt.

Zur Modernisierung und Erweiterung des HKW Jena wurde ein Betrag i. H. v. rund 13,2 Mio. € investiert. Die Investition führt zu einer signifikanten Effizienzverbesserung, einer Erhöhung des Stromanteils sowie einer vorteilhafteren Start-Stopp-Fähigkeit der Erzeugungsanlage. Weitere Ausgaben entfielen u. a. auf eine Aktualisierung des Leitsystems sowie verschiedene weitere Einzelmaßnahmen. Am Standort des HKW Schwarzta wurden rund 1,9 Mio. € investiert, wovon rund 1,2 Mio. € auf den planmäßigen Austausch einer Gasturbine entfielen.

An dem Wasserkraftwerk in Falken fand ebenfalls eine Erneuerung des Leitsystems statt. Zudem wurde in den Neuanschluss von Fernwärme- und Contractingkunden sowie in die Erneuerung der 0,4-kV-Schaltanlage am Standort Bad Salzungen investiert. Weitere Mittel flossen in die Erneuerung des Leistungsschalters der Gasmotorenanlage in Merxleben sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattungen.

Im Bereich der dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen wurden im Berichtszeitraum rund 3,9 Mio. € investiert. Hiervon entfielen rund 2,1 Mio. € auf die Fortführung des Quartiersprojekts in Weida sowie rund 1,4 Mio. € auf den Baubeginn des Quartiersprojekts in Gera-Langenberg. Im Bereich Wärmenetze betragen die Investitionen rund 0,2 Mio. €, mehrheitlich in den Neuanschluss von Wärmekunden an den Standorten Bad Lobenstein sowie Bad Blankenburg.

Im Geschäftsjahr wurden in die Strom-, Gasverteil- und Straßenbeleuchtungsnetze Investitionen i. H. v. insgesamt rund 76,9 Mio. € getätigt.

In das Stromverteilnetz flossen Investitionen i. H. v. rund 61,4 Mio. €. Davon wurden 32,4 Mio. € für Anlagen im Bau sowie 17,7 Mio. € als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst. Weitere 1,8 Mio. € sind in der TEAG als Direktanlagenzugänge bilanziert. Die restlichen 9,5 Mio. € wurden für das 110-kV-Netz eingesetzt und führten zu Anlagenzugängen bei der TEN.

Ein Schwerpunkt der Investitionen lag mit 33,1 Mio. € auf dem Ausbau des Mittel- und Niederspannungsnetzes. Im Zuge der Baumaßnahmen wurden rund 112 km Mittel- und Niederspannungsleitungen errichtet und 75 Transformatorstationen neu- bzw. umgebaut. Zusätzlich wurden im Geschäftsjahr insgesamt rund 2.400 Hausanschlüsse neu errichtet.

Im Mittelspannungsnetz wurde die Spannungsumstellung auf die internationale Normspannung 20 kV fortgesetzt. Der Mittelspannungsring der Wintersportstätten in Oberhof mit einer Länge von rund 4,5 km wurde mit 2 Kundenstationen und einer Ortsnetzstation auf 20 kV umgestellt. Zusätzlich wurden die Übergabestation und das kundeneigene Mittelspannungsnetz des Wintersportzweckverbandes umgestellt. In Grimmenthal-Simmershausen wurde die Spannungsumstellung mit der Umstellung der Transformatoren abgeschlossen. Insgesamt wurden in diesem Projekt 2 Umspannwerke, 130 km Mittelspannungsleitung und 120 Transformatorstationen auf 20 kV umgestellt. In Königsee und Bad Liebenstein wurden vorbereitende Arbeiten für die geplante Spannungsumstellung im Jahr 2023 durchgeführt. Insgesamt werden damit 92,5 Prozent des Mittelspannungsnetzes mit 20 kV betrieben. Von der TEN wurden im Berichtszeitraum insgesamt rund 8,8 Mio. € in Zähler, Leit- und Informationstechnik sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

In Hochspannungsleitungen und Umspannwerke flossen im Berichtszeitraum Mittel i. H. v. 19,5 Mio. €. Auf den 110-kV-Trassen Weida-Gera-Langenberg und Weida-Beerwalde wurde die Übertragungskapazität erhöht und das Sicherheitsniveau an die bestehenden Vorgaben angepasst. Hierfür war der Neubau von 10 Hochspannungsmasten erforderlich. Zur Vorbereitung des Anschlusses des Umspannwerkes Sömmerda-West wurden 3 neue Hochspannungsmasten errichtet.

Im Bereich der Umspannwerke führte die TEN sowohl Erweiterungs- investitionen als auch Ersatzneubauten durch. Hierzu zählten u. a. der Neubau des 110-kV-Umspannwerkes Sömmerda-West zur Aufnahme und Verteilung erneuerbarer Energien sowie die Erweiterung der 110-kV-Umspannwerke Menteroda und Thörey. Für einen großen Industriekunden am Erfurter Kreuz wurde ein neues, leistungsfähiges Kundenumspannwerk gebaut.

In das Erdgasverteilnetz flossen Investitionen i. H. v. rund 15,5 Mio. €. Davon wurden 8,6 Mio. € für Anlagen im Bau sowie 6,1 Mio. € als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst. Weitere 0,8 Mio. € sind in der TEAG als Direktanlagenzugänge bilanziert. Auf Investitionen im Bereich der Transport- und Verteilungsanlagen sowie Hausanschlüsse entfielen 14,1 Mio. €. Die Schwerpunkte der Neuerschließungen lagen in Obermaßfeld und Grimmenthal, Schwarzbach, Scheibe-Alsbach und Mühltröf.

Investitionsschwerpunkte im Gas-Hochdrucknetz lagen auf dem Neubau eines Netzanschlusses in Wünschendorf, der Umverlegung einer Gashochdruckleitung zur Erweiterung des Industriegebietes Kölleda-Kiebitzhöhe, dem Ersatzneubau der Ortsnetzgasdruckregelanlagen Werther, Mörsdorf und Rutha sowie dem Ersatzneubau der Gashochdruckleitung im Bereich der Übernahme- station Gillersdorf. Etwa 1,4 Mio. € wurden in Messeinrichtungen, Netzleit- und Übertragungstechnik sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. ...

Im Geschäftsjahr wurden im Bereich Telekommunikation Investitionen i. H. v. insgesamt rund 53,9 Mio. € vorgenommen. Die Investitionsschwerpunkte lagen v. a. im geförderten Glasfasernetzausbau, im eigenwirtschaftlichen Glasfaser- ausbau neuer Orte sowie in der Errichtung verschiedener Kundenanbindungen. Weitere Investitionen i. H. v. rund 2,5 Mio. € entfielen auf den Bereich Übertragungstechnik. Im Hinblick auf die fortschreitende Digitalisierung und die steigende Nachfrage nach Dienst- und Serviceleistungen mit hohem Daten- volumen wurden im Berichtszeitraum zudem Erweiterungen der Backbone- Netzinfrastrukturen vorgenommen. Weitere Investitionen im Umfang von rund 1,5 Mio. € wurden im Rahmen von sonstigen LWL-Projekten getätigt. Mit Investitionen in Lichtwellenleiter und Übertragungstechnik wird auf den zunehmenden Bandbreitenbedarf reagiert.

Im Geschäftsjahr wurden im Wesentlichen Investitionen in Beteiligungen i. H. v. insgesamt 13,7 Mio. € getätigt. Insbesondere der Ausbau des PV-Bereichs stand dabei im Mittelpunkt. Durch Zukauf von Anteilen i. H. v. +49,9 Prozent an der eness wurde diese zu einer 100 Prozent Tochter der TEAG. Zudem erfolgte durch die TEAG der vollständige Anteilskauf an der SPE sowie eine weitere Stärkung des Eigenkapitals der KomSolar zur Durchführung ihrer vielfältigen PV-Projekte. Im Geschäftsfeld Telekommunikation wurden im Rahmen einer 10 Prozent Beteiligung an der 450MHz Beteiligung GmbH finanzielle Mittel für den Anteilskauf an der 450connect zur Verfügung gestellt, zudem wurden Anteile an der Keyweb durch die TEAG erworben. ...

Für den KEBT-Konzern existieren derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken, weder durch Einzel-, noch durch aggregierte Positionen. Diese werden auch nicht für das folgende Geschäftsjahr erwartet. Das vorhandene Risiko- deckungspotenzial ist - auch vor dem Hintergrund der aktuellen Energie- marktkrise - ausreichend, um den aggregierten Gesamtrisikoumfang zu tragen. Die Risikotragfähigkeit ist sowohl für die KEBT als auch für die gesamte TEAG- Unternehmensgruppe gegeben. Dennoch unterliegt der KEBT-Konzern gewissen Unsicherheiten, die die Geschäftsaktivitäten beeinflussen können. Durch den Einsatz geeigneter Kontroll- und Überwachungssysteme sowie entsprechender Sicherungsmaßnahmen werden diese Risiken weitestgehend begrenzt. Neben den Risiken können sich unterschiedliche Sachverhalte dabei auch positiv auf die Geschäftstätigkeiten auswirken. Die frühzeitige Identifizierung, Überwachung und Steuerung dieser Chancen erfolgt ebenfalls im Rahmen des Chancen- und Risikomanagements. Dabei gilt es, die entsprechenden Chancenpotenziale sowohl auf Ebene der einzelnen Geschäftsbereiche als auch auf der Gesamtebene der Unternehmensgruppe zu

erkennen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Auf Grundlage der internen Chancen- bzw. Risikoerkennung und -bewertung haben die folgenden Sachverhalte eine wesentliche Bedeutung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Übergreifende Risiken ergeben sich v. a. infolge der Ukraine- und Energiemarktkrise. Insbesondere bei Absatzmengen, Preisen, Margen und Liquidität entstehen neue Risiken. Die potentiellen Auswirkungen bestehender Risiken vervielfältigen sich dabei zunehmend. Die allgemeine Risikosituation verschärft sich durch die anhaltende und sich verstärkende Material- und Dienstleisterknappheit sowie eine drohende Rezessionsgefahr in Europa. Als Reaktion auf die komplexe Risikosituation wurde insbesondere über die TEAG-Unternehmensgruppe u. a. ein regelmäßig tagender Krisenstab eingerichtet, die Beschaffungspolitik überarbeitet, der Gasspeicher der TEAG weiter befüllt und sich generell noch intensiver mit Kunden, Lieferanten, verschiedenen Verbänden und dem Gesetzgeber abgestimmt.

Prinzipiell unterliegt die Energiewirtschaft fortwährend strukturellen Veränderungen. Die aktuellen geopolitischen Ereignisse jedoch bedingen geschäftsfeldübergreifend zusätzliche umfangreiche und tiefgreifende Veränderungen, nicht zuletzt aus rechtlicher Perspektive (u. a. im Hinblick auf die Soforthilfen für Letztverbraucher sowie die Einführung eines Gas-, Wärme- und Strompreisdeckels).

Durch die Anstrengungen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit sowie durch die Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung verändert sich das Marktumfeld der Geschäftsfelder. Die bereits vollzogenen strukturellen Veränderungen, insbesondere großer EVU, wirken sich umfassend auf die Bereiche Vertrieb, Netze und Erzeugung aus. Dies führt zur Entstehung neuer Chancen und Risiken. Durch den Markteintritt neuer Wettbewerber können sich zudem Form, Richtung und Intensität des Wettbewerbs innerhalb der Branche grundlegend verändern. Marktteilnehmer wachsen mitunter aus ihren bisherigen Nischen heraus und intensivieren so den Wettbewerb unter den bestehenden Marktteilnehmern. Auch Schnittstellen zu anderen Branchen sowie mögliche Kettenreaktionen innerhalb der Energiebranche können weitere Risiken bergen. Gegenläufige Tendenzen hingegen können sich aus dem Marktaustritt einzelner Versorger ergeben.

Das Fortdauern der Corona-Pandemie bzw. deren ungewisser weiterer Verlauf stellt nicht nur eine anhaltende gesundheitliche Gefahr für die Mitarbeiter dar, sondern birgt ebenso auch das Risiko wirtschaftlicher Folgeschäden. Aus der Dynamik des Pandemiegesehens ergeben sich weitreichende Risiken in allen Geschäftsbereichen, so u. a. auch im Hinblick auf die weltweit weiterhin angespannten Lieferketten. Den entsprechenden Herausforderungen wird mit einer Vielzahl erprobter Gegenmaßnahmen bzw. Maßnahmen zur Risikoreduzierung begegnet. Das übergeordnete Ziel liegt immer im sicheren Betrieb der anvertrauten Infrastruktur bei gleichzeitiger Minimierung der Infektionsrisiken für die Mitarbeiter und die Gesellschaft. ...

Durch die Dynamik des Marktumfelds bzw. die entsprechenden Transformationsprozesse ergeben sich darüber hinaus aber auch verschiedene strategische Entwicklungschancen. Die aktuellen Veränderungen gehen dabei über die bisherigen, im Rahmen der Hochrechnungen bzw. Mittelfristplanungen betrachteten Ansätze hinaus. Die mit der Energie-, Wärme-, und Verkehrswende einhergehenden bzw. entstehenden Geschäftschancen beispielsweise bieten das Potenzial, den Unternehmenserfolg nachhaltig positiv zu beeinflussen.

Übergreifende Chancen ergeben sich insbesondere auch durch die Entwicklung und Nutzung neuer, innovativer Technologien, aus denen wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen hervorgehen können. Entsprechende Geschäftspotenziale sind aktuell u. a. durch die Portfolioentwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien, den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur im Bereich Elektromobilität, durch eine konsequente Fortführung der Digitalisierung im

Bereich des Messwesens sowie durch den weiteren Ausbau des Dienstleistungsgeschäftes (z. B. im Bereich Geoinformationssysteme, Redispatch 2.0 und Glasfaser) gegeben. Im Bereich Wasserstoff bestehen weitere wichtige Entwicklungschancen, die wesentlich zur Umsetzung des Versorgungsauftrages sowie der Nachhaltigkeitsziele beitragen.

Die Implementierung neuer Technologien ist gleichzeitig auch mit möglichen strategischen Risiken verbunden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Transformationsprozesse ist dabei zunächst die übergreifende Frage zu berücksichtigen, auf der Grundlage welcher Energieträger, Technologien und Verteilsysteme sich eine stabile Versorgungslage in Deutschland realisieren lässt, solange ein umfassender Ausbau der erneuerbaren Energien noch nicht abgeschlossen ist. Im Geschäftsfeld Messwesen beispielsweise führt in Bezug auf den Rollout der sog. „intelligenten Messtechnik“ die Dynamik der regulatorischen Rahmenbedingungen des derzeit stattfindenden Wechsels von konventionellen Messgeräten hin zu iMSys zu erheblichen Unsicherheiten. Im Bereich Telekommunikation entstehen im Rahmen des Glasfaserausbau Risiken u. a. durch konkurrierende Infrastruktur und den Einfluss der anhaltenden Inflation. Konkrete Risiken bestehen zudem durch die von der Bundesregierung geplante Erweiterung der Förderbarkeit des Breitbandausbaus im Hinblick auf die Beseitigung der sog. „grauen Flecken“. Die bisherige Förderung von Anschlüssen mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von weniger als 30 Mbit/ s (sog. „weiße Flecken“) soll zukünftig auf alle nicht-glasfaserbasierten Anschlüsse ausgeweitet werden.

Sämtliche Geschäftsfelder werden von einer steigenden Komplexität und Verknüpfung von Prozessketten sowie durch einen zunehmenden Digitalisierungsgrad geprägt. Dadurch steigt die konzerninterne und unternehmensübergreifende Abhängigkeit von den verwendeten IT-Systemen hinsichtlich deren Verfügbarkeit und Stabilität. Ein Ausfall der IT-Unterstützung wäre mit erheblichen Personal- und Wiederbeschaffungskosten sowie längeren Bearbeitungszeiten verbunden. Aktuell stellen Cyberangriffe eine gestiegene Bedrohung für Betreiber kritischer Infrastrukturen dar. Die Zielstellung der Angriffe ist dabei vielfältig. Technische Maßnahmen zur Vermeidung dieses Risikos liegen u. a. im internen Kontrollsystem, verschiedenen Backup-Strategien, dem Berechtigungs- und Zutrittsmanagement, mehrstufigen Firewalls und anderen Verschlüsselungstechnologien. Zudem erfolgen regelmäßige Überprüfungen der vorhandenen IT- bzw. Sicherheitsarchitektur, umfangreiche Schulungen der Mitarbeiter sowie die Kommunikation aktueller Bedrohungsszenarien an die Belegschaft.

Zusätzliche Risiken ergeben sich aus den sich abzeichnenden Folgen des Klimawandels. Extremwetterlagen wie Sturm, Orkan, Hagel, Nassschnee oder extreme Hitze können zu erheblichen Schäden an den Netzanlagen bzw. an den angeschlossenen Erzeugungsanlagen von Kunden führen. Die potentiellen Folgeschäden reichen dabei von materiellen Aspekten - beispielsweise in Bezug auf Wiederbeschaffungs- bzw. Wiederinstandsetzungskosten von Netzbestandteilen bzw. Anlagen - bis hin zu latenten, systemischen Risiken, wie etwa zeitlich begrenzten lokalen oder auch regionalen Versorgungsunterbrechungen. Vor dem Hintergrund verschiedener Krisenvorkehrungen und -konzepte sowie der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen und der entsprechenden Investitionen (z. B. in Erdverkabelung), ist das aktuelle Risikopotenzial insgesamt jedoch bisher als eher gering einzustufen...

Mit der Inbetriebnahme der neuen Gasmotorenanlage am Standort des HKW Jena im kommenden Geschäftsjahr wird dem Bedarf an hochflexibler, gesicherter Erzeugungsleistung entsprochen; diese gesicherte Leistung gewinnt mit dem voranschreitenden Ausbau der volatilen erneuerbaren Energien weiter an Bedeutung.

Der Bedarf an CO₂-neutralen Strom- und Wärmelösungen nimmt, insbesondere auch im neuen Marktumfeld, weiter zu. Die steigende Nachfrage nach regenerativen Energielösungen wird dabei, neben dem Klimaschutzgedanken,

zunehmend auch durch den Wunsch nach größerer Autarkie in der Energieversorgung und ein ausdrückliches Interesse an nachhaltiger Preisstabilität getrieben. Das Interesse an von den aktuellen Marktpreisentwicklungen bei den fossilen Energieträgern unabhängigeren Wärme- und Stromlösungen steigt massiv. Die Geschäftsaktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energieerzeugung werden daher, ausgerichtet an diesen Interessen, auch im kommenden Geschäftsjahr weiter ausgebaut. Hierzu wird das Angebot entlang der gesamten Wertschöpfungskette in der grünen Wärme- und Stromversorgung weiter gestärkt und Kunden auch im kommenden Geschäftsjahr innovative energiewirtschaftliche Lösungen, nicht zuletzt im Rahmen von Quartiersprojekten, angeboten werden, um die Energiewende gemeinsam umzusetzen. Zur nachhaltigen Geschäftsentwicklung werden weitere Synergien gehoben und auch neue Geschäftsfelder, wie etwa das Wasserstoffgeschäft, aufgebaut und gemeinsam mit den entsprechenden Partnern entwickelt werden.

Bei den erneuerbaren Energien ist insbesondere im Privatkundengeschäft von einer weiteren Zunahme von Kundenanfragen auszugehen. Im Einzelnen gewinnen u. a. Batteriespeicherlösungen zur Eigenverbrauchssteigerung weiter an Bedeutung. Zudem ist von einer erhöhten Nachfrage nach PV-Lösungen, beispielsweise im Rahmen von Wärmeverbundprojekten, auszugehen. Der steigende Bedarf am Markt zur Umsetzung klimafreundlicher Quartiersprojekte wird auch im kommenden Berichtszeitraum weiter aufgenommen.

Um die Wertschöpfung in der Region weiter zu stärken, wird im Geschäftsjahr 2023 verstärkt in nachhaltige Ausbauprojekte auf lokaler und regionaler Ebene investiert werden. Eine zügige Flächensicherung wird dabei weiter im Fokus der Geschäftsaktivitäten stehen. Für die Entwicklung, die Planung und den Bau von PV-Anlagen sind in den kommenden Geschäftsjahren Investitionsbeträge vorgesehen, die die Investitionssummen der vorangegangenen Geschäftsjahre deutlich überschreiten. Neben der fortlaufenden Realisierung von Kundenprojekten wird bis zum Jahr 2025 zudem der Aufbau eines TEAG-eigenen EE-Portfolios im Umfang von bis zu 250 MWp angestrebt.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Entwicklungen wird im Geschäftsfeld erneuerbare Energien für das kommende Geschäftsjahr von deutlich steigenden Umsatzerlösen ausgegangen, die einerseits aus der Stromvermarktung und andererseits aus einer geplanten Ausweitung des Dienstleistungsgeschäftes resultieren. Negative Effekte ergeben sich mitunter aus steigenden Materialpreisen und Lieferverzögerungen bei wichtigen Komponenten, wie etwa Wechselrichtern, Zählerschränken und Trafostationen sowie der derzeitigen Zinsentwicklung.

Die Energieversorgung in Deutschland ist in ein starkes und stabiles europäisches Stromverteilnetz eingebunden. Der Freistaat Thüringen im Netzgebiet von 50Hertz profitiert dabei von seiner zentralen Lage im europäischen Netz. Für den Erhalt des hohen Versorgungsniveaus werden jedoch auch in Zukunft signifikante Netzinvestitionen notwendig sein, insbesondere vor dem Hintergrund des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Auf der Grundlage der Klimaziele der Bundesregierung wurden umfassende Analysen der weiteren Entwicklung der Last- und Einspeisesituation entsprechende Investitionsstrategien für das Stromnetz erstellt. Aus diesen Untersuchungen ergibt sich ein signifikant erhöhter Ausbaubedarf auf allen Ebenen. Daher werden die Investitionsprojekte in den Netzum- und -ausbau über die TEAG-Tochtergesellschaft TEN auch in den kommenden Geschäftsjahren weiter vorangetrieben und ihre Investitionsvolumen erhöht. Auch im kommenden Jahr wird weiter an den notwendigen Voraussetzungen einer sicheren und zuverlässigen Netzeinspeisung dezentraler Erzeugungsanlagen gearbeitet werden, um so das Profil eines zentralen Akteurs der Energiewende in Thüringen, nicht zuletzt auch im Netzbereich, weiter zu schärfen. Unter Nutzung der Chancen der Digitalisierung werden zu diesem Zweck insbesondere auch der Netzbetrieb und die digitalen Steuerungssysteme weiterentwickelt und optimiert.

Die Möglichkeiten der Digitalisierung führen zu verbesserten Steuerungsmöglichkeiten (so u. a. im Hinblick auf den Einsatz von Reservekraftwerken), wozu auch eine bessere Fernüberwachung und eine verbesserte Planung des Einsatzes von Ausgleichsenergie zählt. Die Digitalisierung schafft zudem präzisere Prognosemöglichkeiten bei der Einspeiseleistung aus erneuerbaren Energieanlagen, was der Energiewende insgesamt zugutekommt.

Die BNetzA hat vor dem Hintergrund der Energiemarktkrise verschiedene Regelungen getroffen, die es erlauben, einige Kostenpositionen, die in Verbindung mit der Gaskrise auftreten, oder sich durch diese stark verändern, in beschränktem Umfang in der Erlösobergrenze geltend zu machen. Dies kann mit Effekten auf die Erlössituation im Netzgeschäft einhergehen. Der Eintritt in die vierte Regulierungsperiode (Gas 2023/ Strom 2024) ist von einer signifikanten Absenkung der Eigenkapital-Verzinsung (EK-Verzinsung) gekennzeichnet. Da die EK-Verzinsung den zugestandenen regulatorischen Gewinn darstellt, wird dies die Ergebnissituation im Netzbereich nachhaltig beeinflussen. Der Übergang in die neue Regulierungsperiode wird zudem von verschiedenen weiteren Unsicherheitsfaktoren begleitet, die u. a. die Festlegung des Ausgangsniveaus Strom für die vierte Regulierungsperiode, die Festlegung der Effizienzwerte im Strom- und Gasbereich sowie die Festlegung des allgemeinen Produktivitätsfaktors betreffen. Die Ermittlung der Effizienzwerte, des generellen sektoralen Produktivitätsfortschritts sowie des Kapitalkostenabzuges durch die BNetzA standen zum Stichtag noch aus.

Eine präzise Prognose der Geschäftsentwicklung im Vertriebsbereich ist unter den aktuellen Marktbedingungen nur bedingt möglich. Dies betrifft sowohl die Beschaffungs- als auch die Absatzseite der vertrieblichen Aktivitäten. Im Energieeinkauf besteht eine weiterhin angespannte Marktsituation, die zur Suche nach neuen Beschaffungslösungen zwingt. Auf der Absatzseite ist das tatsächliche Abnahmeverhalten von Privathaushalten im Hinblick auf mögliche Einsparungen vor dem Hintergrund der Preisentwicklung und hohen Inflation kaum verlässlich prognostizierbar. Des Weiteren bergen drohende Unternehmensinsolvenzen das Risiko von frei werdenden Mengen. Diese führen bei einem Rückverkauf an den Markt ein entsprechendes Preisrisiko mit sich. Das Risiko drohender Zahlungsausfälle hingegen wird sich mit der Einführung der Gas-, Wärme- und Strompreisbremse verringern.

Aktuell plant die TEAG-Unternehmensgruppe auf der Absatzseite für das Geschäftsjahr 2023, trotz der Vielzahl der Herausforderungen, mit einem Stromabsatz i. H. v. rund 8.100 GWh, einem Gasabsatz i. H. v. rund 6.100 GWh sowie einem Wärmeabsatz i. H. v. rund 1.100 GWh. Die zukünftige Geschäftsentwicklung im Vertriebsbereich wird, neben der Energiemarktkrise, weiterhin auch durch die Corona-Auswirkungen bestimmt. Neue gesetzliche Rahmenbedingungen hingegen haben insbesondere im Vertriebsbereich, eine große Bedeutung und mitunter weitreichende Konsequenzen.

Die den EVU vom Gesetzgeber übertragene praktische Umsetzung der Gas-, Wärme- und Strompreisbremse gestaltet sich, v. a. im Hinblick auf die komplexen gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie die zum Beauftragungszeitpunkt weder existenten noch automatisierten Marktprozesse, als extrem anspruchsvoll, organisations- und ressourcenintensiv. Die Umsetzung wird auch im kommenden Geschäftsjahr entsprechende vertriebliche Organisations- und IT-Prozesse mit sich führen. ...

Auf Basis der thüringenweiten Vermarktung verstärkt sich zudem der Fokus auf die Nutzung von unternehmensinternen Synergieeffekten bei der Vermarktung von Telekommunikationsprodukten. Weitere Kundenpotenziale können sowohl innerhalb der TEAG-Unternehmensgruppe als auch durch Kooperation mit externen Anbietern, wie etwa Stadtwerken, durch das Angebot günstiger Produkt-Bundles u. a. in den Bereichen Strom-, Gas- und Glasfaser gehoben werden.

Neben der laufenden Umsetzung der Förderprojekte im Rahmen des Bundesbreitband-Förderprogrammes werden in den kommenden Geschäftsjahren insbesondere auch eigenwirtschaftliche Erschließungsprojekte weiter vorangetrieben. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Digitalisierung wird in den Folgejahren ein zunehmender Ausbaubedarf mit deutlichen Nutzerzuwächsen erwartet. Auch wird davon ausgegangen, dass der Trend zu höheren Bandbreiten weiter anhält. Im Hinblick auf eine anhaltend hohe Inflation ist jedoch nicht sicher, ob Kunden auch zukünftig bereit sein werden, höhere Entgelte für leistungsfähigere Telekommunikationsprodukte zu zahlen. Eigenwirtschaftliche Ausbauprojekte von FTTB/ FTTH-Anschlüssen jedenfalls werden zur Erschließung neuer Kundengebiete, wie auch zum Überbau vorhandener FTTC-Strukturen führen. Mit einem Überbau kann zukünftig eine Migration von FTTC-Anschlüssen hin zur FTTH-Infrastruktur erfolgen.

Weitere Impulse sind, beispielsweise durch die Digitalisierung des Messwesens, mit dem Entstehen neuer Geschäftsmodelle u. a. im Bereich der Wohnungswirtschaft gegeben. Auch hier wird sich die TNK weiter in entsprechenden Pilotprojekten bzw. bei der Realisierung von neuen Marktkonzepten engagieren.

Im Hinblick auf die Geschäftsaktivitäten der TGG ist zudem davon auszugehen, dass mit der vom Bund angekündigten neuen Förderrichtlinie zum sog. „dunkelgraue Flecken“-Programm die derzeitige Aufgreifschwelle für den förderfähigen Netzausbau von 100 MBit/ s auf Anschlüsse von bis zu 200 MBit/ s angehoben werden wird. Dies würde - außer in mit Kabelnetzen versorgten Gebieten - effektiv zu einer vollständigen Förderfähigkeit in Thüringen führen. Für die Gesamtheit potenzieller förderfähiger Adressen würde dies einen deutlichen Anstieg bedeuten, da somit auch die sog. „Super-Vectoring-Gebiete“ förderfähig wären. Der tatsächliche Beginn des neuen Förderprogramms ist für April 2023 angekündigt worden. Insgesamt wird für die kommenden Geschäftsjahre mit steigenden Umsatzerlösen aus dem Telekommunikations- bzw. Glasfasergeschäft gerechnet.

Zu erwarten ist, dass das Beteiligungsergebnis auch im Geschäftsjahr 2023 wesentlich durch Stadtwerksbeteiligungen der TEAG beeinflusst werden wird. Im Zuge der vielfältigen Auswirkungen der Energiemarktkrise, die geschäftsfeldübergreifend planerische Unwägbarkeiten und Herausforderungen mit sich führen, ist zukünftig mit tendenziell rückläufigen Ergebnisbeiträgen aus Stadtwerksbeteiligungen zu rechnen. Die Thüringer Stadtwerke stehen, trotz ihrer stabilen Ausgangslage, vor ähnlichen Herausforderungen wie alle anderen Akteure im Markt. Diese ergeben sich allerdings nicht ausschließlich aus dem derzeit stark angespannten Marktumfeld, sondern auch aus den neuen gesetzlich-regulatorischen Rahmenbedingungen mit Beginn der vierten Regulierungsperiode. Marktpreisbasierte Risiken bestehen für das kommende Geschäftsjahr v. a. auch in Form von kundenseitig realisierten Einsparpotenzialen bzw. Mengenrückgängen infolge der Preisanstiege und damit verbundener Margenverluste. Das gestiegene Preisniveau und die hohe Inflation führen zudem zu Kaufkrafteinbußen bei Kunden. Daher wird spartenübergreifend von potentiellen Absatz- und Ergebnisrückgängen ausgegangen. Zur Sicherung zukünftiger Erträge wird im Beteiligungsportfolio auch aus diesem Grund daher zunehmend auf neue Geschäftsfelder gesetzt: Für das Geschäftsjahr 2023 ist geplant, u. a. das Geschäftsfeld Wasser durch die Übernahme entsprechender Betriebsführungsleistungen weiter aufzubauen.

Die Folgen einseitiger Abhängigkeiten im Energie- und Technologiebereich haben sich im zurückliegenden Berichtszeitraum insbesondere in der Energiewirtschaft deutlich gezeigt. Das neue Bewusstsein muss zu einem noch engeren Zusammenrücken der Europäer und einem grundlegenden Umbau der europäischen Energiemärkte sowie auch der deutschen Energieversorgung führen. Die KEBT hat sich auf diesen Strukturwandel und die anstehenden, gewaltigen Zukunftsaufgaben durch die konsequente Erweiterung und Diversifizierung der Geschäftsbereiche eingestellt. Das Geschäftsjahr 2023

wird, wie auch die kommenden Jahre, geprägt sein vom Umbau der Energieversorgungsstrukturen. Umfangreiche Projekte in den Bereichen Erzeugung, Netze, Erneuerbare, Elektromobilität und Glasfaser werden zu realisieren sein. Viele der aktuellen und zukünftigen Entwicklungen bedingen sich dabei wechselseitig, was sich auch in den einzelnen Geschäftsbereichen widerspiegelt. So werden Energiewende und Versorgungssicherheit nur durch einen umfassenden Zu-, Um- und Ausbau von Erzeugungsanlagen umzusetzen bzw. zu gewährleisten sein, welcher einhergehen muss, mit einer deutlichen Erweiterung und Sicherung der Energieverteilungsstrukturen. Ein geregelter Betrieb bzw. eine planmäßige Steuerung der Netze wiederum kann nur durch eine erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung gelingen. Die Hauptzielpfade der Energiewende, d. h. Dekarbonisierung, Dezentralisierung und Digitalisierung, wird der KEBT-Konzern - auch als Antwort auf die Energiemarktkrise - in den kommenden Geschäftsjahren noch zielstrebig beschreiten. Zu diesem Zweck wurde ein Investitionsvolumen auf Rekordniveau beschlossen. Mit diesen Investitionen werden die notwendigen Weichen gestellt für eine nachhaltige Ausrichtung der Energieerzeugungs- und -verteilungsstrukturen. Konkrete Projekte werden geprägt sein u. a. vom zu erwartenden Lastzuwachs im Netz (infolge des Anstieges der Einspeisung aus erneuerbaren Energien), dem Thema IT-Sicherheit und Infrastruktur, dem Rollout der iMSys und dem Aufbau von leistungsfähigen Ladekapazitäten im Bereich Elektromobilität.

Über die Stärkung der Netze wird nicht nur für eine unabhängige und sichere Energieversorgung gesorgt und gesetzliche Ausbaupflichten in Thüringen umgesetzt, sondern durch lokale Wertschöpfungsketten auch der Lebens- und Wirtschaftsstandort Thüringen gestärkt. Zudem werden so auch in Zukunft weiterhin sichere Erträge für die kommunalen Anteilseigner der KEBT erwirtschaftet. Hierzu werden alle notwendigen Schritte unternommen, um über eine Diversifikation und Erweiterung des Konzernportfolios die Energiewende in Thüringen, und über die Landesgrenzen des Freistaates hinaus, mit zukunftsorientierten Projekten umzusetzen. Zu diesem Zweck werden im kommenden Geschäftsjahr weitere Synergien gehoben und weitere Produktkombinationen aus den verschiedenen Geschäftsfeldern in vertriebsreife Standards überführt werden, von denen steigende Umsatzerlöse zu erwarten sind.

Für das Geschäftsjahr 2023 rechnet die KEBT mit einem EBITDA i.H. v. 210 bis 230 Mio. € und einem EBT i. H. v. 65 bis 80 Mio. €. Der Konzernjahresüberschuss wird im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich einen Wert zwischen 45 und 55 Mio. € erreichen. Für das Jahr 2023 sind Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt rund 300 Mio. € vorgesehen; dieser Wert wird in den Folgejahren voraussichtlich noch weiter überschritten werden. Der Großteil der Investitionen wird in den Aus- und Umbau der 7 Netze fließen; mit Investitionsschwerpunkten in den Bereichen Strom- und Glasfasernetze, grüne Wärmeversorgung, Elektromobilität und Digitalisierung. Wesentlicher Treiber des Investitionsprogrammes sind die energiewendebedingten Netzinvestitionen. Für die anstehenden Umsetzungsaufgaben sind sowohl Eigen- als auch Fremdkapitalfinanzierungen vorgesehen.

In welchem Umfang es im Geschäftsjahr 2023 zu Abweichungen von dieser Planung kommen wird, hängt stark vom weiteren Verlauf der Energiemarktkrise und der Entwicklung der globalen Handels- bzw. Lieferketten ab. Planerische Unsicherheiten ergeben sich insbesondere auch durch die anhaltende Preisdynamik an den Beschaffungsmärkten.

Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mit berücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Energie zu regeln.

Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde oder Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Energieversorgung über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Der überwiegende Teil der Kommunen im Freistaat Thüringen hat sich dabei für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) sowie deren Tochterunternehmen, entschieden. Die TEAG in Verbindung mit den Tochterunternehmen sichert dabei für die Gemeinden und Städte die Energieversorgung, auch wenn durch die Liberalisierung des Energiemarktes die Versorgung der Gemeinden und Städte mit Energie auch von weiteren Unternehmen vorgenommen werden kann.

Die Beschaffung bzw. Erzeugung sowie die Verteilung von Energie ist auch wesentlicher Gegenstand der TEAG. Die mittelbare Beteiligung an der TEAG über die KEBT AG (bzw. den KEBT-Konzern) sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung. Dabei steht die Beteiligung der Gemeinden und Städte an der TEAG im Einklang mit ihrer Leistungsfähigkeit.

Durch den Erwerb der Anteile an der TEAG vom privaten Anteilseigner E.ON Energie AG im Jahr 2013 hält die kommunale Seite rund 85 % an der TEAG.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des KEBT-Konzerns
Auszug aus der Bilanz des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2022:

Angaben in T€	31.12.2022	31.12.2021
Aktiva		
Anlagevermögen	2.252.138	2.167.644
Umlaufvermögen	589.442	320.711
Rechnungsabgrenzungsposten	1.073	830
Akt. Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	492	1.850
Bilanzsumme	2.843.145	2.491.035
Passiva		
Eigenkapital	468.530	438.835
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	315.983	326.634
Zuschüsse	112.235	106.809
Sonderposten für Investitionszuschüsse	60.706	23.822
Rückstellungen	522.525	413.835
Verbindlichkeiten	1.160.231	970.607
Rechnungsabgrenzungsposten	7.312	6.971
Passive latente Steuern	195.623	203.522
Bilanzsumme	2.843.145	2.491.035

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2022:

Angaben in T€	31.12.2022	31.12.2021
Umsatzerlöse, Erhöhung/Verminderung (VJ) des Bestandes an unfertigen Leistungen, andere aktivierte Eigenleistungen	2.309.385	1.867.549
Sonstige betriebliche Erträge	165.985	42.443
Materialaufwand	1.965.532	1.531.798
Personalaufwand	139.207	142.338
Abschreibungen	109.195	105.075
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	2.000
Sonstige betriebliche Aufwendungen	145.587	22.449
Erträge aus at Equity bewerteten Unternehmen	14.908	14.878
Erträge aus sonstigen Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.142	2.254
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.102	1.299
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen	62.107	46.513
Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	72.894	78.250
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	19.458	25.951
Jahresüberschuss	53.436	52.299
Nicht beherrschende Anteile	11.852	11.717
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	40.582	34.415
Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutteruntern.	9.572	9.572
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	31.010	24.843
Bilanzgewinn	41.584	40.582

**Beteiligungen des
KEBT-Konzerns mit
der Höhe des
Anteils am Kapital**

Konzernzugehörigkeit und Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Gemäß § 290 Abs. 1 HGB ist die KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT) grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen. Die KEBT hat ihren Sitz in Erfurt, Alfred-Hess-Straße 37 und wird beim Amtsgericht Jena unter der Handelsregisternummer HRB 113190 geführt.

Die KEBT ist gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises. Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden nach § 325 HGB bei der das Unternehmensregister führenden Stelle elektronisch eingereicht und dort bekannt gemacht. Diese Unterlagen sind im Unternehmensregister zugänglich.

Folgende verbundene Unternehmen sind neben der KEBT in den Konzernabschluss einbezogen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
TEAG Thüringer Energie AG	Erfurt	82,15
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG*	Erfurt	100,00
TES Thüringer Energie Service GmbH*	Jena	100,00
Thüringer Netkom GmbH*	Weimar	100,00
TWS Thüringer Wärme Service GmbH*	Rudolstadt	100,00
TEAG Mobil GmbH**	Erfurt	100,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH*	Ilmenau	74,90

* direkte Beteiligung der TEAG

** vormals Thüringer Energie Vierzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH

Nicht einbezogene Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs GmbH & Co. KG*	Erfurt	100,00
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungsverwaltungs GmbH**	Erfurt	100,00
eness GmbH*	München	100,00
FBB Fernwärme Bad Blankenburg GmbH*	Bad Blankenburg	74,00
Innosun GmbH*	Sömmerda	50,10
NGA Netzgesellschaft Altenburger Land mbH*	Erfurt	100,00
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG*	Schmalkalden	74,90
NG Netzgesellschaft Schmalkalden Verwaltungs-GmbH**	Schmalkalden	74,90
TEAG Solar GmbH***	Erfurt	100,00
TEAG Solar 1. Projekt GmbH****	Erfurt	100,00
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Fünfzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Siebzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Achtzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Neunzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Zwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Einundzwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH*	Erfurt	100,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

*** vormals KomSolar Service GmbH

**** vormals TEAG Thüringer Energie Sechzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH

Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (evb)*	Eisenach	25,10
Energieversorgung Apolda GmbH*	Apolda	49,00
Energieversorgung Greiz GmbH*	Greiz	49,00
Energieversorgung Nordhausen GmbH*	Nordhausen	40,00
Energieversorgung Rudolstadt GmbH*	Rudolstadt	23,90
Energiewerke Zeulenroda GmbH*	Zeulenroda-Triebes	74,00
Innosun Service GmbH*	Sömmerda	50,00
Stadtwerke Arnstadt GmbH*	Arnstadt	44,00
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH*	Bad Langensalza	40,00
Stadtwerke Gotha GmbH*	Gotha	30,00
Stadtwerke Mühlhausen GmbH*	Mühlhausen	23,90
Stadtwerke Sondershausen GmbH*	Sondershausen	23,90
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH*	Suhl	44,42
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH*	Weimar	49,00
SWE Energie GmbH*	Erfurt	29,00
SWE Netz GmbH*	Erfurt	29,00
TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH*	Erfurt	50,00
Thüringer Glasfasergesellschaft mbH	Erfurt	20,00

* direkte Beteiligung der TEAG

Nicht nach der Equity-Methode einbezogene assoziierte Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Energieversorgung Inselberg GmbH*	Waltershausen	20,00
KEYWEB AG*	Erfurt	25,10
Netzgesellschaft Eisenberg mbH*	Eisenberg	49,00
Neue Energien Bad Salzungen GmbH*	Bad Salzungen	40,00
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH*	Eisenberg	49,00
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH*	Leinefelde-Worbis	49,00
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH*	Neustadt an der Orla	20,00
Stadtwerke Stadtroda GmbH*	Stadtroda	24,90
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Geschäftsführungsgesellschaft mbH**	Erfurt	40,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG*	Erfurt	30,00
Wärmegesellschaft Bad Lobenstein*	Bad Lobenstein	49,90
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH*	Sollstedt	49,00
WGS - Wärmegesellschaft mbH Saalfeld*	Saalfeld	24,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

Aufgrund der Bedeutung hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit und des daraus resultierenden Einflusses auf die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erfolgt die Einbeziehung der in vorstehender Übersicht aufgezählten Gesellschaften in den Konzernabschluss zum Buchwert.

Mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG

Gegenstand des Unternehmens TEAG

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität und anderen Energiearten, insbesondere deren Erzeugung, Bezug, Verteilung und Abgabe, die Versorgung mit Wasser, die Entsorgung, die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten auf Basis von Breitbandnetzen, die Erbringung damit im Zusammenhang stehender Dienstleistungen sowie die Errichtung und der Betrieb hierzu geeigneter Werke und Anlagen. Gegenstand ist auch der Handel mit Energie jeder Art sowie Geräten und Anlagen zur Nutzung der Energie sowie der Erwerb von und die Beteiligung an gleichen, verwandten oder damit zusammenhängenden Unternehmen.

Gründungsdatum der Gesellschaft

Am 17. Oktober 1923 wurde die Thüringische Landeselektrizitätsversorgungs-Aktiengesellschaft „Thüringenwerk“ gegründet. Über verschiedene Zwischenschritte und verschiedene Anteilseignerstrukturen entstand die aktuelle Unternehmens- und Beteiligungsstruktur, welche nunmehr seit März 2013 besteht.

Aktionäre der TEAG zum 31. Dezember 2022

Aktionäre	Stück	%
KEBT AG	2.430.759	82,2
Thüga	449.471	15,2
GkSA	75.605	2,5
Sonstige Kommunale Anteilseigner	2.930	0,1
Gesamt	2.958.765	100,00

Die Gemeinde/Stadt hatte zum 31. Dezember 2022 durch ihre Beteiligung an der KEBT AG einen mittelbaren Anteil von 82,15 % an der TEAG. Die TEAG-Aktien haben zum 31. Dezember 2022 einen Anteil am Grundkapital von 33,80 Euro (Vorjahr 33,80 €) je Aktie.

Abschlussprüfer

Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüferin den Jahresabschluss und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2022 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses hat sich dabei auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz erstreckt.

Organe der TEAG zum 31. Dezember 2022

Dem Aufsichtsrat der Thüringer Energie AG gehörten im Jahr 2022 an:

Michael Brychcy

Bürgermeister der Stadt Waltershausen und Präsident des Gemeinde- und Städtebunds Thüringen e.V., Erfurt, *Vorsitzender ab 30. Juni 2022*

Dr. Karl Kauermann

Vorsitzender des Vorstands der K.M.T. Immobilien AG, Berlin, *Vorsitzender bis 30. Juni 2022*

Ariane Vollrath

Vorsitzende des Konzern- und Gesamtbetriebsrats der TEAG und Vorsitzende des Betriebsrats der Hauptverwaltung, Erfurt, *Erste stellvertretende Vorsitzende*

Olaf Czernomoriez

Gründungs- und Transaktionsberater, *Zweiter stellvertretender Vorsitzender ab 30. Juni 2022*

Tonio Barthel
Bereichsleiter der TEAG Thüringer Energie AG, *Mitglied ab 21. März bis 30. Juni 2022*

Dr. Johannes Bruns
Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen, *Mitglied ab 15. Februar 2022*

Dr. Andreas Cerbe
Ehemaliger Netzvorstand der RheinEnergie AG, nunmehr Freiberufler, Gesamtprojektleiter für den Glasfaserausbau der Hansestadt Hamburg, *Mitglied ab 30. Juni 2022*

Nico Dame
Mitglied des Betriebsrats Süd und Leiter des Betriebsteams Hildburghausen der TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt/Hildburghausen, *Mitglied*

Sylvia Hartung
Bürgermeisterin der Einheitsgemeinde Gerstungen a.D., *Mitglied ab 15. Februar 2022*

Michael G. Feist
Pensionär, Schwangau, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der enercity AG, Hannover, *Mitglied*

Sven Gregor
Bürgermeister der Stadt Eisfeld und Aufsichtsratsvorsitzender der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, Erfurt, *Mitglied*

Anja Heilmann
Mitglied des Betriebsrats der Hauptverwaltung der TEAG sowie Referentin Gastechnik, Erfurt, *Mitglied*

Franka Hitzing
Referentin für Regelschulen am staatlichen Schulamt Nordhausen und Ortschaftsbürgermeisterin der Gemeinde Friedrichsthal (Thüringen) und erste Beigeordnete der Landgemeinde Stadt Bleicherode, *Mitglied*

Inka Jonke
Bereichsleiterin der TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt, *Mitglied ab 30. Juni 2022*

Jonas Lamprecht
Mitglied Betriebsrat Nord der TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG sowie Fachingenieur Betrieb Sekundärtechnik, Bleicherode, *Mitglied ab 30. Juni 2022*

Stefanie Preikschat
Geschäftsführerin der Gesellschaft der kommunalen Strom-Aktionäre Thüringen mbH sowie Geschäftsführerin der Kommunalen Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT), Erfurt, *Mitglied*

Ralf Rusch
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebunds Thüringen e.V., Erfurt, *Mitglied*

Frank Schmidt
Verbandsvorsitzender Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET) und Bürgermeister der Stadt Auma-Weidatal, *Mitglied*

Katja Wolf
Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach, Eisenach, *Mitglied*

Torsten-Michael Voigt
Kraftwerker MSR-Technik, Jena, stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der TEAG Thüringer Energie AG und Vorsitzender des Betriebsrats Erzeugung der TEAG, *Mitglied bis 30. Juni 2022*

Thomas Ziermann
Gesamtbetriebsratsvorsitzender und Mitglied des Betriebsrats Ost der TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt, und Erster Netzmonteur, Schleiz, *Mitglied*

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr an die Mitglieder des Aufsichtsrats gewährten Gesamtbezüge betragen 318 T€ (im Vorjahr: 194 T€).

Dem Vorstand der TEAG gehörten im Jahr 2022 an:

Stefan Reindl, Vorstandsvorsitzender
Vorstandsbereiche: Unternehmensentwicklung und Kommunikation, Vorstandsbüro, Rechnungswesen, Finanzen und Steuern, Controlling und Materialwirtschaft, Recht und Versicherungen, interne Revision und Datenschutz, Informationstechnik, IT-Betrieb und -Service, Telekommunikationsdienstleistungen (TNK)

Dr. Andreas Roß, Arbeitsdirektor
Vorstandsbereiche: Netzvermögen, Netzbetrieb und Netzservice (TEN), Mess- und Zählerwesen (TMZ), Arbeitssicherheit und Umweltschutz, Personalwesen/Organisation und Aus-/Fortbildung, Immobilien und Liegenschaften, Unternehmensbeteiligungen und kommunale Angelegenheiten

Michael Veit, Mitglied bis 15. Juli 2022
Vorstandsbereiche: Energievertrieb- und Beschaffung, Kundenkontakt und Shared Service (TES), Erzeugung, Kraftwerkstechnik und -betrieb, Wärmeservice und Contracting (TWS)

Die Gesamtbezüge des Vorstands belaufen sich auf 1.502 T€ (im Vorjahr: 1.450 T€).

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands betragen 954 T€ (im Vorjahr: 676 T€). Für frühere Mitglieder des Vorstands wurden 13.030 T€ (im Vorjahr: 15.406 T€) Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen passiviert.

Gewinnverwendung Die Hauptversammlung der TEAG hat am 30. Juni 2022 beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn der TEAG in Höhe von 125.009.978,17 € eine Dividende von 28,03 €/A-Aktie und 20,00 €/B-Aktie, das sind insgesamt 62.784.552,13 €, auszuschütten und einen Betrag in Höhe von 10.000.000,00 € in andere Gewinnrücklagen gemäß § 272 Abs. 3 HGB einzustellen und den Restbetrag in Höhe von 52.225.426,04 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Anzahl der Arbeitnehmer Siehe Anzahl der Arbeitnehmer des KEBT-Konzerns.

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der TEAG für das Geschäftsjahr 2022) Die Ausführungen zu den Grundlagen und den Rahmenbedingungen des Konzerns treffen auch auf die TEAG zu. Da die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unseres Konzerns im Wesentlichen durch die TEAG geprägt ist, wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TEAG im Folgenden separat in zusammengefasster Form dargestellt.

Im Geschäftsjahr hat die TEAG ein EBITDA i. H. v. 202,7 Mio. € (Vorjahr: 199,9 Mio. €), ein EBT i. H. v. 93,8 (Vorjahr: 105,0) sowie einen Jahresüberschuss i. H. v. 70,2 Mio. € (Vorjahr: 73,1 Mio. €) erwirtschaftet. Die im letzten Geschäftsjahr gesetzten Ziele wurden erreicht. Geplant war ein EBITDA zwischen 200 Mio. € und 220 Mio. €, ein EBT zwischen 90 Mio. € und 100 Mio. € sowie einen Jahresüberschuss zwischen 65 Mio. € und 75 Mio. €.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um +599,8 Mio. € auf insgesamt 1.922,2 Mio. €. Die Erhöhung betrifft nahezu alle Geschäftsbereiche. Die stärksten Anstiege waren dabei im energiewirtschaftlichen Bereich Strom (+390,5 Mio. € bzw. +45,7 Prozent), im Gasbereich (+184,4 Mio. € bzw. +92,8 Prozent) sowie im Bereich Fernwärme (+10,3 Mio. € bzw. +48,2 Prozent) zu verzeichnen. Der Anstieg bei den energiewirtschaftlichen Erlösen ist u. a. auf die notwendige Weitergabe der hohen Bezugskosten bei der Beschaffung von Energie infolge der Energiemarktkrise zurückzuführen. Die Erlöse aus der Verpachtung erhöhten sich um +8,1 Prozent auf 156,1 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich im Vorjahresvergleich deutlich erhöht. Dieser Anstieg betrifft mit +70,0 Mio. € Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Rahmen der Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds und der Einführung einer Kapitalisierungsoption.

Der Materialaufwand, der im Wesentlichen Aufwendungen für Brennstoffe, Energiebezug und Netznutzung enthält, erhöhte sich deutlich um +588,4 Mio. € auf 1.675,1 Mio. €. Ursächlich hierfür sind vornehmlich die gestiegenen Aufwendungen für den Strom- und Gasbezug infolge der Energiemarktkrise. Die Materialaufwandsquote, gemessen an den Umsatzerlösen, lag mit 87,1 Prozent damit auch über dem Vorjahresniveau (82,2 Prozent).

Der Personalaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um -4,0 Prozent auf insgesamt 49,8 Mio. €. Die im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Aufwendungen für Altersversorgungsverpflichtungen i. H. v. -3,8 Mio. € wurden zum Teil durch höhere Löhne und Gehälter infolge der tariflichen Entwicklung kompensiert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich korrespondierend zur Entwicklung der sonstigen betrieblichen Erträge aufgrund von einmaligen Aufwendungen im Rahmen der Übertragung von Pensionsverpflichtungen auf einen Pensionsfonds i. H. v. 67,9 Mio. €. Mit Ausnahme dieses Sondereffektes liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit insgesamt +6,6 Prozent über dem Vorjahr.

Die Erträge aus Beteiligungen lagen mit 25,5 Mio. € (Vorjahr: 25,7 Mio. €) auf Vorjahresniveau.

Im Berichtszeitraum erzielte die TEAG ein EBITDA von 202,7 Mio. €. Dies entspricht einem leichten Anstieg von +1,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag lag mit 93,8 Mio. € um 11,2 Mio. € unter dem des Geschäftsjahres 2021. Ursächlich für diese Entwicklung sind u. a. Aufwendungen im Zusammenhang mit Vorfälligkeitsentschädigungen für langfristige Darlehen i. H. v. 8,8 Mio. € sowie erhöhte Aufwendungen aus der Bewertung des Deckungsvermögens für Pensionsverpflichtungen. Dem entgegen steht ein positiver Zinseffekt aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen im Vorjahresvergleich. Unter Berücksichtigung der Ertragsteuern erzielten wir einen Jahresüberschuss i. H. v. 70,2 Mio. €.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der TEAG zum 31. Dezember 2022 reduzierte sich auf 25,8 Prozent gegenüber 30,9 Prozent am Ende des

Vorjahres. Zur Finanzierung von Investitionen und der Umschuldung von Darlehen wurden im Geschäftsjahr langfristige Kredite i. H. v. insgesamt 276,5 Mio. € aufgenommen. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Stichtag insgesamt 498,1 Mio. € und haben Laufzeiten bis teilweise 2042.

Der KET gewährt der TEAG ein langfristiges Darlehen i. H. v. insgesamt 400,0 Mio. € in mehreren Tranchen mit Laufzeiten bis teilweise 2027. Im Geschäftsjahr wurde eine Tranche i. H. v. 50,0 Mio. € getilgt.

Die Finanzierung des operativen und investiven Geschäftes ist durch Kreditmittellinien bzw. -zusagen i. H. v. 199,3 Mio. € abgesichert, die zum Stichtag nicht in Anspruch genommen wurden. Weitere Finanzierungen erfolgten über Tochter- und Beteiligungsunternehmen.

Die Liquidität der TEAG war im Geschäftsjahr stets gesichert. Die zukünftige Entwicklung ist maßgeblich von den wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen sowie von der Ausschüttungs- und Investitionsstrategie abhängig.

Die Investitionen der TEAG in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen beliefen sich im Berichtsjahr auf 112,3 Mio. €. Für das Geschäftsjahr 2023 haben wir einen Betrag von rund 156,2 Mio. € geplant. Dies betrifft v. a. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen, wovon der wesentliche Teil durch Investitionen in das Strom- und Gasnetz sowie in der Erzeugung und der IT bestimmt ist.

Die Bilanzsumme betrug zum 31. Dezember 2022 1.914,8 Mio. € und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um +341,0 Mio. € bzw. 21,7 Prozent. Auf der Aktivseite betraf dies v. a. das um +73,8 Mio. € höhere Anlagevermögen, deren Anstieg insbesondere bedingt ist durch die Investitionstätigkeiten der TEAG. Darüber hinaus stieg das Umlaufvermögen um +267,9 Mio. €. Ursächlich hierfür ist insbesondere ein Anstieg der liquiden Mittel um +125,7 Mio. € aufgrund des Abrufes von Darlehen zur langfristigen Finanzierung von Investitionen. Des Weiteren sind die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um +112,1 Mio. € bzw. +69,5 Prozent gestiegen. Insbesondere die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nahmen aufgrund der Preiserhöhungen für Strom- und Gas i. H. v. +83,8 Mio. € zu. Ebenso erhöhte sich das Vorratsvermögen um +30,1 Mio. €, insbesondere auch durch höhere Einspeisekosten des gespeicherten Erdgases im UGS Allmenhausen sowie im Rahmen der Beschaffung von Emissionszertifikaten.

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital um +7,4 Mio. €. Die Rückstellungen erhöhten sich um +110,9 Mio. € bzw. +37,3 Prozent und die Verbindlichkeiten um +218,6 Mio. € bzw. 31,8 Prozent. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Wesentlichen durch einen Anstieg der Rückstellungen für ausstehende Rechnungen bedingt. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten resultiert v. a. aus Aufnahmen von Darlehen gegenüber Kreditinstituten. Die Darlehensverbindlichkeiten betragen zum Stichtag 498,1 Mio. € (Vorjahr: 246,0 Mio. €). Dem entgegen verringerten sich die sonstigen Verbindlichkeiten um -45,1 Mio. € auf 366,1 Mio. € aufgrund der Tilgung des KET-Darlehens i. H. v. 50,0 Mio. €.

Das kurzfristige Fremdkapital ist zum überwiegenden Teil durch kurzfristig liquidierbare Vermögenswerte gedeckt. Unter Berücksichtigung bestehender Kreditlinien ist die Finanzierung der Gesellschaft gesichert.

**Erfüllung des
öffentlichen Zwecks
Beteiligungen der
TEAG**

Siehe Beteiligungen des KEBT-Konzerns.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TEAG**Auszug aus der Bilanz des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022:**

Angaben in T€	31.12.2022	31.12.2021
Aktiva		
Anlagevermögen	1.406.284	1.332.500
Umlaufvermögen	492.077	224.194
Akt. Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gem. §17 Abs. 4 DMBilG	72 16.314	795 16.320
Bilanzsumme	1.914.747	1.573.809
Passiva		
Eigenkapital	494.066	486.673
Ertragszuschüsse	107.163	103.183
Sonderposten für Investitionszuschüsse	90	23
Rückstellungen	407.964	297.043
Verbindlichkeiten	905.464	686.887
Bilanzsumme	1.914.747	1.573.809

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2022:

Angaben in T€	31.12.2022	31.12.2021
Umsatzerlöse, Erhöhung/Verminderung (VJ) des Bestandes an unfertigen Leistungen, andere aktivierte Eigenleistungen	1.922.236 19	1.322.415 0
Andere aktivierte Eigenleistungen	376	0
Sonstige betriebliche Erträge	122.505	61.273
Materialaufwand	1.675.069	1.086.726
Personalaufwand	49.794	51.884
Abschreibungen	67.517	63.928
Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	2.000
Sonstige betriebliche Aufwendungen	132.747	60.817
Erträge aus Beteiligungen	25.458	25.705
Erträge aus sonstigen Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	952	550
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.237	1.220
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen	54.817	40.816
Ergebnis nach Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	93.839	104.992
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	23.661	31.878
Jahresüberschuss	70.178	73.114
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	52.225	51.896
Bilanzgewinn	122.403	125.010

Mittelbare Beteiligung an der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH

Gegenstand des Unternehmens TGG	Gegenstand des Unternehmens die Breitbandversorgung bzw. der Breitbandausbau mittels Glasfaser bzw. zukünftiger neuer Technologien. Dazu gehören insbesondere die Errichtung, der Erwerb, das Halten, die Verwaltung und der Betrieb von Breitband-, insbesondere Glasfasernetzen inkl. Dazugehöriger Anlagen zur Breitbandversorgung sowie die Erbringung von Telekommunikations- und sonstigen Dienstleistungen im Zusammenhang mit Breitbandnetzen für ihre Gesellschafter und deren unmittelbaren Mitglieder bzw. Gesellschafter.
Gründungsdatum der Gesellschaft	Am 21. Juli 2021 wurde durch die 17. Verbandsversammlung des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET) der Beschluss über die Gründung der TGG gefasst. Die Gesellschaftsgründung erfolgte am 15. Oktober 2021, die Eintragung in das Handelsregister am 08. November 2021.
Kapitalverhältnisse der TGG zum 31. Dezember 2022	Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2022 1.000.000,00 Euro. Die Kapitalanteile werden zum 31. Dezember 2022 zu 80,0 % (800.000,00 Euro) von dem Kommunalen Energiezweckverband Thüringen, Erfurt (KET) und zu 20,0 % (200.000,00 Euro) von der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft, Erfurt (KEBT) gehalten.
	Die Gemeinde/Stadt hatte zum 31. Dezember 2022 durch ihre Beteiligung an der KEBT AG einen mittelbaren Anteil von 20 % an der TGG.
Abschlussprüfer	Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüferin den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses hat sich dabei auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz erstreckt.
Organe der TGG zum 31. Dezember 2022	<p><u>Dem Aufsichtsrat</u> der TGG gehörten im Jahr 2022 an:</p> <p>Jörg Reichl, Bürgermeister Stadt Rudolstadt, <i>Aufsichtsratsvorsitzender</i></p> <p>Dr. Sabine Awe, Leiterin der Abteilung Wirtschaftsförderung im Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft, Erfurt, <i>Mitglied ab 23.06.2022</i></p> <p>Hendrik Blose, Bürgermeister Gemeinde Buttstädt, <i>Mitglied</i></p> <p>Dagmar Dummer, Gemeinschaftsvorsitzende VG Feldstein, <i>Mitglied</i></p> <p>Dr. Nico Grove, Leiter des Instituts für Infrastrukturökonomie & Management, München, <i>Mitglied</i></p> <p>Jens Kramer, Bürgermeister Stadt Blankenhain, <i>Mitglied</i></p>

Stefanie Preikschat,
Geschäftsführerin der Kommunalen Dienstleistungs-Gesellschaft
Thüringen mbH, Erfurt, *Mitglied*

Marco Seidel,
Bürgermeister Stadt Tanna, *Mitglied*
Frank-Peter Tille, Geschäftsführer der TEN Thüringer Energienetze GmbH
& Co. KG, Erfurt, *Mitglied*

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr keine Bezüge erhalten.

Geschäftsführer im Geschäftsjahr 2022 war Herr Dirk Erbstößer.

Auf die Angabe der Bezüge der gesetzlichen Vertreter wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Gewinnverwendung Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2022 in Höhe von 205.721,54 Euro sowie den Verlustvortrag in Höhe von 25.020,76 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Anzahl der Arbeitnehmer Zum 31. Dezember 2022 waren insgesamt 10 Mitarbeiter bei der TGG beschäftigt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der TGG für das Geschäftsjahr 2022) „Die Thüringer Glasfasergesellschaft mbH, Erfurt (TGG), ist ein Telekommunikationsunternehmen (TKU), das im Auftrag der Thüringer Kommunen geförderte Breitbandausbauprojekte im Bereich Breitband- bzw. Glasfaserversorgung übernimmt. Die TGG bündelt alle wesentlichen Prozesse im Rahmen der Förderrichtlinien des Bundesbreitbandförderprogrammes; so u. a. die Durchführung von Markterkundungsverfahren, die Ausschreibung und Vergabe von Planungs- und Bauleistungen, die Ausschreibung und Vergabe der Pacht, die Organisation und Durchführung der Ausbauprojekte sowie die gesamte Fördermittelbeantragung und -abrechnung selbst. ...

Die Themen Digitalisierung und Breitbandausbau rückten im Geschäftsjahr 2022, nicht zuletzt auch durch die politischen und gesellschaftlichen Debatten rund um den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und die damit einhergehende, zunehmende Digitalisierung der Energieerzeugungs- bzw. Energieverteilstrukturen, weiter in den Vordergrund. Nicht nur die Umgestaltung der Energiewirtschaft hin zur CO₂-Neutralität, sondern auch die voranschreitende Digitalisierung vieler weiterer Wirtschaftszweige, haben dabei sowohl indirekten als auch direkten Einfluss auf die Geschäftsaktivitäten der Gesellschaft. Das Ziel der TGG ist es, die Digitalisierung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Deutschland und Thüringen durch die Bereitstellung einer leistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur aktiv mitzugestalten.

Im Geschäftsjahr wurden im sog. „graue Flecken“-Programm zahlreiche Zuschläge erteilt. Auch die TGG erhielt vom Projektträger mehrere Zuwendungsbescheide auf Basis des sog. „Betreibermodells“. Das „graue Flecken“-Programm wurde in Ergänzung der bisherigen Förderrichtlinien im April 2021 gestartet und ermöglicht den wirtschaftlichen Anschluss von Haushalten mit einer Downloadbandbreite von weniger als 100 MBit/ s an eine schnelle, moderne Telekommunikationsinfrastruktur. Im vierten Quartal des Berichtszeitraumes wurde das „graue Flecken“-Programm jedoch überraschend gestoppt, da die budgetierten Fördermittel bereits ausgeschöpft waren. Die vorzeitige Beendigung hat dabei auf die derzeitigen Projektgebiete der TGG keine Auswirkungen, da die entsprechenden Fördermittel bereits bewilligt worden waren. Aktuell bereitet sich die TGG auf den Aufruf bzw. die Veröffentlichung der Rahmenbedingungen des neuen Förderprogramms vor.

Einschlägige Herausforderungen beim Glasfaserausbau liegen weiterhin in der knappen Verfügbarkeit von Material, auch infolge der weiterhin angespannten Lieferketten, sowie in der begrenzten Verfügbarkeit von Dienstleistungsangeboten, beispielsweise im Bereich Tiefbau. Die allgemeine und branchenspezifische Preisdynamik wirken sich weiterhin erschwerend auf die Beschaffungsprozesse aus.

Im Geschäftsjahr 2022 hat die TGG den Aufbau ihrer Geschäfts- und Organisationsstrukturen weiter vorangetrieben. Zum 31. Dezember 2022 waren insgesamt 10 Mitarbeiter bei der TGG beschäftigt. Im dritten Quartal des Jahres fand eine Anteilsübertragung von Gesellschaftsanteilen an die KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, Erfurt (KEBT), i. H. v. 20 Prozent statt; bisher war der Kommunale Energiezweckverband Thüringen, Erfurt (KET), alleiniger Gesellschafter der TGG. Über den KET bzw. die KEBT sind aktuell rund 590 Thüringer Kommunen an der TGG beteiligt. Die Gesellschaft bündelt damit das öffentliche bzw. kommunale Interesse am geförderten Glasfaserausbau in Thüringen. Die gesellschaftsrechtliche Grundlage für den Start der Glasfaserausbauvorhaben ergibt sich aus den Beschlussfassungen der Thüringer Kommunen zum Breitbandausbau mit der TGG.

Im Rahmen des „graue Flecken“-Programmes hat die TGG im Geschäftsjahr beim Bund mehrere Fördermittelanträge für die Umsetzung von Glasfaserausbauprojekten in Thüringen gestellt. In Verbindung mit der Zusage des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (TMWWDG), die Förderung aus Bundesmitteln auf bis zu 100 Prozent der anfallenden Ausbaukosten aufzustocken, fallen für Thüringer Kommunen im Rahmen der Breitbandausbauprojekte mit Umsetzung durch die TGG keine eigenen Kosten an. Vor diesem Hintergrund hat sich die TGG zum Ziel gesetzt, in den kommenden Jahren eine möglichst große Zahl von Thüringer Haushalten - für die Anschlussnehmer weitgehend kostenneutral - an hochleistungsfähige Glasfasernetzinfrastrukturen anzuschließen. Die TGG wird im Rahmen ihrer Ausbauprojekte dabei vorrangig im „Betreibermodell“ tätig sein: Das von der TGG errichtete Netz wird nach dessen Fertigstellung weiterhin im Eigentum der Gesellschaft verbleiben. Die Pächter der Netze werden über Ausschreibungen, in der Regel für eine Pachtdauer von sieben Jahren, ermittelt. Für ein Glasfaserserschließungsprojekt im Landkreis Schmalkalden-Meinungen wurde im Berichtszeitraum das Markterkundungsverfahren abgeschlossen und der Teilnahmewettbewerb für die entsprechende Pächterausschreibung gestartet. Ferner wurden die Markterkundungsverfahren für zwei weitere Cluster durchgeführt sowie die entsprechenden Fördermittelanträge gestellt.

Zur operativen Umsetzung der anstehenden Glasfaserprojekte wurden im Geschäftsjahr 2022 mehrere Rahmenverträge mit externen Dienstleistern u. a. zu kaufmännischen, technischen und juristischen Aspekten der anstehenden Ausbauprojekte geschlossen. Um der Komplexität des Fördermittelmanagements zu entsprechen, hat die TGG externe Dienstleister mit kaufmännischer Expertise und Erfahrung im Umgang mit Förderprojekten langfristig gebunden. Zur Qualitätssicherung der Fördermittelplanung und -abrechnung sowie für das Controlling der Förderprojekte plant die Gesellschaft zudem, ihre eigenen Personalkapazitäten weiter aufzustocken. ...

Die TGG befand sich im Geschäftsjahr 2022 in der Aufbauphase und erwirtschaftete, unter Berücksichtigung der überwiegend geförderten Aufbau- bzw. Inangsetzungskosten, ein EBITDA i. H. v. insgesamt -192 T€ (Vorjahr: -20 T€), ein EBT i. H. v. -206 T€ (Vorjahr: -25 T€) sowie einen Jahresfehlbetrag i. H. v. -206 T€ (Vorjahr: -25 T€). Damit hat die TGG den im Vorjahr prognostizierten Jahresfehlbetrag zwischen -250 T€ und -500 T€ nicht unterschritten. Die verbleibenden Anlaufverluste bzw. nicht geförderten Kosten infolge des weiteren Aufbaus der Geschäfts- und -organisationsstrukturen konnten im Berichtsjahr noch nicht aus

Einnahmen aus Pächterlösen kompensiert werden.

Bedingt durch den weiteren Aufbau der Gesellschaft konnte die TGG im abgelaufenen Geschäftsjahr noch keine Umsatzerlöse generieren. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich im Vorjahresvergleich deutlich um insgesamt +956 T€. Diese betreffen überwiegend Erträge aus Erstattungen für angefallene Aufwendungen der TGG i. H. v. 80 Prozent. Hierfür wurden Fördermittel seitens des TMWWDG bewilligt. Der erstmalig im Berichtsjahr angefallene Personalaufwand ist auf den sukzessiven Aufbau eigener Personalkapazitäten zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen signifikant auf insgesamt 462 T€ an und enthalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Dienst- und Fremdleistungen, u. a. für die Geschäftsbesorgung, für Beratungsleistungen sowie für Mieten und Pachten. Die Abschreibungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um +10 T€ auf insgesamt 14 T€. Ursächlich hierfür sind die bisher getätigten Investitionen in das Anlagevermögen im Rahmen der Aufbauphase.

Die Eigenkapitalquote lag, unter Berücksichtigung des im Fremdkapital enthaltenen Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum 31. Dezember 2022, mit 96,3 Prozent unter dem Vorjahresniveau (97,0 Prozent). Die Finanzlage wurde dabei insbesondere durch die im Berichtsjahr erfolgte Einstellung in die Kapitalrücklage i. H. v. 4.000 T€ und durch die Erstattung der Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beratung der Thüringer Kommunen i. H. v. 80 Prozent durch den KET bzw. das TMWWDG geprägt.

Zukünftig wird die Gesellschaft für die Umsetzung des geförderten Breitbandausbaus im Rahmen des „graue Flecken“-Programms Fördermittel des Bundes und des Freistaates Thüringen erhalten.

Die TGG wird den geförderten Breitbandausbau im Rahmen des „Betreibermodells“ umsetzen, bei welchem das gebaute Netz im Rahmen von Ausschreibungen an Telekommunikationsunternehmen verpachtet werden soll. Hierfür wird die TGG Pachtentgelte erhalten. Dieses Modell bedarf zukünftig einer rollierenden Zwischenfinanzierung. Vor diesem Hintergrund muss sich die Gesellschaft entsprechende Kredite am Kapitalmarkt beschaffen. Die Liquidität der Gesellschaft war im gesamten Berichtszeitraum gesichert. ...

Für die TGG existieren derzeit und für die folgenden Geschäftsjahre Chancen und Risiken, welche sowohl die Geschäftsaktivitäten als auch die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TGG beeinflussen können. Dem begegnet die TGG mit der geplanten Einführung eines Chancen- und Risikomanagementsystems, das identifizierte Chancen und Risiken dokumentiert, bewertet und behandelt. Dies beinhaltet ein Monitoring, das regelmäßig Rahmenbedingungen, Eintrittswahrscheinlichkeiten und Maßnahmen mit dem Ziel überwachen soll, unternehmerische Chancen und Gefahren frühzeitig zu erkennen und diesen entgegen zu steuern. Die angewandten Methoden und Instrumente des Chancen- und Risikomanagementsystems sollen durch die Gesellschaft kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden. ...

Übergreifende Risiken ergeben sich v. a. durch die Folgen der Ukraine-Krise. Insbesondere bei der Material- und Dienstleisterverfügbarkeit, Preisen und durch die drohende Rezessionsgefahr in Europa entstehen neue Risiken. Die potenziellen Auswirkungen bestehender Risiken vervielfältigen sich dabei zunehmend. Das Fortdauern der Corona-Pandemie, und deren ungewisser weiterer Verlauf, stellt nicht nur eine anhaltende gesundheitliche Gefahr für die Mitarbeiter der TGG dar, sondern birgt ebenso das Risiko wirtschaftlicher Folgeschäden. Aus der Dynamik des Pandemiegeschehens ergeben sich weitreichende Risiken,

so u. a. auch im Hinblick auf die weltweit weiterhin angespannten Lieferketten. Den entsprechenden Herausforderungen begegnet die TGG mit einer Vielzahl von erprobten Gegenmaßnahmen bzw. Maßnahmen zur Risikoreduzierung. Das übergeordnete Ziel ist für die TGG immer die sichere Erfüllung der verantworteten Aufgaben bei gleichzeitiger Minimierung der Infektionsrisiken für die Mitarbeiter und die Gesellschaft. ... Obwohl sich bis zum Ende des Berichtszeitraumes bereits ein wesentlicher Teil der Thüringer Kommunen für den Breitbandausbau mit der TGG entschieden hat, besteht das geringe Risiko, dass die zum Erreichen der Ausbauziele notwendigen, flächendeckenden, technisch sinnvollen Cluster nicht erreicht werden. Ursächlich hierfür sind fehlende Beschlüsse einzelner Kommunen.

Die TGG beabsichtigt, gemäß dem Gründungskonzept der Gesellschaft, die Bau- und Planungsleistungen für die einzelnen Projektgebiete nicht getrennt auszuschreiben, sondern entsprechende Generalübernehmer zu gewinnen. Bei den aktuell sehr hohen Investitionen durch andere Marktteilnehmer besteht das Risiko, keine Auftragnehmer oder zumindest nicht mit der gewünschten Leistungsfähigkeit vertraglich binden zu können. Dies würde zu längeren Realisierungszeiträumen führen. Bedingt dadurch, dass die Pachteinnahmen der TGG während der Bauphase und der Zweckbindungsfrist vollständig gegen die Infrastrukturförderung verrechnet werden, führt jeder Bauverzug zu Einnahmeverzögerungen.

TKU können auch ohne Meldung in einem Markterkundungsverfahren jederzeit eigenwirtschaftlich ausbauen. Hierdurch besteht grundsätzlich das Risiko, dass eigenwirtschaftlich ein Ort erschlossen wird, für welchen die TGG bereits einen Auftrag an eine Baufirma vergeben hat. Um das Folgerisiko von kompromittierten Vergabeverfahren zu reduzieren, berücksichtigt die TGG in den Ausschreibungen die Möglichkeit einer Reduzierung des Auftragsvolumens. Da gesamtwirtschaftlich ein geförderter Überbau nicht gewünscht ist, geht die TGG davon aus, dass die Projektverläufe beim Risikoeintritt mit dem Projektträger geklärt werden können. Um das genannte Risiko zu reduzieren, besteht ein enger Austausch mit allen Telekommunikationsunternehmen, welche Ausbauabsichten gemeldet haben. Eine vollständige Risikoauflösung kann über regelmäßige Gespräche jedoch nicht erzielt werden. Hierzu würde es einer Änderung der entsprechenden Regelungen zum Überbau im Telekommunikationsgesetz bedürfen.

Im vierten Quartal des Berichtszeitraumes wurde der Förderaufruf zum „graue Flecken“-Programm überraschend beendet, da die vorgesehenen Fördermittel bereits ausgeschöpft waren. Somit können keine Anträge auf Berater- bzw. Infrastrukturförderung gestellt und keine neuen Markterkundungsverfahren durchgeführt werden bis das künftige Gigabithförderprogramm gestartet wurde. Auf die aktuellen Projektgebiete der TGG hat die Beendigung des Förderaufrufs keine Auswirkungen, da sowohl die Beraterförderungen als auch die Infrastrukturförderungen bereits vorläufig bewilligt worden sind.

Im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres 2023 veröffentlichte das Bundesministerium für Digitales und Verkehr das aktualisierte und konkretisierte Eckpunktepapier zum neuen Gigabithförderprogramm. Das Eckpunktepapier beschreibt wesentliche Inhalte des neuen Förderprogrammes. Das Veröffentlichungsdatum der eigentlichen Förderrichtlinie ist für April 2023 angekündigt worden. Um das Risiko eines weiteren Zeitverzugs für den Start neuer Projekte zu reduzieren, wird die TGG ihre Clusterplanung zu Beginn des neuen Geschäftsjahres 2023 aktualisieren. Ziel ist es, möglichst zeitnah nach Veröffentlichung des neuen Förderprogrammes weitere Projektgebiete starten zu können. Basierend auf dem Eckpunktepapier ergeben sich für die TGG zusätzliche Risiken, deren konkreter Umfang jedoch von der finalen Ausgestaltung der Förderrichtlinie

abhängig ist.

Ein grundsätzliches Risiko besteht zudem in einer Fördermittelgewährung in unzureichender Höhe angesichts der weiter stark ansteigenden Bau- und Dienstleisterpreise. Dies könnte zu einer deutlichen Verlangsamung bis hin zu einem Erliegen des geförderten Glasfaserausbaus führen.

Erhebliche Unsicherheiten ergeben sich im Hinblick auf die im Detail noch unbekanntem Regelungen der Nachfolgeprogramme zum „graue Flecken“-Programm, v. a. unter Berücksichtigung der komplexen Fördermittelmanagementprozesse sowie der einschlägigen Anforderungen an die Fördermittelverwendung. Für die TGG besteht in diesem Zusammenhang das erhebliche Risiko, dass Fördermittel - beispielsweise aufgrund fehlender Prozesskenntnisse - nicht oder nur teilweise abgerufen werden können bzw. die Gesellschaft grundsätzlich mit Fördermittelrückforderungen im Rahmen von Verwendungsnachweisprüfungen rechnen muss. Zudem wird in den Bescheiden des Projektträgers in vorläufiger Höhe ein Baubeginn innerhalb von 18 Monaten nach Abschluss bzw. Auswertung des Markterkundungsverfahrens gefordert. Falls die zur Projektrealisierung notwendige Ko-Finanzierung des Landes einen deutlich späteren Auszahlungszeitraum vorgäbe, entstünde in diesen Fällen ein signifikanter Zwischenfinanzierungsbedarf, dessen Kosten nicht förderfähig sind.

Im Rahmen der Bundesförderprogramme sind die Betriebskosten der TGG, incl. der Betriebskosten des zu errichtenden, passiven Netzes, nicht förderfähig. Allerdings erhalten die Gesellschafter der TGG eine Landesförderung für die Beratung der Kommunen, welche durch einen Eigenanteil i. H. v. 20 Prozent ergänzt werden muss. Aufgrund des andauernden Ingangsetzungsprozesses kann der Eigenanteil nicht durch die TGG selbst kompensiert werden, sodass sich entsprechende Ergebnis- und Eigenkapitalbelastungen ergeben. Sollte die Landesförderung ausbleiben, wäre die Geschäftstätigkeit der TGG, zumindest mittelfristig, nicht gesichert.

Da die Auswahl von Pächtern zudem wesentlichen Einfluss auf die Backbone-Planung haben kann, würde auch ein langwieriges Verhandlungsverfahren zu unvermeidbaren Verzögerungen führen. Da die erfolgreiche Vergabe an einen Pächter Voraussetzung für die Baumaßnahmen ist, stellt die Nichtgewinnung eines Pächters grundsätzlich ein elementares Risiko für die TGG dar.

Die TGG geht davon aus, dass mit der vom Bund im Berichtszeitraum angekündigten neuen Richtlinie zum Gigabitförderprogramm die derzeitige Aufgreifschwelle für den förderfähigen Netzausbau von 100 MBit/ s auf Anschlüsse von bis zu 200 MBit/ s symmetrisch angehoben werden wird. Dies würde - außer in mit Kabelnetzen versorgten Gebieten - effektiv zu einer vollständigen Förderfähigkeit in Thüringen führen. Für die Gesamtheit potenzieller förderfähiger Adressen würde dies einen deutlichen Anstieg bedeuten, da somit auch die sog. „Super-Vectoring-Gebiete“ förderfähig wären. Der tatsächliche Beginn des neuen Förderprogrammes ist für April 2023 angekündigt worden. Die TGG bereitete bereits zum Ende des Berichtszeitraumes den Start neuer Projektgebiete vor, um mit der Veröffentlichung der neuen Förderrichtlinie schnellstmöglich agieren zu können. ...

Der Großteil der Betriebskosten der Gesellschaft wird in der Aufbauphase durch Fördermittel erstattet. Die verbleibende Differenz wird die Gesellschaft in den nächsten Jahren noch nicht vollständig aus eigener Kraft kompensieren können. Langfristig sollen die Anlaufverluste jedoch mit den Einnahmen aus Pächterlösen gedeckt werden.

Ausgehend von der Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2022 und unter Berücksichtigung der oben prognostizierten Marktentwicklung sowie der gesetzlichen Rahmenbedingungen erwartet die TGG für das

Geschäftsjahr 2023 ein EBITDA zwischen -650 T€ und -700 T€. Daraus abgeleitet erwartet die Gesellschaft ein EBT zwischen -700 T€ und -750 T€ und rechnet für das kommende Jahr mit einem Jahresverlust zwischen -700 und -750 T€.

Für das Geschäftsjahr 2023 hat die TGG Investitionen i. H. v. insgesamt rund 12 Mio. € vorgesehen. Die tatsächliche Investitionshöhe ist stark abhängig von den Baufortschritten in den einzelnen Fördergebieten. In welchem Umfang es zu Abweichungen von der Planung kommen wird, hängt zudem stark von der weiteren Entwicklung der Förderbedingungen sowie der allgemeinen Digitalisierungs- und Wettbewerbsdynamik ab. Planerische Unsicherheiten ergeben sich insbesondere auch durch die anhaltende Preisdynamik an den Beschaffungsmärkten.

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß § 2 Abs. 3 ThürKO können Kommunen nach den Vorschriften dieses Gesetzes Aufgaben übertragen, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Der Auf- und Ausbau eines leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandnetzes stellt eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge dar. Der Ausbau derartiger Breitbandnetze bildet zudem einen wichtigen Standortfaktor für die Kommunen.

Die Versorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden in dem Gemeinde-/Stadtgebiet mit einer leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandinfrastruktur stellt nicht nur einen wichtigen Standortfaktor für die Kommune dar, sondern kann als eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge angesehen werden. Der Bedarf einer Breitbandstruktur ist sowohl für die Einwohner der Gemeinde/Stadt von wesentlicher Bedeutung als auch für die ansässigen Unternehmen. Gerade in den ländlichen Bereichen ist eine Versorgung mit Breitband sowohl für die Bildung, für den Gesundheitsbereich als auch für die Stärkung des Wettbewerbes bei den Gewerbetreibenden von wesentlicher Bedeutung, welche bei einer ausgebauten Breitbandinfrastruktur regional, überregional und sogar weltweit agieren können.

Die TGG wurde durch den Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) gegründet, um den geförderten Breitbandausbau für die Thüringer Kommunen zu bündeln und als zentraler Ansprechpartner von der Durchführung der Markterkundungsverfahren über den Abruf der Fördermittel bis zum Bau des Glasfasernetzes alle Aufgaben zu übernehmen. Die Kommunen haben so die Möglichkeit, effizient von den Landes- und Bundesförderprogrammen für die Breitbandinfrastruktur zu profitieren. Durch die Beteiligung der KEBT AG ab dem Jahr 2022 wird den kommunalen Aktionären ermöglicht, sich der TGG für den geförderten Breitbandausbau in ihren Kommunen zu bedienen.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TGGAuszug aus der **Bilanz** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022:

Angaben in T€	31.12.2022	31.12.2021
Aktiva		
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	0	0
und ähnliche Rechte		
geleistete Anzahlungen	<u>15</u>	<u>11</u>
Sachanlagen		
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	28	30
	43	41
Umlaufvermögen		
Forderungen u.		
Sonstige Vermögensgegenstände	1.241	20
Flüssige Mittel	<u>3.705</u>	<u>975</u>
	4.946	995
Rechnungsabgrenzungsposten	0	2
Bilanzsumme Aktiva	4.989	1.038
Passiva		
Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	1.000	1.000
Kapitalrücklage	4.000	0
Verlust-/Gewinnvortrag	-25	0
Jahresfehlbetrag	<u>-206</u>	<u>-25</u>
	4.769	975
Sonderposten für Investitionszuschüsse	34	32
Rückstellungen	90	17
Verbindlichkeiten	96	14
Bilanzsumme Passiva	4.989	1.038

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung des Prüfberichtes zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 202 bis 31. Dezember 2022:

Angaben in T€	31.12.2022	26.10.2021
Sonstige betriebliche Erträge	996	40
Materialaufwand	4	0
Personalaufwand	722	0
Abschreibungen		
auf immaterielle Vermögensgegenstände		
des Anlagevermögens und Sachanlagen	14	4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	462	60
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1
Ergebnis nach Steuern	-206	-25
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-206	-25

Erstellungsdatum:

.....
 Unterschrift (Ober-)Bürgermeister/in



Beteiligungsbericht

Stadtwerke Schmölln GmbH

für das

Geschäftsjahr 2022

Inhaltsverzeichnis

A. Übersichten

	Seite
1. Vorwort	3
2. Gegenstand des Unternehmens Stadtwerke Schmölln GmbH	3
3. Gesellschafter der Stadtwerke Schmölln GmbH	3
4. Organe der Gesellschaft	4
5. Gewinnverwendung	4
6. Anzahl der Arbeitnehmer	4
7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)	4
8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	6
9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Schmölln GmbH	6
10. Bezüge des Aufsichtsrates der Stadtwerke Schmölln GmbH	8

B. Beteiligungen der Stadtwerke Schmölln GmbH

Neue Energie Schmölln GmbH	9
----------------------------	---

A. Übersichten

1. Vorwort

Die Gesellschaft wurde am 27.07.1993 durch die Stadt Schmölln gegründet. Zweck dieser Gründung war die Bewirtschaftung und Unterhaltung der kommunalen Fernwärmeerzeugungs- und Verteilungsanlagen. Nach der Entflechtung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Leipzig i.L. erfolgte zum 01.01.1995 die Übertragung der Vermögenswerte der Wasserversorgung von der Stadt Schmölln auf die Stadtwerke Schmölln GmbH. Das Vermögen der Trinkwasserversorgung der ehemaligen Gemeinde Großstößnitz wurde zum 01.01.1996 von der Stadt Schmölln erworben.

Die Trinkwasserversorgung für das Versorgungsgebiet der Stadt Schmölln erfolgt seit 01.01.1995 nach den Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVB Wasser V).

Für die Abwasserentsorgung erfolgt die Betriebsführung für die Stadt Schmölln auf der Grundlage eines Betriebsführungsvertrages. Die Entsorgungsbedingungen, Gebühren und Beiträge richten sich dabei nach den durch die Stadt Schmölln erlassenen Satzungen.

Neben diesen Hauptgeschäftsfeldern sind die Betriebsführung der Gemeindewerke "Oberes Sportental" sowie die Betreibung eines Freizeitbades weitere wichtige Aufgabengebiete.

2. Gegenstand des Unternehmens Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Tätigkeit der Gesellschaft für das Stadtgebiet Schmölln einschließlich der Ortsteile umfasst:

- (1) Die Erzeugung, Förderung und den Vertrieb von
 - Fernwärme
 - Wasser
 - Elektroenergie
- (2) Die Errichtung und Betreibung von städtischen oder eigenen Sport- und Freizeiteinrichtungen.
- (3) Kommunale Wirtschaftsförderung im Sinne von Gebäude- und Grundstücksmanagement städtischer oder eigener Grundstücke im Interesse der städtischen Entwicklung.
- (4) Die Verwaltung und Bewirtschaftung kommunalen Eigentums.

Die Gesellschaft kann zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes Grundvermögen erwerben und veräußern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle im Zusammenhang mit dem Gesellschaftszweck stehenden oder zu dessen Erreichung dienlichen Hilfsgeschäfte zu betreiben.

Die Gesellschaft hat das Recht, Interessengemeinschaften, Arbeitsgemeinschaften, Bietergemeinschaften oder andere Formen der Zusammenarbeit mit Unternehmen zu bilden.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gleicher oder verwandter Art gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen wie auch Zweigniederlassungen errichten.

Das Unternehmen kann auch für andere Unternehmungen und Gebietskörperschaften Geschäftsbesorgungen im Sinne des Gesellschaftszwecks vornehmen.

3. Gesellschafter der Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Stadt Schmölln ist alleinige Gesellschafterin der Stadtwerke Schmölln GmbH.

Die Stadtwerke Schmölln GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, welche im Handelsregister beim Amtsgericht Jena unter HRB 203852 eingetragen ist. Die Firmenanschrift und der Firmensitz befinden sich in der Sommeritzer Straße 74/1 in 04626 Schmölln.

4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2022

Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

Alexander Burkhardt (Vorsitzender)	Pressesprecher
Winfried Hippe	Rentner
Katja Keller	Versicherungskauffrau
Claus Katzenberger	Geschäftsführer
Sven Schrade	Bürgermeister der Stadt Schmölln
Jens Göbel	Lehrer

Herr Jürgen Keller legte sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender am 20.12.2021 nieder.

Mit Beschluss 0667/2022 vom 10.02.2022 bestimmte der Stadtrat Schmölln Herrn Jens Göbel (beschäftigt als Lehrer) als neues Mitglied des Aufsichtsrates. Am 22.02.2022 wurde Herr Alexander Burkhardt zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

5. Gewinnverwendung

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft wird in seiner nächsten Sitzung folgender Beschlussvorschlag vorgelegt:

„Der Aufsichtsrat beschließt, dem Stadtrat der Stadt Schmölln nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 134.829,21 €.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 134.829,21 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.“

6. Anzahl der Arbeitnehmer

Die Stadtwerke Schmölln GmbH beschäftigte im Jahr 2022 durchschnittlich 51 Mitarbeiter (2021:53).

7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)

Die Stadtwerke Schmölln GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Schmölln. Zweck der Gesellschaft ist die Erzeugung und der Vertrieb von Fernwärme, Wasser, Elektroenergie, die Errichtung und Betreibung von städtischen oder eigenen Sport- und Freizeiteinrichtungen, die kommunale Wirtschaftsförderung im Sinne von Gebäude- und Grundstücksmanagement kommunaler und eigener Grundstücke sowie die allgemeine Bewirtschaftung kommunalen Eigentums.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung. Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist Herr Severin Kühnast.

Gemeinsam mit der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG wurde am 5. Juni 2008 die Neue Energie Schmölln GmbH (NES) zur Errichtung einer Biogasanlage gegründet. Die Gesellschaftsanteile betragen 33,33%. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Gesellschaft erfolgte analog den Vorjahren.

Die zukünftige Unternehmensstrategie ist schwerpunktmäßig in der weiteren Profilierung als Ver- und Entsorgungsunternehmen in Schmölln und Umgebung zu sehen.

Die Hauptgeschäftsfelder sind unverändert die Trinkwasserversorgung der Stadt Schmölln und die Versorgung mit Fernwärme. Weiterhin wird das firmeneigene Freizeitbad „Tatami“ betrieben. Im Dienstleistungsbereich erfolgen die Betriebsführung des Eigenbetriebes Wasserver- und Abwasserentsorgung „Oberes Sprottental“, die Betriebsführung des Regiebetriebes Abwasser der Stadt Schmölln sowie die Wartung und Unterhaltung der städtischen Straßenbeleuchtungsanlagen und die Betriebsführung des Freibades der Stadt Schmölln.

Das Geschäftsjahr 2022 ist insgesamt positiv verlaufen. Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1.081,1 T€. Die Eigenleistungen stiegen um 34,5 T€, auch die sonstigen betrieblichen Erträge weisen eine Steigerung von 73,0 T€ aus. Gegenüber dem Vorjahr fiel das Jahresergebnis um 381,8 T€ besser aus. Gegenüber dem Plan konnte ein um 311,5 T€ besseres Jahresergebnis erzielt werden.

Zum Verlauf der einzelnen Sparten:

Trinkwasser

Die Umsatzerlöse im Bereich Trinkwasser stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 673,2 T€ durch eine Preiserhöhung ab 01.01.2022. Die Abnahmemengen durch gewerbliche Großabnehmer haben sich durch den wirtschaftlichen Einbruch eines Abnehmers ab 2022 verschlechtert. Da dies bereits in der Preis- und Mengenkalkulation für das Geschäftsjahr 2022 berücksichtigt wurde, konnte die Sparte Trinkwasser trotzdem mit einem stabilen Jahresergebnis abschließen. Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stieg um 83,6 T€. Ursache dafür war der ganzjährige Mehreinkauf von Fernwasser durch die Umstellung der Wasserversorgung auf 70 % Fernwasserbezug seit Mitte 2021. Der Bedarf an bezogenen Leistungen stieg nur leicht um 36,3 T€, auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen verhältnismäßig nur leicht an, so dass die Sparte Trinkwasser mit einem Ergebnis von 734,2 T€ abschließt.

Fernwärme

Die Entwicklung der Fernwärmesparte verlief gegenüber dem Vorjahr ebenfalls leicht positiv. Die Gesamtleistungen stiegen um 50,2 T€, die Kosten weniger stark. Insgesamt liegt das Spartenergebnis um 45,3 T€ über dem Vorjahresergebnis.

Bad

Durch die Corona-Pandemie war das Freizeitbad „Tatami“ vom 02.11.2020 bis 04.06.2021 und vom 25.11.2021 bis 07.02.2022 geschlossen. Durch die kürzere Schließzeit stiegen die Umsatzerlöse gegenüber 2021 zwar um 301,1 T€, erreichten aber nicht das Niveau vor der Pandemie. Die Personalaufwendungen im Badbereich stiegen im Wesentlichen aufgrund des weniger erhaltenen Kurzarbeitergeldes und tarifbedingt um 220,1 T€. Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe stiegen, blieben aber noch unter dem Niveau vor der Pandemie. Das gilt nicht für die Steigerung der Kosten für bezogene Leistungen und Sonstiges. Das Ergebnis in dieser Sparte verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um 128,3 T€ auf einen Fehlbetrag von 899,7 T€.

Dienstleistung

Im Dienstleistungsbereich sind im Vergleich zum Vorjahr die Gesamtleistungen um 47,7 T€ - hauptsächlich wegen angepasster Betriebsführungsverträge - gestiegen. Darüber hinaus erhöhten sich im Berichtsjahr insbesondere die Personal- und Materialaufwendungen, so dass das Spartenergebnis mit 60,5 T€ unter dem des Vorjahres lag.

8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Nach § 2 Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung gehören unter anderem die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises einer Gemeinde. Die Stadt Schmölln hat dabei frühzeitig entschieden, die Erfüllung dieser Aufgaben der Stadtwerke Schmölln GmbH zu übertragen.

Diese Aufgaben in Verbindung mit der Herstellung bzw. Unterhaltung der dazu notwendigen technischen Anlagen sind identisch mit der vorrangigen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Auch die Betreuung des Freizeitbades ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsfürsorge.

Durch die 100%ige Beteiligung an der Gesellschaft sowie die Besetzung der Organe der Gesellschaft durch den Stadtrat ist der Stadt Schmölln der Einfluss auf die Unternehmensentwicklung vollumfänglich gesichert.

Die Größe der Stadtwerke Schmölln GmbH steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Schmölln.

9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Vermögenslage stellt sich anhand der nachfolgenden Struktur wie folgt dar:

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Vermögensstruktur						
Langfristige Investitionen	14.693,1	84,53%	14.372,8	85,35%	320,3	2,23%
Kurzfristiges Vermögen	2.688,9	15,47%	2.466,4	14,65%	222,5	9,02%
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	17.382,0	100,00%	16.839,2	100,00%	542,8	3,22%

	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Kapitalstruktur						
Eigenkapital	10.242,1	58,93%	9.807,3	58,24%	434,8	4,43%
Sonderposten	3.267,9	18,80%	2.908,6	17,27%	359,3	12,35%
Kurzfristiges Fremdkapital	2.096,7	12,06%	1.798,0	10,68%	298,7	16,61%
Langfristiges Fremdkapital	1.775,3	10,21%	2.325,3	13,81%	-550,0	-23,65%
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	17.382,0	100,00%	16.839,2	100,00%	542,8	3,22%

In langfristiges Vermögen - in Form des Anlagevermögens - wurde mehr investiert als abgeschrieben. Da auch das kurzfristige Vermögen stieg, erhöhte sich die Bilanzsumme um 3,22 % gegenüber dem Vorjahr.

Auf der Passivseite beruht die Steigerung des Eigenkapitals im Wesentlichen auf einer Gesellschaftereinlage von 300,0 T€. Des Weiteren erfolgte eine Einzahlung von Fördermitteln für den Neubau des Trinkwasser-Hochbehälters Heimstätte, Schmölln von 500,0 T€ in den Sonderposten für Investitionszuschüsse, so dass dieser - trotz der planmäßigen Auflösung über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände - stieg. Die Zunahme des kurzfristigen Fremdkapitals von 298,7 T€ ist auf höhere Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin zurückzuführen. Das langfristige Fremdkapital sank durch die planmäßige Tilgung der Kreditverbindlichkeiten und die Umschuldung eines Kredites von 100 T€, der zwar 2022 abgelöst, aber erst 2023 neu ausgezahlt wurde.

Die Vermögenslage ist hinsichtlich ihrer Fristigkeiten geordnet.

Die Gesellschaft verfügt über eine angemessene bilanzielle Eigenkapitalausstattung in Höhe von 58,9 % ohne Berücksichtigung der Sonderposten sowie von 77,7 % mit Berücksichtigung der gesamten Sonderposten. Die langfristigen Investitionen sind fristenkongruent mit Eigenkapital und langfristigen Verbindlichkeiten finanziert. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Finanzlage stellt sich auf der Grundlage einer zusammengefassten Kapitalflussrechnung wie folgt dar:

	2022 T€	2021 T€
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	824,3	1.498,7
Mittelzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	-636,8	-1.348,2
Mittelzufluss/-abfluss aus Finanzierungstätigkeit	-206,0	-110,5
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-18,50	40,0
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.770,9	1.730,9
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.752,4	1.770,9

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit konnte fast vollständig durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden. Insgesamt sank der Finanzmittelbestand im Geschäftsjahr 2022 um 18,5 T€. Wesentlichen Einfluss hatte eine Gesellschaftereinlage von 300,0 T€ (VJ: 300,0 T€). Auch zukünftig wird die Gesellschaft auf Einlagen der Gesellschafterin angewiesen sein, um die Zahlungsfähigkeit in den Folgejahren sicherstellen zu können. Im Geschäftsjahr 2022 stellt sich die Finanzlage geordnet dar.

Das Jahresergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2022 T€	2021 T€	Veränderung T€
Gewöhnlicher Geschäftsbetrieb	203,1	-167,6	370,7
Finanzbereich	-60,7	-65,8	5,1
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-7,6	-12,0	4,4
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	134,8	-245,4	380,2

Die Gewinn- und Verlustrechnung schloss im Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von 134,8 T€ ab.

Die betriebliche Gesamtleistung nahm im Vergleich zum Vorjahr zu. Gleichzeitig sind die Aufwendungen in allen Bereichen gestiegen. Für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fielen 2022 keine Vorauszahlungen an. Die Ertragslage ist für das Geschäftsjahr 2022, unter den oben dargestellten Prämissen, als ausreichend einzuschätzen. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass die Gesellschafterin im Geschäftsjahr 2022 eine Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von 300 T€ geleistet hat. Diese Einlage trug zur Sicherung und Stabilität der Liquidität bei.

Bezogen auf die einzelnen Sparten zeigt sich im Planvergleich (operatives Betriebsergebnis nach Ertragssteuern und sonstigen Steuern) folgendes Bild:

	Ist 2022	Plan 2022	Abweichung
	T€	T€	T€
1. Gesamtleistung			
Trinkwasser	2.732,6	2.940,6	-208,0
Fernwärme	858,9	755,5	103,4
Freizeitbad	867,0	1.023,0	-156,0
Dienstleistung	1.411,0	1.429,3	-18,3
Gesamt	5.869,5	6.148,4	-278,9
2. Ergebnis nach Steuern			
Trinkwasser	738,9	728,5	10,4
Fernwärme	135,3	49,0	86,3
Freizeitbad	-884,8	-1.041,8	157,0
Dienstleistung	170,5	104,1	66,4
Gesamt	159,9	-160,2	320,1
Ergebnis nach Steuern	138,8		

In der Sparte Trinkwasser ergeben sich Planabweichungen bei der Gesamtleistung auf Grund niedrigerer Abnahmemengen. Durch Einsparungen im Aufwandsbereich konnte das Ergebnis vor Steuern in dieser Sparte gegenüber dem Plan aber erreicht werden.

Im Fernwärmebereich haben die winterlichen Temperaturen und eine Preiserhöhung im Oktober 2022 dafür gesorgt, dass der Umsatz der Wärme gestiegen ist. Der Aufwand stieg ebenfalls, aber geringer, so dass im operativen Bereich eine Steigerung gegenüber dem geplanten Ergebnis vor Steuern erzielt werden konnte.

In der Sparte Freizeitbad konnten wegen der Corona-Pandemie im Planvergleich die Erträge trotz Preiserhöhung zum 01.11.2022 nicht erreicht werden, es fielen aber deutlich weniger Aufwendungen an als geplant, so dass das vorgegebene Planergebnis sogar verbessert werden konnte. Es bleibt aber belastend negativ.

Im Dienstleistungsbereich gelang es, die Gesamtleistung 2022 im Planvergleich fast zu erreichen. Durch weitgehende Einsparungen bei den geplanten Aufwendungen konnte hier eine Steigerung des Ergebnisses gegenüber dem Plan erzielt werden.

Insgesamt liegt das Ergebnis vor Steuern damit um 320,1 T€ über dem Plan.

10. Bezüge des Aufsichtsrates

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden im Geschäftsjahr 2022 Vergütungen von insgesamt 1.450,00 € (1.650,00 €) gezahlt.

B. Beteiligungen der Stadtwerke Schmölln GmbH

Neue Energie Schmölln GmbH

Es werden 33,33 % der Anteile an der Neue Energie Schmölln GmbH mit Sitz in Schmölln gehalten. Die Gesellschaft wurde zum 5. Juni 2008 gegründet. Das Stammkapital beträgt 51.000 Euro und ist vollständig erbracht. Für das Jahr 2022 weist die Neue Energie Schmölln GmbH einen Jahresüberschuss von 207,3 T€ und ein Eigenkapital von 470,6 T€ aus

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Schmölln, 01.09.2023



Beteiligungsbericht

Neue Energie Schmölln GmbH

für das

Geschäftsjahr 2022

Inhaltsverzeichnis

Übersichten

	Seite
1. Vorwort	3
2. Gegenstand des Unternehmens Neue Energie Schmölln GmbH	3
3. Gesellschafter der Neue Energie Schmölln GmbH	3
4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2022	3
5. Gewinnverwendung	4
6. Anzahl der Arbeitnehmer	4
7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)	4
8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	5
9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Neue Energie Schmölln GmbH	5
10. Bezüge des Aufsichtsrates der Neue Energie Schmölln GmbH	7
11. Beteiligung der Neue Energie Schmölln GmbH	7

Übersichten

1. Vorwort

Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde am 05.06.2008 gegründet. Gesellschaftszweck ist die Errichtung und der Betrieb einer Biogasanlage nebst zwei Blockheizkraftwerken. Die erzeugte Energie soll vollständig in die Netze der Stadtwerke Schmölln GmbH eingespeist werden. Aufgrund eines Liefervertrages wird die erforderliche Biomasse durch die Agrarprodukte Schmölln GmbH geliefert.

2. Gegenstand des Unternehmens Neue Energie Schmölln GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist die Produktion elektrischer Energie und Wärme, insbesondere durch eine Biogasanlage im Gemeindegebiet der Stadt Schmölln. Die Gesellschaft wurde am 04.07.2008 in das Handelsregister eingetragen. Sie hat ihren Sitz in Schmölln und wird beim Amtsgericht Jena unter HRB 502791 geführt.

3. Gesellschafter der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Gesellschaft besteht aus drei gleichberechtigten Gesellschaftern, der Stadtwerke Schmölln GmbH, der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG. Das Stammkapital beträgt 51.000 €.

4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2022

Gesellschafterversammlung:	Severin Kühnast	- Geschäftsführer der Stadtwerke Schmölln GmbH
	Dietmar Koch	- Geschäftsführer Agrarprodukte Schmölln GmbH
	Holger Schmidt	- Vorstand der VR-Bank
	Raik Romisch	- Vorstand der VR-Bank
Aufsichtsrat:		
Vorsitzender:	Steffen Schade	- VR-Bank Altenburger Land eG,
	Knut Schröder	- VR-Bank Altenburger Land eG,
	Wilfried Koch	- Agrarprodukte Schmölln GmbH,
	Christopher Müller	- Agrarprodukte Schmölln GmbH
	Sven Schrade	- Bürgermeister der Stadt Schmölln
	Claus Katzenberger	- Geschäftsführer
Geschäftsführung:	Dietmar Koch	- Agraringenieur

5. Gewinnverwendung

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat in der Aufsichtsratssitzung vom 27.06.2023 folgenden Beschluss gefasst:

"Der Aufsichtsrat beschließt, der Gesellschaftsversammlung der Neue Energie Schmölln GmbH folgenden Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 207.266,42 € ab.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 207.266,42 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Gesellschafterversammlung hat am 27.06.2023 den Beschluss gefasst.

6. Anzahl der Arbeitnehmer

Die Neue Energie Schmölln GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.

7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)

Das Geschäftsjahr 2022 konnte aufgrund der höheren Einspeisevergütung mit einem Jahresüberschuss abgeschlossen werden. Die Anlage hat nach der im Vorjahr durchgeführten Wertung mehr Strom eingespeist als im Vorjahr. Der Umsatz hat sich um 300 TEUR verbessert. Der Jahresüberschuss beträgt EUR 207.266,42.

Die in 2017 durchgeführte Umschuldung hat die Liquiditätslage entspannt. Die Wartung des zweiten BHKWs, welche im Jahr 2021 durchgeführt wurde, ist mit einem kurzfristigen Darlehen der Agrarprodukte Schmölln GmbH finanziert worden. Sollte die Vergütung für den eingespeisten Strom weiterhin hoch bleiben und ca. 23 ct je kwh betragen, ist die Gesellschaft in der Lage alle Verpflichtungen zu erfüllen.

Mit dem ausgewiesenen Jahresüberschuss hat die Ertragslage verbessert. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob der Anstieg der Vergütung nachhaltig ist, oder wegen des Krieges in der Ukraine nur vorübergehend ist.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist stabil. Bei einer Auslastung wie im Jahr 2022 (65%) und einer Vergütung von 23 ct je kwh ist es möglich, aus dem freien Cash-Flow den Kapitaldienst aus der Finanzierung, der Wartung und den Photovoltaikdarlehen zu decken.

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich um den Jahresüberschuss erhöht und beträgt jetzt 470,6 TEUR.

Die Finanzlage war im Jahr 2022 durch die neuen Darlehenskonditionen und das zusätzliche Darlehen gesichert. Die Tilgungen der Darlehen Photovoltaik erfolgt weiter nach regulärem Tilgungsplan.

Die derzeit vorhanden liquiden Mittel 125 TEUR und der erwirtschaftete Cash-Flow in Höhe von 435 TEUR, reichen aus um die Tilgungen aus den Darlehen zu bedienen.

Wie auch in den Vorjahren dargestellt besteht weiterhin ein bestandsgefährdendes Risiko.

Die Gesellschaft hat durch das Landratsamt mit Bescheid vom 24.11.2014 Umweltauflagen erhalten, was insbesondere auf eine Einhausung der Anlage hinausläuft. Die Gesellschaft hat gegen diesen Bescheid am 30.09.2015 vor dem Verwaltungsgericht Gera geklagt. Nach einer mündlichen Verhandlung am 24.10.2017 wurde die Klage am 15.11.2017 teilweise abgewiesen. Am 20.12.2017 wurde die Zulassung der Berufung beantragt.

Vom OVG wurde am 04.12.2018 mitgeteilt, dass eine Rasterbegehung stattfinden wird, deren Ergebnis in das Berufungsverfahren einfließen wird. Mit Beschluss vom 02.04.2020 wurde die Berufung zugelassen.

Diese Rasterbegehung wurde in 2019 und 2020 durchgeführt und die Ergebnisse wurden durch die Rechtsanwaltskanzlei dem Gericht mitgeteilt. Es wurden zwischenzeitlich Gutachten

in Auftrag gegeben. Wesentliche Veränderungen beim Verfahrensstand sind nicht zu verzeichnen.

Sollte es zu diesen Auflagen kommen, wären Investitionen in Größenordnungen notwendig, die die Gesellschaft aus eigenen Mitteln nicht aufbringen kann. Die Gesellschafter haben aufgrund der erheblichen Kapitaleinlagen in den letzten Jahren signalisiert, keine weiteren Mittel zur Verfügung zu stellen.

Chancen für das Unternehmen wurden in einem verbesserungsfähigen Auslastungsgrad der Anlage.

8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aus der kommunalpolitischen Verantwortung heraus wurde das Heizwerk 1990 von der Stadt Schmölln übernommen. Ohne diese damals sehr weit reichende Entscheidung wäre die Fertigstellung des Wohnstandortes Heimstätte nicht möglich gewesen. Zum Betrieb des Heizwerkes gründete die Stadt Schmölln 1993 die Fernwärmeerzeuger- und Betreibergesellschaft. Mit der Umfirmung dieser Gesellschaft in die Stadtwerke Schmölln GmbH 1995 wurde das Vermögen von der Stadt Schmölln an die Stadtwerke Schmölln GmbH veräußert.

Gegenwärtig zählen ca. 1400 Wohneinheiten, eine Schule sowie ein Kindergarten zu den Kunden der Stadtwerke Schmölln GmbH.

Durch die in den letzten Jahren extrem gestiegenen Bezugspreise für Erdgas bzw. Heizöl lässt sich ein wirtschaftlicher Betrieb zu marktwirtschaftlichen Abgabepreisen nicht mehr realisieren. Aus diesem Grund gründete die Stadtwerke Schmölln GmbH gemeinsam mit der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG, die Neue Energie Schmölln GmbH zur Errichtung und Betreibung einer Biogasanlage. Die dabei anfallende Abwärme wird kostengünstig in das Wärmenetz eingespeist.

Durch die 33%-ige Beteiligung an der Gesellschaft sowie die anteilige Besetzung der Organe der Gesellschaft durch den Stadtrat ist der Stadt Schmölln der Einfluss auf die Unternehmensentwicklung umfänglich gesichert.

9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Vermögenslage wird durch eine Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden im Vergleich zu den zwei Vorjahren wie folgt dargestellt:

Tabelle 1: Vermögenslage

	31.12.2022	31.12.2021
	TEUR	TEUR
Vermögensseite	2.874,2	2.941,6
Schuldenseite	2.403,6	2.678,3
Eigenkapital	470,6	263,3

Tabelle 2: Finanzlage

	2022	2021
	TEUR	TEUR
Finanzmittelbestand zum 1.1.	1,6	7,7
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	246,6	209,5
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-0,8	-13,6
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-122,3	-202,0
Finanzmittelbestand zum 31.12.	125,1	1,6

Tabelle 3: Zusammensetzung zum Jahresergebnis

	2022	2021
	TEUR	TEUR
Betriebsergebnis	233,2	-9,6
Finanzergebnis	-25,9	-13,4
Neutrales Ergebnis	0,0	-186,5
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	207,3	-209,5

Die GmbH hat das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 207.266,42 € abgeschlossen.

Tabelle 4: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2022 - Aktiva

Aktiva	2022	2021
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen		
Sachanlagen	2.471,2	2.698,1
Anlagevermögen gesamt	2.471,2	2.698,1
Umlaufvermögen		
Vorräte	69,0	69,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	192,8	172,9
Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	125,1	1,6
Umlaufvermögen gesamt	386,9	243,5
Rechnungsabgrenzungsposten	16,1	0,0
Bilanzsumme Aktiva	2.874,2	2.941,6

Tabelle 5: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2022 - Passiva

Passiva		2021	2021
		TEUR	TEUR
Eigenkapital			
	Gezeichnetes Kapital	51,0	51,0
	Kapitalrücklage	1.800,0	1.800,0
	Verlustvortrag	-1.587,7	-1.378,2
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	207,3	-209,5
	Summe Eigenkapital	470,6	263,3
Rückstellungen			
	Sonstige Rückstellungen	33,2	8,3
Verbindlichkeiten			
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5,2	9,7
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31,6	247,6
	Verbindlichkeiten gg. Gesellschafter	2.298,9	2.412,7
	Sonstige Verbindlichkeiten	34,7	0,0
Bilanzsumme Passiva		2.874,2	2.941,6

Tabelle 6: Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2022

GuV		2022	2021
		TEUR	TEUR
	Umsatzerlöse	1.698,6	1.395,9
	Sonstige betriebliche Erträge	0,0	0,5
	Materialaufwand	-1.150,0	-1.302,1
	Abschreibungen	-227,7	-226,9
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-87,5	-63,3
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-25,9	-13,4
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	207,5	-209,3
	Sonstige Steuern	-0,2	-0,2
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	207,3	-209,5

10. Bezüge des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2022 wurden keine Vergütungen an die Aufsichtsratsmitglieder der Neue Energie Schmölln GmbH gezahlt.

11. Beteiligung der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Beteiligungsbericht 2023

gemäß § 75a ThürKO

der Stadt Schmölln

über die Beteiligung an der

Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH

im Jahr 2022

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	2
Gegenstand des Unternehmens Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH (WVS).....	3
Gesellschafter des Unternehmens WVS.....	3
Organe der Gesellschaft im Jahr 2022.....	3
Gewinnverwendung.....	4
Anzahl der Arbeitnehmer.....	4
Grundzüge des Geschäftsverlaufes.....	4
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WVS.....	9

Vorwort

Die Planungen für das Jahr 2022 waren sehr optimistisch. Ein Ende der Corona-Pandemie wurde immer wahrscheinlicher, aufgeschobene Baumaßnahmen sollten nun doch in Angriff genommen werden. Womit niemand rechnen konnte, war der Überfall auf die Ukraine und die sich daraus ergebenden Folgen. Trotz der schwierigen Situation, insbesondere durch die hohen Bau- und Energiekosten, investierten die Unternehmen des vtw im Jahr 2022 mit 473 Mio. Euro deutlich mehr als in den Vorjahren (2020: 443 Mio. Euro, 2021: 432 Mio. Euro).

Im Jahr 2022 kam es zu einem deutlichen Rückgang des Leerstandes der Mitgliedsunternehmen des vtw um mehr als 2.500 Wohnungen auf nunmehr 21.270 bewirtschaftete Wohnungen. Die Leerstandquote sank von 9 % auf 8,1 %, im ländlichen Raum sogar um 1,3-Prozentpunkte von 11,1 % auf 9,8 % (18.380 Wohnungen). In den Städten Erfurt, Jena und Weimar betrug der Rückgang 0,2-Prozentpunkte, von 4,0 % auf 3,8 % (2.890 Wohnungen). Die im vorigen Jahr getroffenen Aussagen, dass zum einen der ländliche Raum die größeren Kapazitäten für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge hat und dass zum anderen die Städte Erfurt, Jena und Weimar schnell an ihre Grenzen zur Flüchtlingsaufnahme stoßen werden, haben sich somit bewahrheitet.

Die wirtschaftliche Basis der überwiegenden Mehrzahl der Wohnungsunternehmen ist nach wie vor stabil und die Entwicklung hat sich in weiten Teilen noch positiv gestaltet. Allerdings schwächt sich die positive Entwicklung in einigen Bereichen ab. Wie weit dies gehen wird, lässt sich vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine, der hohen Energiepreise, der Entwicklungen am Kapitalmarkt, des Material- und Fachkräftemangels nicht seriös vorhersagen.

Basis der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen sind die Mieten. Bei stetig steigenden Kosten ist es erforderlich, die Mieten entsprechend anzupassen. Mit einem Verzicht auf Mieterhöhungen ist niemanden geholfen. Die Entwicklung der durchschnittlichen Sollmiete eigener Wohnungen zeigt, dass derartige Anpassungen erfolgten. Sowohl die Mieten in den Genossenschaften als auch den Gesellschaften sind moderat angestiegen. Die erreichten Miethöhen sind aber nach wie vor niedrig. Auf dieser Basis lassen sich die von der Politik geforderten Maßnahmen zum Klimaschutz und die Klimaneutralität des Gebäudebestandes bis 2045

nicht realisieren. Die Klimaschutzziele lassen sich von den Unternehmen aus eigener Kraft weder in den urbanen noch den ländlichen Räumen erreichen. Erforderlich sind nachhaltige Zuschüsse zur Stabilisierung des ländlichen Raumes.

Die Zeiten einer stetig sinkenden Zinsquote gehören der Vergangenheit an. Steigende Kapitalmarktzinsen verteuern die Finanzierung. Die Unternehmen haben die vergangenen Jahre aber auch genutzt, um die Verschuldung abzubauen, um sich Spielräume für neue Investitionen zu schaffen. Die verschlechterten Rahmenbedingungen führen allerdings dazu, dass sich immer mehr Projekte wirtschaftlich nicht darstellen lassen. Zum einen sind Mieterhöhungen wegen Modernisierung kaum mehr möglich, da Instandsetzungen und kaum Wohnwertverbesserungen, die Voraussetzung für eine Mieterhöhung sind, erfolgen. Zum anderen kommen immer mehr Mieter aufgrund der stark steigenden Kosten nicht nur für Energie, sondern für alle Bereiche des täglichen Lebens, an ihre Leistungsgrenzen.

Die Wohnungsunternehmen im vtw haben in der Vergangenheit viel geleistet. Sie stellen sich den Herausforderungen der Zukunft, werden diese aber nur gemeinsam mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und nicht zuletzt gemeinsam mit ihren Mietern und Mitgliedern meistern können.

Gegenstand des Unternehmens WVS

Gegenstand des Unternehmens ist das Errichten, Betreuen, Bewirtschaften und Verwalten von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Mit Schreiben der Stadt Schmölln vom 21.03.2019 erhielt die Gesellschaft die Erlaubnis nach § 34c GewO als Wohnimmobilienverwalter.

Gesellschafter der WVS

Alleiniger Gesellschafter der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH ist die Stadt Schmölln. Das Stammkapital beträgt €26.000,00, es ist voll einbezahlt.

Organe der Gesellschaft im Jahr 2022

Organe der Gesellschaft sind:

- die Gesellschafterversammlung
- der Aufsichtsrat
- der Geschäftsführer.

Die Gesellschafterversammlung bestand im Jahr 2022 unverändert aus der Stadt Schmölln, vertreten durch den Bürgermeister Sven Schrade.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Jahr 2022 an:

Ute Lukasch	Mitglied des Thüringer Landtages (Vorsitzende)
Sven Schrade	Bürgermeister Stadt Schmölln (stellv. Vors.)
Roland Radermacher	Rentner
Andy Franke	selbstständiger Steinmetz
Volker Stubbe	Lagerist
Hans-Jürgen Krause	Rentner

Als alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer war im Jahr 2022 Herr Kristian Blum - Diplom-Kaufmann (HR-Eintrag 21.10.2008) - bestellt.

Gewinnverwendung

Die Gesellschafterversammlung hat 2022 beschlossen, den ausgewiesenen Jahresüberschuss 2021 in Höhe von 532.431,30 € den „anderen Gewinnrücklagen“ zu zuführen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die WVS hat im Jahr 2022 durchschnittlich 13 Arbeitnehmer beschäftigt (2021: 13 Arbeitnehmer).

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der WVS)

1. Geschäftsumfang

In ihrer sozialen Verantwortung als kommunales Wohnungsunternehmen bleibt die bedarfsgerechte Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung der Stadt Schmölln und des Umlandes das grundlegende Unternehmensziel der Gesellschaft. Das geschieht durch die Erhaltung und Verbesserung des kommunalen Wohnungsbestandes. Soziale Belange sollen in angemessener Weise berücksichtigt werden. Diese Aufgabe kann nur durch ein leistungsfähiges und wirtschaftlich stabiles Unternehmen erfüllt werden.

Im Rahmen des gesellschaftsvertraglichen Auftrags sollen zudem auch Neubauten für breite Schichten der Bevölkerung errichtet werden. Die Anteile an unserem kommunalen Wohnungsunternehmen sind für die Stadt Schmölln keine Finanz-, sondern eine strategische Beteiligung im öffentlichen Interesse.

Die Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH verwaltet Wohnungs- und Gewerbeeinheiten unterschiedlichster Eigentumsformen. Somit zählen eigene Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und fremde Mietwohnungen zum Verwaltungsbestand.

1.1. Neubau und Modernisierung

Entsprechend des bestätigten Wirtschaftsplanes wurde im zweiten Halbjahr 2020 die Sanierung des zum 01.05.2020 übernommenen Objekts „Fr.-Naumann-Straße 4“ in Schmölln mit 6 Wohnungen begonnen und in 2022 fertiggestellt. Durch verschiedene Einflüsse wie Personalausfälle infolge von Quarantänemaßnahmen und Erkrankungen sowie schwerwiegenden Lieferschwierigkeiten von Baumaterial war eine Fertigstellung in 2021 nicht möglich. Die Wohnungen sind zum 01. April 2022 vollständig vermietet. Für die Finanzierung des energetischen Bereichs wurde ein KfW-Darlehen über T€690,0 aufgenommen.

Der geplante Anbau von 6 Balkonen in der Karl-Liebknecht-Straße 22 in Schmölln wurde im Jahr 2022 realisiert. Das für die Finanzierung vorgesehene Förderprogramm des Freistaats Thüringen wurde zum Jahresende 2020 kurzfristig eingestellt. Zur Finanzierung wurden daher ausschließlich Eigenmittel eingesetzt.

Die umfangreichen Neubau- und Modernisierungstätigkeiten der letzten Jahre haben zu hohen Darlehensaufnahmen und einer Belastung der Eigenkapitalreserven geführt. Daher wurden neben der Modernisierung von Einzelwohnungen und der weiter zunehmenden Instandhaltungstätigkeit keine größeren Maßnahmen durchgeführt.

Zahlreiche kleinere bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität konnten in unserem Bestand wieder umgesetzt werden. Neben dieser Modernisierungstätigkeit wurden wiederholt Einzelwohnungen infolge von Mieterwechseln von Grund auf erneuert. Nur durch eine zeitgemäße Ausstattung lässt sich die dauerhafte Wiedervermietung sichern.

1.2. Vermietungs- und Verwaltungssituation

Aus dem bereits bestehenden und weiter zunehmenden Überangebot an Wohnungen zeichnete sich in den letzten Jahren der Trend ab, dass sich unsanierte Wohnungen (maler- und installationsmäßig nicht instandgesetzt, alte Bäder, Fußbodenbeläge sowie Türen) kaum vermieten lassen. Hieraus lässt sich zusätzlich ein wesentlich höherer Instandhaltungsaufwand für die nächsten Jahre ableiten, um die Wohnungen in einem marktfähigen Zustand zu erhalten.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt der Stadt Schmölln wird seit vielen Jahren durch eine negative Einwohnerentwicklung der Stadt beeinflusst. Besonders durch die Folgen des Krieges in der Ukraine hat sich die Entwicklung seit dem Frühjahr 2022 deutlich geändert. Die stichtagsbezogene Leerstandsquote mit 2,0% (Vorjahr: 4,8%) spiegelt dies deutlich wider. Die Leerstandsquote liegt damit deutlich unter dem Niveau der durchschnittlichen Leerstandsquote des Freistaates Thüringen (8,1%). Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Aufgrund des demographischen Wandels und zunehmender Wohnungsangebote könnte mittelfristig wieder mit einem Anstieg der Leerstandsquote zu rechnen sein. Als Ergebnis jahrelanger Bemühungen konnte der Leerstand im Wohngebiet „Heimstätte“ weiter gesenkt werden. Dadurch verteilt sich der Leerstand gleichmäßig über unseren Gesamtbestand. Ausschlaggebend für die bisher positive Entwicklung sind u.a. das kundenorientierte Handeln der Mitarbeiter der Gesellschaft, die kontinuierliche Modernisierung der Wohnungen, die positiven Effekte durch die Auslastung der Gewerbegebiete der Stadt Schmölln sowie die sehr gute verkehrstechnische Anbindung der Stadt an die überregionale Infrastruktur.

Allerdings wird bei zukünftigen Planungen ein sinnvoller Rückbau von Wohnungen und damit eine Reduzierung des Wohnungsbestandes mit einzubeziehen sein. Damit besteht die Möglichkeit, die bestehenden Wohngebiete langfristig aufzuwerten. Das bestehende Stadtentwicklungskonzept dient dabei als Leitlinie des Handelns.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 konnte der Bestand der zu verwaltenden Eigentümergemeinschaften und der damit zu verwaltenden Eigentumswohnungen gesteigert werden. Bestehende Verwalterverträge für Eigentümergemeinschaften, deren Laufzeiten fristgemäß endeten, wurden durch entsprechende Beschlüsse der Eigentümergemeinschaften verlängert. Die Zahl der Wohnungseigentümer, welche uns ihre Mietverwaltung übertragen, ist ebenfalls gewachsen. Die Verwaltung arbeitet effektiv und kann als stabil eingeschätzt werden. Die Geschäftsführung ist mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr zufrieden und beurteilt den Verlauf des Geschäftsjahres als insgesamt positiv.

1.3. Personalbereich

Die bestehende Personalstärke ist für die gegenwärtig zu bewältigenden Aufgabengebiete noch angemessen. Durch die zunehmende Komplexität zahlreicher Prozesse und der zu er-

wartende Generationenwechsel wird perspektivisch mehr Personal nötig sein. Die meisten Mitarbeiter verfügen über eine Ausbildung als Immobilienkaufmann/ -frau oder über entsprechende gleich- bzw. höherwertige Qualifikationen.

Die Gesellschaft weist für 2022 Verwaltungskosten pro Jahr und Einheit aus, die wieder deutlich unter dem Durchschnitt der Thüringer Wohnungsunternehmen liegen. Dies ist im Unternehmensvergleich als positiv zu bewerten.

2. Wirtschaftliche Lage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist langfristig durch Eigen- und Fremdmittel finanziert. Unser Unternehmen hat ausschließlich Darlehen für den Neubau, zur Modernisierung und Sanierung des Wohnungsbestandes aufgenommen. Der Kapitaldienst für Alt- und Wendeschulden belastet unverändert unsere Liquidität. Die finanzierenden Banken sind Förderbanken oder deutsche Kreditinstitute. Die Geschäftsbeziehungen sind stabil.

Im Geschäftsjahr 2022 kam es zu keiner Neuaufnahme von Darlehen. Durch planmäßige Tilgungen und Tilgungszuschüsse konnte das bestehende Darlehensportfolio auf die Marke von 16 Mio. Euro gesenkt werden. Es ist erklärtes Ziel, auch weiterhin die Neuaufnahme von Darlehen niedriger als die planmäßige Tilgung zu halten.

Der Finanzmittelbestand hat sich nach der umfangreichen Neubau-, Modernisierungs- und Instandhaltungstätigkeit der letzten Jahre wieder leicht erholt. Die Investitionstätigkeit in das Sachanlagevermögen sowie die laufende Instandhaltung wurden aus den erwirtschafteten Einnahmen und aus Zuschüssen finanziert. Die Finanz- und Vermögenslage sind geordnet. Die Zahlungsbereitschaft war im Berichtszeitraum jederzeit gegeben. Die Finanzierung der Ausgaben in 2023 ist gesichert.

2.2. Ertragslage

Die Ertragslage wird maßgeblich durch die Vermietungssituation am Wohnungsmarkt beeinflusst. Das Jahresergebnis ist zufriedenstellend. Es entspricht der im Rahmen der mietpreisrechtlichen Beschränkung erzielbaren Wirtschaftlichkeit.

3. Voraussichtliche Entwicklung

Die Stadt Schmölln hatte zusammen mit ihren Ortsteilen am 31.12.2022 laut Auskunft des hiesigen Einwohnermeldeamtes insgesamt 13.715 Einwohner. Damit konnte die Zahl der Einwohner insgesamt leicht steigen.

Die Bevölkerungsvorausberechnung des statistischen Landesamtes prognostiziert auch weiterhin für Schmölln einen Rückgang der Einwohnerzahl. Dieser Trend deckt sich mit den Erkenntnissen des 2. Wohnungsmarktberichts Thüringen.

Die Ergebnisse verschiedener aktueller Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen, dass man sich auf die Konsequenzen aus dem Rückgang und der Alterung der Gesamtbevölkerung und insbesondere der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einstellen muss. Weder Zuwanderung noch eine leicht erhöhte Geburtenrate können diesen Prozess aufhalten. Sie können ihn lediglich abmildern.

Eine ungebrochene Nachfrage ist nach Wohnraum im innerstädtischen Bereich zu verzeichnen. Besonders in diesem Bereich wurden in den letzten Jahren Objekte modernisiert bzw.

neugebaut, um der Abwanderung aus dem eigenen Bestand entgegenzuwirken und die Stadt Schmölln als attraktiven Wohnstandort darzustellen. Gleichzeitig muss in ausreichendem Maße in den Bestand investiert werden. Ein breites und gutes Wohnraumangebot sowie attraktive Wohnquartiere bieten bei einer florierenden Wirtschaft den besten Schutz vor zurückgehenden Einwohnerzahlen.

Die sehr große Nachfrage nach den in den letzten Jahren im innerstädtischen Bereich neu geschaffenen und modernisierten Gebäuden (Wohnparkanlage Brückenplatz, Altenburger Straße 43-48, Dammgasse 4, Wohnanlage Stadtmitte, Kirchplatz 8/9, Rudolf-Breitscheid-Straße 4, Gartenstraße 14, Gößnitzer Straße 51, Walter-Kluge-Straße 2 und Gartenstraße 28 und nun Fr.-Naumann-Str.4) hat unseren eingeschlagenen Weg als richtig bestätigt. Mit dem Anbau zahlreicher Balkone in den vergangenen Jahren kamen wir ebenfalls einer sehr hohen Nachfrage der jeweils dort wohnenden Menschen nach. Gleichzeitig sichert ein Balkon eine höhere Vermietbarkeit für die Zukunft.

Eine unternehmensinterne Betrachtung ergab, dass eine deutliche Überalterung der Mieterschaft zu erkennen ist. Daher ist die Schaffung von Arbeitsplätzen eine wichtige Voraussetzung, um einer ansteigenden Leerstandsentwicklung entgegenzuwirken und junge Menschen als nächste Mietergeneration dauerhaft zu binden.

In den letzten Jahren wurde eine umfangreiche Neubau- und Modernisierungstätigkeit realisiert. Das ist auf dem bisherigen Niveau dauerhaft nicht möglich. Die derzeitigen Mieten als Haupteinnahmequelle unseres Unternehmens sind langfristig gesehen nicht auskömmlich. Explosionsartig steigende Baupreise und Darlehenszinsen erschweren die Geschäftstätigkeit. Daher wurden für das Jahr 2023 keine investiven Maßnahmen geplant.

In den folgenden Jahren wird sich die Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH perspektivisch weiteren Objekten im Eigenbestand zuwenden. Bei Objekten, die vor über 25 Jahren modernisiert wurden, kündigen sich hier die ersten größeren Instandhaltungsmaßnahmen an. Die Erweiterung des Gebäudebestandes kann daher nur noch sporadisch erfolgen. Auf Grund steigender Baukosten, hauptsächlich durch höhere energetische Anforderungen, und gleichzeitig wieder steigender Zinsen nimmt die Projektfinanzierung mit der sich hieraus ergebenden Wirtschaftlichkeit eine Schlüsselposition ein. Um eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit der Vorhaben zu gewährleisten, wird die Finanzierung neben Fremdmitteln mit einem hohen Anteil an Eigenmitteln unternommen sein. Das geht wiederum zu Lasten der Eigenkapitalreserven des Unternehmens.

Eine akute Gefährdung der finanziellen Entwicklung unseres Unternehmens ist derzeit nicht zu erkennen. Die Immobilien sind mit langfristigen Krediten finanziert. Finanzierungsmöglichkeiten und Finanzierungsbedingungen könnten sich jedoch ungünstig entwickeln. Seit Anfang 2020 hat sich das Coronavirus (COVID-19) weltweit ausgebreitet. Auch in Deutschland hat die Pandemie seit Februar 2020 zu deutlichen Einschnitten sowohl im sozialen als auch im Wirtschaftsleben geführt. Seit 24.02.2022 steht die wirtschaftliche Entwicklung ganz im Zeichen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Von einer Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Lage ist daher weiter auszugehen. Die Geschwindigkeit der Entwicklung macht es schwierig, die Auswirkungen zuverlässig einzuschätzen; es ist jedoch mit Risiken für den zukünftigen Geschäftsverlauf des Unternehmens zu rechnen. Zu nennen sind Risiken aus der Verzögerung bei der Durchführung von Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Baumaßnahmen verbunden mit dem Risiko von Kostensteigerungen und der Verzögerung von geplanten Einnahmen. Darüber hinaus ist mit einem Anstieg der Mietausfälle zu rechnen.

Auf Grundlage unserer langfristigen Unternehmensplanung können wir auch für die Zukunft von einer positiven wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH ausgehen. Es gehört zur Unternehmensphilosophie, die stabile Entwicklung der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH zu sichern und dabei die Verschuldung weiter konsequent abzubauen.

Diese Voraussetzung und das langfristige Bekenntnis zum kommunalen Wohnungsbestand werden auch in Zukunft der Stadt Schmölln eine optimale Rendite ihres Wohnungsunternehmens sichern.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WVS

Auszug aus der **Bilanz** zum 31.Dezember 2022

	Angaben in T Euro	2022	2021
Aktiva			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände		11,9	5,4
Sachanlagen		35.082,9	36.706,5
Finanzanlagen		0,0	0,0
		<hr/> 35.094,8	<hr/> 36.711,9
Umlaufvermögen			
Grundstücke mit fertigen Bauten		0,0	0,0
Unfertige Leistungen		2.192,6	2.013,7
Andere Vorräte		0,0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		86,3	35,7
Flüssige Mittel		1.654,7	1.405,0
		<hr/> 3.933,6	<hr/> 3.454,4
Rechnungsabgrenzungsposten		0,0	0,0
Sonderverlustkonto		0,0	0,0
Bilanzsumme Aktiva		<hr/> 39.028,4	<hr/> 40.166,3
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital		26,0	26,0
Rücklagen		17.778,2	17.245,8
Verlustvortrag		0,0	0,0
Jahresüberschuss		12,4	532,4
		<hr/> 17.816,6	<hr/> 17.804,2
Sonderposten für Investitionszulage		934,6	970,8
Rückstellungen		62,7	107,8
Verbindlichkeiten		18.890,1	19.990,4
Rechnungsabgrenzungsposten		1.324,4	1.293,1
Bilanzsumme Passiva		<hr/> 39.028,4	<hr/> 40.166,3

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** des Jahres 2022

	Angaben in T Euro	2022	2021
Umsatzerlöse		6.546,0	6.199,2
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		178,9	156,1
Andere aktivierte Eigenleistung		0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge		130,5	89,5
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung		-3.393,6	-3.265,8
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke		0,0	0,0
Personalaufwand		-697,4	-614,5
Abschreibungen		-2.073,8	-1.411,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen		-216,9	-170,6
Erträge aus Beteiligungen		0,0	0,0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		0,0	0,0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3,0	1,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-325,7	-365,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		151,0	617,9
Außerordentliche Aufwendungen		0,0	0,0
Steuern vom Einkommen und Ertrag		-137,1	-82,6
Sonstige Steuern		-1,5	-2,9
Aufwendungen aus Gewinnabführungen		0,0	0,0
Jahresüberschuss		<hr/> 12,4	<hr/> 532,4

Die Aufsichtsratsvergütungen in 2022 betragen insgesamt €525,00.

Bezüglich der Gesamtbezüge des Geschäftsführers hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 zulässigerweise von § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Beteiligungsbericht
der Kommunalen
Informationsverarbeitung Thüringen
GmbH (KIV)
zum 31. Dezember 2022



KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH

Anschrift: KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH
Ekhofplatz 2a
99867 Gotha
03621 – 450 80
03621 – 450 88-8
Fax: info@kiv-thueringen.de
E-Mail: www.kiv-thueringen.de
http:// 04.03.1993
Gründung: 27.05.2020
Freistaat Thüringen beteiligt ab: Amtsgericht Jena unter HRB 106362
Handelsregister:



KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH

Gesellschafter

	Anteil	
	in €	v.H.
Freistaat Thüringen	2.344	9,09
ekom21-KGRZ Hessen	11.657	45,19
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V.	11.657	45,19
139 Kommunen mit je 1,00 € Stammkapital	139	0,54
Stammkapital gesamt	25.800	100,00

Beteiligungsgesellschaften

Firma und Sitz des Unternehmens	Stammkapital	Beteiligung
	in T€	v.H.
KOP-IT e.G.,	5	14,3

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, Wartung, Beschaffung, Bereitstellung, Betreuung und betriebliche Abwicklung technikerunterstützter Informationsverarbeitung einschließlich der Erbringung aller damit in Zusammenhang stehenden Beratungs- und Schulungsleistungen. Es unterstützt insbesondere die Gesellschafter darin, ihre Verpflichtungen und Aufgaben aus dem Onlinezugangsgesetz des Bundes sowie dem Thüringer E-Government-Gesetz zu erfüllen.

Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2022 wurde die Umwandlung der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH in ein kommunales Unternehmen weiter fortgeführt. So sind bei mehreren Notarterminen bis zum 31.12.2022 insgesamt 139 Thüringer Kommunen sowie Zweckverband Thür. Wintersportzentrum Oberhof und Landesmedienanstalt Erfurt der KIV Kommunalen Informationsverarbeitung Thüringen GmbH beigetreten.

Der Umsatz mit Gesellschaftern betrug im Jahr 2021 und 2022 über 80 v.H., so dass die Erreichung der Inhouse-Fähigkeit als Ziel der Öffnung der KIV Kommunalen Informationsverarbeitung Thüringen GmbH innerhalb von 3 Jahren erreicht werden kann.

Bereits jetzt ist ein Großteil der Thüringer Landkreise und alle kreisfreien Städte Gesellschafter der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH geworden, so dass die Ausstattung der Schulen mit entsprechender IT-Technik über diese realisiert werden konnte. Der Digitalpakt befähigt die Schulträger in Ausbau und Infrastruktur sowie Ausstattung der Schulen hohe Geldmittel zu investieren. Dazu wurden durch die KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH frühzeitig Ausschreibungen durchgeführt und Rahmenverträge abgeschlossen, damit die einzelnen Schulträger die ausgehandelten Konditionen nutzen können, ohne selbst langwierige Ausschreibungsverfahren durchführen zu müssen.

Finanzielle Entwicklung

Seit 2020 erfolgte durch den Beitritt des Freistaates Thüringen und über 100 Kommunen die Weiterentwicklung der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH zu dem kommunalen IT-Dienstleister in Thüringen. Damit werden die Kommunen in die Lage versetzt, von günstigeren Rahmenbedingungen zu profitieren und Ausschreibungsprozesse zu beschleunigen.

Seit dem Jahr 2020 wurden Umsatzerlöse von über 6,0 Mio. € erzielt. In 2022 stiegen die Umsatzerlöse von 7,9 Mio. € in 2021 auf 10,3 Mio. € in 2022 an. Vorrangig resultierte dies aus der Gewinnung größerer kommunaler Kunden, aber auch aus der Umstellung der kommunalen Verwaltung auf moderne IT-Technik und Verfahren.

Der Jahresüberschuss stagnierte in 2022 auf ähnlich hohem Niveau bei 420 T€ € (479 T€ in 2021) was vor allem auf zusätzlichen Hardwareverkäufen für Schulträger und Landratsämter beruhte.

Das Eigenkapital überstieg, wie in den Vorjahren, auch Ende 2022 jederzeit die kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten. Kreditverpflichtungen bestehen nicht. Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert.

Geschäftsführung

Huke, Bertram

Geschäftsführer

Gesamtvergütung der Geschäftsführung

Der Geschäftsführer erhielt in den Berichtsjahren keine Vergütung.

Aufsichtsgremium/Vergütung

Aufsichtsrat		
Name		
<i>Brychcy, Michael</i>	Bürgermeister der Stadt Waltershausen	ab 07.09.2020
- Vorsitzender -		
<i>Burghardt, Horst</i>	Bürgermeister der Stadt Friedrichsdorf/Taunus	ab 07.09.2021
- stellv. Vorsitzender -		
<i>Schubert, Hartmut Dr.</i>	Staatssekretär im Thüringer Finanzministerium	ab 01.07.2020
<i>Giesder, Fabian</i>	Bürgermeister der Stadt Meiningen	ab 07.09.2020
<i>Greiser, Peggy</i>	Landrätin für den Landkreis Schmalkalden-Meiningen	ab 07.09.2021
<i>Schütze, Dirk</i>	Bürgermeister der Stadt Bad Sulza	ab 01.07.2020
<i>Kreuch, Knut</i>	Oberbürgermeister der Stadt Gotha	ab 07.09.2021 bis 31.12.2022
<i>Linnekugel, Hartmut</i>	Bürgermeister der Stadt Volkmarshausen	ab 01.07.2020
<i>Rottwilm, Philipp Dr.</i>	Bürgermeister der Gemeinde Neuental	ab 01.07.2020
<u>Ein-/Ausgeschieden:</u>		
<i>Bruns, Johannes Dr.</i>	Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen	Ab 01.01.2023

Die AR-Mitglieder haben in 2022 2,5 T€ Sitzungsgelder erhalten.

Kennzahlen des Unternehmens und sonstige Angaben

Ausgewählte Kennzahlen			
Angaben in T€	2020	2021	2022
Bilanz			
Anlagevermögen	267	402	218
Umlaufvermögen	2.168	3.207	3.388
Eigenkapital (inkl. Sonderposten)	1.560	1.793	1.973
Fremdkapital	403	1.150	1.748
Bilanzsumme am 31.12.	2.490	3.665	3.721
GuV			
Umsatz	5.540	7.936	10.299
Sonstige Erlöse/Erträge	67	110	61
Personalaufwand	1.888	2.454	2.734
Materialaufwand	2.492	4.269	6.283
Sonstige betriebliche Aufwendungen	467	520	615
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	493	479	423
Mitarbeiter/innen im Jahresdurchschnitt (ohne Geschäftsführer)	32,5	32,75	32,75
Auszubildende	3	3	3
Eigenkapitalquote (in %)	62,7	48,9	53,0

Abschlussprüfer	
Jahr	Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
2019	Fundus Revision GmbH
2020	AKR Akzent Revisions GmbH
2021	AKR Akzent Revisions GmbH
2022	AKR Akzent Revisions GmbH